

**Nationale Arbeitnehmervvertretungen vor internationalen Herausforderungen:
Die französischen Gewerkschaften angesichts der Europäischen Integration –
Kontinuität oder Wandel?**

Magisterarbeit
zur
Erlangung der Würde
des Magister Artium
der Philologischen, Philosophischen und Wirtschafts- und
Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät der
Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg i. Br.

vorgelegt von

Dorothea Keudel
aus Kiel

WS 2005/2006

Wissenschaftliche Politik

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	I
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	III
I EINLEITUNG	1
A PROBLEMSTELLUNG	1
B METHODISCHES VORGEHEN UND LITERATURSTAND.....	3
C EINORDNUNG IN DEN FORSCHUNGSHINTERGRUND.....	5
D ANALYTISCHER ANSATZ, HYPOTHESENBILDUNG UND VORGEHEN.....	10
II DIE GEWERKSCHAFTEN IN FRANKREICH	20
A ZUR GESCHICHTE DER FRANZÖSISCHEN GEWERKSCHAFTEN UND ZUR GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT HEUTE	20
B <i>EXCEPTION FRANÇAISE</i> : DER POLITISCH-GESELLSCHAFTLICHE KONTEXT	24
C DIE GEWERKSCHAFTEN IN DEN ARBEITSBEZIEHUNGEN HEUTE.....	31
III GEWERKSCHAFTEN IN EUROPA VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN	38
A ALLGEMEINE KONTEXTVERÄNDERUNGEN	39
1 Ökonomische Kontextveränderung: Internationalisierung der Finanz- und Arbeitsmärkte	39
2 Soziokulturelle Kontextveränderung: Wandel der Produktions- und Berufsstrukturen	41
3 Politisch-ideologische Kontextveränderung: Programmatische Krise der linken Parteien..	44
B KONTEXTVERÄNDERUNG DURCH DIE PROZESSE DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION.....	49
1 <i>Negative Integration</i> : Schritte der Liberalisierung	50
2 <i>Positive Integration</i> : Schritte zu einer sozialen Dimension.....	51
IV FRANZÖSISCHE GEWERKSCHAFTEN UND EUROPÄISCHE INTEGRATION	55
A EINSTELLUNG DER FRANZÖSISCHEN GEWERKSCHAFTEN ZUR EUROPÄISCHEN INTEGRATION	55
1 Einstellung der Gewerkschaften zur Europäischen Integration von der Nachkriegszeit bis zu Beginn der 1990er Jahre.....	55
i <i>Confédération générale du travail (CGT)</i>	55
ii <i>Confédération française démocratique du travail (CFDT)</i>	57
iii <i>CGT – Force ouvrière (FO)</i>	58
iv <i>Union syndicale-G10-Solidaires (Solidaires)</i>	59
2 Einstellung der Gewerkschaften zur Europäischen Integration heute	60
i <i>Confédération générale du travail (CGT)</i>	61
ii <i>Confédération démocratique française du travail (CFDT)</i>	64
iii <i>CGT – Force ouvrière (FO)</i>	66
iv <i>Union syndicale-G10-Solidaires (Solidaires)</i>	69

B	AUSWIRKUNGEN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION AUF STRATEGIEN UND KOALITIONEN DER GEWERKSCHAFTEN	70
1	Veränderungen auf nationaler Ebene	71
2	Die europäische Ebene als neue Handlungsebene	76
C	FALLBEISPIEL DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE	78
1	Inhalt des Richtlinienentwurfs und europaweite Reaktion	79
2	Reaktion in Frankreich.....	82
3	Reaktion der französischen Gewerkschaften	84
V	VERGLEICHENDE AUSWERTUNG UND AUSBLICK	92
A	EINSTELLUNGSWANDEL	92
B	VERÄNDERUNGEN IN DEN AKTEURSKONSTELLATIONEN.....	95
C	VERÄNDERUNGEN DER STRATEGIEN	102
D	FAZIT UND AUSBLICK.....	105
ANHANG 1	IV
ANHANG 2	VI
LITERATURVERZEICHNIS	IX

Abkürzungsverzeichnis

CES (= DGB)	Confédération européenne des syndicats
CFDC	Confédération française des travailleurs chrétiens
CFDT	Confédération française démocratique du travail
CGT	Confédération générale du travail
CGT-FO	Confédération générale du travail – Force ouvrière
DGB (= CES)	Deutscher Gewerkschaftsbund
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EGÖD (=FSESP)	Europäischer Gewerkschaftsbund für den öffentlichen Dienst
EZB	Europäische Zentralbank
FSESP (=EGÖD)	Fédération syndicale européen des services publics
IG BAU	Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
NGO	Nichtregierungsorganisation
PCF	Parti communiste français
PS	Parti socialiste
Solidaires	Union syndicale-Groupe des 10-Solidaires
Ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

I Einleitung

A Problemstellung

Les syndicats européens unis contre la directive Bolkestein¹

La bataille contre la directive Bolkestein va dominer la manifestation qu'organise samedi 19 mars à Bruxelles la Confédération européenne des syndicats (CES) pour la défense de l'emploi et les droits sociaux. Cinquante mille manifestants – dont 20 000 de France, 20 000 de Belgique et 8 000 d'Allemagne – y sont attendus.²

(*Le Monde*, 19. und 23. März 2005)

Gewerkschaftler aus allen europäischen Mitgliedstaaten schließen sich zusammen, um sich gemeinsam für die stärkere Berücksichtigung der Rechte der Arbeitnehmer in der Europäischen Union einzusetzen und gegen einen europäischen Richtlinienentwurf zu protestieren, der ihrer Ansicht nach starke negative Auswirkungen auf die nationalen Bedingungen für die Arbeitnehmer haben wird: die von der Kommission entworfene Europäische Dienstleistungsrichtlinie. Dies ist ein neues Bild.

Lange Zeit waren Gewerkschaften, das heißt „organisierte Zusammenschlüsse von abhängigen Bewerbungspersonen mit dem Zweck, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen ihrer Mitglieder in den Arbeitsbeziehungen und im Politischen System zur Geltung zu bringen“³, rein auf den nationalen Rahmen ausgerichtet. Sie waren fest eingebunden in die Wohlfahrtsstaaten, die sich im Nachkriegseuropa ausbildeten, und, geschützt durch die Ländergrenzen, ein jeweils sehr eigenes System der Arbeitsbeziehungen entwickelten.

Seit einigen Jahrzehnten sind die nationalen Gewerkschaften einer Reihe von Veränderungen ausgesetzt, die dazu führen, dass sie immer mehr an Einfluss und Mitgliedern verlieren und sich stark umorientieren müssen. Neben innerstaatlichen Veränderungsprozessen, wie zum Beispiel einem in allen europäischen Staaten zu beobachtenden soziokulturellen Wandel, sind es vor allem über den nationalen Rahmen hinausgehende Prozesse, wie zum Beispiel die Internationalisierung der Wirtschaft, die die Gewerkschaften unter Veränderungsdruck setzen. Innerhalb dieser äußeren Einflüsse stellt die Entwicklung der Europäischen Union, eines einmalig dichten politischen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses, eine besondere Herausforderung für die Gewerkschaften dar. Die riesige Protestwelle, den die geplante

¹ Beuve-Méry, Alain und Rivais, Rafaëlle: Les syndicats européens unis contre la directive Bolkestein. In: *Le Monde*, 22.03.2005, S. 6.

² Ferenczi, Thomas: La libéralisation des services domine la réunion des syndicats européens samedi à Bruxelles. In: *Le Monde* 19.05.2005, S. 6.

³ Armingeon, Klaus: Gewerkschaften. In: Nohlen, Dieter: Kleines Lexikon der Politik. München 2001, S. 173.

europäische Dienstleistungsrichtlinie auslöste, hat deutlich gezeigt, welche Bedeutung die Europäische Integration⁴ für die Vertretung der (nationalen) Arbeitnehmerinteressen hat. Die wirtschaftliche Integration, die mit dem gemeinsamen Binnenmarkt und der Wirtschafts- und Währungsunion weit vorangeschritten ist, führt dazu, dass die Nationalstaaten unter Wettbewerbsdruck geraten, an Steuerungskompetenz verlieren und Schwierigkeiten haben, ihre sozialpolitischen Aufgaben weiter zu erfüllen. Auf europäischer Ebene wird aber kein Ausgleich dafür geschaffen: Die Integration im sozialen Bereich bleibt weiter hinter der wirtschaftlichen Integration zurück. So wird die Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen auf nationaler Ebene immer schwieriger, auf europäischer Ebene ist sie (noch) nicht wirklich möglich. Darum sind die über Jahrzehnte durch das spezifische nationale Umfeld geprägten Gewerkschaften gezwungen, sich ihrer neuen Umwelt anzupassen, wenn sie weiter bestehen und die Interessen ihrer Mitglieder erfolgreich vertreten wollen. Die Auswirkungen der Europäischen Integration werden die bisherigen nationalen Handlungsweisen und Strukturen der Gewerkschaften aller Voraussicht nach verändern.

Dies gilt für alle Gewerkschaften in Europa. Die französischen Gewerkschaften weisen aber eine Reihe von Charakteristika auf, die sie von den meisten anderen Gewerkschaften in Europa unterscheiden und daher ihre Reaktion auf die europäische Herausforderung besonders interessant machen.

In kaum einen anderen europäischen Land gibt es eine derart große Vielzahl von Gewerkschaften: Neben vier großen Gewerkschaftsverbänden bestehen zwei wichtige berufsspezifische Arbeitnehmerorganisationen und zudem eine Vielzahl autonomer Gewerkschaften. Von dieser großen Anzahl von Gewerkschaften kann aber nicht auf einen hohen Organisationsgrad geschlossen werden: Die französischen Gewerkschaften weisen innerhalb Europas mit durchschnittlich 10 % einen der niedrigsten Organisationsgrade auf.⁵ Dieser Fakt kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass die französischen Gewerkschaften Richtungsgewerkschaften sind, die nach politisch-ideologischen Gesichtspunkten ausgerichtet sind und sich daher gegenseitig Konkurrenz machen, statt

⁴ Hier wird bewusst der Begriff „Europäische Integration“ statt „Europäische Union“ gewählt, da letzterer Begriff erst seit dem Vertrag von Maastricht als Bezeichnung für die Gesamtarchitektur der Union mit ihren drei Säulen benutzt wird, im Rahmen dieser Arbeit aber auch die früheren Integrationschritte relevant sind. Von den Interviewpartnern (siehe I.B) wird der Begriff „Europäische Union“ allerdings oft verwendet, um entweder den gesamten Integrationsprozess zu bezeichnen oder aber nur die wirtschaftliche Integration, von der korrekter Weise als „Europäischer Gemeinschaft“ gesprochen werden müsste. Häufig sprechen die Interviewpartner auch einfach von „Europa“, um den Integrationsprozess zu bezeichnen. Zu den begrifflichen Abgrenzungen vgl. Jachtenfuchs, Markus und Kohler-Koch, Beate: Vorwort. In: Diess. (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen 1996, S. 13f.

⁵ Vgl. Andalfatto, Dominique: Conclusion. In: Ders. (Hrsg.): Les syndicats en France. Paris 2004, S. 167. (Andalfatto 2004).

miteinander zu kooperieren. Sie sind zudem durch eine hohe Konfliktorientierung gekennzeichnet, die dazu führt, dass nicht, wie in vielen anderen europäischen Ländern, ein „Klassenkompromiss“ zwischen Kapital und Arbeit entstehen konnte: Gewerkschaften und Arbeitgeber stehen sich als „Klassenfeinde“ gegenüber, die kaum Verhandlungsbereitschaft zeigen. Protest und Streik sind nicht letztes Mittel, sondern gängige Praxis der Gewerkschaften. Dieses antagonistische Verhältnis erschwert eine Kompromissfindung und führt dazu, dass der französische Staat, der im europäischen Vergleich ohnehin eine dominante Rolle im nationalen Wirtschaftsleben einnimmt, auch eine zentrale Rolle in den stark verrechtlichten Arbeitsbeziehungen innehat.

Die beschriebenen Charakteristika legen die Vermutung nahe, dass es den französischen Gewerkschaften besonders schwer fallen wird, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen.

B Methodisches Vorgehen und Literaturstand

Diese Arbeit stellt eine Einzelfallstudie zu den französischen Gewerkschaften dar, die im Sinne einer „single country-study“⁶ innerhalb der Vergleichenden Regierungslehre einzuordnen ist. Die Beschränkung auf ein Land liegt aus zwei Gründen nahe: Erstens besteht die französische Gewerkschaftslandschaft aus mehreren großen und sehr unterschiedlichen Richtungsgewerkschaften, die nicht als eine Einheit behandelt werden können, sondern schon an sich vergleichend untersucht werden müssen. Zweitens ist der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit noch weitgehend unerforscht, so dass es sich anbietet, zunächst in einer „single country-study“ die Grundlagen für einen Vergleich zu legen. Es sollen aber dennoch komparatistische Elemente mit einbezogen werden, indem der deutsche Blickwinkel der Verfasserin explizit gemacht wird, um auf diese Weise die Besonderheiten des französischen Gewerkschaftssystems und der Reaktionen der französischen Gewerkschaften auf die Auswirkungen der Europäischen Integration hervorheben zu können.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Auswirkungen der Europäischen Integration auf die Strategien und Strukturen der französischen Gewerkschaften steht noch ganz am Anfang. Der größte Teil der insgesamt sehr überschaubaren Forschungsliteratur beschäftigt sich bisher mit der Positionierung der französischen Gewerkschaften gegenüber der Europäischen Integration.⁷ Erst in jüngster Zeit gibt es Arbeiten, die auch die Auswirkungen auf die

⁶ Landman, Todd: Issues and Methods in Comparative Politics. London/New York 2000, S. 32.

⁷ Vgl. insbesondere Andalfatto, Dominique: Les syndicats et l'Europe. In: *Regards sur l'actualité* 11 (1994), S. 45-56 (Andalfatto 1994) und Pernot, Jean-Marie: Les syndicats et l'Europe. Un *divorce à la française*. In: *recherche socialiste* 3 (1998), S. 23-47 (Pernot 1998a) sowie Chasard, Yves: Les syndicats français face à la

nationalen Strukturen und Strategien der Gewerkschaften mit einbeziehen.⁸ Diese Veröffentlichungen bieten eine gute Grundlage zur Bearbeitung der Fragestellung dieser Arbeit. Sie reichen aber allein nicht aus, um ein möglichst vollständiges Bild über die Veränderungstendenzen in den französischen Gewerkschaften zu geben. Zudem konnten in der genannten Literatur die jüngsten Entwicklungen noch nicht berücksichtigt werden. Im Jahr 2005 waren zwei Ereignisse besonders aufschlussreich für die Betrachtung der Reaktion der französischen Gewerkschaften auf die Europäische Integration: Das Referendum über die Annahme des europäischen Verfassungsentwurfes sowie der Entwurf der Kommission zu einer europäischen Dienstleistungsrichtlinie, der zwar schon 2004 vorgelegt wurde, aber erst zu Beginn dieses Jahres ins öffentliche Bewusstsein rückte.

Um die jüngsten Entwicklungen zu erfassen, steht eine explorative Fallstudie im Mittelpunkt der Arbeit. Diese basiert auf Artikeln aus der aktuellen (zum größten Teil französischen) Tages- und Wochenpresse und Positionspapieren der Gewerkschaften, vor allem aber auf qualitativen Interviews (Fragenleitfaden siehe Anhang), die ich im September 2005 mit Gewerkschaftsvertretern in Paris geführt habe.

Die Gewerkschaften wurden nach ihrer Relevanz im politischen Leben Frankreichs ausgewählt. Betrachtet werden demzufolge die drei größten repräsentativen Gewerkschaftsverbände *Confédération générale du travail (CGT)*, *Confédération française démocratique du travail (CFDT)* und *CGT-Force ouvrière (FO)*. Aufgrund ihrer zunehmenden Bedeutung wurde zudem eine der oppositionellen autonomen Gewerkschaftsgruppierungen in die Untersuchung mit einbezogen, und zwar der Zusammenschluss autonomer Gewerkschaften *Union syndicale-G10-Solidaires (Solidaires.)* Die vierte große repräsentative Gewerkschaft *Confédération française des travailleurs*

mondialisation. In : Ders. u.a. (Hrsg.): Les syndicats à l'épreuve de la mondialisation. *Les notes de l'ifri* 47 (2002), S. 23-47 (Chasard 2002).

⁸ Speziell zur *Confédération générale de travail (CGT)* vgl. Mouton, Gwenaëlle: La CGT. face à l'Europe. Le changement de positionnement idéologique et stratégique (1989-2000). Paris 2000 (Mouton 2000). Zu den drei großen repräsentativen Gewerkschaften *Confédération générale du travail (CGT)*, *Confédération française démocratique du travail (CFDT)* und *CGT-Force ouvrière (FO)* vgl. Pernot, Jean-Marie: Une université européenne du syndicalisme? L'Europe des syndicats. In: L'Europe en formation. Politix. *Revue des sciences sociales du politique* 43.3 (1998), S. 53-78 (Pernot 1998b) ; Ders. : Dedans, dehors, la dimension internationale dans le syndicalisme français. Paris 2001 (Pernot 2001a) sowie Ders. : Les syndicats français et l'Europe. In : Labbé, Dominique und Courtois, Stéphane (Hrsg.) : Regards sur la crise du syndicalisme. Paris 2001, S.154-166 (Pernot 2001b) und Basson, Jean-Charles : L'horizon européen du syndicalisme français. In: Andalfatto, Dominique (Hrsg.) : Les syndicats en France. Paris 2004, S. 139-163 (Basson 2004). Letzterer stützt sich weitgehend auf die bereits genannten Publikationen von Pernot.

chrétiens (CFDC) wurde hier aufgrund ihrer relativ geringen Bedeutung ebenso außenvor gelassen wie die berufsspezifischen Gewerkschaften.⁹

Die Interviewpartner wurden in Anlehnung an den „Positionsansatz“¹⁰ in der Elitenforschung zum einen nach ihrer Stellung innerhalb der Gewerkschaft ausgesucht, die ihren Aussagen ein gewisses Maß an Repräsentativität zukommen lässt: Interviewt wurden führende Gewerkschaftsvertreter auf der nationalen Konföderationsebene.¹¹ Zum anderen wurden sie nach ihrer Erfahrung im Bereich der Europapolitik ausgewählt: Sie arbeiten entweder in der für Europapolitik zuständigen Abteilung ihrer Gewerkschaft oder vertreten einen Posten auf europäischer Ebene.

Als zentraler Vergleichspunkt für die deutschen Gewerkschaften wurde nahe liegender Weise der *Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)* als Repräsentant all seiner Mitgliedsgewerkschaften ausgesucht. Da aber davon auszugehen ist, dass der DGB nicht immer gleichberechtigt alle Mitgliedsgewerkschaften vertreten kann, wird zudem eine Mitgliedsgewerkschaft dazu gezogen, die insbesondere in ihren Positionierungen gegenüber den Prozessen der Europäischen Integration oft dem „mainstream“ innerhalb des DGB entgegensteht: Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (**IG BAU**). Diese Wahl ist auch in Hinblick auf das Fallbeispiel Dienstleistungsrichtlinie nahe liegend, da die Baubranche von den Auswirkungen der Richtlinie besonders betroffen wäre.

C Einordnung in den Forschungshintergrund

Diese Arbeit ordnet sich in zwei verschiedene Felder der Forschung ein. Die Beschäftigung mit Gewerkschaften als Interessengruppen¹² fällt in den Bereich der Interessengruppen- und Verbändeforschung. Aufgrund der gewählten Fragestellung lässt sich der Untersuchungsgegenstand aber gleichzeitig in ein relativ neues Forschungsfeld einordnen, das

⁹ Vgl. dazu auch die Begründung, die Pernot für die Auswahl der Gewerkschaften gibt: Er bezieht nur CGT, CFDT und FO in die Analyse ein, da diese die drei wichtigsten französischen Gewerkschaftskonföderationen seien („les trois principales confédérations syndicales françaises“). Pernot 2001b, S. 153.

¹⁰ Wasner, Barbara: Eliten in Europa. Einführung in Theorien, Konzepte und Befunde. Wiesbaden 2004, S. 122f.

¹¹ Eine Ausnahme bildet ein Interviewpartner der CGT, der seine Gewerkschaft auf regionaler Ebene vertritt (zur Vorstellung der Interviewpartner vgl. IV.A.2).

Auch wenn der Schwerpunkt der Untersuchung auf der obersten Vertretungsebene der Gewerkschaften, den *confédérations*, liegt, werden dennoch teilweise auch der Mittelbau (*fédérations* und *unions territoriales*) sowie die Mitgliederbasis der Gewerkschaft (*adhérents*) mit in die Analyse einbezogen.

¹² Interessengruppen werden verstanden als Organisationen, die „zum einen Interessen gegenüber anderen Gruppen mit abweichenden oder entgegengesetzten Interessen [...] wahrnehmen, zum anderen die Interessen durch Mitwirkung und/oder Einwirkung auf Regierung und Ministerialbürokratie, Parlament, Parteien und Öffentlichkeit im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß zur Geltung bringen wollen.“ Interessengruppen gehören zum „intermediären System“, das heißt, sie sind Vermittlungsinstanzen zwischen der Mikroebene (der Bürgerschaft bzw. den Mitgliedern) und der Makroebene (den politischen und administrativen Strukturen). Vgl. Massing, Peter: Interessengruppen. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. München 2001, S. 210.

sich unter dem Stichwort „Europäisierung“ mit den Auswirkungen der Europäischen Integration auf Strukturen und Prozesse in den Nationalstaaten beschäftigt.

Die Interessengruppenforschung, die in ihrer Herangehensweise stark soziologisch geprägt ist und bisher in erster Linie national ausgerichtet war, beschäftigte sich lange Zeit hauptsächlich mit der Einflussnahme der Interessengruppen auf den politischen Entscheidungsprozess. Langfristig gesehen lässt sich eine Entwicklungslinie in der theoretischen Ausrichtung der Interessengruppenforschung vom Neo-Pluralismus über den Neo-Korporatismus bis hin zur Netzwerkforschung verfolgen.¹³ Diese Abfolge geht einher mit einer Wandlung der Betrachtungsweise von Interessengruppen: Zunächst werden Interessengruppen aus staatswissenschaftlicher Sicht als Teil der Institutionen betrachtet. Es folgt eine funktionalistische Sichtweise, die die Funktionen der Interessengruppen (*Interessenartikulation* und *Interessendurchsetzung*) in den Mittelpunkt stellt. Diese wiederum wird seit einigen Jahren durch eine sehr viel umfassendere Betrachtungsweise abgelöst, die Interessengruppen nun als Teil von komplexen Entscheidungsnetzwerken sieht.¹⁴ Innerhalb dieser weiten Betrachtungsweise ist seit jüngster Zeit die Etablierung eines neuen Blickwinkels zu beobachten: Immer häufiger wird der Fokus auf die Frage nach dem Wandel von Interessengruppen in sich verändernden Umwelten gelegt.¹⁵ Dazu gaben nicht zuletzt die politischen Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte einen entscheidenden Anstoß: Neben

¹³ Dies und Folgendes vgl. Beyme, Klaus von und Helms, Ludger: Interessengruppen. In: Helms, Ludger und Jun, Uwe (Hrsg.): Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung. Frankfurt a.M. / New York 2004, S. 210ff. (von Beyme/Helms 2004).

¹⁴ Auf die vor allem staatsrechtlich ausgerichtete Betrachtung von Interessengruppen bis Ende der 1950er Jahre folgt in den 1970er Jahren die Vorstellung einer pluralistischen Interessenrepräsentation (Pluralismustheorie). Diese geht von einer Vielzahl konkurrierender Verbände aus, die versuchen, Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse auszuüben. Von dieser Vorstellung wiederum grenzt sich der (Neo)Korporatismus ab, der von einer verbindlichen und regelmäßigen Beteiligung der Interessengruppen an politischen Entscheidungsprozessen ausgeht. Zur Abgrenzung des (Neo)Korporatismus vom Pluralismus vgl. insbesondere den zentralen Beitrag von Phillippe Schmitter: Still the Century of Corporatism? In: *Review of Politics* 36 (1974), S.85-131. Während Schmitter den Fokus vor allem auf die strukturellen Aspekte der Interessenvermittlung legt, legt der einflussreichste deutsche Theoretiker des Neokorporatismus, Gerhard Lehbruch, den Schwerpunkt auf die „steuerungstheoretischen Aspekte“, das heißt auf die Modi der Politikabstimmung (von Beyme/Helms 2004, S. 201). Der darauf folgende „Meso-Korporatismus“ löst sich von den makrotheoretischen Modellen, die versuchen, ganze Gesellschaften mit dem Korporatismus zu erklären. Er differenziert nach potentiell unterschiedlich strukturierten Arenen bzw. Sektoren. Seit den 1980er Jahren verlieren der Mesokorporatismus sowie die Korporatismusforschung insgesamt zunehmend an Einfluss. Dazu tragen nicht zuletzt „wichtige Veränderungen in der politisch-sozialen Realität der hochentwickelten liberalen Demokratien“ (von Beyme/Helms 2004, S. 209) bei: Die wachsende Anzahl gesellschaftlicher bzw. privater Akteure, die an der Entscheidungsfindung teilhaben, führt dazu, dass heute von „Entscheidungsnetzwerken“ (von Beyme/Helms 2004, S.209) ausgegangen wird (Theorie des „Netzwerkpluralismus“). Eine immer größere Rolle innerhalb dieses Forschungsfeldes spielt die Beschäftigung mit den Neuen Sozialen Bewegungen (vgl. von Beyme/Helms, S.204ff.).

¹⁵ Vgl. dazu unter anderem den zentralen Aufsatz von Wolfgang Streeck: Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich verändernden Umwelten. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39 (1987), S. 472-493 sowie die aktualisierte Version dieses Aufsatzes: Vielfalt und Interdependenz: Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich verändernden Umwelten. In: Ders.: Korporatismus in Deutschland. Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union. Frankfurt a.M. / New York 1999, S. 191-222. (Streeck 1999b).

der insbesondere für Deutschland relevanten deutschen Wiedervereinigung und dem Transformationsprozess in Mittel- und Osteuropa hat vor allem der europäische Integrationsprozess einschneidende Veränderungen hervorgerufen, die dazu führen, dass das Thema des Wandels und der Anpassung von Interessengruppen immer mehr in den Mittelpunkt rückt und dabei immer häufiger komparatistische Fragestellungen mit einbezogen werden.¹⁶ Die einst rein auf den nationalen Rahmen ausgerichtete Interessenforschung wird damit stark erweitert. Neben den bisher vorherrschenden soziologischen Gesichtspunkten gerät nun auch das politische Handlungsumfeld mehr und mehr ins Blickfeld. So entsteht eine Schnittstelle zu dem relativ neuen und in letzter Zeit stark expandierenden Forschungsgebiet, das sich mit den Auswirkungen der Europäischen Integration auf die politischen Strukturen in den Nationalstaaten beschäftigt.

Lange Zeit beschäftigte sich die „Europa-Forschung“ vor allem mit der Entwicklungsdynamik der Europäischen Integration. Mit der Weiterentwicklung und der Veränderung der Europäischen Integration veränderten sich auch die Ansätze und Theorien.¹⁷ Spätestens seit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 sind die Politikgestaltungskompetenzen auf europäischer Ebene soweit gewachsen, dass es kaum noch nationale Politikbereiche gibt, die nicht von ihnen beeinflusst werden.¹⁸ Eine zusätzliche Perspektive innerhalb der Europaforschung drängte sich also geradezu auf: In den letzten Jahrzehnten richtet die Forschung ihr Augenmerk zunehmend auf das Wechselverhältnis zwischen der nationalen und der europäischen Politikebene. Die Europäische Union als Mehrebenensystem mit der zunehmenden Verflechtung der verschiedenen Ebenen rückt ins Zentrum des Interesses und damit auch die Frage, wie effizientes Regieren in den Nationalstaaten unter den neuen Bedingungen noch funktionieren kann.¹⁹ Innerhalb dieses Forschungsfeldes wird seit einigen Jahren mit der so genannten „Europäisierungsforschung“ ein neuer Ansatz verfolgt, der sich damit beschäftigt, welche Rückwirkungen der Europäische Integrationsprozess auf die nationalen Politiken hat. Dieser Ansatz steckt bis jetzt aber noch in den Kinderschuhen:

¹⁶ Vgl. dazu von Alemann, Ulrich und Weßels, Bernhard: Verbände in vergleichender Perspektive – Königs- oder Dornenweg? In: Diess. (Hrsg.): Verbände in vergleichender Perspektive: Beiträge zu einem vernachlässigten Feld. Berlin 1997, S. 7-28. Zu den Anstößen zur neuen vergleichenden Ausrichtung der Verbändeforschung vgl. insbesondere S. 17f.

¹⁷ Zur Theorieentwicklung in der Integrationsforschung siehe Bieling, Hans-Jürgen und Lerch, Monika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration: Ein Systematisierungsprozess. In: Diess. (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden 2005, S. 25ff.

¹⁸ Vgl. Auel, Katrin: Europäisierung nationaler Politik. In: Bieling, Hans-Jürgen und Lerch, Monika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden 2005, S.293.

¹⁹ Als Beispiele aus einer Vielzahl von Literatur zu diesem Thema: Marks, Gary u.a. (Hrsg.): Governance in the European Union. London 1996 sowie Jachtenfuchs, Markus und Kohler-Koch, Beate: Regieren im dynamischen Mehrebenensystem. In: Diess. (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen 1996, S. 15-46; Benz, Arthur: Multilevel Governance – Governance im Mehrebenensystem. In: Ders. (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden 2004, S. 125-146.

„Yet, this branch of research [how Europe effects the member states] is still immature: there are relatively few empirical studies available, and there is little common ground amongst scholars about definitions, criteria and concepts employed to grasp the impact of European integration on domestic political and socio-economic structures.“²⁰

Dementsprechend liegt bis jetzt auch noch keine Übereinkunft über den Begriff „Europäisierung“ vor, der sehr unterschiedlich benutzt wird.²¹ Hier soll „Europäisierung“, in Absetzung vom bisherigen Blickwinkel der Integrationsforschung, verstanden werden als die Beschäftigung mit der Frage, „ob bzw. in welchem Ausmaß die EU nationale politische Strukturen, Prozeduren, Normen und Praktiken in den Mitgliedstaaten beeinflusst.“²²

Unterdessen gibt es erste Versuche, analytische Raster und Konzepte für die „Europäisierungs-Forschung“ zu finden.²³ Grundlegend sind dabei insbesondere die Ansätze von Cowles, Caporaso und Risse sowie von Knill und Lehmkuhl.²⁴ Untersucht wurden im Rahmen der „Europäisierungs-Forschung“ bisher in erster Linie die inhaltlichen Auswirkungen der Europäischen Integration in verschiedenen *policy*-Feldern.²⁵ Ein kleinerer, aber in letzter Zeit wachsender Teil der Forschung beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Europäischen Integration auf politische Institutionen wie zum Beispiel auf die nationale

²⁰ Lehmkuhl, Dirk: Under Stress: Europeanisation and Trade Associations in the Member States. *European Integration online Papers* (EioP), 4 .14 (2000), S.1. [<http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-014a.htm>]

²¹ Als erster definiert Ladrech den Begriff „Europäisierung“ als „incremental process re-orienting the direction and shape of politics to the degree that EC political and economic dynamics become part of the organizational logic of national politics and policy-making.“ (Ladrech, Robert: Europeanization of Domestic Politics and Institutions: The Case of France. In: *Journal of Common Market Studies* 32.1 (1994), S.69). Irreführender Weise wird der Begriff auch immer wieder verwendet, um die Institutionenbildung auf europäischer Ebene zu beschreiben. Vgl. zum Beispiel die Definition von Cowles u.a. als „the emergence and the development at the European level of distinct structures of governance.“ (Cowles, Maria u.a. (Hrsg.): *Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change*. Ithaca und London 2001, S.3 (Cowles u.a. 2001)). Es erstaunt, diese Definition von Europäisierung gerade in der Einleitung zu einem Sammelband zu finden, in dem in den einzelnen Beiträgen die Auswirkungen der Europäischen Integration auf die Nationalstaaten untersucht werden.

Einen Überblick über die Entwicklung des Begriffs gibt Featherstone: Featherstone, Kevin: Introduction: In the Name of *Europe*. In: Ders und Radaelli, Claudio M. (Hrsg.): *The Politics of Europeanization*. Oxford 2003, S.5ff.
²² Fallend, Franz u.a.: Editorial zur Ausgabe der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft zum Schwerpunktthema Europäisierung aus Akteursperspektive. Die Zählung der Widerspenstigen? *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32.3 (2003), S. 235. (Fallend u.a. 2003).

Wie die Definition des Begriffs, so ist auch seine Schreibweise noch nicht eindeutig geklärt: Neben „europeanization“ wird auch „europeanisation“ gebraucht.

²³ Vgl. zum Beispiel Börzel, Tanja A. und Risse, Thomas: When Europe Hits Home: Europeanization and Domestic Change. *European Integration online Papers* (EioP) 4.15 (2000). [<http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-015a.htm>]. Eine Zusammenfassung der verschiedenen Ansätze bietet: Radaelli, Claudio M.: Whither Europeanization? Concept stretching and substantive change. Europeanization and Domestic Change. *European Integration online Papers* (EioP) 4.8 (2000). [<http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-008a.htm>].

²⁴ Cowles u.a. 2001 sowie Knill, Christoph und Lehmkuhl, Dirk: How Europe Matters. Different Mechanism of Europeanization. *European Integration online Papers* (EioP) 3.7 (1999) (Knill/Lehmkuhl 1999). [<http://eiop.or.at/eiop/texte/1999-007a.htm>].

²⁵ Vgl. dazu u.a. Héritier, Adrienne u.a. (Hrsg.): *Differential Europe. The European Union Impact on National Policymaking*. Lanham 2001 sowie Knill, Christoph und Lenschow, Andrea (Hrsg.): *Implementing EU Environmental Policy: New Directions and Old Problems*. Manchester 2000.

Verwaltung²⁶ oder nationale Parlamente.²⁷ Eine bislang eher vernachlässigte Perspektive bildet die Untersuchungen der Auswirkungen auf die nationalen Akteure.²⁸ Zwar gibt es in letzter Zeit immer mehr Untersuchungen zu den Auswirkungen auf die nationalen Parteien²⁹, andere Akteure aber, wie zum Beispiel die nationalen Gewerkschaften, sind bis jetzt nur selten unter dem Aspekt der „Europäisierung“ betrachtet worden.³⁰ In der zunehmenden Anzahl an Veröffentlichungen über nationale Gewerkschaften und Europäische Integration werden die nationalen Gewerkschaften meist nicht unter dem Blickwinkel der „Europäisierung“ betrachtet, sondern unter der Fragestellung, wie sie sich auf europäischer Ebene neu organisieren.³¹ Im weitesten Sinne in den Bereich der „Europäisierungsforschung“ einordnen lässt sich eine große Anzahl an zumeist vergleichend ausgerichteten Veröffentlichungen, die sich mit der Entwicklung der nationalen Arbeitsbeziehungen innerhalb der Europäischen Union auseinandersetzen.³² Zwar spielen dabei auch die Gewerkschaften eine große Rolle, aber sie werden nicht an sich betrachtet, sondern lediglich als Teil eines Politikfeldes.

Diese Arbeit soll daher einen Beitrag leisten zu einem bisher eher vernachlässigten Feld.

²⁶ Vgl. dazu u.a. Goetz, Klaus H.: European integration and national executives: A cause in search of an effect. In: Ders. und Hix, Simon (Hrsg.): Europeanised Politics. European Integration and National Political Systems. London 2000, S.211-231.

²⁷ Vgl. dazu u.a. den Sammelband von Maurer, Andreas und Weßels, Wolfgang (Hrsg.): National Parliaments on their Ways to Europe: Losers or Latecomers? Baden-Baden 2001.

²⁸ Diese Lücke ein Stückweit zu schließen setzt sich das Schwerpunktheft der *Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft* zum Thema „Europäisierung aus Akteursperspektive. Die Zähmung der Widerspenstigen?“ zum Ziel. Im Zentrum stehen dabei „drei Akteurstypen“: Parteien, Interessengruppen und regionale Akteure. Vgl. Fallend u.a. 2003, S. 235.

²⁹ Vgl. dazu u.a. Aust, Andreas: Von *Skeptikern* zu *Musterschülern*? Die Europäisierung der Sozialdemokratie. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32.3 (2003), S. 250-270 sowie Mair, Peter: The Limited Impact of Europe on National Party Systems. In: Goetz, Klaus H. Und Hix, Simon (Hrsg.): Europeanised Politics? European Integration and National Political Systems. *West European Politics*, Special Issue 23.4 (2000), S. 27-51.

³⁰ Einige der wenigen Ausnahmen bilden eine Untersuchung, die mit einem spieltheoretischem Instrumentarium untersucht, inwiefern sich die „Europäisierung“ auf die strategischen Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in der Schweiz auswirkt: Fischer, Alex: Die Schweizer Gewerkschaften und die Europäisierung helvetischer Politik. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32.3 (2003), S.303-320; sowie ein Beitrag, der die europaweite Veränderung gewerkschaftlicher Organisationsformen als Reaktion auf die Auswirkungen der Europäischen Integration untersucht: Taylor, Graham und Mathers, Andrew: Social Partner or Social Movement? European Integration and Trade Union Renewal in Europe. In: *Labor Studies Journal* 27.1 (2002), S.93-108 (Taylor/Mathers 2002). Zur Literatur zu den Auswirkungen der Europäischen Integration auf die französischen Gewerkschaften vgl. Fußnote 8.

³¹ Zu nennen sind hier u.a.: Ebbinghaus, Bernhard und Visser, Jelle: Barrieren und Wege *grenzenloser Solidarität*: Gewerkschaften und Europäische Integration. In: Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Staat und Verbände. PVS Sonderheft 25 (1994), S. 223-255 sowie Streeck, Wolfgang: Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und europäischer Union. MPIfG Köln Working Paper 1 (1996).

³² Zu nennen sind hier u.a. Ferner, Anthony und Hymann, Richard (Hrsg.): *Industrial Relation in the new Europe*. Oxford 1992; Diess. (Hrsg.): *Changing Industrial Relations in Europe*. Oxford 1998; Crouch, Colin und Traxler, Franz: *Organized Industrial Relations in Europe: What Future?* Avebury 1995; Ruysseveldt, Joris van und Visser, Jelle (Hrsg.): *Industrial Relations in Europe. Traditions and Transitions*. London / New Delhi 1996 (Ruysseveldt/Visser 1996a) und Eberwein, Wilhelm u.a. (Hrsg.): *Die Europäisierung der Arbeitsbeziehungen als politisch-sozialer Prozeß. Zum Zusammenhang von nationaler und europäischer Ebene am Beispiel von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien*. München 2000 (Eberwein u.a. 2000).

D Analytischer Ansatz, Hypothesenbildung und Vorgehen

Der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit lässt sich in den (Theorie)Ansatz des Neoinstitutionalismus einordnen, der sich mit der „prägende[n] Kraft von Institutionen im weitesten Sinne der Regelmäßigkeit“³³ beschäftigt. Im Gegensatz zum traditionellen Institutionalismus, der in erster Linie die rechtliche Dimension politischer Institutionen ins Blickfeld nimmt, meist ganze politische Systeme anstatt einzelner Institutionen oder Teilbereiche untersucht, eine stark normative Herangehensweise an den Tag legt und davon ausgeht, dass die institutionellen Strukturen die „Handlungen von Akteuren in hohem Maße beeinflussen oder gar determinieren“, bezieht der Neoinstitutionalismus auch die informellen Dimensionen politischer Institutionen wie zum Beispiel Routineverfahren oder gesellschaftliche Praktiken mit ein. Er ist zudem stärker empirisch-analytisch als normativ ausgerichtet, zeigt „eine größere Offenheit bezüglich der Annahmen über das Einflussverhältnis zwischen Institutionen und Akteuren, welches oftmals als reziprok, stets jedoch als hochgradig komplex und keineswegs determiniert angesehen wird“, und untersucht meist einzelne Ausschnitte von politischen Systemen.³⁴ Innerhalb des Neoinstitutionalismus lassen sich drei Untergebiete ausmachen.³⁵ Der Fokus des historischen (Neo)Institutionalismus liegt auf den langfristigen Effekten von Institutionen (Faktor Zeit) und der Kontinuität bzw. dem Wandel von Institutionen. Seine Vertreter gehen davon aus, dass die Handlungen und Strategien von Akteuren in hohem Maße und über lange Zeiträume hinweg durch die Institutionen, in die sie eingebettet sind, geprägt werden. Der soziologische (Neo)Institutionalismus weist viele Gemeinsamkeiten mit dem historischen Institutionalismus auf, verwendet aber einen viel weiteren Begriff der Institution, der auch den gesellschaftlichen und kulturellen Kontext sowie normative Prägungen mit einbezieht. Der Ansatz des Rational-Choice-Institutionalismus stellt eine Weiterentwicklung des in die Politikwissenschaft übertragenen ökonomischen Rational-Choice-Ansatzes dar. Der institutionelle Kontext wird hier als intervenierende Variable für das (kurzfristige) strategische Handeln von Akteuren gesehen.

³³ Sturm, Roland: Die *europäische Konstellation* – Zur Europäisierung des politischen Entscheidens. In: Chardon, Matthias u.a. (Hrsg.): *Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert*. Festschrift für Rudolf Hrbek zum 65. Geburtstag. Baden-Baden 2003, S. 55. (Sturm 2003). Zentral für die „Neuentdeckung“ des Institutionalismus in der Politikwissenschaft war der Beitrag von March und Olsen: March, James G. und Olsen, Johan P.: *The new institutionalism: Organizational factors in political life*. In: *American Political Science Review* 78 (1984), S. 734-749.

³⁴ Helms, Ludger: Einleitung: Politikwissenschaftliche Institutionenforschung am Schnittpunkt von Politischer Theorie und Regierungslehre. In: Ders. und Jun, Uwe (Hrsg.): *Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung*. Frankfurt a.M. / New York 2004, S. 28f. (Helms 2004). Zu den folgenden Ausführungen vgl. Helms 2004, S. 27ff. und Sturm 2003, S.56f.

³⁵ Die schematische Aufteilung in die drei Untergebiete dient heuristischen Zwecken. Tatsächlich bestehen zahlreiche Überlappungen und Austauschbeziehungen zwischen diesen Untergebieten.

Der für diese Arbeit besonders relevante Ansatz des „akteurszentrierten Institutionalismus“ von Mayntz und Scharpf steht zwischen diesen verschiedenen Ausprägungen des Neoinstitutionalismus. Der Ansatz legt den Fokus auf den Akteur, geht aber davon aus, dass Akteure in ihrem Handeln durch den institutionellen Kontext, in den sie eingebettet sind, geprägt werden.³⁶ Die Besonderheit dieses Ansatzes ist es, dass handlungstheoretische (hier akteurszentrierte) und systemtheoretische (hier institutionenzentrierte) Ansätze zusammengeführt werden:

„Die Analyse von Strukturen ohne Bezug auf Akteure bleibt genauso defizitär wie die Analyse von Akteurhandeln ohne Bezug auf Strukturen [...]. Der akteursbezogene Institutionalismus will mit seiner Doppelperspektive auf Akteure und Institutionen diese analytische Dichotomie überwinden.“ (1995:46)

Aus dem sehr komplexen Analyseraster sollen für diese Arbeit einzelne relevante Gesichtspunkte übernommen werden, um daraus einen eigenen Analyseansatz zu bilden.³⁷ Die folgende Zusammenfassung des Ansatzes konzentriert sich daher auf die für diese Arbeit relevanten Aspekte.

Scharpf und Mayntz gehen davon aus, dass die Strategien und Handlungen der Akteure durch den institutionellen Rahmen, in den sie eingebettet sind, (mit)bestimmt und geprägt werden: „Der institutionelle Rahmen [...] konstituiert Akteure und Akteurskonstellationen, strukturiert ihre Verfügung über Handlungsressourcen, beeinflusst ihre Handlungsorientierungen und prägt wichtige Aspekte der jeweiligen Handlungssituation, mit der der einzelne Akteur sich konfrontiert sieht.“ (1995:49) Der Begriff „Institution“ wird dabei, verstanden allein als „Regelungsaspekte“, sehr eng definiert. Der Begriff „institutioneller Kontext“ wird gebraucht „als Sammelbegriff zur Beschreibung der wichtigsten Einflüsse auf [...] Akteure mit ihren

³⁶Mayntz, Renate und Scharpf, Fritz W.: Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus. In: Dies. (Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Frankfurt a.M. / New York 1995, S. 39-72 (von jetzt an Seitenangaben direkt im Fließtext in Klammern). Dieser Ansatz wurde von Scharpf weiterentwickelt und in seinem Buch „Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung“, Opladen 2000 (Scharpf 2000), veröffentlicht. In der Weiterentwicklung nimmt der Ansatz stark spieltheoretische Züge an, weswegen der „akteurszentrierte Institutionalismus“ in der neusten Forschung auch unter den Rational-Choice-Institutionalismus eingeordnet wird (vgl. z.B. Sturm 2003, S. 56). Scharpf äußert in der Einleitung der Veröffentlichung von 2000: „Ich muss jedoch darauf hinweisen, daß der gemeinsame Ansatz [Mayntz/Scharpf 1995] über das hier dargestellte hinaus reicht. [...]. Stattdessen wird in diesem Buch mehr Gewicht auf die Anwendbarkeit von – im weitesten Sinne spieltheoretischen – analytischen Werkzeugen gelegt, als dies in unserem allgemeineren Ansatz der Fall ist.“ (Einleitung, S.18). Da für die vorliegende Magisterarbeit kein spieltheoretischer Ansatz gewählt wurde, beziehe ich mich im Folgenden in erster Linie auf die frühere und allgemeinere Form des Ansatzes und ergänze ihn durch Teile aus der Überarbeitung von 2000, soweit sie für diese Arbeit relevant sind.

³⁷ Diesem Verfahren stimmen die Autoren explizit zu: „Ein Forschungsdesign, in dem ein mehrschichtiger institutioneller Kontext, individuelle wie korporative Akteure, ihre jeweiligen Handlungsorientierungen, Wahrnehmungen und interaktiven Beziehungen gleichermaßen systematisch einbezogen werden, lässt sich in einer empirischen Untersuchung kaum anwenden.“ Es biete sich daher an, „nur bestimmte Ausschnitte aus diesem komplexen analytischen Raster“ zu verwenden. (1995:67).

Handlungsorientierungen und Fähigkeiten, Akteurskonstellationen und Interaktionsformen.“³⁸

Die Autoren betonen aber, dass Institutionen keine determinierenden Faktoren für das Verhalten von Akteuren darstellen: „Der institutionelle Rahmen umschließt [...] nicht alle Arten von Handlungen und handlungsrelevanten Faktoren, und er bestimmt auch dort, wo er gilt, Handlungen nicht vollständig.“ (1995:49) Es bleiben immer Handlungsspielräume offen, für deren Ausfüllung dann die jeweiligen Handlungsorientierungen der Akteure ausschlaggebend sind. Diese Orientierungen sind teilweise institutionell geprägt, können aber auch durch die Position der Akteure innerhalb der Akteurskonstellation oder aber durch kontextunabhängige, sozialisationsbedingte oder historisch bedingte Eigenschaften der Akteure bestimmt werden. Zudem gehen die Autoren davon aus, dass nicht nur die Akteure durch die Institutionen geprägt werden, sondern das Verhalten der Akteure auch wiederum Rückwirkung auf die Institution haben kann.³⁹

Die Akteure werden verstanden als „korporative Akteure“⁴⁰, das heißt als „handlungsfähige, formal organisierte Personen-Mehrheiten, die über zentralisierte, also nicht mehr den Mitgliedern individuell zustehende Handlungsressourcen verfügen [...]“. (1995:49f.) Die korporativen Akteure treten in der Regel nicht allein auf, sondern sind in Akteurskonstellationen eingebettet.⁴¹ Zudem haben sie individuelle Akteure als Mitglieder. Die Erklärungen des strategischen Handelns konzentrieren sich aus pragmatischen Gründen oft auf die Makroebene (korporative Akteure). Auch die Mikroebene (Mitglieder) kann aber für das Verhalten der korporativen Akteure relevant sein.⁴²

Dieser Ansatz soll nun auf den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit übertragen werden. Dabei wird er zum Teil modifiziert und durch Aspekte aus neoinstitutionalistischen Ansätzen sowie aus Ansätzen der Europäisierungsforschung ergänzt.

Der Übersichtlichkeit halber soll hier, abweichend von der von Scharpf und Mayntz vorgenommenen Einteilung, die Ebene der korporativen Akteure innerhalb der

³⁸ Scharpf 2000, S. 78.

³⁹ Institutionen werden nicht als „Ergebnis evolutionärer Entwicklungen“ interpretiert, sondern „sie können ihrerseits absichtsvoll gestaltet und durch das Handeln angebbarer Akteure verändert werden.“ Institutionen werden daher „als abhängige wie als unabhängige Variablen“ behandelt. (1995:45).

⁴⁰ Die Autoren legen Wert auf die analytische Unterscheidung zwischen Institutionen und Akteuren. Institutionen (Regelsysteme) handeln nicht, sind daher keine Akteure, aber können das Verhalten von Akteuren prägen. „Soziale Gebilde wie Organisationen“ dagegen können entweder als Institutionen verstanden werden im Sinne der darin verkörperten Regelungen, oder aber, unter dem Aspekt der Handlungsfähigkeit, als korporative Akteure. (1995:49).

⁴¹ „Die Bearbeitung von Problemen, die sich auf sektoraler oder gesamtgesellschaftlicher Ebene stellen, ist fast nie nur die Sache eines einzelnen Akteurs, sondern typischerweise Gegenstand von Interaktionen in einer Konstellation mehrerer Akteure mit interdependenten Handlungsoptionen.“ (1995:60).

⁴² Die Mikroebene muss nach Scharpf und Mayntz immer dann mit einbezogen werden, wenn institutionelle Faktoren und der situative Kontext allein das Verhalten der Akteure nicht erklären können. (1995:50).

Handlungskonstellation als Mesoebene, die Ebene ihrer individuellen Mitglieder als Mikroebene und der institutionelle Kontext als Makroebene bezeichnet werden.

Im Sinne des Modells von Scharpf und Mayntz werden Gewerkschaften als korporative Akteure verstanden, die auf der Mesoebene Teil einer Akteurskonstellation sind, der weitere Akteure der Arbeitsbeziehungen sowie mögliche Bündnispartner der Gewerkschaften angehören. Die Mikroebene bilden sowohl die individuellen Mitglieder (Basis) als auch der Mittelbau der Gewerkschaften. Der der Makroebene zuzuordnende institutionelle Kontext soll hier sehr viel weiter gefasst werden als bei Scharpf und Mayntz. Die Einflüsse, die Scharpf und Mayntz neben den institutionellen Einflüssen als ausschlaggebend für das Handeln der Akteure sehen, wie zum Beispiel historisch bedingte Eigenschaften der Akteure, werden hier dem institutionellen Kontext zugeordnet: Der Begriff der Institution soll hier im Sinne eines soziologisch ausgerichteten historischen Institutionalismus⁴³ sowohl den politisch-gesellschaftlichen Kontext, in den die Akteure eingebettet sind, als auch die historische Dimension, das heißt die langfristigen Entwicklungen von Institutionen und ihre langfristigen Wirkungen auf die Akteure, umfassen. Im Fall des Untersuchungsgegenstandes dieser Arbeit bilden die in Frankreich etablierten Arbeitsbeziehungen sowie der für die Gewerkschaften relevante gesellschaftliche und politisch-kulturelle Rahmen den institutionellen Kontext. Verändert sich dieser Kontext, muss sich nach dem Modell des akteurszentrierten Institutionalismus auch das Verhalten der Akteure verändern.

Der Prozess, der auf den institutionellen Kontext einwirkt und damit die Handlungsmöglichkeiten und Strategien der Akteure verändert, ist in diesem Fall der Prozess der Europäischen Integration. Um diese Perspektive mit in das Analyseraster zu integrieren, sollen einige Ansätze aus der „Europäisierung-Forschung“ mit herangezogen werden: Nach Cowles u.a. rufen die europäischen Prozesse und Vorgaben einen Anpassungs- und Veränderungsdruck auf nationaler Ebene hervor.⁴⁴ Wie groß dieser Anpassungsdruck ist, hängt von der funktionalen Passung (*goodness of fit*) zwischen nationalen Verhältnissen und veränderten europäischen Bedingungen ab. Stimmen die Verhältnisse im Prinzip überein (*fit*), liegt kein Veränderungsdruck vor; weichen sie stark voneinander ab (*misfit*), besteht großer Anpassungsbedarf, die Akteure müssen ihr Verhalten verändern. In welchem Maße und auf

⁴³ Die Zusammenfügung von Gesichtspunkten aus dem historischen und dem soziologischen Institutionalismus bezeichnet Morisse-Schilbach mit dem Begriff des „sozio-historischen Institutionalismus“. Morisse, Schilbach, Melanie: Historischer Institutionalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen und Lerch, Monika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden 2005, S. 287.

⁴⁴ „Europeanization matters. In nearly every case, Europeanization has led to distinct and identifiable changes on the domestic institutional structures of member states.“ (Cowles u.a. 2001, S.1) „The broad proposition that Europeanization affects domestic politics is noncontroversial. Politics within European countries are influenced daily and in countless ways by the actions and legislation of the European Union.“ (Cowles u.a. 2001, S.4).

welche Weise die Akteure reagieren bzw. sich anpassen, hängt aber wiederum vom institutionellen Kontext ab, der das Handeln der Akteure über lange Zeit geprägt hat.⁴⁵ Die Abhängigkeit der Reaktion vom institutionellen Umfeld kann unter den Begriff der „Pfadabhängigkeit“⁴⁶ gefasst werden, der hier verstanden wird als die „Bindekraft institutioneller Entwicklungspfade“, die den Wandel von nationalen Strukturen zwar nicht verhindern kann, den Anpassungsprozessen aber eine „institutionenbedingte Spezifität“ verleiht.⁴⁷ Aufgrund der Pfadabhängigkeit ist anzunehmen, dass es, obwohl alle Nationalstaaten mit ähnlichen äußeren Herausforderungen konfrontiert sind, dennoch nicht zu einer Angleichung der nationalen Systeme kommt (Konvergenz), sondern sich verschiedene Reaktionen und Anpassungsprozesse abspielen (Divergenz).⁴⁸

Nicht zuletzt aufgrund der Pfadabhängigkeit lässt sich also nicht pauschal und länderübergreifend voraussagen, in welcher Weise die Anpassungsreaktionen auf europäische Herausforderungen erfolgen werden. Es ist aber auf jeden Fall anzunehmen, dass es zu Veränderungen der Akteurskonstellationen und der Strategien der Akteure, in diesem Falle der Gewerkschaften, kommt. Langfristig ist zum einen zu vermuten, dass die Änderung des institutionellen Kontextes zu Veränderungen innerhalb der Akteurskonstellationen führt, dass also zum Beispiel neue Koalitionen entstehen oder bestehende Bündnisse gelöst werden, da die Ressourcen zwischen den Akteuren neu verteilt werden („redistribution of power and resources between domestic actors“).⁴⁹ Zum anderen, und damit zusammenhängend, ist anzunehmen, dass die Akteure ihre Strategien verändern werden: „[T]he basic logic of Europeanization [...] is to change institutional opportunity structures for domestic actors.

⁴⁵ Cowles u.a. nennen die möglichen Einflussfaktoren „mediating factors“. Diese Faktoren, zu denen sie zum Beispiel die Vetomacht des betroffenen Akteurs oder seine Stellung in der Akteurskonstellation zählen, werden in dieser Arbeit als Bestandteile des weit gefassten institutionellen Kontextes gesehen.

⁴⁶ Das Konzept der „Pfadabhängigkeit“ stammt ursprünglich aus der Wirtschaftswissenschaft (Spieltheorie). Zu seiner Übertragung auf die Sozialwissenschaften und seiner Anwendung in der Institutionenforschung vgl. Wetzel, Anne: Das Konzept der Pfadabhängigkeit und seine Anwendungsmöglichkeiten in der Transformationsforschung. *Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin* 52 (2005). Zur speziellen Anwendung des Begriffs der Pfadabhängigkeit im historischen Institutionalismus vgl. Thelen, Kathleen: Historical institutionalism in comparative politics. *Annual Review of Political Science* 2 (1999), S. 369-404.

⁴⁷ Cattero, Bruno: Jenseits von Konvergenz und Pfadabhängigkeit – Über die Europäisierung der industriellen Beziehungen in Zeiten der Globalisierung. In: Schmidt, Gert und Trinczek, Rainer (Hrsg.): *Globalisierung. Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts*. Baden-Baden 1999, S. 96.

⁴⁸ Die „Konvergenz-Divergenz-Debatte“ geht bis in die 1950er Jahre zurück. Zunächst herrschte die Ansicht vor, dass aufgrund der „universellen Logik kapitalistischer Industrialisierung“ von einer langfristig „universelle[n] Konvergenz von Organisationsstrukturen und Regelungssysteme[n]“ auszugehen sei. Ab den 1970er Jahren setzten eher institutionalistisch orientierte Autoren dagegen, die Modernisierungsprozesse spielten sich stets „vor der Folie eines nationalspezifischen Institutionengeflechts“ ab (Pfadabhängigkeit). Daher werde die „institutionelle Divergenz beständig reproduziert.“ Mit der Globalisierungsdebatte seit Beginn der 1990er Jahre kommt es zu einer „Renaissance des Konvergenzgedankens“. Die Debatte ist also wieder aktuell. Vgl. Schulten, Thorsten: Perspektiven nationaler Kollektivvertragsbeziehungen im integrierten Europa. In: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Regieren im entgrenzten Raum*. PVS Sonderheft 29 (1998), S. 149ff.

⁴⁹ Knill/Lehmkuhl 1999, S. 13.

New strategic options emerge and other strategies may no longer be feasible.”⁵⁰ Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Prozesse der Europäischen Integration nicht nur die Strategien und Konstellationen auf nationaler Ebene verändern, sondern zudem durch die Europäische Integration auch neue Strategie- und Konstellationsoptionen auf übernationaler Ebene entstehen, die die nationalen Akteure nutzen können. Für die Gewerkschaften bieten zum Beispiel der *Europäische Gewerkschaftsbund* (EGB) oder die Einrichtung des europäischen *Sozialen Dialogs* neue Handlungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene.

Will man die durch die Europäische Integration ausgelösten Veränderungen im Akteursverhalten betrachten, muss man aber einen der tatsächlichen Veränderung vorausgehenden Schritt mit bedenken: Verändert sich der Kontext, läuft zunächst ein kognitiver Prozess ab. Die betroffenen Akteure verändern ihre Wahrnehmung und positionieren sich daraufhin neu gegenüber dem veränderten Kontext.⁵¹ Erst danach folgen tatsächliche Handlungsschritte, die selbstverständlich stark durch die vorhergehende Positionierung der Akteure beeinflusst werden. Auch diese Phasen müssen berücksichtigt werden: „[W]e need to apply an actor-centred perspective which takes account of the extent to which European policies have either altered domestic opportunity structures [...] or [in diesem Falle and] beliefs and expectations of domestic actors [...]“⁵²

Diesen Ausführungen entsprechend wird in der vorliegenden Arbeit von der Grundannahme ausgegangen, dass sich durch die Auswirkungen der Europäischen Integration der institutionelle Kontext, in den die bisher stark national ausgerichteten Gewerkschaften eingebunden sind, verändert und sich dadurch aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Strategien der Gewerkschaften sowie ihre Rolle in den Akteurskonstellationen verändern werden. Dabei wird angenommen, dass den tatsächlichen Veränderungen zunächst ein kognitiver Prozess vorausgeht, der zu einer veränderten Positionierung der Gewerkschaften gegenüber der Europäischen Integration führt. Der Fokus liegt hier also vor allem auf den Veränderungen, die bei den Akteuren hervorgerufen werden (*top-down*-Perspektive) – die

⁵⁰ Knill/Lehmkuhl 1999, S.3.

⁵¹ Auch Scharpf und Mayntz berücksichtigen zwar in ihrem Ansatz die kognitiven Prozesse, sehen sie aber nicht explizit als eigenen Schritt, der den tatsächlichen strategischen Veränderungen vorausgeht, sondern als einen von mehreren Aspekten, die das Handeln beeinflussen („Handlungsorientierung“): „Kognitive Orientierungen betreffen die Wahrnehmung der Handlungssituation und ihrer kausalen Strukturen, der verfügbaren Handlungsoptionen und erwartbaren Ergebnisse.“ (Scharpf/Mayntz 1995, S.53) Auch Knill und Lehmkuhl berücksichtigen die kognitiven Prozesse in ihrem Ansatz, gehen dabei aber von bewusst gesteuerten Prozessen aus: „There are other European activities whose aim is basically to prepare the ground for subsequent policies of positive or negative integration.“ (Knill/Lehmkuhl 1999, S. 3).

⁵² Knill 1999, S. 13.

Rückwirkungen des Handelns der Akteure auf den institutionellen Kontext werden weitgehend vernachlässigt.⁵³

Hypothesenbildung

Im Folgenden werden anhand des vorgegebenen Analyserasters Hypothesen darüber formuliert, wie sich die Einflüsse der Europäischen Integration auf Einstellungen, Strategien und Konstellationen der französischen Gewerkschaften ausüben könnten.

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass ein *misfit* besteht zwischen der Europäischen Integration mit ihrem Schwerpunkt auf der Marktliberalisierung, die dazu führt, dass die Nationalstaaten einen großen Teil ihrer Steuerungskapazitäten verlieren, und den Zielen der französischen Gewerkschaften: Die Gewerkschaften setzen auf eine soziale Flankierung des Wettbewerbs und einen starken nationalen Sozialstaat. Ein Veränderungsdruck ist also auf jeden Fall gegeben. Es ist aber anzunehmen, dass sich die französischen Gewerkschaften aufgrund ihrer starken Zersplitterung, ihrer ideologischen Ausrichtung und ihrem starken Bezug auf den französischen Staat, der lange Zeit protektionistische Tendenzen verfolgte, mit der Anpassung ganz besonders schwer tun und ihre Strategien zunächst trotz des Veränderungsdruck weiter in erster Linie national ausrichten.

Aufgrund der Zersplitterung der französischen Gewerkschaften und ihrer sehr unterschiedlichen politisch-ideologischen Ausrichtung ist es schwierig, hypothetische Aussagen für alle vier Gewerkschaften gemeinsam zu machen. Diese Feststellung an sich stellt aber schon eine Grundhypothese dar: Es ist anzunehmen, dass die vier ausgewählten französischen Gewerkschaften sehr unterschiedlich auf die europäische Herausforderung reagieren.

In Bezug auf den ersten Schritt (kognitiver Prozess), also die Einstellung und die Positionierung gegenüber der Europäischen Integration, liegt die Vermutung nahe, dass aufgrund des beschriebenen *misfits* zwischen europäischer Entwicklung und gewerkschaftlichen Zielen insgesamt eine eher europaskeptische Einstellung vorherrscht. Insbesondere aufgrund der besonders starken Fixierung der französischen Gewerkschaften auf den Staat, der spätestens seit Ende der 1980er Jahre durch die schnell voranschreitende wirtschaftliche Integration an Einflussmöglichkeiten verloren hat, ist anzunehmen, dass die Gewerkschaften die Liberalisierungsschritte der EU ablehnen und versuchen, die nationalen

⁵³ Möchte man den hier benutzten Analyseansatz, der aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt ist, in die oben beschriebenen Ansatzraster einordnen, so ließe er sich am ehesten beschreiben als „soziologisch orientierter akteurszentrierter Institutionalismus.“

Strukturen beizubehalten und zu verteidigen. Dabei gibt es aber sicherlich Nuancen zwischen den einzelnen Gewerkschaften.

Auch die Rolle der Gewerkschaften innerhalb der Akteurskonstellation wird sich voraussichtlich verändern. In Hinblick auf die Arbeitsbeziehungen ist anzunehmen, dass es aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Vernetzung innerhalb der EU und dem damit verbundenen Wettbewerbsdruck zu einer weiteren Machtverschiebung zugunsten der Arbeitgeber und ihrer Vertretungen kommt. Es stellt sich die Frage, wie die Gewerkschaften darauf reagieren. Die eigentlich nahe liegende Reaktion, ein Zusammenschluss zwischen den Gewerkschaften, erscheint angesichts der tief verwurzelten Rivalitäten zwischen den Gewerkschaften sehr unwahrscheinlich. Sehr viel wahrscheinlicher ist, dass die Gewerkschaften sich in noch stärkerem Maße als vorher an den Staat wenden und ihn auffordern, zu ihren Gunsten einzugreifen, um das immer größer werdende Machtungleichgewicht auszugleichen.

In Bezug auf das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften liegt die Vermutung nahe, dass die ohnehin tiefen ideologisch-politischen Gräben zwischen den Gewerkschaften durch die Auseinandersetzung um die Europäische Integration noch weiter aufreißen. Wahrscheinlicher als der Zusammenschluss zwischen den Gewerkschaften ist daher das Aufkommen neuer Koalitionen (bzw. das Wiederaufnehmen alter Koalitionen), zum Beispiel mit Parteien oder sozialen Bewegungen. Es liegt zudem nahe, dass es auch zu Koalitionen außerhalb des nationalen Rahmens kommt, zum Beispiel mit anderen nationalen Gewerkschaften im Rahmen des *Europäischen Gewerkschaftsbundes* (EGB). Aufgrund der starken ideologischen Ausrichtung der französischen Gewerkschaften und der Zersplitterung der Gewerkschaftslandschaft ist aber zu vermuten, dass sich die französischen Gewerkschaften schwerer tun mit der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene als andere Gewerkschaften in Europa.

Auch in Bezug auf die Strategien der Gewerkschaften ist davon auszugehen, dass die französischen Gewerkschaften die europäische Ebene relativ wenig nutzen, sondern ihre Handlungen weiterhin weitgehend national ausrichten und den französischen Staat nach wie vor als ihren Hauptansprechpartner betrachten. Diese Vermutung liegt auch deshalb nahe, weil die auf europäischer Ebene geschaffenen Möglichkeiten für die Sozialpartner, wie zum Beispiel der *Soziale Dialog*, nicht mit den französischen Mustern der Arbeitsbeziehungen übereinstimmen, bei denen statt auf Verhandlung in erster Linie auf Konflikt und gesetzliche Lösungen gebaut wird. Die französischen Gewerkschaften werden voraussichtlich weiterhin in der politischen Arena agieren und Konflikt und Protest als erstes Mittel sehen.

Vorgehen

Ziel der Arbeit ist es, herauszufinden, ob und in welcher Weise sich der Prozess der Europäischen Integration auf die Einstellungen, aber auch auf die Strategien und Handlungsmuster der französischen Gewerkschaften auswirkt.

Um zu verstehen, wie die französischen Gewerkschaften auf die Veränderungen reagieren, die sich durch die Europäische Integration ergeben, ist es notwendig, bestimmte Grundkenntnisse über die Entstehung der französischen Gewerkschaften sowie über den institutionellen Kontext zu haben, in den sie eingebunden sind und der ihre Handlungsmuster über lange Zeit geprägt hat. Daher wird in einem ersten, auf die eigentliche Fragestellung hinführenden Kapitel zunächst kurz die Entwicklung der französischen Gewerkschaften nachgezeichnet und ein Überblick über die heutige französische Gewerkschaftslandschaft gegeben (Kapitel II A). Daran anschließend wird der besondere gesellschaftspolitische Hintergrund, in den die Gewerkschaften eingebettet sind, vorgestellt (II B). Schließlich soll auf die historisch dominanten Handlungsmuster und Strategien der Gewerkschaften in den Arbeitsbeziehungen eingegangen werden (II.C). Um die Besonderheiten der französischen Gewerkschaften und des französischen Systems der Arbeitsbeziehungen hervorheben zu können, wird in diesem Kapitel eine vergleichende deutsche Perspektive eingenommen.

Im zweiten hinführenden Kapitel (III) werden die Veränderungsprozesse betrachtet, mit denen die Gewerkschaften in Europa konfrontiert sind: Zwar stellt die Europäische Integration eine ganz besondere Herausforderung für die nationalen Gewerkschaften dar, sie ist aber nicht der einzige Faktor, durch den das Umfeld der Gewerkschaften verändert wird. Es soll daher zunächst ein knapper Überblick gegeben werden über ökonomische, soziokulturelle und politisch-ideologische Wandlungsprozesse, die das bisherige Umfeld der Gewerkschaften ebenfalls verändern (III.A), bevor ausführlicher auf die für die Gewerkschaften relevanten Entwicklungsschritte der Europäischen Integration und ihre Auswirkungen eingegangen wird (III.B).⁵⁴ Da alle europäischen Gewerkschaften im Prinzip mit den gleichen Veränderungsprozessen konfrontiert sind, wird hier ein allgemeiner Blickwinkel eingenommen, gleichzeitig aber immer besonderes Augenmerk auf die Bedeutung der einzelnen Prozesse für die französischen Gewerkschaften gelegt.

Im Hauptteil der Arbeit (IV) werden die (möglichen) Auswirkungen der Europäischen Integration auf Einstellung und Strategien der Gewerkschaften sowie auf deren Rolle innerhalb der Akteurskonstellationen untersucht. Da davon ausgegangen wird, dass

⁵⁴ Sowohl die Trennung zwischen diesen drei Bereichen als auch die gesonderte Betrachtung der für die Gewerkschaften relevanten Prozesse der Europäischen Integration sollen der Übersichtlichkeit dienen, sind aber künstlich und entsprechen nicht den in der Realität vorhandenen Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Prozessen.

tatsächlichen Veränderungsprozessen immer ein kognitiver Prozess vorausgeht, steht zunächst die Frage nach dem Wandel der Einstellung innerhalb der französischen Gewerkschaften⁵⁵ zur Europäischen Integration im Vordergrund. Da die französischen Gewerkschaften Richtungsgewerkschaften sind und ihr Verhältnis gegenüber Europa daher stark politisch-ideologisch geprägt ist, ist es notwendig, in diesem Kapitel (IV.A) die ausgewählten Gewerkschaften einzeln zu betrachten. Zwei Ereignisse bzw. Entwicklungen, die Auflösung des Ostblocks Ende der 1980er Jahre und die beschleunigte wirtschaftliche Integration Europas zu Beginn der 1990er Jahre, stellten für die Gewerkschaften einen einschneidenden Wendepunkt dar. Diese Zäsur wird in der Gliederung berücksichtigt.

In einem zweiten Abschnitt (IV B) sollen die aufgeführten Hypothesen zum Wandel der Strategien und der Akteurskonstellationen überprüft werden. Da es hier um die Akteurskonstellationen geht, ist es nicht mehr sinnvoll, getrennt nach den einzelnen Gewerkschaften vorzugehen. Stattdessen muss ein übergeordneter Blickwinkel eingenommen werden. Betrachtet wird zum einen, was sich auf nationaler Ebene verändert (IV.B.1), zum anderen, inwiefern die Gewerkschaften die europäische Ebene als neue Handlungsebene mit einbeziehen (IV.B.2).

Anhand eines aktuellen Fallbeispiels, der Reaktion der französischen Gewerkschaften auf den Entwurf der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie, soll schließlich aufgezeigt werden, inwieweit sich die beschriebenen Handlungsmuster der französischen Gewerkschaften, insbesondere ihre Einstellung zu Europa sowie der mögliche Wandel ihrer Strategien und Koalitionen, in einem konkreten „Anwendungsfall“ wieder finden lassen. Um die Reaktion der französischen Gewerkschaften einordnen zu können, sind einige Vorinformationen über den Inhalt der Richtlinie und die europaweite sowie die spezifisch französische Reaktion auf die Richtlinie notwendig.

Im abschließenden Kapitel werden die dargestellten Ergebnisse ausgewertet. Im Vergleich zu den Veränderungsprozessen, die die Europäische Integration bei den deutschen Gewerkschaften auslöst, soll aufgezeigt werden, inwiefern die Reaktion der französischen Gewerkschaften „typisch französisch“ ist: Lässt sich tatsächlich von *Pfadabhängigkeit* sprechen oder spielen sich bei den deutschen Gewerkschaften ganz ähnliche Anpassungsprozesse ab, so dass sich doch eine gewisse Übereinstimmung (Konvergenz) abzeichnet?

⁵⁵ Wie oben ausgeführt, werden die Gewerkschaften als korporative Akteure verstanden. Auch wenn die Einstellung der Gewerkschaft von einzelnen Akteuren bestimmt wird, so wird hier dennoch von einer Einstellung der Gewerkschaft als ganzer ausgegangen. Große Einstellungsunterschiede innerhalb der Gewerkschaften werden aber berücksichtigt.

II Die Gewerkschaften in Frankreich

Um zu verstehen, wie die französischen Gewerkschaften auf die Herausforderungen der Europäischen Integration reagieren, ist es notwendig, zunächst die Entwicklung und die Grundzüge des französischen Gewerkschaftssystems sowie den gesellschaftspolitischen Kontext zu kennen, in den die Gewerkschaften eingebunden sind. Der vergleichende deutsche Blickwinkel soll der Hervorhebung der besonderen Charakteristika der französischen Gewerkschaften dienen.

A Zur Geschichte der französischen Gewerkschaften und zur Gewerkschaftslandschaft heute

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wurde in Frankreich erst sehr spät die erste Gewerkschaft gegründet: Bis ins 19. Jahrhundert hinein galt das Gesetz *Le Chapelier* von 1771, das jegliche beruflichen und standesmäßigen Zusammenschlüsse verbot. Erst 1884 wurde die Gründung von Berufsverbänden erlaubt (*Loi Waldeck-Rousseau*). 1895 schlossen sich bereits bestehende Berufskammern und Arbeitsbörsen zur ersten französischen Gewerkschaft, der *Confédération générale du travail* (CGT), zusammen.⁵⁶ Obwohl nun eine offiziell anerkannte Gewerkschaftsorganisation bestand, sahen sich die Gewerkschaftsaktivisten nach wie vor Repressionen seitens des Staates ausgesetzt. Diese Erfahrung trug mit zur Radikalität der französischen Gewerkschaften und ihrer Skepsis gegenüber der etablierten Ordnung bei, die bis heute spürbar ist.⁵⁷

Die CGT vereinigte zunächst reformistische, marxistisch-revolutionäre sowie anarchosyndikalistische Strömungen.⁵⁸ Die innerhalb der CGT dominierenden Anarchosyndikalisten konnten auf dem *Kongress von Amiens* (1906) gegen den Widerstand des sozialistischen Flügels durchsetzen, dass das Prinzip der Unabhängigkeit der

⁵⁶ Die Organisation der CGT sowie der französischen Gewerkschaften insgesamt ist noch heute von der Doppelstruktur geprägt, die damals durch das Zusammenfließen der horizontal strukturierten Arbeitsbörsen und der vertikal strukturierten Industrie- und Berufsgewerkschaften entstand. Vgl. Jansen, Peter und Kiersch, Gerhard: Länderstudien für Gewerkschaftsbewegungen. Frankreich. In: Mielke, Siegfried (Hrsg.): Internationales Gewerkschaftshandbuch. Opladen 1983, S. 444. (Jansen/Kiersch 1983).

⁵⁷ „Certains traits spécifiques du syndicalisme français – violence verbale, dénonciation de l’ordre établi – s’expliquent en partie par les conditions dans lesquelles il lui a fallu s’affirmer.“ Landier, Hubert und Labbé, Daniel : Les organisations syndicales en France. Des origines aux évolutions actuelles. 2. Auflage, Paris 2004, S. 12 (Landier/Labbé 2004). Von Anfang an wurde den Arbeitern, die um ihre Rechte kämpften, viel Widerstand entgegengesetzt. Immer wieder endeten Streiks blutig mit einer Reihe von Toten auf Seiten der Arbeiter. Dies änderte sich nur wenig nach der offiziellen Zulassung von Gewerkschaften: Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden, meist im Zusammenhang mit Streiks, Gewerkschaftsführer inhaftiert. Vgl. Landier/Labbé 2004, S. 12f.

⁵⁸ Im Gründungsmanifest von 1895 wurde als Ziel festgelegt, „de rassembler les syndicats quelle que soit l’opinion politique, philosophique ou religieuse de ceux qui les animent.“ Landier/Labbé 2004, S. 13. Zu den folgenden Ausführungen vgl. Landier/Labbé S.9ff. sowie Lüger, Heinz-Helmut: Sozialer Wandel – soziale Konflikte. In: Ders und Große, Ernst Ulrich: Frankreich verstehen. Darmstadt 2000, S.180ff. (Lüger 2000).

Gewerkschaften gegenüber jeglicher politischen Richtung oder Partei festgeschrieben wurde (*Charte d'Amiens*). Darüber hinaus wurde in der *Charte* festgelegt, dass das Mittel zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Ziele in der *action directe* liegen, also zum Beispiel die Form von spontanen Streiks und Betriebsbesetzungen annehmen sollte. Diese Vorgehensweise hat noch heute Bestand.

Die anfängliche Vereinigung verschiedener Strömungen in der CGT war nicht von langer Dauer. 1919 bildete sich neben der CGT eine eigenständige gewerkschaftliche Organisation mit christlichem Hintergrund, die nach der katholischen Soziallehre ausgerichtete *Confédération française des travailleurs chrétiens* (CFTC). Die CGT bekam aber nicht nur von außen Konkurrenz: Die von vornherein konfliktvolle Vereinigung der verschiedenen Strömungen innerhalb der Gewerkschaft war nicht von langem Bestand. Im Anschluss an die Trennung von Sozialisten und Kommunisten auf dem *Parteitag von Tours* 1920 spaltete sich die CGT 1922 in einen reformistisch-sozialistisch orientierten und einen kommunistischen Verband. Die weitere Entwicklung der französischen Gewerkschaften im 20. Jahrhundert war „wesentlich geprägt von politischen Spaltungen und (Wieder-)Annäherungen der einzelnen gewerkschaftlichen Gruppen.“⁵⁹ Zwar kam es im Vorfeld und während des Zweiten Weltkrieges zu einer Wiedervereinigung der Gewerkschaften.⁶⁰ Gleich nach Ende des Krieges aber brachen vor dem Hintergrund des aufkommenden *Kalten Krieges* erneut Konflikte auf, die schließlich dazu führten, dass sich ein großer Teil der Mitglieder von der CGT abspaltete und eine neue Gewerkschaft, die *CGT-Force Ouvrière* (CGT-FO, im folgenden FO), gründete. FO berief sich auf die Tradition der parteilichen Unabhängigkeit, wie sie in der *Charte d'Amiens* festgesetzt ist, und lehnte dementsprechend die enge Verbindung der CGT zum internationalen Kommunismus sowie zur *Parti Communiste Français* (PCF) ab.⁶¹

Zu einer weiteren Gewerkschaftsgründung kam es 1964: Im Rahmen eines Kongresses der christlichen Gewerkschaft CFTC beschlossen die Befürworter eines laizistischen, links orientierten Kurses mit einer Mehrheit von 70%, die Anlehnung an die christliche Soziallehre aufzugeben. Der ursprüngliche Name der Gewerkschaft wurde in *Confédération française démocratique du travail* (CFDT) umgewandelt. Die Reformgegner beschlossen 1965, die alte Gewerkschaft unter ihrem ursprünglichen Namen weiter zu führen. Die CFDC blieb aber relativ bedeutungslos.

⁵⁹ Lüger 2000, S.180.

⁶⁰ Im Vorfeld des Krieges (in der Zeit des *front populaire*) kam es angesichts der Bedrohung durch den Faschismus zu einer Wiedervereinigung der Gewerkschaften. Nach ihrem Verbot unter dem Vichy-Regime 1940 beschlossen die Gewerkschaften in heimlichen Zusammenkünften, nach dem Krieg die alte gewerkschaftliche Einheit wieder herzustellen. Dieser Beschluss wurde mit dem *Abkommen von Perreux* von 1943 umgesetzt. Vgl. Landier/Labbé 2004, S. 19f.

⁶¹ Jansen/Kiersch 1983, S. 439.

Bezeichnend ist, dass all diese Gewerkschaften entlang politisch-ideologischer Konfliktlinien entstanden. Heute bestehen in Frankreich vier große repräsentative⁶² Gewerkschaften, die je eine andere politisch-weltanschauliche Ausrichtung verkörpern: Die älteste und nach wie vor größte⁶³ Gewerkschaft ist die kommunistische **CGT**, die heute langsam versucht, sich vom Einfluss der Kommunistischen Partei zu lösen. Ursprünglich vertrat sie in erster Linie Industriearbeiter und ist deshalb heute besonders vom Mitgliederschwund betroffen (siehe Kapitel III.A.2). Nach wie vor ist sie besonders stark in den nationalen Unternehmen verankert.⁶⁴ Zweitgrößte Gewerkschaft ist die den Sozialisten nahe stehende **CFDT**, die Ende der 1970er Jahre eine Zeit lang versuchte, auf der Grundlage einer Selbstverwaltung (*socialisme autogestionnaire*) das kapitalistische System zu überwinden und eine sozialistisch-demokratische Gesellschaft zu verwirklichen. Zu Beginn der 1980er Jahre löste sie sich aber von diesem Gedanken und setzt heute insbesondere auf die Ausweitung der Mitwirkungsrechte der Beschäftigten im Unternehmen sowie auf sozialpartnerschaftliche Verhandlungen. Sie ist vor allem in den neuen Berufsgruppen vertreten.⁶⁵ Drittgrößte Gewerkschaft ist die strikt anti-kommunistische **FO**, die am Neutralitätsgebot der *Charte d'Amiens* festhält. Zwar ist auch die FO sozialpartnerschaftlich orientiert, sie wendet sich aber gegen jegliche Form der Mitbestimmung im Betrieb. In den letzten Jahren legte sie eine zunehmende Radikalität an den Tag, insbesondere in Bezug auf die Verteidigung des öffentlichen Dienstes, in dem sie schwerpunktmäßig vertreten ist. Heute nur noch schwach vertreten und sehr viel weniger einflussreich ist die an der christlichen Soziallehre orientierte **CFDC**.

⁶²Nur die repräsentativen Gewerkschaften sind befugt, die Gewerkschaftsrechte (Führen von Tarifverhandlungen, Aufstellen von Kandidaten bei den Wahlen von Interessenvertretungsorganen der Arbeitnehmer etc.) wahrzunehmen. Die Repräsentativität wird den Gewerkschaften vom Staat zugesprochen und hängt von mehreren Kriterien ab: Verlangt werden eine bestimmte Mitgliederzahl sowie ein bestimmtes Beitragsaufkommen, Unabhängigkeit, Erfahrung und Tradition, sowie eine „patriotische Haltung während der Zeit unter der deutschen Besatzung“ (ein Kriterium, das die nach 1945 gegründeten Gewerkschaften gar nicht erfüllen können, das aber nach wie vor im Kriterienkatalog enthalten ist). Auf nationaler Ebene entscheidet der Arbeitsminister über die Zuteilung der Repräsentativität, auf Unternehmensebene das zuständige Gericht (*tribunal d'instance*). Vgl. Jansen/Kiersch, S. 441f.

⁶³ Es ist schwierig, die Größe der französischen Gewerkschaften an der Mitgliederzahl festzumachen, da die Angaben der Gewerkschaften und die offiziellen Schätzungen weit auseinander liegen. Ein verlässlicherer Maßstab sind die Ergebnisse der Sozialwahlen, zum Beispiel zu den Betriebsausschüssen (*Comités d'entreprise*) oder zu den Arbeitsschiedsgerichten (*Conseils de Prud'hommes*). Vgl. dazu Lüger 2000, S. 183. Nach einer Berechnung der „audiences électorales“ der einzelnen Gewerkschaften ergibt sich die folgende Hierarchisierung: CGT (29,1%), CFDT (23,1%), FO (18,0%) und CFTC (7,6%). Vgl. Andalfatto 2004, S. 166.

⁶⁴ Dies und folgendes vgl. Lasserre, René und Uterwedde, Henrik: Gesellschaft. In: Lasserre, René u.a. (Hrsg.): Frankreich. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Opladen 1997, S. 211f. (Lasserre/Uterwedde 1997).

⁶⁵ „It [the CFDT] has its power base in engineering, oil, textiles, banking and insurance and public health services.“ Ruyssveldt, Joris van und Visser, Jelle: Contestation and state intervention forever? Industrial relations in France. In: Diess. (Hrsg.): Industrial Relations in Europe. Traditions and Transitions. London / New Delhi 1996, S. 96. (Ruyssveldt/Visser 1996b).

Über diese vier großen Richtungsgewerkschaften hinaus gibt es in Frankreich Standesorganisationen wie zum Beispiel die *Confédération générale des cadres* (CGC.), die die mittleren und leitenden Angestellten vertritt, und autonome Berufsverbände, wie zum Beispiel die *Union nationale des syndicats autonomes* (UNSA) aus dem Bereich des Erziehungswesens.⁶⁶

Alle großen französischen Gewerkschaftsorganisationen weisen einen im europäischen Vergleich sehr niedrigen Organisationsgrad auf und leiden unter zunehmenden Mitgliederverlusten (siehe Kapitel III.A.2). Liegt der durchschnittliche Organisationsgrad der deutschen Gewerkschaften trotz starker Mitgliederrückgänge heute immer noch bei 30%, ist er in Frankreich unterdessen auf unter 10% gesunken.⁶⁷ In den letzten Jahrzehnten ist immer wieder von der „Krise“, wenn nicht sogar vom „Ende“ der französischen Gewerkschaften die Rede.⁶⁸

Seit den 1990er Jahren lässt sich ein Prozess beobachten, der die Vielfalt und Zersplitterung der französischen Gewerkschaftslandschaft noch weiter vorantreibt: Die radikalen autonomen Gewerkschaften gewinnen immer mehr an Bedeutung. Zwar haben die autonomen Gewerkschaften in Frankreich eine lange Tradition⁶⁹, in den 1990er Jahren aber, insbesondere im Rahmen der Proteste gegen die Reformpläne der Regierung Juppé, erlebten sie einen großen Aufschwung. Von immer größer werdendem Einfluss ist die Vereinigung autonomer Gewerkschaften *Union syndicale-G10-Solidaires*, kurz *Solidaires*⁷⁰, die sich als Gegenpol zu den etablierten französischen Gewerkschaften und als Teil der neuen sozialen Bewegungen

⁶⁶Vgl. dazu ausführlich Choffat, Thierry: *Le regain de l'action catégorielle: CGC, G-10-Solidaires, FSU, UNSA*. In: Andalfatto, Dominique: *Les syndicats en France*. Paris 2004, S. 81ff. (Choffat 2004).

⁶⁷ Zum Organisationsgrad der französischen Gewerkschaften vgl. Amosé, Thomas (DARES): *Premières Synthèses Informations. Mythes et réalités de la syndicalisation en France*. 44.2 (2004). Zum Organisationsgrad der deutschen Gewerkschaften vgl. die Angaben der Hans-Böckler-Stiftung unter http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/SID-3D0AB75D-6A79F27E/hbs/hs.xsl/567_16140.html (Stand Dezember 2005).

⁶⁸ Vgl. zum Beispiel die folgenden Veröffentlichungen: Noblecourt, Michel: *Les syndicats en question*. Paris 1990; Labbé, Dominique und Croisat, Maurice: *La fin des syndicats?* Paris 1992; Mouriaux, René: *Le désarroi des syndicats en crise*. In: Kergoat, Jacques und Linhart, Danièle (Hrsg.): *Les transformations du syndicalisme en France. Problèmes politiques et sociaux*. Paris 1998, S.72-75 sowie Amadieu, Jean-Francois: *Les syndicats en miettes*. Paris 1999.

⁶⁹ „Aussi loin que l'on remonte dans l'histoire du mouvement ouvrier, on observe en effet que nombre des syndicats se sont abstenus d'adhérer à des organisations que leurs dirigeants jugeaient *trop politisées*.“ Landier/Labbé 2004, S. 24f.

⁷⁰ Ein Großteil der autonomen Gewerkschaften hat ihren Ursprung in der Abspaltung der CGT-FO von der CGT: Einige CGT-Gewerkschaften wollten sich nicht zwischen den beiden Richtungen entscheiden „et constituent alors un pôle atomisé de syndicats non confédérés.“ (Landier/Labbé 2004, S. 151). 1981 beschlossen zehn dieser autonomen Gewerkschaften, sich zusammenzuschließen, um an Gewicht und Einfluss zu gewinnen – es entstand der Gewerkschaftszusammenschluss *Groupe des Dix*.

Der Zusammenschluss autonomer Gewerkschaften SUD (*Solidaire, Unitaire, Démocratique*) hat seinen Ursprung im Ausschluss der Postgewerkschaft PTT aus der CFDT 1989. Mitte der 1990er Jahre schlossen sich die SUD-Gewerkschaften mit der *Groupe des 10* zusammen: Es entstand die heutige *Union syndicale-G10-Solidaires*. Vgl. Choffat 2004, S. 76ff.

(*nouveaux mouvements sociaux*) versteht.⁷¹ Durch dieses neue Kooperationsmuster ist ein neuer Typus von Gewerkschaft entstanden, der als „social movement unionism“ bezeichnet werden kann.⁷²

Eine Zersplitterung und Polarisierung der Gewerkschaftslandschaft wie in Frankreich gibt es in kaum einem anderen westeuropäischen Land. Die deutschen Gewerkschaften stellen den Gegenpol zu den französischen dar: Bestanden in Deutschland zunächst auch mehrere Richtungsgewerkschaften⁷³, so schlossen sich diese in der Nachkriegszeit angesichts ihrer Erfahrungen im Nationalsozialismus, dem sie unter anderem aufgrund ihrer Zersplitterung nichts entgegenzusetzen hatten, zum *Deutschen Gewerkschaftsbund* (DGB) zusammen. Dieser Bund, der fast alle deutschen Einzelgewerkschaften unter seinem Dach vereinigt⁷⁴, ist durch das Prinzip der Einheitsgewerkschaft und durch das Industrieverbandsprinzip gekennzeichnet.⁷⁵ Eine Politisierung und Fragmentierung der Gewerkschaften wie in Frankreich erscheint daher in Deutschland ausgeschlossen.

Die beschriebenen Charakteristika der französischen Gewerkschaften haben erhebliche Auswirkungen auf deren Rolle in den Arbeitsbeziehungen. Außer den Charakteristika der französischen Gewerkschaften muss man aber auch den politisch-gesellschaftlichen Kontext kennen, um das Verhältnis der Gewerkschaften zu den anderen Akteuren in der „Akteurskonstellation Arbeitsbeziehungen“ verstehen zu können.

B *Exception française*: Der politisch-gesellschaftliche Kontext

In Bezug auf diese Arbeit sind zwei Phänomene besonders relevant, die Frankreich von den meisten anderen westeuropäischen Staaten unterscheiden: Zum einen das besondere Selbstbild Frankreichs, aufgrund dessen das Land beansprucht, eine Sonderrolle in Europa

⁷¹ Zu den *Nouveaux mouvements sociaux* vgl. Basson 2004, S. 157ff. sowie Hürtgen, Stefanie: Gestaltung des Anpassungsdruck, Rückkehr zu bewährter Gewerkschaftspolitik oder Kampf um soziale Transformation? Gewerkschaftliche Positionen zur Globalisierung in Deutschland und Frankreich. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 130.33 (2003), S. 15f.

⁷² Vgl. Frege, Carola M. u.a.: Bündnisse mit sozialen Bewegungen als Strategie zu gewerkschaftlicher Neubelebung. In: *WSI Mitteilungen* 9 (2003), S. 549 (Frege u.a. 2003).

⁷³ Neben den freien, sozialistisch orientierten Gewerkschaften existierte eine christliche Gewerkschaftsrichtung, die den Klassenkampf ablehnte, sowie die dem Gedanken der Selbsthilfe verpflichteten „Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine.“ Eine starke kommunistische oder anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsbewegung wie in Frankreich gab es also nie. Vgl. Schönhoven, Klaus: Geschichte der deutschen Gewerkschaften: Phasen und Probleme. In: Schroeder, Wolfgang und Weßels, Bernhard: Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Wiesbaden 2003, S. 43ff.

⁷⁴ Außerhalb des Daches des DGBs blieben zunächst nur die „Deutsche Angestelltengewerkschaft“ sowie der „Deutsche Beamtenbund“. 1955 kam es zudem zur Gründung einer unabhängigen christlichen Gewerkschaft.

⁷⁵ Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft besagt, dass sowohl Arbeiter als auch Angestellte sowie verschiedene weltanschauliche und politische Richtungen vertreten werden. Das Industrieverbandsprinzip beinhaltet, dass in einem Betrieb in einer Branche immer nur eine Gewerkschaft für alle Beschäftigten zuständig sein darf.

einzunehmen (*exception française*), zum anderen – damit zusammenhängend – der Sonderstatus, den der Staat in Politik und Wirtschaft einnimmt.

Die Ausbildung eines spezifisch französischen Selbstbildes nach dem Zweiten Weltkrieg ist auf den bewussten Neuaufbau einer französischen Identität durch Charles de Gaulles zurückzuführen: Als de Gaulle 1958 an die Macht kam, versuchte er, nach dem Trauma der deutschen Besatzungszeit und dem Algerienkrieg ein neues französisches Selbstbild aufzubauen, das an die traditionellen französischen Ideale der Aufklärung, der Revolution sowie der Republik anknüpfte. Er verband darin verschiedene Elemente: Die Rückbesinnung auf das republikanische Frankreich durch die Herstellung eines „*État-Nation*“ mit den Hauptwerten Autonomie und Souveränität; den Wunsch nach der Wiederherstellung einer starken Position Frankreichs in Europa und in der Welt (*rang*); sowie die Vorstellung, dass Frankreich eine einzigartige Stellung einnehme (*grandeur*), aufgrund derer das Land sich zum Ziel setzt, seine auf die Aufklärung und die Revolution zurückgehenden Werte zu verbreiten (*mission civilisatrice*).⁷⁶ Das Zusammenspiel dieser Elemente führt dazu, dass Frankreich bis heute einen gewissen Sonderstatus für sich beansprucht (*exception française*).

In diesem Identitätsbild ist die starke Rolle des Staates, das zweite oben genannte Merkmal, mit angelegt. Verstärkt wurde es noch durch die besondere wirtschaftliche Lage des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg: Das noch stark agrarisch geprägte Frankreich lag in der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere im industriellen Bereich, weit hinter den meisten anderen Ländern des nordwestlichen Europas zurück.⁷⁷ Die dringend notwendige Modernisierung des Landes wurde von vorne herein, entsprechend der zentralstaatlichen Tradition des Colbertismus und des Etatismus⁷⁸, zur Staatsaufgabe erklärt. Mit dieser Entscheidung nahm Frankreich innerhalb Westeuropas eine Sonderrolle ein und unterschied sich maßgeblich von seinem Nachbarn Deutschland: Während in Deutschland, das trotz der Kriegszerstörungen an einem hohen industriellen Entwicklungsniveau wieder anknüpfen konnte, bald die Entscheidung für einen neoliberalen Kurs mit den Grundsätzen des Privateigentums, des freien Wettbewerbs und der Marktöffnung fiel, wenn auch im Sinne der „Sozialen Marktwirtschaft“ abgefedert durch einen rahmensetzenden Sozialstaat („koordinierter Kapitalismus“), so setzte sich in Frankreich eine Form des „etatistischen

⁷⁶ Mc Leod, Alex: La politique étrangère de la France à la lumière de l'analyse constructive. In: Charillon, Frédéric: Politique étrangère. Nouveau regard. Paris 2002, S. 80.

⁷⁷ Vgl. Neumann, Wolfgang und Uterwedde, Henrik: Industriepolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich. Opladen 1986, S. 36. (Neumann/Uterwedde 1986).

⁷⁸ Etatismus wird hier als staatlicher Lenkungsanspruch des Staates gegenüber der Wirtschaft verstanden, Colbertismus als staatliche Industrieförderung verbunden mit protektionistischen Tendenzen. Vgl. Uterwedde, Henrik: Kapitalismus à la française. Die mühsame Erneuerung eines Modells. In: Ders. und Kimmel, Adolf (Hrsg.): Länderbericht Frankreich. Bonn 2005, S. 173. (Uterwedde 2005a).

Kapitalismus“ durch⁷⁹: Es begann eine Phase dirigistischer Wirtschaftspolitik, die sich in einer gezielten Industriepolitik mit der Nationalisierung einer Reihe von Schlüsselunternehmen vor allem im Energie- und Verkehrsbereich, der Einführung einer indikativen Rahmenplanung (*planification*)⁸⁰, einer starken Reglementierung des Finanzsektors, dem Ausbau eines umfassenden Systems der staatlichen Sicherung (*sécurité sociale*) sowie in einer protektionistischen Außenwirtschaftspolitik äußerte.⁸¹ Aus all diesen Maßnahmen spricht die Überzeugung, dass die Politik über die Wirtschaft bestimmen soll und nicht umgekehrt.⁸² Kennzeichnend für das französische Nachkriegsmodell war die besondere Rolle des *service public*, unter dem in Frankreich in erster Linie die großen staatlichen Unternehmen verstanden werden.⁸³ Da die Modernisierung Frankreichs zunächst maßgeblich durch diese staatlichen Unternehmen vorangetrieben wurde, gehört der *service public* bis heute zu einem der Gründersmythen des französischen Weges: Die „idéologie de service public“⁸⁴ ist ein wesentlicher Bestandteil der französischen Kultur und Grundlage des sozialen Zusammenhaltes der Nation.⁸⁵ Ein Angriff auf den Öffentlichen Sektor wird als Angriff auf Frankreich verstanden.⁸⁶

Über mehrere Jahrzehnte bewährte sich das französische Modell. Die staatliche Wirtschaftspolitik führte zu einem Modernisierungsschub und die von de Gaulle neu aufgebaute französische Identität verwurzelte sich schnell in Politik und Gesellschaft und

⁷⁹ Vgl. Uterwedde 2005a, S. 174.

⁸⁰ Die *planification* darf nicht mit Formen kommunistischer Planwirtschaft verwechselt werden. Aufgabe des Plankommissariats war es zunächst, übergreifende wirtschaftliche Analysen und Prognosen als Planungsgrundlage für die Regierung zu erstellen. Seit den 1970er Jahren hat die *planification* an Bedeutung verloren, existiert aber heute noch und hat weiterhin wichtige Funktionen. So kann sie als „einer der wenigen in Frankreich existierenden Orte eines permanenten *sozialen Dialogs*“ angesehen werden, da sie im Gegensatz zu den aufgeladenen Tarifbeziehungen einen neutralen Rahmen bildet, in dem verschiedene Interessenvertreter sich austauschen können. Uterwedde, Henrik: Wirtschaft. In: Lasserre, René u.a. (Hrsg.): Frankreich. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Opladen 1997, S. 132 f. (Uterwedde 1997).

⁸¹ Vgl. Uterwedde 2005a, S. 175ff.

⁸² Das „Primat der Politik“ ist eines der „Kernelement[e] der republikanischen politischen Kultur Frankreichs, in dem die Legitimität und der Steuerungsanspruch der Politik gegenüber Marktkräften, Verbänden und Unternehmen als Vertretern von Partikularinteressen zum Ausdruck kommt [...]“. Uterwedde, Henrik: Europa und die *soziale Malaise* der Franzosen. In: Dokumente 3 (2005), S. 22. (Uterwedde 2005b).

⁸³ Die deutsche Übersetzung „öffentlicher Dienst“ für *service public* ist irreführend, da der Begriff im Französischen viel weiter gefasst ist. Der Begriff *service public* beinhaltet das „Konzept einer Vielzahl öffentlicher Funktionen und Dienstleistungen“. In Frankreich gibt es ein „Nebeneinander eines privatwirtschaftlich dominierten Systems kommunaler Dienstleistungen und die Dominanz der großen nationalen Unternehmen im Verkehrs-, Nachrichten- und Energiesektor.“ Der zweite Bereich wird in Frankreich – im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern – als der eigentliche Teil des *service public* betrachtet. Uterwedde, Henrik: Abschied vom französischen Modell? Staat und Wirtschaft im Wandel. In: Ders. und Christadler, Marieluise (Hrsg.): Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bonn 1999, S.219. (Uterwedde 1999).

⁸⁴ Cohen, Elie: L'Etat régulateur. In: *L'Etat. Alternatives économiques*. 61.3 (2004), S. 58.

⁸⁵ Vgl. Uterwedde 1999, S. 218.

⁸⁶ „[T]oucher au service public c'est porter atteinte à la France elle-même, ou plutôt à l'image que la France se fait d'elle-même, celle d'un pays où l'État est plus important que le système politique et la négociation collective.“ Touraine, Alain: L'ombre d'un mouvement. In: Ders. u.a. (Hrsg.): Le grand refus. Réflexions sur la grève de décembre 1995. Paris 1996, S. 120. (Touraine 1996).

prägte das Selbstverständnis der Nation. Spätestens seit den 1980er Jahren aber bewirkten eine Reihe von Faktoren, insbesondere der technische Fortschritt sowie die Internationalisierung und die Entwicklung des Europäischen Binnenmarktes, dass das Staatsmodell und das französische Selbstbild unter großen Veränderungsdruck gerieten. Zunächst versuchte die jeweilige französische Regierung, diesem Druck standzuhalten und das alte Modell zu bewahren. Insbesondere die 1981 an die Macht kommende linke Regierung unter Mitterrand setzte zunächst auf eine offensive Verteidigung der alten Strukturen. Als dieser Versuch scheiterte und die Regierung schließlich vor der Wahl stand, Frankreich entweder durch einen Rückzug auf sich selbst gänzlich zu isolieren oder aber das System einem Wandel zu unterziehen und sich Europa zu öffnen, entschied sich die Regierung schließlich für letzteres und führte damit eine „historische wirtschaftspolitische Wende“ herbei.⁸⁷ Diese Wende äußerte sich makroökonomisch in der Abkehr von einer expansionistischen Politik hoher Wachstumsraten auf Kosten einer hohen Inflation zugunsten einer Stabilitätspolitik und einer Hinwendung zu einem starken, an der D-Mark orientiertem Franc. Ordnungspolitisch äußerte sie sich im schrittweisen Abbau staatlicher Interventionen und protektionistischer Tendenzen, einer stärkeren Marktorientierung und der Öffnung zum Weltmarkt sowie einer allmählichen Privatisierung der verstaatlichten Sektoren.⁸⁸ Diese Öffnung Frankreichs nach Europa und zum Weltmarkt führte dazu, dass die einstigen Grundlagen der französischen Identität in Frage gestellt wurden.⁸⁹ Das bisherige Selbstverständnis Frankreichs musste also an die neuen Umstände angepasst werden. Die politische Elite Frankreichs versuchte, dies zu tun, indem sie die Merkmale der französischen Identität auf Europa ausweitete:

„The peculiar historical and cultural legacies of France were transferred from the first nation-state in Europe to the continent as a whole, because all European states were seen as children of enlightenment, democracy, and republicanism. France should imprint its marks on Europe. This identity construction uses traditional understandings of Frenchness and the French nation-state and extends them to Europe.”⁹⁰

Eine wirkliche Revision des französischen Selbstbildes hat bis heute nicht stattgefunden. Die Einschreibung der französischen Identitätsmerkmale in die Europäische Union steht zudem

⁸⁷ Uterwedde 2005a, S. 179.

⁸⁸ Vgl. Uterwedde 1999, S. 201f.

⁸⁹ Forciert wurde dieser Prozess Ende der 1980er Jahre: In der Phase der Neuordnung Europas nach dem Zerfall des Ostblocks und der Wiedervereinigung Deutschlands trat in aller Deutlichkeit zutage, dass ein großer Gegensatz zwischen der Selbsteinschätzung Frankreichs als *grande nation* und seinem tatsächlichen politischen Einfluss bestand: „When the Berlin Wall came down, Germany united, and the post-Cold War European security order was constructed, France – *la grande nation* – remained largely on the sidelines. [...]. As a result, large parts of the political elite realized the grand illusion of *grandeur* and *indépendence*.” Risse, Thomas: A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities. In: Cowles, Maria u.a. (Hrsg.): Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change. Ithaca und London 2001, S. 213. (Risse 2001).

⁹⁰ Risse, 2001, S. 212.

auf wackligen Beinen: Erstens kann sie nur so lange gelingen, wie die Prozesse auf europäischer Ebene mit den französischen Vorstellungen vereinbar sind. Zweitens ist der Versuch, das Selbstbild an die äußeren Gegebenheiten anzupassen, eine Vorgehensweise der politischen Elite, die nicht unbedingt von der gesamten Bevölkerung mitgetragen wird.

Entsprechend dieser nur halbherzigen Anpassung ist die Entwicklung des französischen Staates und der französischen Identität in den letzten beiden Jahrzehnten geprägt von widersprüchlichen Tendenzen. Zwar hat der Staat einen Wandlungsprozess von einem dirigistischen hin zu einem regulierenden Staat vollzogen.⁹¹ Dennoch hat er es nicht geschafft, sich vollständig von seiner dominanten Rolle zu lösen.⁹² Immer noch befinden sich Schlüsselbereiche wie die Energieversorgung und der Kommunikationsbereich, die in den meisten anderen EU-Ländern längst liberalisiert sind, in staatlicher Hand; immer wieder knüpft die Regierung an den alten industriepolitischen Interventionismus an.⁹³

Angesichts dieser uneindeutigen Politik ist es auch nicht verwunderlich, dass große Teile der französischen Öffentlichkeit immer noch den Staat als Garanten und Verantwortlichen auf allen Gebieten des wirtschaftspolitischen und sozialen Lebens sehen und nicht realisiert haben, dass die französische Regierung unterdessen nicht mehr in einem rein nationalen Rahmen, sondern in einem Mehrebenensystem agiert.⁹⁴ Dieses Spannungsverhältnis zwischen dringend

⁹¹ Vgl. Uterwedde 2005a, S. 184.

⁹² Die Regierungspolitiker – egal welcher Couleur – vermeiden es nach wie vor, sich den Tatsachen ganz zu stellen. Vermutlich aus Angst vor einer Abstrafung durch die Wähler führen sie einen Schlingerkurs zwischen dem Bekenntnis zur nötigen Öffnung Frankreichs und dem Rückgriff auf protektionistische Maßnahmen. In seinem Beitrag „La France: Conservative, dynamic, contradictory“ in der *International Herald Tribune* vom 8./9.01.2005 (S. 2) stellt Roger Cohen am Beispiel der Inhalte der Reden des Präsidenten Chirac den geradezu „schizophrenen“ („almost schizophrenic“) Umgang der Regierungspolitiker mit dem Thema der wirtschaftlichen Modernisierung dar: „So presidential speeches become exercises in a little bit of this and a little bit of that. One message goes to the entrepreneurial France, another to the dependent France; a wink to the world of business is offset with another to the legions of state functionaries; praise of America’s coherent economic policies and flexible mortgage markets is compensated for with a stout defense of equality as a guiding principle.“

Vgl. dazu auch: Schmidt, Vivien A.: French capitalism transformed, yet still a third variety of capitalism. In: *Economy and Society* 32.4 (2003), S. 532ff.

⁹³ Für große Aufregung und Protest insbesondere in Deutschland sorgte im Frühjahr 2004 die Übernahme des Pharma-Konzerns *Aventis* durch den Konkurrenten *Sanofi-Synthelabo*, an der die französische Regierung großen Anteil hatte und die als nationaler Sieg gefeiert wurde. *Le Monde* kommentierte diesen Vorgang folgendermaßen: „Le gouvernement a redécouvert la *politique industrielle* et le *voluntarisme*.“ Le Boucher, Eric und Orange, Martine: Un pompidolisme chiraquisé. In: *Le Monde*, 14.05.2004, S. 17.

⁹⁴ Uterwedde 2005b, S. 22. Vgl. dazu auch Boyer, Robert: Le capitalisme étatique à la française à la croisée des chemins. In: Crouch, Colin und Streeck, Wolfgang (Hrsg.): *Les capitalismes en Europe*. Paris 1996, S.106: „Au-delà de la modernisation technologique et économique hier réussie, demeure une préoccupante incapacité de la société française à nouer des compromis institutionnalisés nouveaux, pourtant rendus nécessaires lorsque changent les principes d’organisation productives, s’intensifie la concurrence internationale et s’érode le dynamisme de la croissance.“

Zum Festhalten an den alten Strukturen trägt nicht zuletzt die besondere Rolle der französischen Intellektuellen bei, die sich traditionell stark in das politische Leben einmischen und in Bezug auf Reformen zum großen Teil eine Position der Besitzstandswahrung einnehmen. Sie verstärken die ohnehin vorhandene Sichtweise, Frankreich stelle eine Ausnahme (*exception*) dar, müsse daher anderen Spielregeln unterliegen und sich vor schädlichen äußeren Einflüssen schützen: „Au nom de la France, de sa grandeur, de son esprit de liberté, de son mariage historique avec les principes universels de la devise républicaine, on [hier bezogen auf die

notwendigen Reformen und der Öffnung Frankreichs nach Europa andererseits und dem starken Willen der „Besitzstandwahrung“ andererseits trat in den letzten zehn Jahren bei zwei Ereignissen besonders augenscheinlich zutage: bei den großen sozialen Protesten 1995 gegen die Reformpläne der Regierung sowie bei der diesjährigen Diskussion um die Annahme der europäischen Verfassung.

1995 löste der Plan des damaligen Premierministers Juppé, das französische Sozialsystem zu reformieren und dabei auch den *service public* anzutasten, eine riesige Streikwelle aus.⁹⁵ Die Proteste waren so massiv, dass sie das öffentliche Leben in Frankreich für eine Weile fast lahm legten. Konkret ging es in dem Streik „um die Verteidigung sozialer Besitzstände gegen Angriffe durch die Austeritätspolitik der Regierung Juppé.“⁹⁶ Gleichzeitig hatte die Protestbewegung aber eine sehr viel weitere Dimension: Sie war ein Protest „gegen eine Politik technokratischer Eliten ohne soziale Konzertierung“⁹⁷ und zugleich gegen das „Maastricht-Europa“⁹⁸ und dessen Auswirkungen auf Frankreich: Die Politiker hatten die Sparswänge immer wieder mit dem Zwang zur Einhaltung der Konvergenzkriterien gerechtfertigt.

Der Wille, das „französische Modell“ gegen alle Einflüsse von außen zu bewahren, und dabei insbesondere die Angst, es könne durch Europa gefährdet werden, zeigten sich auch an der Debatte um das Referendum zum Verfassungsvertrag, bei der innenpolitische Themen und die Angst um das eigene Modell vielfach mit der Frage, wie Europa künftig aussehen soll, vermischt und verwechselt wurden.⁹⁹ Das „Nein“ zur Verfassung ausgerechnet von einem der Gründerstaaten der EU, das für viel Aufruhr sorgte und die EU in eine Krise stürzte, zeigt ganz deutlich, dass in Frankreich eine Kluft zwischen den Erwartungen an Europa und den tatsächlichen Entwicklungen besteht. Lange Zeit war von der Bevölkerung aufgrund der

Intellektuellen] jette un regard méprisant sur la compétitivité économique, les négociations sociales [...]; on défend l'image volontariste d'une société nationale de production contre l'internationalisation [...].“ Touraine 1996, S. 85. Zur Rolle der Intellektuellen als „radikale Gesellschaftskritiker“ vgl. auch Münch, Richard: Grundzüge und Grundkategorien der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs. In: Kimmel, Adolf und Uterwedde, Henrik (Hrsg.): Länderbericht Frankreich. Bonn 2005, S. 39f.

⁹⁵ Angestoßen wurde der Streik zunächst zu von den Eisenbahnern der SNCF, die durch die anvisierte Reform die betrieblichen Sonderformen der Frühverrentung bedroht sahen. Es schlossen sich Protestbewegungen im gesamten öffentlichen Sektor an, an denen mit Ausnahme der CFDT alle Gewerkschaften beteiligt waren.

⁹⁶ Rehfeld, Udo: Die französischen Gewerkschaften und der Wandel der Arbeitsbeziehungen. In: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur. Opladen 1997, S. 93. (Rehfeld 1997).

⁹⁷ Juppé ging bei der Ausarbeitung seines Plans im Alleingang vor. Er bezog die Gewerkschaften in keiner Weise mit ein und konsultierte noch nicht einmal die betroffenen Ministerien. Vgl. Rehfeldt 1997, S. 93.

⁹⁸ Rehfeldt 1997, S. 93f..

⁹⁹ Nach Umfragen stimmten 46% der Nein-Wähler gegen den Vertrag, weil sie glaubten, dieser würde dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit in Frankreich weiter zu erhöhen. 40% gaben an, mit Nein gestimmt zu haben, um ihren generellen Unmut mit der aktuellen Situation auszudrücken: „Je veux exprimer mon ras-de-bol vis-à-vis de la situation actuelle.“ Aus: Ohne Verfasser : Reportage. La crainte pour l'emploi est la raison principale du rejet de la Constitution par les Français. *Le Monde* 30.05.2005 (online-Version).

entsprechenden Vermittlung durch die Politiker erwartet worden, dass Europa nicht nur das Fortbestehen des französischen Sozialsystems garantiere, sondern sich zudem in Richtung des französischen Modells entwickeln werde:

„On leur avait parlé d’une Europe à la française, bâtie sur le modèle dont ils sont si fiers, et appelée à porter la parole de la France dans le concert international. [...]. De la défense des services publics à celle de l’exception culturelle, la France était censée imposer sa loi à l’Union.“¹⁰⁰

In den letzten Jahren wurde offensichtlich, dass die Europäische Integration sich nicht nach den französischen Vorstellungen entwickelte, sondern sich in Richtung wirtschaftlicher Integration orientierte. Diese stark kritisierte neoliberale Ausrichtung sieht ein Großteil der Franzosen nun in der Verfassung festgeschrieben. Sie wird daher empfunden „comme une atteinte directe au mode d’organisation que s’est donné la France depuis plusieurs décennies et qu’elle n’entend pas modifier en profondeur pour répondre à la demande des autorités européennes.“¹⁰¹ Die Antwort ist ein erneuter Rückzug Frankreichs auf sich selbst.¹⁰²

Für die Gewerkschaften haben die beschriebene Rolle des Staates und das Selbstbild Frankreichs entscheidende Auswirkungen. Ihre Vertreter haben – mit wenigen Ausnahmen – die Vorstellung einer Sonderrolle Frankreichs (*exception française*) verinnerlicht. So halten sie zum großen Teil nicht nur am französischen Sozialsystem und an der Sonderrolle des *service public*, sondern auch am französischen System der Arbeitsbeziehungen fest, das sie vor allen äußeren Einflüssen bewahren möchten.

Die starke Rolle des Staates führt dazu, dass die Gewerkschaften den Staat als Verantwortlichen für alle sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen ansehen. So ist zu erklären,

¹⁰⁰ Ferenczi, Thomas: Désenchantement. In: *Le Monde*, 30.05.05 (online-Version).

¹⁰¹ Ferenczi, Thomas: Désenchantement. In: *Le Monde*, 30.05.05 (online-Version). Ein Paradox besteht darin, dass die Franzosen ein Sozialmodell verteidigen, das seit Jahrzehnten kaum noch funktioniert: „Avec ses 10% de chômeurs, ses quatre millions d’exclus, son million de RMistes, ses comptes publics à la dérive, ses exportations qui régressent, celle-ci fait plutôt figure, depuis longtemps, de contre-modèle.“ Delhommais, Pierre-Antoine: Le non et l’exception économique française. In: *Le Monde*, 02.06.2005 (online-Version). Vgl. dazu auch den Titel eines weiteren Artikels in *Le Monde*: Guélaud, Claire: Le modèle français est à bout de souffle. In: *Le Monde*, 02.06.2005 (online-Version).

¹⁰² Dieser Rückzug (*repli*) ist auf der politisch rechten Seite geprägt ist durch nationalistische, auf der linken Seite durch protektionistische Tendenzen (Ferenczi, Thomas: Désenchantement. In: *Le Monde*, 30.05.05 (online-Version)). *Le Monde* betitelt einen Kommentar zum Referendumsausgang: „La France dans son jardin“ – im folgenden Text heißt es dann, das Motto in Frankreich hieße nun wieder frei nach Voltaire: „Cultivons notre jardin.“ (Le Gendre, Bertrand: Commentaire. La France dans son jardin. *Le Monde*, 30.05.2005 (online-Version)). Der Rückzug bedeutet aber nicht, dass die alten Ansprüche auf einen Vorbildcharakter Frankreichs aufgegeben worden wären. Für sich selbst spricht in dieser Hinsicht ein Beitrag des französischen Außenministers Philippe Douste-Blazy in *Le Monde*, in dem er zur Position Frankreichs gegenüber Europa nach dem Scheitern der Verfassung Stellung bezieht. Dabei greift er fast alle beschriebenen Elemente des französischen Selbstbildes auf: In der nun angebrochenen Phase der Neuorientierung Europas, die durch die Ablehnung der Verfassung eingeleitet sei, müsse Frankreich seine Vorstellungen einbringen: „Dans un monde incertain, la France entend continuer de défendre et de promouvoir ces valeurs et ces principes d’action. [...] Evidemment, il reviendra à la France de défendre dans ce contexte ses valeurs, ses intérêts et ses convictions.“ Douste-Blazy, Philippe: Europe: l’heure de vérité. In: *Le Monde*, 22.06.2005, S. 15.

dass ausgerechnet die Gewerkschaften, die ja eigentlich aufgrund ihrer klassenkämpferischen Wurzeln dem Staat gegenüber misstrauisch eingestellt sind, die Rolle des Staates und das bestehende französische Sozialmodell vehement verteidigen. Gleichzeitig führt dieses besondere Verhältnis dazu, dass sich der Protest der Gewerkschaften oft nicht gegen die Arbeitgeber, sondern gegen den Staat richtet. Dieses Verhalten erklärt sich auch durch die dominante Rolle des Staates in den Arbeitsbeziehungen.

C Die Gewerkschaften in den Arbeitsbeziehungen heute

Die starke Rolle des Staates sowie der Pluralismus der französischen Gewerkschaften tragen dazu bei, dass Frankreich auch in Bezug auf die Arbeitsbeziehungen eine *exception* innerhalb Europas darstellt.¹⁰³ Die französischen Arbeitsbeziehungen unterscheiden sich insbesondere von den deutschen, die durch einheitliche und starke Sozialpartner sowie eine sehr zurückgenommene Rolle des Staates gekennzeichnet sind.¹⁰⁴

Im Folgenden soll zunächst auf das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen eingegangen werden, dann auf die Rolle des Staates, die sich aus dem Verhältnis der Sozialpartner ergibt, sowie auf die Arbeitsbeziehungen im Betrieb.

In diesem Kapitel wird, teilweise leicht schematisiert, von den historisch dominanten Beziehungs- und Handlungsmustern ausgegangen, um in den nachfolgenden Kapiteln die (möglichen) Veränderungen deutlich machen zu können. Wie in den vorangegangenen Teilen wird dabei ein vergleichender deutscher Blickwinkel eingenommen.

Gewerkschaften und Arbeitgebervertretungen

Ein sozialpartnerschaftliches Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebervertretungen, wie es im deutschen System der Arbeitsbeziehungen lange Bestand hatte, ist in Frankreich aus mehreren Gründen undenkbar. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in der oben beschriebenen Zersplitterung der französischen Gewerkschaftslandschaft in miteinander konkurrierende Richtungsgewerkschaften, die dazu führt, dass die Gewerkschaften untereinander in Konkurrenz stehen, sich also gegenseitig behindern, statt

¹⁰³ Vgl. dazu zum Beispiel Ruysseveldt/Visser 1996b, S. 82.

¹⁰⁴ Auswahl aus der Vielzahl der Literatur zu den deutschen Gewerkschaften und ihrer Rolle in den Arbeitsbeziehungen: Jacobi, Otto u.a. (Hrsg.): Germany: Codetermining the Future. In: Ferner, Anthony und Hymann, Richard (Hrsg.): Industrial Relation in the new Europe. Oxford 1992, S. 218-269; Müller-Jentsch, Walther: Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung. 2. Auflage Frankfurt a.M. 1997 (Müller-Jentsch 1997); Dufour, Christian: Industrielle Beziehungen – wie modellhaft ist das deutsche Modell? In: Cattero, Bruno (Hrsg.): Modell Deutschland, Modell Europa. Opladen 1998, S. 247-262; Hassel, Anke: Gewerkschaften und sozialer Wandel. Mitgliedererkrutierung und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Großbritannien. Baden-Baden 1999; Schroeder, Wolfgang: Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand. Zur Entwicklung der industriellen Beziehungen in Ostdeutschland. Wiesbaden 2000 (Schroeder 2000) sowie besonders grundlegend: Schroeder, Wolfgang und Weißels, Bernhard (Hrsg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Wiesbaden 2003.

vereint und mit gemeinsamen Strategien die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Beeinträchtigt wird die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften zudem dadurch, dass diese nicht das Monopol über die Arbeitnehmervvertretung haben, sondern sich den Vertretungsanspruch mit den betrieblichen Gewerkschaftssektionen und auf Betriebsebene gewählten Vertretungsorganen teilen.¹⁰⁵ Das Zusammenspiel dieser Elemente führt dazu, dass die Arbeitgeber in den Gewerkschaften keine verlässlichen Verhandlungspartner haben und die reale Repräsentativität der Gewerkschaften in Zweifel ziehen.¹⁰⁶

Die ebenfalls pluralistische Struktur der Arbeitgeberverbände trägt aber ebenso dazu bei, dass ein autonomes Miteinander der zwei „Sozialpartner“ sehr schwierig ist: Zwar vertritt offiziell der Dachverband *Mouvement des entreprises de France* (MEDEF), 1998 hervorgegangen aus dem *Conseil national du patronat français*, die Anliegen aller Arbeitgeber; in der Realität repräsentiert er aber vor allem die großen Unternehmen.¹⁰⁷ Die kleinen und mittleren Unternehmen gründeten deshalb eine eigene Vereinigung, die *Confédération générale des petites et moyennes entreprises* (CGPME). Weitere eigene Verbände gibt es zum Beispiel im Agrarsektor. Der Vielzahl der Gewerkschaften steht also eine ebenfalls heterogene Arbeitgebervertretung gegenüber, die zudem nicht, wie zum Beispiel in Deutschland, funktional getrennt ist in eine wirtschaftliche und eine politische Vertretung.¹⁰⁸ Dieser Pluralismus auf beiden Seiten macht Verhandlungen und Konsensfindung schwierig. Erschwerend kommt hinzu, dass bei beiden Parteien traditionell ein großes Misstrauen bzw. sogar Ablehnung gegenüber Verhandlungen besteht. Auch wenn seit den 1980er Jahren ein Wandel der Einstellungen von einem defensiven zu einem pragmatischen Reformismus stattgefunden hat, stehen die Gewerkschaften zum Teil immer noch in der alten Tradition des Klassenkampfes.¹⁰⁹ Sie sehen folglich Verhandlungen mit dem „Klassenfeind“ als Verrat an und warnen vor der Gefahr, „durch sozialpartnerschaftliches Verhalten allmählich in das bestehende Wirtschaftssystem integriert zu werden“, das sie ja gerade verändern möchten.¹¹⁰ Zudem lässt sich die Skepsis gegenüber Verhandlungen durch die dargestellte pluralistische Struktur der Gewerkschaften und die dadurch entstehende Konkurrenzsituation erklären: Jede Seite versucht, ihre Handlungsfreiheit zu wahren, und bemüht sich daher darum, den

¹⁰⁵ Vgl. Kißler, Leo und Lasserre, René: Tarifpolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich. Frankfurt a.M. / New York 1987, S.35. (Kißler/Lasserre 1987).

¹⁰⁶ Vgl. Jansen/Kiersch 1983, S. 448.

¹⁰⁷ Vgl. Lüger 2000, S. 189.

¹⁰⁸ In Deutschland vertritt die *Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände* (BDA) die sozialpolitischen Interessen, der *Bundesverband der deutschen Industrie* (BDI) die wirtschaftspolitischen Belange.

¹⁰⁹ Vgl. Lasserre/Uterwedde 1997, S. 209.

¹¹⁰ Lüger 2000, S. 194. Hier muss allerdings zwischen den Gewerkschaften differenziert werden. Die CFDT zum Beispiel setzt sich seit einigen Jahren für ein unabhängiges Verhandlungssystem zwischen den Tarifpartnern ein.

Tarifverträgen jeglichen verbindlichen Charakter abzusprechen.¹¹¹ Die Arbeitgeber begegnen bilateralen Verhandlungen und Tarifabschlüssen aufgrund ihrer traditionell patriarchalisch-autoritären Einstellung, die auf die immer noch große Bedeutung des Familienbesitzes in der französischen Wirtschaft zurückzuführen ist, ihrerseits mit Skepsis.¹¹² Gleichzeitig tritt ein ähnliches Phänomen wie bei den Gewerkschaften auf: Da die kleinen und mittleren Unternehmen ihre Autonomie aufrechterhalten wollen, bremsen sie die Tarifverhandlungen, sobald diese nicht ihren Interessen entsprechen.¹¹³ Aus diesem Misstrauen und der Kompromisslosigkeit auf beiden Seiten resultiert, dass sich nie eine sozialpartnerschaftliche Verhandlungstradition herausgebildet hat.¹¹⁴ Zu Beginn der 1980er Jahre versuchte die linke Regierung mit den nach dem zuständigen Minister benannten *Auroux*-Gesetzen, die Sozialpartner und die Rolle der Verhandlungen zu stärken, dieser Versuch scheiterte aber im wesentlichen.¹¹⁵

Im Gegensatz zu den deutschen Arbeitsbeziehungen, bei denen Verhandlungen an erster Stelle stehen und Streik nur das äußerste Mittel ist, wenn alle anderen scheitern, stehen in Frankreich Konflikt und Streik, in der französischen Verfassung als individuelles Recht festgeschrieben, an erster Stelle.¹¹⁶ Verhandlungen setzen erst dann ein, „wenn es darum geht, ein meistens durch Streik geschaffenes Kräfteverhältnis auszunutzen und durch ein konkretes Ergebnis festzuschreiben.“¹¹⁷ Die ausgehandelten Ergebnisse werden oft nicht als verpflichtend angesehen, sondern nur als eine Art temporärer Waffenstillstand (*armistice*

¹¹¹ Kibler/Lasserre 1987, S. 32.

¹¹² Jansen/Kiersch 1983, S. 458.

¹¹³ Kibler/Lasserre 1987, S. 38.

¹¹⁴ „France has never known a cohesive and lasting practice of collective bargaining over wages and employment terms.“ Ruysseveldt/Visser 1996b, S. 83. Das französische Tarifvertragesgesetz entstand bezeichnender Weise nicht auf Initiative der Sozialpartner, sondern wurde ausschließlich vom Gesetzgeber festgesetzt. Zur Entwicklung des Gesetzes vgl. Jansen, Peter: Die gescheiterte Sozialpartnerschaft. Die französische Gewerkschaftsbewegung zwischen Tarifautonomie und Staatsinterventionismus. Frankfurt a.M. / New York 1987, S. 145ff.

¹¹⁵ Die nach dem zuständigen Minister benannten Gesetze, die von der gerade an die Macht gekommenen Linksregierung erlassen wurden, hatten zum Ziel, die arbeitsrechtliche Gesetzgebung (festgehalten im *Code du travail*) grundlegend zu modernisieren. Die individuellen Arbeitnehmerrechte sollten erweitert, die betrieblichen Entscheidungsmechanismen demokratisiert und die kollektiven Arbeitsbeziehungen modernisiert werden. Diese Ziele konnten aber nur zum Teil umgesetzt werden; teilweise wurde das Gegenteil dessen erreicht, was eigentlich anvisiert war: Die Umsetzung des Gesetzes bewirkte unter anderem eine weitere Dezentralisierung der Verhandlungen auf die betriebliche Ebene, was einen zusätzlichen Einflussverlust für die Gewerkschaften bedeutet. Das Gesetz bleibt zudem relativ ineffektiv, da es zwar Verhandlungen vorschreibt, diese aber zu keinem Ergebnis führen müssen. Vgl. Goetschy, Janine und Rozenblatt, Patrick: France: The Industrial Relations System at a Turning Point? In: Ferner, Anthony und Hymann, Richard (Hrsg): Industrial Relations in the new Europe. Oxford 1992, S. 428 sowie Bibes, Geneviève und Mouriaux, René: Les syndicats européens à l'épreuve. Paris 1990, S. 180ff.

¹¹⁶ Selbst von den Arbeitgebern wird der Streik als wesentliches Mittel angesehen, um die Kräfteverhältnisse abschätzen zu können. Der Konflikt gilt als „Klärungsmechanismus vor jeder Tarifverhandlung.“ Kibler/Lasserre 1987, S. 51.

¹¹⁷ Lasserre/Uterwedde 1997, S. 209.

social), der jederzeit gebrochen werden kann.¹¹⁸ Eine Friedenspflicht und damit eine Koppelung zwischen Konflikt und Verhandlung wie im deutschen Tarifvertragssystem gibt es nicht.

Zwar liegt Frankreich trotz dieser Konflikt- und Streikkultur und entgegen aller Vorurteile, was die Häufigkeit der Arbeitskonflikte angeht, im europäischen Vergleich auf mittlerer Position.¹¹⁹ Kennzeichnend aber sind die Häufigkeit der Streiks im öffentlichen Dienst und der mit 90% hohe Anteil an lokalen und betriebsbezogenen Arbeitskämpfen sowie die Radikalität und öffentliche Wirksamkeit der Streikaktivitäten. Der Streik wird nicht nur zur Durchsetzung konkreter arbeitspolitischer Forderungen genutzt, sondern, obwohl dies eigentlich verboten ist, vor allem als ein politisches Mittel eingesetzt: „La grève est aussi l’expression de la grogne générale. C’est un moyen de pression et de protestation“.¹²⁰

Die Grundvoraussetzung für ein System der Sozialpartnerschaft, die Existenz von kooperationswilligen Sozialpartnern, ist nicht gegeben. Korporatistische Bündnisse, wie sie die deutschen Gewerkschaften mehrfach eingegangen sind, sind in Frankreich undenkbar.¹²¹ Nach der Kategorisierung von Ebbinghaus und Visser lassen sich die französischen Arbeitsbeziehungen anhand der beschriebenen Merkmale als „konfliktorientierter Grundtypus“ einordnen.¹²²

Vor diesem Hintergrund ist eine autonome Einigung zwischen den Sozialpartnern nicht möglich. Es ist daher ein Mittler vonnöten: Diese Rolle übernimmt in Frankreich der Staat.

Die Rolle des Staates in den Arbeitsbeziehungen

Den relativ schwachen Sozialpartnern steht ein starker Zentralstaat gegenüber, der sich, wie in Abschnitt I.A. beschrieben, in alter Tradition trotz einer Reihe von Reformen immer noch

¹¹⁸ „In such a situation the view of these negotiation shared by the actors may be likened to a temporary truce between two armies determined to renew hostilities at a later date, rather than a compromise or the signing of a contract as a stable method to resolve their disputes even if only for a limited period.“ Saglio, Jean: *Industrial Relations and Human Resources in France*. In: Locke, Richard u.a. (Hrsg.): *Employment relations in a changing world economy*. Cambridge 1995, S. 210.

¹¹⁹ Dies und folgendes vgl. Ohne Verfasser: *Arbeitskämpfe. Den Rückzug angetreten. iwd – Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln* 34 (2001).

¹²⁰ Letschert, Matthias J.: *La paix sociale, peut-elle exister en France? Etude comparative franco-allemande sur les tendances syndicales et les relations du travail*. Erlangen/Nürnberg 1999, S. 86. (Letschert 1999).

¹²¹ Auch wenn Deutschland im internationalen Vergleich nicht als typisch korporatistisches Land gilt, so gab es doch immer wieder „korporatistische Politikmuster“, die in Kontinuität zu den „historisch relativ stark ausgeprägten verhandlungsdemokratischen Strukturen“ stehen. Letztes Beispiel für einen korporatistischen Zusammenschluss zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebervertretungen und Staat ist das unter der Regierung Schröder ins Leben gerufene „Bündnis für Arbeit.“ Vgl. Weßels, Bernhard: *Die Entwicklung des deutschen Korporatismus*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 26.27 (2000), S. 18ff.

¹²² Ebbinghaus, Bernhard und Visser, Jelle: *Wandel der Arbeitsbeziehungen im westeuropäischen Vergleich*. In: Hradil, Immerfall (Hrsg.): *Die westeuropäische Gesellschaften im Vergleich*. Opladen 1997, S.337. Die deutschen Arbeitsbeziehungen sind dem „sozialpartnerschaftlichen Grundtypus“ (als Unterkategorie des „korporatistischen Grundtypus“) zuzuordnen (ebd.).

stark in die wirtschaftlichen Belange des Landes einmisch. ¹²³ Auch in den Arbeitsbeziehungen hat der Staat eine sehr dominante Rolle. Unterschieden werden muss hier zwischen der Rolle des Staates im öffentlichen Sektor, in dem seine Funktion über die des Arbeitgebers weit hinausgeht, und seiner Rolle im privaten Sektor, wo er, im Gegensatz zu den deutschen Arbeitsbeziehungen, in denen die Tarifautonomie der Sozialpartner hochgehalten wird, ebenfalls eine wesentliche Rolle einnimmt.

Wie in Abschnitt II.B. aufgezeigt, nimmt der *service public* in Frankreich großen Raum ein. Ein Großteil der Erwerbstätigen ist im öffentlichen Sektor und in den verstaatlichten Unternehmen beschäftigt; die Gewerkschaften sind in erster Linie in diesem Sektor organisiert. ¹²⁴ Die Rolle des Staates geht weit über die des Arbeitgebers hinaus: Da die Ergebnisse der Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor als Maßstab für den privaten Sektor gesehen werden, übernimmt der Staat eine Vorbild- und Schrittmacherfunktion in den Arbeitsbeziehungen. Er wird von den Gewerkschaften als Hauptverantwortlicher und Motor des sozioökonomischen Dialoges gesehen. Daher ist er auch erster Adressat des Unwillens und der Proteste („*destinataire de la grogne générale*“¹²⁵), wenn die Gewerkschaften mit den gegebenen Bedingungen bzw. mit geplanten Reformen nicht einverstanden sind. Dies haben die Proteste von 1995 deutlich gezeigt.

Im privaten Sektor wird eine dominante Rolle des Staates durch die Schwäche der Sozialpartner, die nur begrenzt zur autonomen vertraglichen Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Lage sind, geradezu hervorgerufen. Gesetzliche Regelungen, dominieren über vertragliche Abschlüsse:

„Cette impuissance [der Sozialpartner] a conduit l’administration à se substituer aux partenaires sociaux pour édicter les règles correspondantes, parfois de manière très précise... D’où l’importance primordiale, en France, du droit du travail et de la jurisprudence, importance sans équivalent ailleurs dans le monde.“¹²⁶

Weite Bereiche der Arbeitsbeziehungen, die in Deutschland autonom zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt werden, sind in Frankreich im *Code du travail* gesetzlich geregelt. Beispiele hierfür sind die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit sowie der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn, der so genannte SMIC (*Salaire minimum interprofessionnel de croissance*). Dieser Mindestlohn ist an die Steigerung der Produktivität

¹²³ „L’Etat actuel est toujours profondément implanté dans l’économie française [...].“ Letschert 1999, S. 50.

¹²⁴ Mindestens die Hälfte der Mitglieder der Gewerkschaften ist im öffentlichen Sektor bzw. in den verstaatlichten Unternehmen beschäftigt. Vgl. Andalfatto 2004, S. 167.

¹²⁵ Letschert 1999, S. 69.

¹²⁶ Labbé, Dominique und Nezosi, Gilles: *Négociation collective, paritarisme et démocratie sociale*. In: Andalfatto, Dominique: *Les syndicats en France*. Paris 2004, S. 114.

und die Inflationsrate gekoppelt, kann aber auch aufgrund einer politischen Entscheidung erhöht werden (politischer Mindestlohn).¹²⁷

Der Staat gibt zudem direkte inhaltliche Vorgaben für die Tarifverhandlungen und schreibt mit den *Auroux*-Gesetzen sogar vor, wie oft Verhandlungen stattzufinden haben.¹²⁸ Einen weiteren Eingriff in die Tarifpolitik bedeutet die Befugnis des Staates, auf Initiative einer der Sozialpartner oder des Arbeitsministers Tarifabschlüsse für allgemeinverbindlich zu erklären.¹²⁹ Der Staat macht sehr häufig von diesem Recht Gebrauch, „um das mangelnde Engagement und die Unstimmigkeit der Tarifpartner auszugleichen und die tariflichen Bestimmungen rechtlich zu untermauern.“¹³⁰ Dies führt zu dem Paradox, dass Frankreich innerhalb Westeuropas mit teilweise über 90% die größte Deckungsrate von Tarifverträgen hat, obwohl die Sozialpartner so schwach sind wie in keinem anderen Land.¹³¹ Diese Praxis hat zudem zur Folge, dass Verträge von den Tarifpartnern erst ab dem Moment wirklich anerkannt werden, ab dem ihre Einhaltung vom Staat als obligatorisch vorgeschrieben wird.¹³²

¹²⁷ Der SMIC wird automatisch angepasst, sobald der Anstieg des globalen Preisniveaus 2% übersteigt. Zudem wird unabhängig von der Preisentwicklung jährlich zum 1. Juli eine Neufestlegung des SMIC per Regierungsdekret erlassen. Zwar muss die Regierung offiziell eine Stellungnahme der *Commission nationale de la négociation collective*, in der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vertreten sind, einholen. In der Realität aber hat diese Kommission keine Bedeutung. Der SMIC ist daher ein politischer Mindestlohn. Vgl. Schmidt, Bernard: Der französische Mindestlohn SMIC (Manuskript). In: Ver.di (Hrsg.): Reader Mindestlohn. Gegen Arbeit in Armut. Berlin 2005, S. 170. In Frankreich herrscht also eine „etatistische Regulierungsform“ in der Lohnbildung des privaten Sektors vor, wohingegen in Deutschland die Sozialpartner die Löhne eigenständig aushandeln („korporatistische Regulierungsform“). Vgl. Armingeon, Klaus: Der Staat in den Arbeitsbeziehungen. Entwicklungstendenzen und ökonomische Effekte im internationalen Vergleich. In: *Politische Vierteljahresschrift* 39.2 (1998), S. 246.

¹²⁸ Auf Branchenebene müssen mindestens einmal jährlich Lohnverhandlungen, einmal alle fünf Jahre Verhandlungen über die Einstufungsskala geführt werden. Auf Unternehmensebene muss der Arbeitgeber einmal jährlich mit den Gewerkschaftsdelegierten über Löhne und Arbeitszeiten verhandelt. Zu Ergebnissen müssen die Sozialpartner dabei aber nicht kommen. (Vgl. Lasserre/Uterwedde 1997, S. 227f.) Es ist paradox, dass ausgerechnet ein Gesetz, dessen vorrangiges Ziel es ist, autonome Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern zu stärken, diesen durch eine solch präzise Vorschrift einen Teil ihrer Autonomie gleich wieder nimmt.

¹²⁹ Entweder kann der Staat den entsprechenden Vertrag auf alle Unternehmen der betroffenen Branche in einem bestimmten Gebiet ausweiten (*extension*) oder aber geographisch auf weitere Gebiete ausdehnen (*élargissement*). Vgl. Rehfeld 1997, S. 85. Auch der deutsche Staat hat das Recht, unter bestimmten Umständen Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Er macht davon aber sehr viel seltener Gebrauch. Vgl. Schroeder 2000, S. 25f.

¹³⁰ Lasserre/Uterwedde 1997, S. 223. Vgl. dazu auch Helmlinger, Thomas: Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen in Österreich und Frankreich. Linz 2002, S. 107f.

¹³¹ Vgl. Ruyseveldt/Visser 1996b, S. 89. Oft ist der Inhalt der Verträge aber sehr mager: „However, the wide-ranging coverage of collective agreements in France is matched only by the poverty of their content and small significance for employee-employer relations.“ (ebd.). Ein ähnliches Paradox entsteht dadurch, dass der Status der Repräsentativität den Gewerkschaften nicht nach ihrem realen Einfluss, sondern nach teilweise sehr fragwürdigen Kriterien vom Staat zugesprochen wird. Siehe dazu Fußnote 52.

¹³² Jean-François Trogrlic, *secrétaire national* der CFDT, äußert dazu, das Gesetz werde von den Gewerkschaften „als einziger effizienter Schutzfaktor angesehen [...], der somit über der Verhandlung steht.“ Zitiert nach Arnaud, Jean-Louis: Zusammenfassender Bericht des Seminars „Auf dem Weg zu einem Sozialvertrag in Europa. Frankreich – Deutschland: Soziale Modelle und wirtschaftliche Veränderungen.“ Veranstaltet vom Bundeskanzleramt und der Studien- und Forschungseinrichtung *Notre Europe* am 11. und 12. April 2001 in Berlin, S. 18.

Sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgebervertretungen sehen nicht im jeweils anderen, sondern im Staat den ersten Ansprechpartner: Die Arbeitgebervertretungen wollen nicht durch Verhandlungen ihre Autonomie verlieren und versprechen sich von Lobbying-Aktivitäten bei der Regierung weit mehr Erfolg als von der Verhandlung mit Gewerkschaften. Die Gewerkschaften wenden sich aus den oben beschriebenen Gründen (II.B) ebenfalls eher an den Staat. Dieses Verhalten führt dazu, dass alle Konflikthalte, die in der Arena der industriellen Beziehungen nicht gelöst werden können, in die politische Arena herübergezogen werden.¹³³

So entsteht ein Teufelskreis: Die Verhandlungsdefizite der Tarifpartner führen zu staatlichem Interventionismus; das starke Eingreifen des Staates wiederum schwächt die Handlungsmöglichkeiten der Tarifpartner erneut.¹³⁴ Diesem Teufelskreis ist nur schwer zu enttrinnen.

Arbeitsbeziehungen auf betrieblicher Ebene

Die beschriebenen Charakteristika, insbesondere das Misstrauen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen, sowie die umfassende gesetzliche Regelung der Arbeitsbeziehungen, finden sich auf betrieblicher Ebene wieder. Zwar sind gesetzliche Vertretungsinstanzen der Arbeitnehmer im Betrieb vorgesehen; Mitbestimmung im Sinne des deutschen Systems existiert in den französischen Betrieben aber nicht.¹³⁵ Trotz einiger relevanter Befugnisse

¹³³ „In France, many issues are shifted from the industrial to the political arena. What cannot be regulated through bargaining often becomes the object of political decision-making.“ Ruysseveldt/Visser 1996b, S. 89.

¹³⁴ Von einigen Autoren wird die These vertreten, dass der französische Staat sich nur vordergründig darum bemühe, die Rolle der Sozialpartner zu stärken, in Wirklichkeit aber alles daran setze, die Sozialpartner weiter schwach zu halten, um seinen eigenen Einfluss zu bewahren. Vgl. dazu zum Beispiel Prigge, Wolfgang: Staatliche Steuerung und gewerkschaftlicher Pluralismus. Kollektive Arbeitsbeziehungen in Belgien und Frankreich. Wiesbaden 2000, S. 293: „Nicht die offizielle Zielsetzung, also die Förderung der Tarifautonomie, ist für den Staat vorrangig, sondern die inoffizielle Zielsetzung einer kontinuierlichen lohnpolitischen Intervention im Interesse einer Kontrolle der Arbeitsbeziehungen, Arbeitsbedingungen und Entgeltzahlungen.“

¹³⁵ Das betriebliche Interessenvertretungssystem entwickelte sich in drei Phasen. Im Ersten Weltkrieg entstanden im Zuge der Rätebewegung die Belegschaftsdelegierten, *délégués personnels*, deren Aufgabe es bis heute ist, die Belange der Arbeitnehmer in Fragen der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten. Ihre Funktion ist rein konsultativ. 1945 wurden im Rahmen der Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus die Betriebsausschüsse, *comités d'entreprise*, eingeführt. Der *comité d'entreprise* weist auf den ersten Blick Ähnlichkeiten mit dem deutschen Betriebsrat auf. Seine Handlungsmöglichkeiten sind aber aufgrund des großen Widerstandes, der ihm seitens der Unternehmer entgegengebracht wird, stark eingeschränkt. Zudem wird das *comité*, obwohl es ein Organ der Arbeitnehmervertretung ist, vom Arbeitgeber (*patron*) präsiert. Die Rechte und Wirkungsmöglichkeiten des *comités* beschränken sich im Wesentlichen auf den sozialen und kulturellen Bereich (*activités sociales et culturelles*). Als Reaktion auf die sozialen Proteste und die innenpolitische Krise wurden 1968 Gewerkschaftsabteilungen (*sections syndicales*) geschaffen, mittels derer die Gewerkschaften zum ersten Mal institutionell im Betrieb vertreten waren. Jede repräsentative Gewerkschaft kann eine *section* bilden, der dann alle betrieblichen Mitglieder dieser Gewerkschaft angehören. Innerhalb der *section* kann ein Delegierter gewählt werden, dem seit 1982 eine besondere Rolle zukommt, da er befugt ist, als Tarifpartner im Betrieb zu verhandeln. Vgl. Lasserre/Uterwedde 1997, S. 224f. und Lüger 2000, S. 196ff. Die betriebliche Mitbestimmung in Frankreich ist also insgesamt nur sehr schwach ausgebaut. Ein „duales System der Interessenvertretung“ mit der „Arena Tarifautonomie“ und der „Arena Betriebsverfassung“ wie in Deutschland gibt es nicht. Vgl. Müller-Jentsch 1997, S. 195.

bleiben die gewerkschaftlichen Mitwirkungsrechte insgesamt sehr begrenzt. Da diese Rechte zudem unabhängig von der realen Gewerkschaftsstärke gesetzlich festgesetzt werden, entsprechen sie weder der Einflussmacht der Gewerkschaften noch ihrem Willen, sich auf Verhandlungen mit dem Arbeitgeber einzulassen. Der Betrieb gilt für die Gewerkschaften nach wie vor als Ort des Kräftemessens mit dem Arbeitgeber; Mitbestimmung hat hier also wenig Platz.¹³⁶

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Sozialpartner aufgrund ihrer Schwäche und des gegenseitigen Misstrauens auf einen starken Staat angewiesen sind. Die Gewerkschaften halten (mit einigen Ausnahmen) am französischen System der Arbeitsbeziehungen und an der starken Rolle des Staates fest, da ihnen durch den Staat Einflussmöglichkeiten zukommen, die ihrer eigentlichen Stärke keineswegs entsprechen.

Ihre Ziele erreichen die Gewerkschaften weniger über Verhandlungen als dadurch, dass sie über das Mittel des Protests Druck auf den Staat ausüben. Dieses Vorgehen ließ sich gerade in jüngster Zeit wieder beobachten: Die CGT, FO sowie zwei weitere Gewerkschaften riefen zum Streik der Mitarbeiter der französischen Eisenbahnunternehmens SNCF auf, um gegen die Privatisierung des Unternehmens zu protestieren, obwohl die Privatisierung von Seiten des Staates gar nicht angekündigt worden war. Alle Überzeugungs- und Verhandlungsversuche der Regierung im Vorfeld des Streikes blieben erfolglos. Die betreffenden Gewerkschaftsvertreter sind der Auffassung, die Regierung habe Privatisierungspläne gehabt, sie aber aufgrund des Protestes wieder zurückgezogen. Aus Sicht der Gewerkschaften stellt der Streik also eine erfolgreiche präventive Aktion dar.¹³⁷

III Gewerkschaften in Europa vor neuen Herausforderungen

Seit einigen Jahrzehnten lässt sich eine Reihe von Veränderungen auf verschiedenen Ebenen feststellen, die die Umweltbedingungen der Gewerkschaften beeinflussen und dazu führen, dass die Gewerkschaften immer mehr Schwierigkeiten haben, sich zu behaupten. Diese Veränderungen liegen nicht mehr rein im nationalen Rahmen: Die Gewerkschaften sind mit

¹³⁶ „La collaboration à un niveau égal entre le syndicat et le patronat est même aujourd’hui inimaginable pour beaucoup de syndicalistes.“ Letschert 1999, S. 91.

¹³⁷ Vgl. Bostnavaron, François: SNCF: une grève sur fond de rivalités syndicales. In: *Le Monde*, 21.11.2005 (online-Version). „Le mouvement de grève nationale reconductible [...] devait débiter lundi 21 novembre à 20 heures. [...]. Le gouvernement a pourtant tout fait pour tenter de désamorcer le conflit. Notamment en insistant sur l’absence de projet de privatisation de la SNCF, l’un des points de la mobilisation syndicale.“ Laut Gewerkschaftsvertretern hat erst die Streikdrohung zur Rücknahme des Projektes geführt: „La CGT-cheminots a pris acte comme d’un premier acquis de la missive et de l’engagement de l’Etat, affirmant: sans appel à la grève, nous n’aurions pas eu de tels engagements.“ Aus: Ohne Verfasser: Le trafic ferroviaire fortement perturbé par la grève à la SNCF. *Le Monde*, 22.11.2005 (online-Version).

eingebunden in ein Mehrebenensystem, in dem sich nationale, regionale und supranationale Ebenen überschneiden und aufeinander Einfluss haben.¹³⁸

Es lassen sich Umwälzungsprozesse auf ökonomischer, soziokultureller und politisch-ideologischer Ebene feststellen. Innerhalb all dieser Prozesse spielen die Auswirkungen der Europäischen Integration eine große Rolle. Auch wenn sich eigentlich keine klaren Trennlinien zwischen den verschiedenen Bereichen ziehen lassen, sollen sie hier aus Gründen der Übersichtlichkeit und aufgrund der Schwerpunktsetzung der Arbeit dennoch getrennt dargestellt werden.

Da die genannten Veränderungsprozesse alle Gewerkschaften in Europa betreffen, werden sie hier in ihren allgemeinen Auswirkungen dargestellt. Die Gewerkschaften der einzelnen Länder begegnen diesen Veränderungsprozessen aber sehr unterschiedlich, da sie verschiedene Ausgangsbedingungen haben (*Pfadabhängigkeit*): Während zum Beispiel die deutschen Gewerkschaften, wie ein Großteil der (nord)westeuropäischen Gewerkschaften, aufgrund sehr günstiger gesellschaftlicher, politischer sowie wirtschaftlicher Bedingungen in der Nachkriegszeit über lange Zeit fest in der Gesellschaft verankert waren sowie über ein starkes politisches Gewicht verfügten, so dass sie jetzt den neuen Herausforderungen von einer relativ starken Warte aus begegnen können, hatten die französischen Gewerkschaften, wie im vorhergehenden Kapitel dargestellt, aufgrund ihrer Zersplitterung und ihrer ideologischen Aufladung zu keiner Zeit einen wirklichen Rückhalt in der Bevölkerung und nie eine vergleichbar starke Rolle in den Arbeitsbeziehungen und im politischen Leben des Landes. Trotz dieser unterschiedlichen Ausgangspositionen und den daraus resultierenden verschiedenen Auswirkungen sollen hier die Veränderungen bezogen auf alle westeuropäischen Gewerkschaften dargestellt werden. Dabei wird aber jeweils auf die speziellen Auswirkungen auf die französischen Gewerkschaften verwiesen. Entsprechend werden auch solche Prozesse berücksichtigt, die nur in Frankreich stattgefunden haben.

A Allgemeine Kontextveränderungen

1 Ökonomische Kontextveränderung: Internationalisierung der Finanz- und Arbeitsmärkte

Mit der zunehmenden Internationalisierung der Märkte und dem dadurch hervorgerufenen „Bedeutungsverlust nationaler Grenzen für den Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital“¹³⁹ verändern sich die wirtschaftlichen Bedingungen und das Verhältnis zwischen

¹³⁸ Der Begriff der „Globalisierung“ wird hier aufgrund des inflationären Gebrauchs des Begriffs und der damit einhergehenden Uneindeutigkeit bewusst vermieden. Literaturangaben zum Mehrebenensystem vgl. Fußnote 19.

¹³⁹ Dies und Folgendes vgl. Zimmer, Stefan: *Jenseits von Kapital und Arbeit? Unternehmerverbände und Gewerkschaften im Zeitalter der Globalisierung*. Opladen 2002, S. 77ff. (Zimmer 2002).

Wirtschaft und Politik innerhalb der Nationalstaaten. Seit dem Ende des *Bretton Wood*-Systems in den 1970er Jahren ist es weltweit zu einer fortschreitenden Deregulierung und Liberalisierung des Devisen- und Kapitalverkehrs gekommen, die durch eine rapide Weiterentwicklung in den Bereichen von Technologie und Kommunikation vorangetrieben wird. Die Internationalisierung der Kapitalmärkte hat Auswirkungen auf die heimischen Märkte: Die Gewinnmöglichkeiten der Unternehmen im Ausland werden für das Inland als „benchmarks“ gesetzt und setzen somit die heimische Industrie unter Druck, die nun versucht, die Produktionskosten so weit zu senken, dass sie mit den ausländischen Zielländern mithalten kann. Dies wiederum hat direkte Auswirkungen auf die Gewerkschaften und ihre Stellung in den industriellen Beziehungen: Einstige Grundfesten der Gewerkschaften wie die Forderung nach Lohnhomogenität, flächendeckenden Tarifverträgen und Mitarbeiterpartizipation werden zunehmend als wettbewerbshemmende Elemente kritisiert. Den Gewerkschaften wird vorgeworfen, durch ihre hohen sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Forderungen die Abwanderung der Unternehmen ins Ausland geradezu zu forcieren. Es mehren sich die Forderungen nach Dezentralisierung und Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen.¹⁴⁰

Die Internationalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte fördert zudem das Entstehen transnationaler Konzerne, das heißt „global vernetzte[r] Wertschöpfungsketten [...], die im Rahmen eines *Regime shoppings* ihre einzelnen Unternehmensfunktionen rund um den Globus auf jeweils *optimale* Standorte verteilen.“¹⁴¹ Für die sozialpolitischen Interessenvertreter, insbesondere für die Gewerkschaften, die weiterhin auf nationaler Ebene organisiert sind, werden die multinationalen Unternehmen mit ihrer „Selektionsmacht“, die sich durch Auslagerungen den sozialpolitischen Regulierungen ihres Heimatstaates entziehen können, zu einer existentiellen Bedrohung. Selbst wenn das Bild eines bindungslosen und unabhängigen Unternehmens heute noch nicht unbedingt der Realität entspricht, so können die Konzerne doch allein mit der Androhung von Standortverschiebungen Druck auf die Arbeitnehmerseite ausüben.¹⁴² Dies bewirkt eine Machtverschiebung zugunsten der Unternehmen. Der alte Klassenkompromiss, der eine „antizipierte Interessenshomogenität der Unternehmen und ihrer sozial- und tarifpolitischen Interessenvertreter“¹⁴³ voraussetzt, kann so nicht mehr funktionieren. An seine Stelle tritt ein inhärenter Interessenkonflikt zwischen den international agierenden Akteuren und den immobilen nationalen Arbeitnehmern und

¹⁴⁰ Vgl. Eberwein u.a. 2000, S. 32 f.

¹⁴¹ Bispinck, Reinhard und Schulten, Thorsten: Globalisierung und das deutsche Kollektivvertragssystem. *WSI Mitteilungen* 4 (1998), S. 244 (Bispinck/Schulten 1998).

¹⁴² Vgl. Bispinck/Schulten 1998, S. 224.

¹⁴³ Zimmer 2002, S. 81.

Gewerkschaften. In Frankreich, wo es nie einen „Klassenkompromiss“ zwischen Kapital und Arbeit gegeben hat, sondern immer ein antagonistisches Verhältnis zwischen Arbeitnehmervertretungen und Arbeitgebern herrschte, wird der ohnehin konflikthafte Charakter der Arbeitsbeziehungen noch verschärft.

Die Selektionsmacht der Konzerne führt aber nicht nur zu einem anderen Verhältnis zwischen den Tarifpartnern, sondern auch zu einem veränderten Verhalten der Nationalstaaten: Um als Standort attraktiv zu bleiben und dadurch Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum im Land zu sichern, versuchen viele Staaten, den multinationalen Konzernen entgegenzukommen. Dies geschieht auf Kosten der einst als Staatsaufgabe angesehenen Tätigkeit, „zugunsten durchsetzungsfähiger Partikularinteressen [...] zu intervenieren, subventionieren, protegieren und umzuverteilen.“¹⁴⁴ Auch der französische Staat, der lange Zeit eine Sonderrolle einnahm, ist gezwungen, sich den Realitäten zu stellen. Da der Staat lange Zeit protektionistische Tendenzen verfolgte und den öffentlichen Sektor sowie die staatlichen Unternehmen besonders schützte, sind die nun zwingenden Einschnitte besonders schmerzhaft und stoßen bei den Gewerkschaften, die sich über lange Zeit auf die starke Rolle des Staates verließen, auf Widerstand.¹⁴⁵

2 Soziokulturelle Kontextveränderung: Wandel der Produktions- und Berufsstrukturen

Zum Teil zusammenhängend mit den beschriebenen Veränderungen des ökonomischen Kontextes verändert sich seit einigen Jahrzehnten auch der soziokulturelle Rahmen der Gewerkschaften. Ein in allen westlichen Industriegesellschaften spätestens ab den 1970er Jahren zu beobachtendes Phänomen ist die Veränderung der Produktions- und damit auch der Berufsstrukturen, durch die sich auch die (potentielle) Klientel der Gewerkschaften verändert. Diese Entwicklung lässt sich zusammenfassen mit dem Schlagwort „Ende des Fordismus“¹⁴⁶:

¹⁴⁴ Vgl. Funk, Lothar: Der neue Strukturwandel: Herausforderung und Chance für die Gewerkschaften. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 47.48 (2003), S. 16.

¹⁴⁵ Ein aktuelles Beispiel für den großen Widerstand, den die Gewerkschaften staatlichen Versuchen entgegensetzen, die arbeitsrechtlichen Regelungen zwecks Flexibilisierung zu reformieren, ist der große Protest der Gewerkschaften gegen die von der Regierung de Villepins geplante Einführung des „*Contrat Nouvelles Embauches*“. Diese neue Form des Arbeitsvertrages, der vorsieht, dass es Unternehmern mit weniger als 20 Mitarbeitern erlaubt sein soll, neu Angestellten innerhalb der ersten zwei Jahre ohne Begründung zu kündigen, stößt bei den Gewerkschaften auf starken Widerstand. Vgl. Noblecourt, Michel: Les torpeurs du syndicalisme. In: *Le Monde* 23.07.2005 (online-Version).

¹⁴⁶ Von der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise 1974 dominierte in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Industrieländern der fordistische Typ der Arbeitsorganisation. Der Begriff „Fordismus“, benannt nach der erfolgreichen Strategie des Autoherstellers Ford, bezeichnet „das produktionsorganisatorische Konzept der tayloristischen Arbeitsteilung in der industriellen Massenproduktion, die wissenschaftlichen Planungsmethoden auf Betriebsebene sowie hohe Reallohnsteigerungen, Massenkonsum und soziale Innovation in den Arbeitsbeziehungen [...]“. Merkel, Wolfgang: Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im west-europäischen Vergleich. Frankfurt / New York 1993, S. 42 (Merkel 1993).

Die durch die aufeinander folgenden wirtschaftlichen Krisen ab den 1970er Jahren sowie die durch die zunehmende Internationalisierung hervorgerufenen Veränderungen in der Arbeitswelt führen dazu, dass der fordistische Produktionstyp ersetzt wird durch neue Arbeitsformen und neue Managementstrategien. Die Produktionsweise wandelt sich von der großseriellen, industriellen Massenproduktion hin zu Formen der flexiblen, kleinseriellen Produktion. Die Unternehmen versuchen, durch Rationalisierungs- und Innovationsmaßnahmen zum Beispiel in Form von neuen Technologien und Produktionsformen oder aber auch durch Flexibilisierung etwa in Form von neuen Arbeitsverhältnissen sich dem internationalen Wettbewerbsdruck anzupassen.¹⁴⁷ An die Stelle des „Normalarbeitsverhältnis“ treten immer häufiger „atypische Beschäftigungsformen“.¹⁴⁸ Für die Gewerkschaften bedeuten diese „Reorganisationsprozesse“ zum einen, dass die Arbeitnehmerschaft immer heterogener wird. Zum anderen führen sie dazu, dass sich die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen mehr und mehr auf die betriebliche Ebene verlagert, wobei gleichzeitig die Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung erheblich eingeschränkt werden.¹⁴⁹

Neben den neuen Beschäftigungs- und Produktionsweisen trägt die Gewichtsverschiebung zwischen den Sektoren zu einer Ausdifferenzierung der Arbeiterschaft bei: Der technologische Fortschritt führt seit den 1960er Jahren zu einem Beschäftigungsabbau in den Industriebranchen mit einst starker gewerkschaftlicher Präsenz und zu einer gleichzeitigen Ausdehnung des Dienstleistungssektors. In diesem Sektor, in dem neue Berufsgruppen und wiederum neue Beschäftigungsverhältnisse auftreten, sind die Gewerkschaften bis heute nur schlecht organisiert.¹⁵⁰ Während sie ihre alte Stammklientel verlieren, haben sie es noch nicht geschafft, sich auf die neuen Berufsgruppen einzustellen und für diese eine Mitgliedschaft attraktiv zu machen.

Auch die französischen Gewerkschaften haben mit der Bedeutungsverschiebung zwischen den Sektoren zu kämpfen. Bezogen auf die gewerkschaftliche Organisation in der Arbeitnehmerschaft zeigt sich in Frankreich aber ein noch viel gravierendes Missverhältnis als das zwischen dem Organisationsgrad im tertiären und im sekundären Sektor: Die hauptsächlich im öffentlichen Sektor organisierten französischen Gewerkschaften sind im privaten Sektor völlig unterrepräsentiert. Mindestens die Hälfte der Mitglieder der

¹⁴⁷ Vgl. Baethge, Martin und Wolf, Harald: Continuity and Change in the *German Model* of Industrial Relation. In: Locke, Richard u.a (Hrsg.): Employment relations in a changing world economy. Cambridge 1995, S. 242.

¹⁴⁸ Die Zahl der Teilzeitarbeitnehmer steigt, immer öfter werden Leiharbeiter eingestellt oder Teile der Produktion aus dem eigenen Unternehmen ausgelagert.

¹⁴⁹ Vgl. Eberwein 2000 u.a., S. 34f.

¹⁵⁰ Vgl. Klammer, Ute und Hoffmann, Reiner: Unvermindert wichtig: Gewerkschaften vor alten und neuen Aufgaben. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 47.48 (2003), S. 24.

Gewerkschaften ist im öffentlichen Sektor bzw. in den verstaatlichten Unternehmen beschäftigt und dies, obwohl über 70% der Arbeitsplätze dem privaten Sektor angehören.¹⁵¹

Noch bedeutender als die Gewichtsverschiebung zwischen den Sektoren ist für die Gewerkschaften in Europa aber die zunehmende strukturelle Arbeitslosigkeit, die in den Industriebereichen, die einst die Hochburgen gewerkschaftlicher Organisation waren, mit am höchsten ist und daher zu einem weiteren Mitgliederverlust der Gewerkschaften führt.¹⁵² Die Gewerkschaften, die lange Zeit allein auf die Vertretung Beschäftigter ausgerichtet waren, haben bis jetzt keine spezifischen Instrumentarien entwickelt, um sich für die Belange der Arbeitslosen einzusetzen: „Die eigentliche Interessenvertretung der Gewerkschaften im Hinblick auf Beschäftigungsprobleme ist [...] präventiver Natur; sie spielt sich auf den Feldern der Tarif-, Betriebs- und Industriepolitik ab [...]“.¹⁵³

Die zunehmende Ausdifferenzierung der (potentiellen) Klientel der Gewerkschaften (zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten, Kern- und Randbelegschaften etc.) bewirkt, dass die Gewerkschaften nicht mehr die Vertretung einer einheitlichen Arbeitnehmerschaft mit relativ homogenen Interessen sein können, sondern sich auf viele verschiedene Erwartungen und Ansprüche einstellen müssen, um den Arbeitnehmern Anreize zur Mitgliedschaft zu schaffen. Die einst enge Bindung der Arbeiterschaft an die Gewerkschaften wird heute zudem dadurch erschwert, dass mit der Veränderung der Sozial- und Berufsstrukturen ein Wandel von kollektiven hin zu individuellen Werten einhergeht. Es besteht immer weniger Bereitschaft, sich kollektiv zu organisieren und zu engagieren.¹⁵⁴ Die europaweit sinkenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zeigen deutlich, dass es den Gewerkschaften bis jetzt nicht gelungen ist, sich auf die neuen Bedürfnisse der Arbeitnehmerschaft (und der Arbeitslosen) einzustellen.¹⁵⁵

¹⁵¹ Vgl. Andalfatto 2004, S. 167.

¹⁵² Vgl. Mesch, Michael: Arbeitsbeziehungen in Westeuropa: ein Resümee. In: Ders. (Hrsg.): Sozialpartnerschaft und Arbeitsbeziehungen in Europa. Wien 1995, S. 13.

Die Arbeitslosenquote lag 2004 in Frankreich bei durchschnittlich 8,7%, in Deutschland bei 10,7%. Die europaweite Quote (EU 25) lag bei 8,3% (EU 15: 7,2%). Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2005 für das Ausland. Wiesbaden 2005, S. 52.

¹⁵³ Schroeder, Wolfgang: Der neue Arbeitsmarkt und der Wandel der Gewerkschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 47.48 (2003), S. 8 (Schroeder 2003). Den Gewerkschaften wird sogar vorgeworfen, mit ihrer Politik die „Insider“ (Erwerbstätigen) zu stärken und die „Outsider“ (Arbeitslose) zu schwächen. (ebd.)

¹⁵⁴ Vgl. Schroeder 2003, S. 7.

¹⁵⁵ „Over the last twenty years there has been a widespread decline in trade union membership throughout most of western Europe.“ Dies sowie nähere Informationen vgl. den Bericht „Trade unions across Europe – Trends“ der *Federation of European Employers* im Internet unter <http://www.fedee.com/tradeunions.html>. (Stand Dezember 2005).

Nirgends aber sind die Mitgliederzahlen so sehr gesunken wie bei den französischen Gewerkschaften, obwohl diese immer schon europaweit mit den niedrigsten Organisationsgrad hatten.¹⁵⁶

3 Politisch-ideologische Kontextveränderung: Programmatische Krise der linken Parteien

Die linken Parteien sind europaweit seit Ende des 20. Jahrhunderts in eine Orientierungskrise geraten. Wenn diese Parteien ihre bisherige Position und Programmatik in Frage stellen, wirkt sich dies direkt auf die Gewerkschaften, die von jeher programmatisch eng mit den Parteien des linken Spektrums verbunden sind, aus.¹⁵⁷ Die Krise lässt sich, blickt man auf Westeuropa allgemein und speziell auf Frankreich, an drei wesentlichen Ereignissen festmachen: In Frankreich wurde eine erste programmatische Krise der linken Parteien durch das Scheitern des Staatssozialismus zu Beginn der 1980er Jahre ausgelöst. Zu einer europaweiten Erschütterung für das linke Parteienspektrum, von der in Frankreich insbesondere die *Parti Communiste Français* (PCF) betroffen war, kam es Ende der 1980er Jahre mit der Auflösung der Sowjetunion und dem damit offensichtlich gewordenen Scheitern des „real existierenden Sozialismus“. Europaweit befinden sich seit einiger Zeit die sozialdemokratischen Parteien in einer programmatischen Krise.

Mit dem Sieg François Mitterrands bei den Präsidentschaftswahlen 1981 und dem darauf folgenden Sieg der *Parti Socialiste* (PS) bei den Parlamentswahlen wurde Frankreich zum ersten Mal in der Geschichte der V. Republik von einem sozialistischen Präsidenten und einer aus Sozialisten und Kommunisten gebildeten Regierung regiert.¹⁵⁸ Mit dem Ziel, ihre Vorstellung eines sozialistischen Staatsmodell in Frankreich umzusetzen, vollzog die Regierung eine Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik: Sie setzte auf eine Politik der Verstaatlichung im Industrie- und Bankensektor, leitete Strukturreformen ein und erließ ein Wachstums- und Beschäftigungsprogramm.¹⁵⁹ Die französische Regierung verfolgte diese Politik des „Keynesianismus in einem Land“¹⁶⁰ zu einer Zeit, in der die sozialdemokratischen

¹⁵⁶ Der Organisationsgrad liegt heute insgesamt bei 10%. Im privaten Sektor sind die französischen Gewerkschaften heute zu 5% vertreten, und zwar fast nur in den Industriebranchen, im öffentlichen Sektor zu 14%. „Cela signifie que la plus grande partie du salariat – notamment dans les services– forme un immense désert syndical.“ Andalfatto 2004, S. 167.

¹⁵⁷ Vgl. Birsl, Ursula u.a. (Hrsg.): Gewerkschaften in Europa zwischen Tradition und Wandel. In: Borchert, Jens u.a. (Hrsg.): Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel. Opladen 1996, S. 109f.

¹⁵⁸ Vgl. Stephan, Ina: Die Parti socialiste. In: Ruß, Sabine u.a. (Hrsg.): Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik. Opladen 2000, S. 153.

¹⁵⁹ Uterwedde 1997, S. 124.

¹⁶⁰ Ruysseveldt/Visser 1996b, S. 85.

Parteien in anderen europäischen Ländern schon längst begannen, „ihre Illusionen über die Instrumentalisierungsmöglichkeiten des verstaatlichten Sektors zu verlieren“ und zu Privatisierung und Kommerzialisierung bereit waren.¹⁶¹ Schnell musste die Regierung einsehen, dass der von ihr eingeschlagene Kurs nicht haltbar war: Anstelle von Wachstums- und Beschäftigungserfolgen stellte sich eine Steigerung der Inflation und des Außenhandels- und Staatsdefizit ein.¹⁶² Die Regierung stand vor der Wahl: Entweder sie setzte den von ihr eingeschlagenen nationalen Reformweg fort und nahm den Austritt Frankreichs aus dem europäischen Währungssystem und damit seine völlige Isolierung in Kauf oder aber sie nahm eine radikale Kursänderung vor. Unter dem maßgeblichem Einfluss des damaligen Wirtschaftsministers Jacques Delors und gegen starke innenpolitische Widerstände entschied sich die französische Regierung für letzteres: Mit dem ab 1983 durchgeführten Spar- und Stabilisierungsprogramm gab sie die sozialistische Reformpolitik faktisch auf. Dieser Schritt bedeutete die Preisgabe eines großen Teils des bisherigen sozialistischen Programms und führte zu einer langsamen Annäherung der sozialistischen Partei an die sozialdemokratischen Parteien Europas.¹⁶³

Eine zweite große Erschütterung für das linke Parteienspektrum in Frankreich, insbesondere für die *Parti Communiste*, war die Auflösung der Sowjetunion und das damit offensichtlich gewordene endgültige Scheitern des Ziels, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung grundlegend zu verändern. Dieser Umbruch löste eine tiefe politisch-ideologische Orientierungskrise innerhalb der ohnehin schon sehr geschwächten Kommunistischen Partei aus, deren Führung sich bis zum Schluss hinter die Politik der UdSSR gestellt hatte.¹⁶⁴ Alle Versuche der programmatischen Neuorientierung und Modernisierung blieben insbesondere aufgrund innerparteilicher Konflikte erfolglos.¹⁶⁵ Auch die Regierungsbeteiligung 1997 bis 2002 konnte der Partei keinen Aufschwung geben, sondern führte dazu, dass die PC endgültig ihre Glaubwürdigkeit als Partei der „kleinen Leute“ verlor und durch die linksextremen, trotzkistischen Parteien *Lutte ouvrière* und *Ligue Communiste Révolutionnaire* Konkurrenz

¹⁶¹ Merkel 1993, S. 256.

¹⁶² Dies und Folgendes vgl. Uterwedde 1997, S. 124f.

¹⁶³ „Le socialisme a connu, à la fois, une sécularisation et une européanisation qui l’ont approché des autres partis sociaux-démocrates européens.“ Bergounioux, Alain: *Socialisme français et social-démocratie européenne*. In: *Vingtième siècle* 65 (2000), S.101. (Bergounioux 2000).

¹⁶⁴ Zur Schwäche der Partei vgl. Schild, Joachim: *Politische Parteien und Parteiensystem im Wandel*. In: Kimmel, Adolf und Uterwedde, Henrik (Hrsg.): *Länderbericht Frankreich*. Bonn 2005, S. 47f. (Schild 2005).

Zur Haltung der PCF gegenüber der Politik der UdSSR vgl. Obrecht, Markus: *Die Parti communiste français (PCF)*. In: Ruß, Sabine u.a. (Hrsg.): *Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik*. Opladen 2000, S.226 (Obrecht 2000).

¹⁶⁵ Die Versuche der Parteiführung unter dem Vorsitzenden Robert Hue in den 1990er Jahren, die Partei zu modernisieren und zu einer neuen Programmatik zu finden, führten aufgrund der innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen Reformisten und Traditionalisten statt zum erwünschten Erfolg zu einer erneuten Orientierungskrise der Partei. Vgl. Schild 2005, S. 277.

von links bekam. Heute kämpft die einst so starke Arbeiterpartei Frankreichs ums Überleben; immer wieder wird ihr endgültiger Niedergang beschworen.¹⁶⁶

Die Versuche, kommunistische bzw. sozialistische Politikvorstellungen in die Realität umzusetzen, scheiterten also. Seit einiger Zeit gerät mit den beschriebenen Veränderungen der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zudem ein linkes Politikmodell in die Krise, das sich über Jahrzehnte in der praktischen Politik durchaus bewährt hat: das europäische Modell der Sozialdemokratie.¹⁶⁷ Seit einigen Jahrzehnten wird immer wieder die von Ralf Dahrendorf aufgebrachte These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ aufgegriffen und kontrovers diskutiert.¹⁶⁸

Auch wenn sich in Frankreich im Gegensatz zu den meisten anderen westeuropäischen Ländern nie eine Sozialdemokratie entwickelte, so hat diese Krise dennoch direkte Auswirkungen auf die französische Linke und die französischen Gewerkschaften.¹⁶⁹

¹⁶⁶ Vgl. Schild 2005, S. 276f.

¹⁶⁷ Zum Modellbegriff vgl. Borchert, Jens u.a.: Einleitung: Das sozialdemokratische Modell – Krise und Perspektiven. In: Diess. (Hrsg.): Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel. Opladen 1996, S. 7-22.

In Hinblick auf den Wandel der soziokulturellen Umweltbedingungen stehen die sozialdemokratischen Parteien, die lange Zeit fest in der Schicht der Arbeiter und der kleinen Angestellten verankert waren, vor sehr ähnlichen Problemen wie die Gewerkschaften: Auch sie verlieren durch die Änderung der Produktions- und Beschäftigungsstrukturen und der damit einhergehenden Veränderung der sozialen Milieus einen Großteil ihrer einstigen Wählerschaft und Mitgliedsbasis und müssen sich neuen gesellschaftlichen Gruppen öffnen. Auch die im vorangegangenen Kapitel beschriebene Internationalisierung der Wirtschaft hat direkte Auswirkungen auf die Programmatik der Sozialdemokratie. Durch den zunehmenden Zwang zur Wettbewerbsfähigkeit wird ein zentrales Merkmal der Sozialdemokratie, das Ziel, durch Staatsinterventionismus die kapitalistische Wirtschaft unter Kontrolle zu bringen und zu steuern, um auf diese Weise freie Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden zu können, in Frage gestellt. (vgl. Weber, Henri: *Crise et renouveau de la social-démocratie européenne*. In: *La Revue Socialiste* 17 (2004), S. 8f.) Der Verlust nationalstaatlicher Kontroll- und Steuerungsmechanismen wird zudem vorangetrieben durch die zunehmend auf wirtschaftliche Liberalisierung ausgerichtete Europäische Integration, die zu den Grundwerten der Sozialdemokratie in einem Spannungsverhältnis steht. Vgl. Ladrech, Robert: *Social democracy and the challenge of European Union*. London 2000, S. 44 (Ladrech 2000).

Zur Krise der Sozialdemokratie vgl. insbesondere Merkel 1993.

¹⁶⁸ Vgl. Borchert, Jens: Alte Träume und neue Realitäten: Das Ende der Sozialdemokratie. In: Ders. u.a. (Hrsg.): Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel. Opladen 1996, S. 40.

¹⁶⁹ Frankreich stellt hier erneut einen Sonderfall dar: In Frankreich etablierte sich nie eine das linke Parteienspektrum dominierende und in der Arbeiterschaft verankerte sozialdemokratische Partei wie in den meisten anderen (nord)westeuropäischen Ländern. Die französische Linke war immer stark zersplittert und wurde lange Zeit von der kommunistischen Partei dominiert, die für sich beanspruchte, die Vertretung der Arbeitnehmerschaft zu sein. Sie war lange Zeit eng mit der größten Gewerkschaft Frankreichs, der CGT, verbunden. (Vgl. Obrecht 2000, S. 222). Die sozialistische Partei dagegen verfügte niemals über einen ähnlichen Rückhalt in der Arbeiterschaft und bei den Gewerkschaften wie die sozialdemokratischen Parteien, zum Beispiel die *Sozialdemokratische Partei Deutschland* (SPD). (Vgl. Schild 2005, S. 269). Trotz dieser Unterschiede wirkt sich die Krise der Sozialdemokratie auch auf die französische Linke aus: Zum einen bedeutet die Schwächung einer der stärksten linken Strömungen Europas eine Schwächung für den programmatischen Standpunkt der linken Parteien insgesamt. Zum anderen hat sich die PS seit der gescheiterten Umsetzung des Staatssozialismus programmatisch mehr und mehr den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas angenähert und kann durchaus mit zur „sozialdemokratischen Familie“ gezählt werden: „Par-delà les héritages historiques dûment assumés, le PS [Parti Socialiste] semble bien connaître une communauté de destin avec ses homologues européens.“ (Bergounioux 2000, S. 97).

Mit der Veränderung der wirtschaftlichen und soziokulturellen Rahmenbedingungen geht eine Veränderung sowohl des wissenschaftlichen als auch des politisch-öffentlichen Diskurses einher, durch die die einstigen Konzepte, Werte und Ziele der Sozialdemokratie, aber auch der linken Parteien insgesamt, in die Defensive gedrängt werden: Seit Beginn der 1980er Jahre setzt sich eine neoliberale Sichtweise durch, die ganz auf den Marktwettbewerb setzt und sich gegen jede Form von staatlichem Interventionismus wendet.¹⁷⁰ Aufgabe des Staates ist es der neoliberalen Theorie zufolge ausschließlich, einen allgemeinen Ordnungsrahmen zu schaffen. Jede Art von politischer Intervention oder Regulierung wird angesichts des internationalen Wettbewerbsdrucks als effizienzhemmend angesehen.¹⁷¹ Das Ende der „keynesianistischen Orthodoxie“¹⁷² stürzt sämtliche Parteien des linken Spektrums, deren Programmatik bisher auf einer staatsinterventionistischen (Wirtschafts-) Politik aufbaute, in eine programmatische Krise.¹⁷³ Seit einiger Zeit sind die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, einschließlich der sozialistischen Partei Frankreichs, daher auf der Suche nach einer neuen programmatischen Ausrichtung. In der Diskussion ist dabei insbesondere das von Anthony Giddens geprägte Konzept des *Dritten Weges*, das spätestens mit der Veröffentlichung des *Schröder-Blair-Papiers* für die europäische Strategiediskussion der sozialdemokratischen Parteien relevant wurde.¹⁷⁴ Die Vertreter des *Dritten Weges* sehen die Globalisierung und Europäisierung der Finanz- und Gütermärkte sowie den damit einhergehenden Wettbewerbsdruck nicht in erster Linie als Gefahr und Einschränkung

¹⁷⁰ Vgl. dazu Merkel 1993, S. 30ff.

¹⁷¹ „However one weights the various contributing factors, by the 1990s [...] a new orthodoxy reigned, one in which state interventions in the economy, and in some countries in social welfare provision, were viewed as negative or constricting elements upon market forces.“ Ladrech 2000, S. 48.

¹⁷² Merkel 1993, S. 31.

¹⁷³ Die sozialdemokratischen Parteien sind von dieser Krise besonders schwer betroffen, da ihre keynesianische Politikausrichtung lange Zeit als Ersatz für die ehemals ideologische Ausrichtung herhielt: Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die meisten sozialdemokratischen Parteien, mit Ausnahme der sozialistischen Partei Frankreichs, bei der dieser Prozess erst zu Beginn der 1980er Jahre auftrat, Abschied genommen von philosophisch-weltanschaulichen Begründungen ihrer Politik. An diese Stelle trat die „keynesianistische Variante des technokratisch-etatistischen Politikverständnisses.“ Die Infragestellung dieses etatistischen Politikmusters führt daher zu einer Sinnentleerung der sozialdemokratischen Politik. (Merkel 1993, S. 34f.).

¹⁷⁴ Die Grundlage zum Konzept des *Dritten Weges* legte Anthony Giddens mit seinem Buch: *The third way: the renewal of social democracy*, Cambridge 1999. Mit diesem Konzept ist nicht mehr ein Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus gemeint, sondern ein Weg „zwischen dem radikalen Neoliberalismus der 80er Jahre und der alten etatistisch-korporatistischen Sozialdemokratie der Nachkriegszeit.“ Merkel, Wolfgang: *Der Dritte Weg und der Revisionismusstreit der Sozialdemokratie am Ende des 20. Jahrhunderts*. In: Hinrichs, Karl u.a. (Hrsg.): *Kontingenz und Krise. Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften*. Frankfurt/New York 2000, S. 264.

Im so genannten *Schröder-Blair-Papier* fordern Schröder und Blair die Abgrenzung von „traditioneller“ sozialdemokratischer Politik. Parallel zum Wahlkampflabel der „Politik des Dritten Weges“ von Blair prägt Schröder mit diesem Papier für die deutsche Sozialdemokratie den Begriff der „Neuen Mitte“. (Schröder, Gerhard und Blair, Tony: *Der Weg nach vorn für Europas Sozialdemokraten. Blätter für deutsche und internationale Politik* 44.7 (1999), S. 887-896.) Aust weist allerdings darauf hin, dass in dem Papier das Gedankengut von Giddens nur sehr selektiv aufgegriffen werde. Vgl. Aust, Andreas: *„Dritter Weg oder Eurokeynesianismus? Zur Entwicklung der Europäischen Beschäftigungspolitik seit dem Amsterdamer Vertrag*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3.29 (2000), S. 271. (Aust 2000).

sozialdemokratischer Politik, sondern als Chance für dringend notwendige Reformen, als „Modernisierungspeitsche.“ Der freie Markt wird daher nicht mehr als Ursache für soziale Ungleichheiten angesehen, sondern in „expliziter Akzeptanz liberaler Positionen“ als „effizientes Instrument der Allokation der Produktionsfaktoren.“¹⁷⁵ Die Gegenposition zum Konzept des *Dritten Weges* vertreten die Anhänger des *Eurokeynesianismus*, der bezeichnender Weise insbesondere von den französischen Sozialisten vertreten wird und eng mit dem Namen Lionel Jospins verbunden ist.¹⁷⁶ Die *Eurokeynesianisten* bestehen auf einer weiterhin starken politischen Flankierung des europäischen Wirtschaftsprozesses.¹⁷⁷

Betrachtet man die momentane Entwicklung der Europäischen Union und die Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten, so ergibt sich der Eindruck, dass sich bisher, wenn auch mit Abschwächungen, eher das Modell des *Dritten Weges* durchsetzt.¹⁷⁸

Für die Gewerkschaften bricht also nicht nur die Stütze weg, die insbesondere die sozialdemokratischen Parteien lange Zeit für sie darstellten, sondern sie geraten zusätzlich dadurch mehr und mehr in die Defensive, dass die sozialdemokratischen Parteien Abstand von ihrer alten Programmatik nehmen und immer häufiger einen liberalen Reformkurs einschlagen.¹⁷⁹ Die Gewerkschaften werden also zu Kämpfern auf einsamen Posten. Zwar ist gerade in den letzten Jahren, auch als Reaktion auf den „Rechtsruck“ der sozialdemokratischen Parteien, ein verstärktes Aufkommen von dem linken Spektrum zuzuordnenden sozialen Bewegungen und von (extremen) linken Parteien zu beobachten.¹⁸⁰

¹⁷⁵ Aust 2000, S. 289.

¹⁷⁶ Als Antwort auf das *Schröder-Blair-Papier* ist ein anlässlich des 21. Kongress der Sozialistischen Internationalen (8. bis 11. November 1999) vom Präsidium der gastgebenden französischen PS beschlossenes Dokument zu verstehen, das folgerichtig von der Presse *Jospin-Papier* betitelt wurde. In diesem Papier setzt sich die PS von den Inhalten des *Schröder-Blair-Papiers* ab. (PS France: Das *Jospin-Papier*. Beitrag der Sozialistischen Partei Frankreichs zum 21. Kongress der Sozialistischen Internationale. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 44.11 (1999), S. 1391-1402).

Zum Begriff des *Eurokeynesianismus* vgl. Aust 2000, S. 270.

¹⁷⁷ Eine Formel Jospins, die direkt als Antwort auf das *Schröder-Blair-Papier* zu verstehen ist, bringt die Einstellung der *Eurokeynesianer* auf den Punkt: „Oui à l'économie du marché, non à la société de marché.“ Zitiert nach: Bergounioux 2000, S. 107.

¹⁷⁸ Ein Beispiel sind die in Deutschland durch die SPD-Regierung eingeführten *Hartz-IV-Reformen* – vor einigen Jahren wäre es noch undenkbar gewesen, dass eine sozialdemokratische Partei ein so einschneidendes Reformvorhaben einbringt. Zum Wandel der Politik der SPD seit 1998 vgl. Mielke, Gerd: Kommentar: Wahl und Alternative. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1 (2005), S.11.

¹⁷⁹ Aust beschreibt in Bezug auf die Beziehung der sozialdemokratischen Parteien gegenüber der EU, die mit ihrer reinen Ausrichtung auf die „negative Integration“ eigentlich den Zielsetzungen der Sozialdemokratie diametral entgegensteht, die Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien „von Skeptikern zu Musterschülern.“ Vgl. Aust 2003.

¹⁸⁰ In Frankreich treten seit einigen Jahren verstärkt linksextreme, trotzkistische Parteien auf, wie zum Beispiel die Parteien *Lutte ouvrière* oder *Ligue Communiste Révolutionnaire*. Zudem ist ein Erstarken der Antiglobalisierungsbewegung zu beobachten. Vgl. Schild 2005, S. 277. In Deutschland sorgte bei der Bundestagswahl 2005 der Einzugs der Partei *Die Linke.PDS* mit über 8% in den Bundestag für viel Aufsehen.

Letztere bieten aber den meisten Gewerkschaften aufgrund ihrer Radikalität und ihrer oft unrealistischen Forderungen keine wirkliche Alternative.¹⁸¹

Die europäischen Gewerkschaften sind somit auf den verschiedensten Ebenen mit neuen Herausforderungen konfrontiert: Ihre Mitgliedsbasis schwindet, sie müssen sich auf neue Beschäftigungs- und Sozialstrukturen einstellen. Gleichzeitig verlieren sie den Rückhalt bei ihren einstigen Bündnispartnern, den linken Parteien. Sie geraten zudem zunehmend durch die Internationalisierung der Arbeits- und Wirtschaftsmärkte und den dadurch ausgeübten Wettbewerbsdruck auf die Nationalstaaten in die Defensive.

Gleichzeitig sind sie mit der Europäischen Union in ein sehr dichtes regionales Netz eingespannt, das sie noch einmal vor besondere Herausforderungen stellt. Auf die relevanten Schritte der Europäischen Integration und ihre Bedeutung für die Gewerkschaften wird im Folgenden eingegangen.

B Kontextveränderung durch die Prozesse der Europäischen Integration

Die Europäische Union stellt ein weltweit einmaliges, stark institutionalisiertes wirtschaftliches und politisches Gebilde dar, das immer größeren Einfluss auf Wirtschaft und Politik der Nationalstaaten hat und sich damit auch auf die Strukturen der nationalen Gewerkschaften auswirkt.¹⁸² Der Europäische Integrationsprozess, der als wirtschaftlicher Integrationsprozess begann, war von den Gründungsvätern Europas immer auch als politischer Integrationsprozess hin zu einem supranationalen Staat gedacht.¹⁸³ Auch wenn bis heute die wirtschaftliche Integration dominiert, hat sich doch auch die soziale Dimension weiterentwickelt. Für die beiden unterschiedlichen Entwicklungsebenen der Integration haben sich die Begriffe *negative* und *positive Integration* durchgesetzt.¹⁸⁴ Unter *negativer Integration* werden die Schritte zur Vergrößerung und Liberalisierung der Märkte verstanden,

¹⁸¹ So lehnte zum Beispiel der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB) bei dieser Bundestagswahl eine Wahlempfehlung zugunsten der SPD ab, gab aber auch keine Wahlempfehlung zugunsten der Linkspartei *Die Linke.PDS*, zu der der DGB Distanz bewahrt. Vgl. Heims, Hans-Jörg und Fahrenholz, Peter: DGB versagt linkem Bündnis die Unterstützung. In: *Süddeutsche Zeitung*, 20.06.2005, S. 1.

¹⁸² „The EU is institutionally more developed than NAFTA and Japan, and, as a consequence, provides key insights into the possibilities and dangers that regional integration has for the labor movement.“ Taylor/Mathers 2002, S. 103.

¹⁸³ Die Gründungsväter der Europäischen Integration, insbesondere Jean Monnet, erwarteten, dass die am Anfang des Einigungsprozesses stehende Integration der Schlüsselindustrien Kohle und Stahl langfristig nicht nur auf die gesamte europäische Wirtschaft überspringe, sondern auch zur Entstehung eines Europäischen Zentralstaates führen werde. Vgl. Streeck, Wolfgang: Europäisierung als Liberalisierung: Perspektiven gewerkschaftlicher Politik im integrierten Europa. In: Ders.: *Korporatismus in Deutschland. Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union*. Frankfurt a.M. 1999, S.47 (Streeck 1999a).

¹⁸⁴ Vgl. Scharpf, Fritz Wilhelm: *Balancing positive and negative integration: The regulatory options for Europe. MPIfG working paper 97.8* (1997).

unter *positiver Integration* regulative Maßnahmen zur gesellschaftlichen Beeinflussung der Märkte. Hier wird letzterer Terminus im Folgenden etwas weiter gefasst und verstanden als Überbegriff für alle Schritte, die zu der Herstellung einer sozialen Dimension der Europäischen Union beitragen.

Die bisherige Entwicklung der *negativen* und der *positiven Integration* soll in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die nationalen Gewerkschaften kurz beschrieben werden.

1 Negative Integration: Schritte der Liberalisierung

Die *negative Integration* lässt sich an zwei Großprojekten festmachen, die schon zu Beginn des Integrationsprozesses angedacht und vorbereitet worden waren, deren tatsächliche Umsetzung aber erst in den letzten zwei Jahrzehnten gezielt vorangetrieben wurde: An der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes und einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes mit der Freiheit von Waren, Kapital, Personen und Dienstleistungen wurde schon 1957 in den „Römischen Verträgen“ anvisiert.¹⁸⁵

Aufgrund großer nationaler Widerstände erwies sich die tatsächliche Umsetzung aber als sehr schwierig.¹⁸⁶ In den 1980er Jahren wurde das Projekt mit dem Weißbuch der Kommission von 1985, das auf die zügige Umsetzung der gegenseitigen Anerkennung der Rechtsnormen drängte, und mit der „Einheitlichen Europäischen Akte“ von 1986 (umgesetzt 1987), die die endgültige Umsetzung des Binnenmarktes begleitet von politischen Flankierungsmaßnahmen vorsah, wieder aufgegriffen. 1992 wurde die Vollendung des Binnenmarktes trotz weiter bestehender Einschränkungen verkündet. Seitdem gibt es eine Reihe von Initiativen seitens der Kommission, die die vollständige Umsetzung der vier Freiheiten vorantreiben sollen.¹⁸⁷

Der Schwerpunkt liegt bei allen Initiativen auf der weiteren Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Letzter Schritt auf diesem Gebiet war der Entwurf der Kommission einer Europäischen Dienstleistungsrichtlinie, auf die später noch genauer eingegangen wird (vgl. Abschnitt IV.C.1). Die Öffnung des Binnenmarktes soll zu einem verstärkten

¹⁸⁵ Zu den folgenden Ausführungen vgl. im wesentlichen Dicke, Hugo: Der Europäische Binnenmarkt. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bonn 2004, S. 223-241 (Dicke 2004).

¹⁸⁶ Vgl. hierzu Dicke 2004, S. 224f.

¹⁸⁷ Im Rahmen des Amsterdamer Vertrages wurde ein „Aktionsplan für den Binnenmarkt“ verabschiedet, dem eine „Strategie für den Binnenmarkt“ folgte. Weitere Initiativen beschloss der Rat auf dem Lissaboner Frühjahrsgipfel 2000 im Rahmen der neu ins Leben gerufenen „Strategie von Lissabon“, deren Ziel es ist, „die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“ Vgl.: „Binnenmarktstrategie: Die Kommission fordert die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten auf, gemeinsam die Leistung zu steigern.“ Beitrag auf der offiziellen Homepage der Europäischen Kommission: http://www.europa.eu.int/comm/internal_market/de/update/strategy/review01.htm (Stand November 2005).

Wettbewerb und damit zu einer höheren Wirtschafts- und Beschäftigungsdynamik führen.¹⁸⁸ Sie führt aber gleichzeitig zu einer Machtverschiebung zwischen Ökonomie und Politik, da politische Regulierung zunehmend als effizienzhemmend betrachtet wird und sozialpolitische Vorgaben aufgrund neuer „exit-Optionen“ unterlaufen werden können. Insbesondere die Position der Gewerkschaften wird durch diese Machtverschiebung geschwächt (vgl. hierzu den Abschnitt II.A.2 zu den Auswirkungen der Internationalisierung).

Zweiter Kernpunkt der *negativen Integration* ist die nach langem Vorlauf mit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 beschlossene Einführung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.¹⁸⁹ Zu ihrer Umsetzung wurden Konvergenzkriterien (später im „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ bestätigt) erlassen, die die nationalen Fiskalpolitiken auf eine Politik der Haushaltskonsolidierung verpflichten. Mit dem Übergang zur Währungsunion wurde zudem das makroökonomische Instrument der Geldpolitik, das vorher den Nationalstaaten vorbehalten war und ihnen die Möglichkeit gab, durch Auf- bzw. Abwertungen der eigenen Währung die Wettbewerbsfähigkeit des Staates zu beeinflussen, an die 1994 geschaffene *Europäische Zentralbank* (EZB) übertragen. Die Gewerkschaften befürchten, dass die Delegation der Geldpolitik an die EZB dazu führen könnte, dass die Lohnpolitik nun zum entscheidenden Instrument der nationalen Wettbewerbspolitik wird.¹⁹⁰ Die Politik der Haushaltskonsolidierung führt zudem unvermeidlich auch zu Einsparungen im sozialpolitischen Bereich: „Der Sozialstaat wie auch vielfältige andere politische und ökologische Regulierungen werden [...] zum Kostenfaktor.“¹⁹¹

Während die *negative Integration* weit vorangeschritten ist, erweist sich die Integration im Bereich der sozialen Dimension als weitaus schwieriger.

2 *Positive Integration: Schritte zu einer sozialen Dimension*

Während die Wirtschaftsverbände schon in den 1950er Jahren begannen, sich auf europäischer Ebene zusammenzuschließen – die europäische Union der Industrie - und Arbeitgeberverbände (UNICE) zum Beispiel wurde schon 1958 gegründet -, verhinderten die politisch-ideologischen Barrieren zwischen den Gewerkschaften der einzelnen Mitgliedstaaten lange Zeit die Etablierung eines Zusammenschlusses auf europäischer

¹⁸⁸ Dies und Folgendes vgl. Aust 2003, S. 257.

¹⁸⁹ Zu den Vorstufen der Wirtschafts- und Währungsunion vgl. Hillenbrand, Olaf: Die Wirtschafts- und Währungsunion. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bonn 2004, S. 243ff.

¹⁹⁰ Altwater, Elmar und Mahnkopf, Birgit: Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Maastricht. Münster 1993, S. 253ff.

¹⁹¹ Eberwein u.a. 2000, S. 33.

Ebene.¹⁹² Erst 1973 wurde der *Europäischen Gewerkschaftsbund* (EGB) gegründet, der heute 78 Organisationen aus 34 Ländern sowie 11 europäische Branchengewerkschaftsverbände umfasst.¹⁹³ Ein zentrales Problem für die Funktionsfähigkeit dieses Bundes sind nach wie vor die extremen organisatorischen und programmatischen Unterschiede zwischen den Mitgliedsgewerkschaften der einzelnen Länder. Gewerkschaften mit sehr verschiedenen Organisationsgraden stoßen aufeinander, konfliktorientierte Richtungsgewerkschaften treffen auf sozialpartnerschaftlich ausgerichtete Einheitsgewerkschaften, dezentrale und zentrale Verhandlungstraditionen müssen miteinander vereinbart werden.¹⁹⁴ Die Position des EGB wird zudem dadurch geschwächt, dass die europäischen Gewerkschaftsdachverbände oft nicht über ein eindeutiges Mandat seitens der Mitgliedsverbände verfügen, um Verhandlungen zu führen. Auch die materiellen Ressourcen sind sehr beschränkt. Der aus diesen Gründen ohnehin sehr schwache EGB muss sich zudem innerhalb einer politischen Gemeinschaft durchsetzen, in der Sozialpolitik und industrielle Beziehungen lange Zeit keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt haben. Die *positive Integration* setzte im Vergleich zur *negativen Integration* erst sehr spät ein: Auch wenn es ab den 1950er Jahren erste sozialpolitische Ansätze gab, so erhielt die soziale Dimension eigentlich erst in den 1980er Jahren ersten Aufwind.¹⁹⁵ 1985 wurde der von der Kommission unter dem damaligen Präsidenten Jacques Delors angeregte bilaterale Dialog der europäischen Sozialpartner¹⁹⁶ aufgenommen („Prozess von Val Duchesse“). Dieser so genannte *Soziale Dialog* wurde 1992 als „Protokoll über die Sozialpolitik“ an den Vertrag von Maastricht angehängt und später in den Vertrag von Amsterdam eingeschrieben. Der Dialog beinhaltet die Möglichkeit für die

¹⁹² Vgl. Schroeder, Wolfgang und Weinert, Rainer: Europäische Integration und deutsche Gewerkschaften. In: *Gesellschaft-Wirtschaft-Politik* 4 (2003), S. 442 (Schroeder/Weinert 2003).

¹⁹³ Die Gesamtmitgliedzahl beläuft sich auf etwa 60 Millionen. Alle Angaben siehe offizielle Homepage der EU: http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/social_dialogue/interprof_de.htm (Stand: Oktober 2005).

¹⁹⁴ Dies und folgendes vgl. Schroeder/Weinert 2003, S. 443 ff. sowie Reutter, Werner und Rütters, Peter: Internationale und europäische Gewerkschaftsorganisationen: Geschichte, Struktur, Einfluss. In: Schroeder, Wolfgang und Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch. Wiesbaden 2003, S. 529ff.

¹⁹⁵ Zur den ersten Schritten der *positiven Integration* vgl. Däubler, Wolfgang; *Die Europäische Union als Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft*. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche*. Bonn 2004, S. 273ff. (Däubler 2004).

¹⁹⁶ Branchenübergreifend werden die Arbeitnehmer auf europäischer Ebene in erster Linie vom *Europäischen Gewerkschaftsbund* (EGB) vertreten. Andere europäische Gewerkschaftsorganisationen wie der *Europäische Rat der Angestellten in Leitungsfunktionen* (Eurocadres) und der *Europäische Verband der Rentner und älteren Menschen* (FERPA) stehen unter der Schirmherrschaft des EGB. Die Arbeitgeber werden von der *Union der europäischen Industrie- und Arbeitgeberverbände* (UNICE) vertreten. Seit einem 1998 geschlossenen Kooperationsabkommen ist zudem die *Union européenne de l'artisanat et des petites et moyennes entreprises* (UEAPME), als Mitglied der UNICE-Delegation am *Sozialen Dialog* beteiligt ist. Die Belange der Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, vertritt der *Europäische Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft* (CEEP). Zudem finden Verhandlungen auf sektoraler Ebene zwischen den jeweiligen europäischen Sozialpartnern der einzelnen Branchen statt. Vgl. offizielle Homepage der EU: http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/social_dialogue/interprof_de.htm (Stand: November 2005).

europäischen Sozialpartner, konkrete Inhalte der Sicherung und Ausweitung der Arbeitnehmerrechte eigenständig auszuhandeln.¹⁹⁷ Zwar haben die ausgehandelten Vereinbarungen Rechtskraft, allerdings kann eine Umsetzung in eine verbindliche Richtlinie nur erfolgen, wenn der Ministerrat zustimmt.¹⁹⁸

Der zweiseitige Dialog wird durch eine dreigliedrige Konzertierung zwischen Sozialpartnern, Rat und Kommission ergänzt.¹⁹⁹ Die Konzertierung erstreckt sich bis jetzt auf die vier Sachgebiete Makroökonomie, Beschäftigung, Sozialschutz sowie allgemeine und berufliche Bildung.²⁰⁰ Einen wichtigen Schritt zur Förderung der *Sozialen Dialogs* auf betrieblicher Ebene stellt die Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten von 1994 dar. Sie gibt einen – wenn auch sehr flexiblen – Rahmen vor, wie die Information und Konsultation der Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten, die in mindestens zwei EU-Mitgliedstaaten mehr als 150 Arbeitnehmer beschäftigen, gestaltet werden muss. Die konkrete Ausgestaltung der Europäischen Betriebsräte erfolgt allerdings innerhalb des rechtlichen Rahmens der Nationalstaaten.²⁰¹

Als ein weiterer Schritt in Richtung sozialer Integration wird die auf der Konferenz von Nizza im Jahr 2000 verabschiedete „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ gewertet, die bis jetzt allerdings keinen rechtlich verbindlichen Status hat.²⁰² Die Charta wurde in den Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents eingeschrieben, dessen Annahme aufgrund

¹⁹⁷ Der *Soziale Dialog* umfasst „Diskussionen, Konsultationen, Verhandlungen und gemeinsame Maßnahmen der Organisationen der Sozialpartner.“ Vgl. offizielle Homepage der EU: http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/social_dialogue/interprof_de.htm (Stand: November 2005).

¹⁹⁸ Bisher wurden Richtlinien zum Elternurlaub (1996), zur Teilzeitarbeit (1997) und zu befristeten Dienstverhältnissen (1999) erlassen sowie ein Rahmenabkommen über Telearbeit (2002).

¹⁹⁹ Teilnehmer der dreigliedrigen Sozialgipfel sind je der amtierende, der vorherige und der künftige Ratsvorsitz, die Kommission sowie die Sozialpartner. Die Delegationen der Sozialpartner bestehen jeweils aus zehn Vertretern von branchenübergreifenden europäischen Verbänden. Der Gipfel wird vom Ratspräsidenten und vom Präsidenten der Kommission geleitet. Siehe offizielle Homepage der EU: http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/social_dialogue/interprof_de.htm (Stand: November 2005).

²⁰⁰ Seit 1999 werden die Sozialpartner zudem im Rahmen eines *Makroökonomischen Dialogs* zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in die Diskussion über Fragen der Wirtschafts-, Währungs-, Haushalts- und Steuerpolitik mit einbezogen. Dieses regelmäßig tagende Gremium ist zusammengesetzt aus Mitgliedern der Kommission, je einem Teil der Finanz- und Wirtschaftsminister (Vertreten sind die Minister derjenigen Staaten, die die vorherige, die aktuelle und die zukünftige Präsidentschaft wahrnehmen), den Spitzenverbänden der Sozialpartner sowie der Europäischen Zentralbank (EZB). Die EZB, die das Gremium durch ihre starke rechtliche Stellung dominiert, sieht im Dialog in erster Linie eine „suprastaatliche Kontrollarena“ und verweigert sich weitergehenden Koordinierungsvorstellungen der Gewerkschaften. Für die Gewerkschaften handelt es sich hier also eher um einen Informationskanal als um eine Koordinierungsebene, über die sie Einfluss nehmen könnten. Vgl. Schroeder/Weinert 2003, S. 447.

²⁰¹ Die Europäischen Betriebsräte (EGB) werden daher stark von den nationalen Eigenarten des Landes geprägt, in denen das Stammunternehmen angesiedelt ist. Die rechtliche Stellung der EGBs ist sehr eingeschränkt: Es müssen lediglich Informations- und Anhörungsrechte gewährt werden. Damit liegen die rechtlichen Befugnisse zum Beispiel weit unter den Vorgaben des deutschen Betriebsverfassungsgesetzes. Vgl. Schroeder/Weinert 2003, S. 444.

²⁰² In der Charta wird zwar einerseits ausdrücklich die „unternehmerische Freiheit“ anerkannt (Artikel 16), gleichzeitig aber werden im Abschnitt „Solidarität“ (Artikel 27 bis 32) wesentliche arbeitsrechtliche Grundsätze aufgeführt. Vgl. Däubler 2004, S. 279.

der Ablehnung in Frankreich und den Niederlanden aber zunächst gescheitert ist. Ob die Annahme der Verfassung einen weiteren Schritt in Richtung sozialer Dimension dargestellt hätte, ist umstritten. Verfassungsbefürworter der Arbeitnehmerseite sehen insbesondere in der Aufnahme der Grundrechtscharta sowie in der Anerkennung der Sozialpartner ein Fortschreiten der sozialen Dimension. Verfassungsgegner der Arbeitnehmerseite dagegen verweisen auf die Artikel, in denen ihrer Meinung nach die neoliberale Grundausrichtung der EU endgültig festgeschrieben wird.²⁰³

Betrachtet man die Entwicklung der europäischen Integration, so wird deutlich, dass zwar insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten versucht wird, die soziale Dimension der Europäischen Union voranzutreiben, die Ergebnisse aber bis jetzt recht bescheiden sind. Die Herstellung europäischer Gemeinsamkeiten im Bereich des Sozialpolitischen ist aufgrund der sehr unterschiedlichen Entwicklungen und Ausprägungen, die die einzelnen Mitgliedstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg genommen haben, sehr viel schwieriger als im wirtschaftlichen Bereich. Die soziale Dimension hinkt daher nach wie vor weit hinter der wirtschaftlichen Entwicklung her; die europäische Entwicklung ist „durch gegenläufige Logiken von Wirtschafts- und Sozialintegration“ geprägt.²⁰⁴ Dies hat für die Gewerkschaften schwerwiegende Konsequenzen: Während sie durch die wirtschaftliche Integration zunehmend an Einfluss verlieren, da die nationale Wirtschaft unter Wettbewerbsdruck gerät und der Staat seine sozialpolitischen Aufgaben immer weniger erfüllen kann, schreitet die positive Integration nur sehr langsam voran.²⁰⁵ Für die auf nationaler Ebene verloren gehende

²⁰³ Sie verweisen zum Beispiel auf den Artikel I-3-2, der als Ziel der Union einen Binnenmarkt mit freier und unbehinderter Konkurrenz festschreibt, oder auf Artikel III-148, in dem die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet werden, die Liberalisierung des Dienstleistungssektors voranzutreiben. Vgl. Ohne Verfasser: Französische Gewerkschaft gegen EU-Verfassung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.02.2005, S.1.

Zur Europäischen Verfassung vgl. Läufer, Thomas (Hrsg.): *Verfassung der Europäischen Union. Verfassungsvertrag vom 29. Oktober 2004. Protokolle und Erklärungen zum Vertragswerk*. Bonn 2005.

²⁰⁴ Schroeder/Weinert 2003, S. 441.

²⁰⁵ Einen besonders radikalen Standpunkt vertritt hier Streeck, der nicht nur von einer ganz klaren Dominanz der wirtschaftlichen Integration gegenüber der sozialen Integration ausgeht, sondern das Projekt der Europäischen Union als Projekt der Liberalisierung („Europäisierung als Liberalisierung“) sieht. Dieses Liberalisierungsprojekt wirke sich auf die Nationalstaaten in Form eines „radikale[n] Umbau[s] des in der Nachkriegszeit etablierten Verhältnisses zwischen Wirtschaft und Politik“ aus. Zusammen mit der Internationalisierung der Märkte führe es dazu, dass nur durch die Preisgabe sozialstaatlicher Ziele an den europäischen sowie internationalen Wettbewerb das Überleben des Nationalstaates überhaupt möglich sei. „Der Preis für das Überleben des Nationalstaats in einer internationalen Marktwirtschaft ist die Unterordnung seiner Sozialstaatlichkeit unter das Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit.“ (Streeck 1999a, S. 52). Streeck geht sogar soweit zu sagen, dass für den Nationalstaat, der heute nicht mehr in der Lage sei, seine einstigen Aufgaben wie zum Beispiel die Umsetzung der Vollbeschäftigung zu erfüllen, die Liberalisierung als „aktive nationale Strategie zur Sicherung [...] der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ eine Option darstelle, seine gerade durch diesen Internationalisierungsprozess angegriffene Legitimität wieder herzustellen. Der Prozess der Europäischen Integration wird daher nach Streeck spätestens seit Maastricht „zum Vehikel der Herauslösung des europäischen Kapitalismus aus staatlicher Regulierung.“ (Streeck 1999a, S. 49f.).

Regulierung und sozialpolitische Absicherung der Märkte werden also auf europäischer Ebene keine entsprechenden Instanzen geschaffen, die diesen Einflussverlust auffangen könnten.

In Bezug auf alle nationalen Gewerkschaften stellt sich nun die Frage, wie sie mit den Auswirkungen und Möglichkeiten des Europäischen Integrationsprozesses umgehen, dem sie sich heute nicht mehr entziehen können, und inwiefern sich der Integrationsprozess auf ihre nationalen Funktionsweisen auswirkt.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht das Verhältnis der französischen Gewerkschaften zur Europäischen Integration. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Besonderheiten des französischen Gewerkschaftssystems soll untersucht werden, wie sich die französischen Gewerkschaften gegenüber der Europäischen Integration positionieren und inwiefern die Europäische Integration Auswirkungen auf die Handlungsweisen der Gewerkschaften hat.

IV Französische Gewerkschaften und Europäische Integration

A Einstellung der französischen Gewerkschaften zur Europäischen Integration

Den tatsächlichen Veränderungen im Handeln der Akteure geht, wie in Kapitel I.D aufgezeigt, immer ein kognitiver Prozess voraus. Darum ist es notwendig, zunächst die Einstellung der jeweiligen Gewerkschaft gegenüber Europa zu betrachten und erst in einem zweiten Schritt zu untersuchen, inwiefern sich die Strategien der Gewerkschaften verändert haben.

Die französischen Gewerkschaften haben sich vom Beginn der Europäischen Integration an mit diesem Projekt auseinandergesetzt. Aufgrund ihrer verschiedenen politisch-ideologischen Ausrichtungen positionieren sich die einzelnen Gewerkschaften aber sehr unterschiedlich gegenüber Europa. Sie müssen daher getrennt betrachtet werden.

1 Einstellung der Gewerkschaften zur Europäischen Integration von der Nachkriegszeit bis zu Beginn der 1990er Jahre

i *Confédération générale du travail (CGT)*

Die CGT stand der Entwicklung eines Zusammenschlusses der westeuropäischen Länder schon aufgrund ihrer Nähe zur *Parti Communiste Français* (PCF) und ihrer Mitgliedschaft im kommunistischen *Internationalen Gewerkschaftsbundes* (später *Weltgewerkschaftsbund* (WGB)) von vornherein feindlich gegenüber. So wandte sie sich gegen die amerikanische Hilfe im Rahmen des Marshall-Planes, weil sie diese als Mittel der USA ansah, Einfluss über Europa auszuüben. Auch die ersten europäischen Integrationsschritte interpretierte sie als von den USA gelenkte Prozesse, die dazu dienen sollten, ein starkes westliches Europa gegenüber

der Sowjetunion aufzubauen.²⁰⁶ Von Anfang an setzte sich die CGT daher gegen den mit den Römischen Verträgen von 1957 anvisierten gemeinsamen Markt und die damit einhergehende Umsetzung der vier Freiheiten ein, die sie als Bedrohung für die Arbeitnehmer ansah.²⁰⁷ Erst ab Beginn der 1960er Jahre akzeptierte sie die Existenz des Binnenmarktes und setzte sich nun dessen Demokratisierung statt seiner Zerschlagung zum Ziel.

Lange Zeit war die CGT die einzige große französische Gewerkschaft, die nicht Mitglied im *Europäischen Gewerkschaftsbund* (EGB) war. Zwar forderte sie diese Mitgliedschaft seit Ende der 1970er Jahre, aber nicht, weil sie sich den Zielen des EGB verschrieben hätte, sondern, um diesen von innen her gemäß ihren Vorstellungen zu verändern.²⁰⁸ Ihr Beitritt wurde aber, in erster Linie aufgrund ihrer Mitgliedschaft im kommunistischen *Weltgewerkschaftsbund*, immer wieder abgelehnt. Die Isolierung innerhalb der französischen Gewerkschaften erreichte ihren Höhepunkt mit der Weigerung der CGT, den russischen Einmarsch in Afghanistan 1979 sowie die Verhängung des Kriegsrechts in Polen Ende 1981 zu verurteilen. Dieses Verhalten stieß europaweit bei den Gewerkschaften auf Unverständnis.²⁰⁹

Zu einer grundlegenden Veränderung der Positionierung der CGT gegenüber Europa kam es ab Ende der 1980er Jahre: Mit der Auflösung des Ostblocks und der damit einhergehenden tiefen Krise der *Parti Communiste Français* (siehe Abschnitt III.A.3) wurde das Festhalten an kommunistischen Grundwerten obsolet. Auch die komplette Ablehnung der Europäischen Integration war nicht mehr haltbar: Der Kurswechsel hin zu einer pro-europäischen Orientierung wurde durch die Erkenntnis innerhalb der Gewerkschaftsspitze vorangetrieben, dass immer mehr Entscheidungen auf europäischer Ebene fallen würden, die erheblichen Einfluss auf die nationale Ebene haben könnten. Wollte man ihre Ausrichtung beeinflussen, durfte man nicht außen vor bleiben, sondern musste sich in den europäischen Prozess einklinken.²¹⁰ Die Entscheidung für Europa führte 1995 zum Austritt der CGT aus dem WGB.

²⁰⁶ Die CGT sah in der Europäischen Integration „la mainmise des États-Unis cherchant, d’une part, à endiguer l’influence politique de l’URSS et, d’autre part, à constituer et consolider un marché économique propice à l’expansion du capitalisme américain.“ Basson 2004, S. 146.

²⁰⁷ „[L]a liberté des capitaux conduira à la régulation de régions entières jugées peu rentables car sous-équipées en infrastructures; celle des marchandises conduira à l’abaissement des salaires et des charges, supérieurs en France à ceux des cinq autres pays; la liberté de circulation des personnes autorisera les migrations massives en provenance des pays structurellement exportateurs de main d’œuvre qui pèseront sur l’emploi et les salaires des travailleurs nationaux.“ Pernot 2001a, S. 284.

²⁰⁸ Ziel der CGT war es, innerhalb des EGB „la fonction *tribunicienne*“ einnehmen zu können, „c’est-à-dire utiliser le lieu institutionnel pour acquérir l’information et pouvoir ainsi mieux dénoncer la partie adverse.“ Pernot 1998a, S. 39.

²⁰⁹ Vgl. Andalfatto, Dominique und Sabot, Jean-Yves: Les héritiers du mouvement ouvrier: CGT et CGT-FO. In: Andalfatto, Dominique: Les syndicats en France. Paris 2004, S. 34.

²¹⁰ Entsprechend heißt es in einer Stellungnahme der Gewerkschaftsleitung: „Le repli sur le seul terrain national serait admettre que les salariés de notre pays ne peuvent intervenir sur les décisions qui, aujourd’hui,

Der Weg war damit frei zum Beitritt in den EGB, der 1999 tatsächlich stattfand. Dem Umorientierungsprozess der Gewerkschaft lag aber nicht ein innerer (Werte-) Wandel der gesamten Gewerkschaft und ihrer Mitglieder zugrunde, sondern es war eine strategische Entscheidung der Gewerkschaftsspitze, die zunächst großen Widerstand im Mittelbau und in der Basis hervorrief. Der Versuch der Gewerkschaftsspitze, diese Entscheidung im Nachhinein zu legitimieren und eine breite Zustimmung innerhalb der Gewerkschaft zu gewinnen, gelang nur in Teilen.²¹¹

ii *Confédération française démocratique du travail (CFDT)*

Ganz anders war von vornherein die Einstellung der CFDT (zunächst CFDC)²¹² gegenüber Europa. Die damalige CFDC suchte nach einem Mittelweg zwischen Kommunismus und Liberalismus. Im Gegensatz zur CGT sprach sie sich für die Annahme der Hilfe im Rahmen des Marshall-Plans aus, forderte aber gleichzeitig, dass die Unabhängigkeit Europas gegenüber den USA bewahrt werden müsse. Diese Kombination von Unterstützung und gleichzeitiger kritischer Hinterfragung kennzeichnete die Position der CFDC bzw. CFDT zu den ersten Integrationsschritten. Auch den gemeinsamen Markt befürwortete sie, aber mit Vorbehalten. Bedingung war, dass er den Arbeitnehmern nicht schadete, sondern ihnen ein steigendes Lebensniveau und Vollbeschäftigung garantierte. Besonderen Wert legte die CFDT seit Ende der 1950er Jahre auf ein möglichst großes Europa, weil sie den Rückzug (*enfermement*) der sechs Mitgliedsstaaten auf sich selbst befürchtete. Der Wunsch ging mit der Hoffnung einher, durch ein gemeinsames Europa die Blockgegensätze überwinden zu können.²¹³

In den 1970er Jahren trat eine Akzentverschiebung in der Ausrichtung der CFDT ein: Die Gewerkschaft vollzog einen programmatischen und organisatorischen Wandel hin zu einem *socialisme autogestionnaire* und setzte sich die Überwindung des kapitalistischen Systems sowie die Schaffung einer sozialistisch-demokratischen Gesellschaft zum Ziel. Zwar orientierte sie sich weiterhin auch an Europa, sah nun aber die Gefahr, dass dessen liberale

conditionnent leur avenir.“ Veröffentlicht in einer Informationsbroschüre, die innerhalb der Gewerkschaft verteilt wurde. Zitiert nach Mouton 2000, S. 47.

²¹¹ Eine genaue Darstellung, auf welchen Wegen die Gewerkschaftsspitze versuchte, die Akzeptanz für ihre pro-europäische Ausrichtung in der gesamten Gewerkschaft herzustellen, bietet Mouton 2000, S. 49ff.

²¹² Die Umbenennung der Gewerkschaft von CFDC zu CFDT und die damit einhergehende Loslösung von der christlichen Soziallehre, die 1964 auf Basis eines Mehrheitsentschlusses vorgenommen wurden (siehe Abschnitt II.A), hatten keinen Einfluss auf die europapolitische Einstellung der Gewerkschaft: „En 1964, la centrale modifie son nom et ses statuts pour devenir une grande centrale *démocratique et moderne*, la CFDT. Cette évolution ne marque aucune rupture dans le regard européen de la centrale.“ Pernot 2001a, S. 296.

²¹³ Pernot 2001a, S. 296.

Ausrichtung einer „*expérience socialiste*“ in Frankreich im Weg stehen könnte. Deshalb übertrug die CFDT die Ziele für ein sozialistisches Frankreich auch auf Europa.²¹⁴

Die Positionierung gegenüber Europa änderte sich noch einmal zu Beginn der 1980er Jahre. Zunächst unterstützte die CFDT die Reformpolitik der 1981 an die Macht gekommenen linken Regierung unter Mitterrand. Als diese Politik aber, insbesondere in Hinblick auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nicht zum Erfolg führte, begann die CFDT, sich von der Politik der Regierung zu distanzieren und den gemeinsamen europäischen Markt als Ausweg aus der nationalen Krise zu betrachten.²¹⁵ Die aufgegebene sozialistische Zielsetzung bzw. Utopie wurde nun durch eine europäische Zielsetzung ersetzt.²¹⁶ Bestärkt in ihrem neuen Kurs wurde die CFDT durch die Ernennung Jacques Delors', eines CFDTlers, der sich verstärkt für die soziale Dimension Europas einsetzte, zum Präsidenten der Europäischen Kommission.²¹⁷ Zwar verweist die CFDT heute nach wie vor auf die Risiken, die mit der Europäischen Integration, insbesondere mit dem gemeinsamen Markt, verbunden sind. Sie vertritt aber die Ansicht, dass die Vorteile der Europäischen Integration die Nachteile auf jeden Fall überwiegen.

iii CGT – *Force ouvrière* (FO)

Die Positionierung der FO zur Europäischen Integration stand anfangs insbesondere der Einstellung der CGT diametral entgegen. Dies ist angesichts der Entstehungsgeschichte der FO nicht anders zu erwarten: FO entstand 1947 aufgrund der Auseinandersetzung um die Ausrichtung des neu entstehenden Europas als eine Abspaltung von der CGT (siehe Abschnitt II.A). Auslöser war der Streit um die Annahme der amerikanischen Aufbauhilfe im Rahmen des Marshall-Plans. Während die CGT, wie oben dargestellt, in dem Plan eine gezielte ideologische Beeinflussung durch die USA sah und ihn daher ablehnte, befürwortete FO seine Umsetzung, weil sie sich von vornherein für eine Vereinigung Westeuropas und eine starke Orientierung an den USA einsetzte.²¹⁸ Mindestens so wichtig wie die Einbindung in Westeuropa war für FO von Anfang an die Einbindung in einen internationalen Kontext: Die Gewerkschaft war Mitbegründerin des *Internationalen Bundes freier Gewerkschaften* (IBFG),

²¹⁴ Vgl. Pernot 2001a, S. 297.

²¹⁵ Vorangetrieben wurde diese Haltung zudem durch die Opposition der CFDT zur Überlegung innerhalb der sozialistischen Partei, aus dem gemeinsamen Währungssystem auszusteigen und zumindest übergangsweise den Weg einer protektionistischen Wirtschaftspolitik einzuschlagen, um Frankreich so aus der Krise zu führen (vgl. hierzu Abschnitt II.B). Gegen diese „Lösung“ wandte sich die CFDT mit Nachdruck, weil sie in ihr einen schädlichen Rückzug Frankreichs auf sich selbst sah. Die volle Zuwendung zu Europa war ihrer Meinung nach der einzige Ausweg. Vgl. Bergounioux 2000, S. 102.

²¹⁶ „L'Europe sociale occupe dès lors dans l'imaginaire cédétiste la place d'utopie rendue vacante par l'abandon de la référence au socialisme.“ Pernot 2001a, S. 575.

²¹⁷ Vg. Basson 2004, S. 148.

²¹⁸ Pernot 1998a, S. 31.

der sich infolge der Ost-West-Polarisierung vom kommunistischen Weltgewerkschaftsbund abspaltete und als Gegengewicht zu diesem verstand.²¹⁹ Das Ziel der Bildung eines Gegengewichtes zum kommunistischen Ostblock war auch der Hauptgrund dafür, dass die FO zunächst alle Schritte zu einer ökonomischen Integration Europas, darunter die Bildung eines gemeinsamen Marktes, weitgehend unterstützte.²²⁰

Eine Veränderung in der Einstellung zu Europa trat ab 1969 ein: Die deutsche Ostpolitik unter Willy Brandt, die von großen Teilen der europäischen Gewerkschaftsbewegungen unterstützt wurde, stieß auf Ablehnung bei der FO und führte dazu, dass diese sich immer mehr vom Integrationsprozess distanzierte.²²¹ Diese ablehnende Haltung wurde Ende der 1980er Jahre dadurch verschärft, dass die von der FO geforderte parallele Entwicklung eines sozialen Europas zum wirtschaftlichen Europa weitgehend ausblieb. FO prangert seitdem die ihrer Ansicht nach einseitig neoliberale Ausrichtung Europas an.²²² Die Gewerkschaft, die sich gleichzeitig der EU weiter sehr verbunden fühlt und immer wieder auf ihre europäischen Wurzeln verweist, ist damit in ein Dilemma geraten. Der Spagat zwischen grundsätzlich pro-europäischer Einstellung und Ablehnung der neueren Entwicklung der EU prägt bis heute ihre Positionierung gegenüber Europa.

iv *Union syndicale-G10-Solidaires (Solidaires)*

Im Gegensatz zu den großen Gewerkschaftskonföderationen bildete sich der Zusammenschluss autonomer Gewerkschaften zur *Union Syndicale-G10-Solidaires* (kurz Solidaires) erst zu Beginn der 1980er bzw. Mitte der 1990er Jahre (siehe Abschnitt II.A). Ein über Jahrzehnte andauernder Prozess der Auseinandersetzung mit der Europäischen Integration wie bei den anderen Gewerkschaften hat hier also nicht stattgefunden. Während die repräsentativen Gewerkschaften sich im Laufe der Zeit trotz aller Kritik und Reformwünsche jeweils auf ihre Weise in den europäischen Entwicklungsprozess integriert haben, lehnte es Solidaires von vornherein klar ab, sich in den Integrationsprozess einzugliedern. Die Tatsache, dass sich Solidaires dennoch als sehr pro-europäisch deklariert,

²¹⁹ Vgl. Jansen, Peter u.a. (Hrsg.): Gewerkschaften in Frankreich. Geschichte, Organisation, Programmatik. Frankfurt a.M. / New York 1986, S. 64ff.

²²⁰ „FO appuie sans réserve le projet Marché commun dans lequel elle voit une organisation économique du monde *libre* contre le danger communiste.“ Pernot 1998a, S. 32.

²²¹ „Associée, dès l’origine, à la construction de l’Europe, FO y trouve un fondement essentiel de son identité, l’unification de l’Ouest européen lui apparaissant comme une garantie contre *l’emprise soviétique*. Mais cette conviction profonde s’effrite au fil du temps, l’Europe étant, à ses yeux, trop perméable à l’ouverture à l’Est.“ Basson 2004, S. 148f.

²²² Der Beitrag des damaligen FO-Vorsitzenden Marc Blondel bringt die Einstellung auf den Punkt: „Notre conception de l’Europe n’a rien à voir, il faut bien l’avouer, avec la zone de libre-échange qui est en train de se mettre en place.“ FO Hebdo, 11.05. 1989. Zitiert nach Pernot 2000a, S. 293.

lässt sich damit erklären, dass sich die Gewerkschaftsbewegung für ein anderes als das existierende Europa einsetzt, für ein sozialeres und arbeitnehmerfreundlicheres Europa.²²³

Die vier untersuchten Gewerkschaften vertreten also aufgrund ihrer jeweiligen Geschichte und Ausrichtung grundsätzlich verschiedene Einstellungen zu Europa. Diese Einstellungen haben sich zudem innerhalb der einzelnen Gewerkschaften gewandelt. Seit der beschleunigten wirtschaftlichen Integration sowie dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ Ende der 1980er bzw. Beginn der 1990er Jahre treten noch einmal grundsätzliche Verschiebungen in den Positionierungen auf.

2 Einstellung der Gewerkschaften zur Europäischen Integration heute

Wurden bis jetzt auf der Grundlage bestehender Forschungsliteratur Grundlagen für das Verständnis der heutigen Situation gelegt, geht es im Folgenden um allerjüngste Entwicklungen und Beobachtungen. Es wird ein bisher noch weitgehend unerforschtes Feld betreten. Dementsprechend beruhen die kommenden Kapitel in erster Linie auf den Interviews mit Gewerkschaftsvertretern, die ich im September 2005 in Paris geführt habe. Interviewpartner für die CGT waren auf nationaler Ebene Marie-France Boutroue, *Conseillère confédérale* aus der Sektion *Espace Europe / International* sowie auf regionaler Ebene Albert Riedinger, Verantwortlicher der CGT Alsace für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie EURES-Berater.²²⁴ Das Interview zur CFDT führte ich mit Emmanuel Mermet, *Secrétaire confédéral* aus der Abteilung *Service Économie et Société*, die sich insbesondere mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Europäischen Integration beschäftigt. Interviewpartner der FO waren Anne-Marie Perret, Vize-Präsidentin des *Europäischen Gewerkschaftsbundes für den Öffentlichen Dienst* (EGÖD) sowie *Secrétaire fédérale* der *Fédération générale des fonctionnaires Force ouvrière* und Gérard Mazuir, *Secrétaire confédéral* der Abteilung *Presse Information*. Interviewpartner von Solidaires war Jean-Michel Nathanson, *Secrétaire national*. (Zu den Interviewpartnern siehe auch Anhang I).

²²³ Vgl. „Pour une autre Europa au service des citoyens et des peuples“ . Informationsblatt von Solidaires zum *Forum Social Européen* Oktober 2003.

²²⁴ Die Abkürzung EURES steht für „EUROpean Employment Services.“ Es handelt sich um ein grenzüberschreitendes Kooperationsnetz, dem die Europäische Kommission, die öffentlichen Arbeitsverwaltungen der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und der Schweiz sowie andere, mit Beschäftigungsfragen befasste nationale und regionale Akteure angehören, wie etwa Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Die EURES-Berater sind Arbeitsmarktspezialisten, die Informationen zu bzw. Vermittlung von Arbeitsplätzen auf dem europäischen Arbeitsmarkt anbieten. Näheres auf der Homepage unter <http://europa.eu.int/eures/home.jsp?lang=de> (Stand Dezember 2005).

Die Gewerkschaften werden wegen ihrer sehr unterschiedlichen Positionierungen weiterhin getrennt betrachtet.

Die Gesichtspunkte, unter denen die heutige Einstellung dargestellt wird, ergeben sich zum einen aus der aktuellen Entwicklung der Europäischen Union. Es gibt zwei Ereignisse, die die Gewerkschaften geradezu dazu herausgefordert haben, Stellung zu beziehen: Die Referenden zum Vertrag von Maastricht sowie zur europäischen Verfassung. Der Schwerpunkt liegt hier aufgrund der Aktualität auf der Positionierung zur Verfassung.

Zum anderen gibt zentrale Themen, die alle Interviewpartner unabhängig voneinander in den Gesprächen in den Vordergrund gestellt haben und die hier daher als Gesichtspunkte übernommen werden sollen: Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Europäischen Union und der Globalisierung²²⁵ – ist die Europäische Union Teil und Ausdruck der Globalisierung oder ist es gerade innerhalb der Europäischen Union möglich, sich gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen? Kann die Europäische Union durch ihre soziale Dimension Vorbild und Reformmotor sein für das französische System der Arbeitsbeziehungen oder bedeutet sie gerade eine Gefahr für das französische System? Welche neuen Handlungsmöglichkeiten ergeben sich auf europäischer Ebene und welche Rolle spielt dabei der *Europäische Gewerkschaftsbund*?

i *Confédération générale du travail (CGT)*

Wie aufgezeigt, hat sich die Einstellung der CGT zu Europa von völliger Ablehnung zu kritischer Akzeptanz gewandelt. Dieser Wandel wird allerdings in erster Linie von der Gewerkschaftsspitze getragen und nicht von der ganzen Gewerkschaft unterstützt. Im Folgenden wird daher zunächst von der Einstellung der Gewerkschaftsführung ausgegangen, im Einzelnen aber auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gewerkschaft eingegangen. Trotz der generellen Zustimmung zum Integrationsprozess distanziert sich die CGT von der wirtschaftsliberalen Ausrichtung, die die Europäische Union insbesondere seit Ende der 1980er Jahre verfolge und die der Entwicklung eines sozialen Europas entgegenstehe. So äußert Albert Riedinger im Interview, heute führe für die CGT kein Weg mehr daran vorbei, sich in die Europäische Integration einzugliedern: „S’opposer contre l’Europe, ça ce serait

²²⁵ Bisher wurde der Begriff der Globalisierung in dieser Arbeit bewusst nicht verwendet (vgl. Fußnote 138). Von den Interviewpartnern wurde der Begriff verwendet, ohne ihn genauer zu präzisieren. Meist beziehen die Interviewpartner ihn vor allem auf wirtschaftliche Effekte. Globalisierung wird hier also in seinem ursprünglichen Gebrauch als „zunehmende globale Verflechtung der Ökonomien“ (Nohlen, Dieter: Globalisierung. In: Ders. (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. München 2001, S.181.) verstanden, die einen „Bedeutungsverlust nationaler Grenzen für den Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital“ herbeiführt. (Zimmer 2002, S. 77).

s'opposer contre l'histoire“. Er betont aber gleichzeitig: „La CGT n'a jamais été très d'accord avec la manière dont l'Europe se construisait.“

Zwar kritisiert die CGT die ihrer Ansicht nach zu neoliberale Ausrichtung Europas, dennoch sieht sie die Europäische Union nicht als Teil der Globalisierung, sondern als einzig mögliche Plattform, von der aus die Nationalstaaten den negativen Auswirkungen der Globalisierung entgegen treten können: Da die nationalen Gewerkschaften allein sich nicht gegen die Auswirkungen der Globalisierung wehren könnten, sei ein Zusammenschluss im europäischen, wenn nicht sogar im internationalen Rahmen die einzige Lösung.²²⁶ Dieser Auffassung entsprechend, schreibt ein Teil der CGT dem EGB als gemeinsamem Forum eine bedeutende Rolle zu. Andere Mitglieder der Gewerkschaft dagegen stehen dem EGB sehr kritisch gegenüber, da dieser nicht kämpferisch genug sei und sich zu sehr in den liberalen Kurs Europas einfüge. Die Ablehnung geht teilweise sogar so weit, dass ein Austritt gefordert wird:

„Par ailleurs, en interne, l'adhésion à la CES est parfois contestée, [...] une partie des membres demande la désaffiliation de leur syndicat à une organisation qui [...] s'inscrit dans une logique *réformiste*, contraire selon eux à la tradition contestataire de la CGT.“²²⁷

Ein Großteil der CGT erwartet also in der alten Tradition des Klassenkampfes auch auf europäischer Ebene einen kämpferischen Charakter der Gewerkschaften.²²⁸

Gleichzeitig setzt sich die CGT für einen festen rechtlichen Rahmen ein.²²⁹ Hier wird die traditionelle Vorstellung von der „*primauté de la loi*“ sichtbar. Das Recht soll auch auf der europäischen Ebene über allem stehen, auch über der Verhandlung: Die CGT steht der Einrichtung des *Sozialen Dialogs* sehr kritisch gegenüber.²³⁰ Sie legt großen Wert darauf, dass das europäische Recht das nationale nicht ersetzt, sondern nur ergänzt. Hauptakteur der industriellen Beziehungen soll der Nationalstaat bleiben.

Die kritische Einstellung gegenüber der wirtschaftlichen Integration spiegelt sich in der Positionierung der CGT gegenüber dem Vertrag von Maastricht wider. Die Gewerkschaft spricht sich zwar nicht gegen das Projekt einer gemeinsamen Währung an sich aus, aber

²²⁶ Die CGT sieht die EU als „*lieu de maîtrise des effets de la mondialisation*.“ Im nationalen Rahmen allein kann der Globalisierung nicht begegnet werden: „[F]ace à un modèle inévitablement unique de capitalisme, le syndicalisme ne sera efficace que s'il se dépouille de ses oripeaux nationaux, voire même régionaux.“ Chasard 2002, S. 45.

²²⁷ Carasco, Aude: Les syndicats jouent la carte européenne. In: *La Croix*, 23.05.2005, S. II.

²²⁸ „Le regard de la CGT sur l'espace social européen se focalise sur le mouvement social, c'est-à-dire des luttes sociales.“ Pernot 1998, S. 33. Zu beachten: *Mouvement social* im Französischen entspricht im Deutschen nicht der Begriff *soziale Bewegung*, sondern *Streik- / Protestbewegung*.

²²⁹ „[L]a CGT conçoit l'Europe sociale comme un espace *d'ordre public*, [...], c'est-à-dire un espace structuré par un système de garanties collectives établies par le droit.“ Pernot 1998a, S. 34.

²³⁰ Den direkten Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern schreibt sie kaum Erfolgchancen zu. Der Einrichtung des *Sozialen Dialogs* steht sie sehr skeptisch gegenüber, da er ihrer Ansicht nach von den weitaus stärkeren Arbeitgeberverbänden dominiert wird. Vgl. Pernot 1998a, S. 34.

gegen die Bedingungen, unter denen es umgesetzt werden soll.²³¹ Insbesondere kritisiert die CGT die als zu restriktiv angesehenen Konvergenzkriterien. Sie wirft den verantwortlichen Akteuren vor, die Harmonisierung der wirtschaftlichen Bedingungen der Mitgliedsstaaten als Ziel der Währungsunion anzugeben, in Wirklichkeit aber die Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern noch zu forcieren.²³²

Ist die Einstellung der CGT zum Vertrag von Maastricht noch relativ einhellig, so tritt bei der Positionierung zur Europäischen Verfassung das Problem der Zweiteilung der CGT in einen im Prinzip pro-europäischen und einen anti-europäischen Block zutage. Die Diskussion um die Positionierung zur Verfassung führt zu einem tiefen Bruch innerhalb der Gewerkschaft. Trotz der Kritik an verschiedenen Punkten der Verfassung setzt sich der Vorsitzende der CGT, Bernard Thibault, im Namen der Gewerkschaftsspitze dafür ein, dass sich die CGT einer Wahlempfehlung zum Verfassungsreferendum enthält und sich damit bewusst von der Kommunistischen Partei distanziert. Über diese Entscheidung setzt sich das CGT-Nationalkomitee (*Comité confédéral national*), dem die Leiter der Branchengewerkschaften und der Bezirksgruppen angehören, hinweg: Bei der Abstimmung um die Position der Gewerkschaft sprechen sich 82% der Stimmberechtigten gegen die Ratifizierung des Vertrages und für das Werben um ein „Nein“ in der Referendumskampagne aus.²³³ Dieses Abstimmungsergebnis bedeutet eine schwere Niederlage für Thibault, angesichts derer er schließlich einlenkt und das „Nein“ zur offiziellen Position seiner Gewerkschaft erklärt.²³⁴ Dies alles zeigt zum einen, dass immer noch eine große Europaskepsis in der CGT herrscht²³⁵, zum anderen, dass sich die CGT immer noch nicht ganz von der Kommunistischen Partei gelöst hat, die sich klar für ein „Nein“ zur Verfassung ausgesprochen hatte.²³⁶

²³¹ Andalfatto 1994, S. 46.

²³² Vgl. Josselin, Daphne: Trade Unions for EMU: Sectoral Preferences and Political Opportunities. In: *West European Politics*, 24.1 (2001), S. 60.

²³³ Vgl. Ohne Verfasser: Französische Gewerkschaft gegen EU-Verfassung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.02.2005, S. 1.

²³⁴ Vgl. Barroux, Rémi: CGT: Bernard Thibault cherche à sortir de la crise, après le désaveu qu'il vient de subir sur l'Europe. In: *Le Monde*, 05.02.2005, S. 9.

²³⁵ Dabei muss aber beachtet werden, dass das Gewerkschaftsgremium, das Thibault überstimmt hat, nicht die Mehrheit innerhalb der Gewerkschaft darstellt, sondern nur etwa 10% der Gewerkschaftsmitglieder repräsentiert. Thibault wirft seiner Gewerkschaft daher schwere demokratische Mängel vor. „Die Entscheidung des Gewerkschaftsgremiums spiegle nur die Ansicht einer kleinen Minderheit und stehe im Widerspruch zu den Grundorientierungen des letzten Kongresses der Gewerkschaftsorganisation.“ Aus: Ohne Verfasser: Auftrieb für Frankreichs EU-Verfassungs-Gegner. Nein-Parole des Gewerkschaftsdachverbandes CGT. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 5./6.02.2005, S. 2.

²³⁶ „Die CGT, die sich schrittweise aus ihrer Linientreue zur Kommunistischen Partei befreit hatte, knüpft damit [mit der Ablehnung der Verfassung] an eine Tradition der Europa-Ablehnung an.“ Aus: Ohne Verfasser: Französische Gewerkschaft gegen EU-Verfassung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.02.2005, S. 1.

ii *Confédération démocratique française du travail (CFDT)*

Die CFDT legt großen Wert auf die Betonung ihrer pro-europäische Einstellung, die sie ihrer Meinung nach von den anderen französischen Gewerkschaften unterscheidet. So stellt Emmanuel Mermet im Interview als allererstes klar und betont immer wieder, dass sich die CFDT immer schon für die Europäische Integration stark gemacht habe und sich heute in ganz besonderem Maße für sie einsetze: „La CFDT est un des syndicats qui sont les plus engagés en faveur de l’Europe.“ Auch einzelne Kritikpunkte minderten keineswegs die generelle Zustimmung: „Le projet global, on est très favorable et on soutient très, très fort le projet européen.“

Als besonderen Vorteil des Integrationsprozesses nennt Emmanuel Mermet die Möglichkeit, innerhalb der Europäischen Union das europäische Sozialmodell²³⁷ weiterentwickeln und gegen äußere Einflüsse verteidigen zu können:

„On a toujours eu une attitude de vouloir soutenir le projet européen parce qu’on pense que c’est un projet dans lequel les salariés peuvent trouver des avantages, notamment en terme de défense du modèle social européen dans la mondialisation.“

In Übereinstimmung mit der CGT, aber im scharfen Gegensatz zu FO und Solidaires, die die jüngsten Entwicklungen innerhalb der EU als Teil der Globalisierung betrachten und damit als Gefährdung des ursprünglichen europäischen Sozialmodells, sieht die CFDT die EU also gerade als Forum, von dem aus dieses Modell geschützt und verteidigt werden kann. Dies bedeutet aber nicht, dass die CFDT die Globalisierung ausschließlich als Gefahr sieht. Im Gegenteil: Sie sieht in ihr durchaus auch eine Chance. So trage sie zum Beispiel zum Entstehen neuer Arbeitsplätze bei.²³⁸ Emmanuel Mermet betont im Interview zudem, dass der Globalisierung nicht entgegnet werden könne, indem man sich gegen sie stelle, sondern nur, indem man sich auf sie einlasse: „Ce n’est pas en refusant complètement la mondialisation

²³⁷ Emmanuel Mermet benutzt hier den Begriff des „europäischen Sozialmodells“ wie eine feststehende Größe. Es ist aber fraglich, ob man bei der Verschiedenheit der sozialen Modelle in den einzelnen Mitgliedstaaten und den sehr unterschiedlichen Vorstellungen darüber, wie ein europäisches Sozialmodell auszusehen habe, überhaupt von dem europäischen Sozialmodell sprechen kann. So stellt der Journalist Joachim Fritz-Vannahme angesichts der Beschwörung des europäischen Sozialmodells auf dem Brüsseler Frühjahrsgipfel die Frage: „Gibt es überhaupt ein [europäisches] Modell – oder nicht eher 25 verschiedene, die gelegentlich in den Gerichtssälen kollidieren?“ (Fritz-Vannahme, Joachim: Klassenkampf in Europa. Die EU-Länder wollen das Europäische Sozialmodell verteidigen. Doch sie sind sich nicht einig darüber, was das eigentlich ist. In: *Die Zeit* 14 (2005) (online-Version)). Unterdessen haben auch die Staats- und Regierungschefs zugegeben, dass es das europäische Sozialmodell, das noch im Juni dieses Jahres nach dem Scheitern des Gipfeltreffens am Widerstand Londons gegen das EU-Budget beschworen wurde, nicht gibt. Die zunächst geplante Aussprache über das „soziale Modell“ auf dem EU-Gipfel in Hampton Court im Oktober 2005 wurde abgesetzt, „weil letztlich akzeptiert werden musste, daß es in den Mitgliedstaaten [...] sehr unterschiedliche Modelle mit wenigen Gemeinsamkeiten gibt.“ (Bacia, Horst: Offene Aussprache hinter freundlicher Fassade. Der EU-Gipfel in Hampton Court. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.10.2005, S. 3.). Zur Entwicklung des Begriffs „europäisches Sozialmodell“ vgl. auch Aust, Andreas u.a.: Konjunktur und Krise des Europäischen Sozialmodells. Ein Beitrag zur politischen Präexplantationsdiagnostik. In: *Politische Jahresschrift* 43.2 (2002), S. 272-301.

²³⁸ „La CFDT va même jusqu’à affirmer que la mondialisation, loin de détruire des emplois dans les pays développés, en crée.“ Chasard 2002, S.26.

qu'on trouvera une solution au problème.“ Ein Rückzug auf das eigene Land sei keine Lösung. Nur das gemeinsame Reagieren auf europäischer Ebene könne zum Erfolg führen.²³⁹

Emmanuel Mermet gibt aber zu bedenken, dass sich noch einiges ändern müsse, bevor man in Europa wirklich mit den Auswirkungen der Globalisierung umgehen könne. So setze sich die CFDT zum Beispiel für eine gemeinsame europäische Industriepolitik ein.

Entsprechend der Einstellung, dass die Verteidigung des europäischen Sozialmodells nur gemeinsam möglich ist, schreibt die CFDT dem EGB eine sehr wichtige Rolle zu und sieht ihn als wichtigen Einflussfaktor für die nationalen Gewerkschaften. Dieser Einfluss hat nach Emmanuel Mermet in den letzten Jahren noch erheblich zugenommen.

„Depuis une quinzaine ou une vingtaine des années, le rôle des syndicats et particulièrement le rôle de la confédération européenne des syndicats et donc des partenaires sociaux européens prennent d'ampleur. »

Die EU und die für die Gewerkschaften relevanten Institutionen stehen für die CFDT aber nicht nur für sozialen Fortschritt auf gesamteuropäischer Ebene, sondern die Gewerkschaft sieht in ihnen auch Motor und Vorbild für Reformen des französischen Sozialmodells und des französischen Systems der industriellen Beziehungen. Beide hält die CFDT in ihrer jetzigen Form für defizitär. Bezüglich einer Reform des Systems der industriellen Beziehungen setzt sie vor allem auf das europäische System der Sozialpartnerschaft.²⁴⁰ Emmanuel Mermet hebt im Interview hervor, dass die Möglichkeit, Verhandlungen auf europäischer Ebene zu führen („*négociation sociale européenne*“), gerade für eine französische Gewerkschaft sehr reizvoll sei, da es diese Art der Verhandlung in Frankreich nicht gebe. Er hoffe, dass man sich in Frankreich am europäischen Modell orientiere und auf diese Weise Verhandlungen auch im französischen Modell mehr Raum bekommen werden. Durch eine Anpassung an das europäische Modell erhofft sich die CFDT zudem eine Einschränkung der ihrer Ansicht nach zu dominanten Rolle des Staates in den industriellen Beziehungen.²⁴¹ Auch in Hinblick auf die nach Ansicht der CFDT dringend nötigen Reformen des französischen Sozialmodells soll die EU Vorbild sein. Emmanuel Mermet hebt hervor, für den Umbau des französischen Sozialmodells solle man sich an den Modellen der anderen europäischen Staaten orientieren.

²³⁹ Dies entspricht der Grundauffassung der Gewerkschaft „La maîtrise de la mondialisation ne passera pas par le repli identitaire national. [...] Un pays comme la France ne peut être efficace dans le jeu de la mondialisation s'il s'agit seul. C'est au niveau de l'UE ou des autres organisations régionales [...] que doit être prise en main la défense des intérêts spécifiques des travailleurs des pays concernés.“ Chasard 2002, S. 29.

²⁴⁰ „La CFDT s'engage avec enthousiasme dans une conception qui établit le rôle central de la négociation dans la procédure de production de normes: elle y voit à la fois un moyen réaliste de progresser dans la construction sociale de l'Europe, mais aussi la possibilité d'ifléchir certains traits de la négociation sociale française.“ Pernot 1998a, S. 36.

²⁴¹ „L'adhésion à la construction européenne est aussi le moyen par lequel il est possible de déstabiliser la toute puissance de l'Etat [...].“ Pernot 1998a, S. 36.

Er betont allerdings, dass seine Gewerkschaft mit dieser Einstellung alleine stehe. In der Tat halten die anderen Gewerkschaften am aktuellen französischen Sozialmodell fest.²⁴²

Entsprechend ihrer prinzipiellen Zustimmung zu den wirtschaftlichen Integrationsschritten unterstützt die CFDT den Vertrag von Maastricht. Von der Einführung des Euro verspricht sie sich die Schaffung neuer Arbeitsplätze.²⁴³ Zudem sieht sie die Festschreibung des *Sozialen Dialogs* im Maastrichter Sozialprotokoll als einen wesentlichen Fortschritt an.²⁴⁴

Noch entschiedener setzt sich die CFDT – als einzige französische Gewerkschaft – im Rahmen der Diskussion um das Referendum für die Europäische Verfassung ein. Der Vorsitzende der CFDT, François Chérèque, begründet die Zustimmung mit der einfachen Formel: „L’Europe n’est pas le problème, elle est la solution.“²⁴⁵ Emmanuel Mermet betont, dass die Verfassung mit der Festschreibung der Grundrechtecharta sowie mit der Anerkennung der „primauté de la protection des salariés dans les objectifs généraux de l’Union Européenne“ neue Elemente der sozialen Absicherung beinhalte. Nach seiner Ansicht geht die Verfassung damit sehr viel weiter als alle bisherigen europäischen Texte. Im gleichen Sinne äußert sich der Gewerkschaftsvorsitzende François Chérèque: „Le texte est positif parce qu’il permet de construire une Europe dotée d’un vrai pouvoir politique et apporte une contrepartie sociale au marché.“²⁴⁶ Mit der Zustimmung zur Verfassung will sich die CFDT zudem explizit vom französischen Selbstbezug (*repli*) absetzen, den sie für äußerst schädlich hält. Dazu äußert François Chérèque: „Nous ne rêvons pas d’une *Europe-France*, où, réunis dans le creuset de notre génie national, l’ensemble des peuples européens partageraient avec nous nos exceptions.“²⁴⁷ Sicherlich ist die klare Zustimmung der CFDT zur Verfassung auch ein Mittel, in der Absetzung von den anderen Gewerkschaften das eigene Profil zu stärken.²⁴⁸

iii CGT – *Force ouvrière* (FO)

Wie in Abschnitt IV.A.1.iii dargestellt, befindet sich FO in einem Dilemma zwischen traditioneller Europazuneigung und zunehmender Europafeindlichkeit aufgrund der jüngsten Entwicklungen des Integrationsprozesses. Das wird auch in den Gesprächen deutlich. So

²⁴² Dieser große Einstellungsunterschied kam 1995 bei den Protesten gegen die Reformpläne Juppés zum Tragen: Die CFDT war die einzige französische Gewerkschaft, die sich hinter die Reformpläne stellte. Sie stieß mit diesem Verhalten auf großes Unverständnis bei den anderen Gewerkschaften.

²⁴³ Pernot 2001b, S. 164.

²⁴⁴ Siehe Andalfatto 1994, S. 51f.

²⁴⁵ Zitiert nach: de Comarmond, Leïla: La CFDT marque à nouveau sa différence en faisant campagne pour le *oui* au référendum. *Les Echos* 8./9. April 2005, S. 5.

²⁴⁶ François Chérèque interviewt von Laurence Albert. In: *Les Echos*, 12.05.2005, S. 2.

²⁴⁷ „Le point de vue de François Chérèque: Pourquoi la CFDT dit *oui*.“ Beitrag von François Chérèque in: *Les Echos*, 27.11.2004, S. 15.

²⁴⁸ „La CFDT a aussi là [im Ja zur Verfassung] un moyen de réaffirmer sa spécificité. [...] La centrale[...] tient donc là un thème identitaire porteur.“ Aus: de Comarmond, Leïla: La CFDT marque à nouveau sa différence en faisant campagne pour le *oui* au référendum. In: *Les Echos* 8./9.04.2005, S. 5.

betont Anne-Marie Perret mit Nachdruck, FO sei immer europäisch und international eingestellt gewesen, schiebt aber sofort hinterher, mit der „ultraliberalen Ausrichtung“, die die EU nun angenommen habe, sei ihre Gewerkschaft jedoch gar nicht einverstanden.²⁴⁹ Genauso argumentiert Gérard Mazuir: Europa sei seit der Auflösung der Sowjetunion das Gleichgewicht verloren gegangen; es sei heute nur noch ein „Europe du marché.“ Nicht die Einstellung innerhalb der FO, sondern Europa habe sich verändert.²⁵⁰

Im Gegensatz zur CFDT und zur CGT sieht FO die Europäische Union als Teil der Globalisierung.²⁵¹ Folglich kann die EU keine geeignete Bühne darstellen, um gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung vorzugehen.²⁵²

Der generellen Distanz zur EU entspricht auch die gewisse Skepsis, die die Einstellung der FO gegenüber dem EGB kennzeichnet. Zum einen empfindet FO den EGB als zu abhängig von der Europäischen Kommission, von der er größtenteils finanziert wird. Zum anderen traut die Gewerkschaft dem EGB aufgrund der Heterogenität der Mitgliedsgewerkschaften nur eine beschränkte Handlungsfähigkeit zu.²⁵³ Verstärkt wird dieses Unbehagen gegenüber dem EGB durch die Auffassung, dass dieser in seinen Handlungen dem neoliberalen Kurs der EU folge. Immer wieder wird daher ein Austritt aus dem EGB angedacht.²⁵⁴

Eine weitere Ursache für die weitgehende Zurückhaltung gegenüber dem EGB liegt, ähnlich wie bei der CGT, im Willen, die nationale Souveränität der Gewerkschaft zu bewahren:

²⁴⁹ Anne-Marie Perret im Interview: „Nous ne sommes pas opposés à la construction européenne, mais la construction européenne actuelle, qui repose sur une conception ultra-libérale, ne nous convient pas. Ça, c'est clair.“

²⁵⁰ Mazuir im Interview: „FO a toujours été très pro-européen. Cela n'a pas changé. Mais le contenu de l'Europe a changé. Aujourd'hui, après l'élargissement et la chute du mur de Berlin, il n'y a plus d'équilibre. C'est l'Europe du marché qui domine et il y a une mauvaise répartition entre le capital et le travail.“ Vgl. dazu auch einen Ausschnitt aus der „résolution générale“ des *comité confédéral national* der Gewerkschaft zur Europäischen Verfassung: „Le Comité confédéral national de la CGT-Force Ouvrière constate que l'implosion du système soviétique, liberticide, a eu comme effet collatéral la prédominance d'une pensée économique globale unique tendant à laisser croire que seul le système capitaliste pouvait perdurer. Malheureusement, la construction européenne n'y a pas échappé.“ In: L'Europe en question(s), supplément à *FO Hebdo* Nr. 2707, 20.04.2005, S. 2.

²⁵¹ „L'Europe est exemplaire de l'avancée de la mondialisation. [...] Il est donc erroné de croire que l'Europe est une alternative à la mondialisation, alors qu'elle en est le prototype.“ Chasard 2002, S. 37.

²⁵² Ohnehin ist nach Auffassung der FO die Vorstellung der CFDT unrealistisch, dass regionale Zusammenschlüsse wie die EU weiter in der Lage sein werden, ihr eigenes Sozial- und Wirtschaftssystem zu steuern: Auf Dauer werde sich überall das angelsächsische Kapitalismusmodell durchsetzen: „Le modèle anglo-saxone est en train de s'imposer partout et a déjà commencé à faire voler en éclats [...] le modèle français de *capitalisme sans capital*.“ Chasard 2002, S. 30.

²⁵³ Chasard 2002, S. 37.

²⁵⁴ „[L]’organisation syndicale marque aujourd’hui sa franche hostilité à l’Europe telle qu’elle se fait, jusqu’à évoquer son désengagement de la confédération européenne.“ Basson 2004, S.148. Dies bedeutet aber nicht, dass sich nicht ein Teil der Mitarbeiter, wie zum Beispiel die Interviewpartnerin Anne-Marie Perret, stark auf europäischer Ebene, im EGB oder in den europäischen Branchenverbänden, engagiert.

„Dans tous les débats sur l’organisation et le fonctionnement de la CES, [...] FO plaide pour un abandon minimal de ses attributions. Le syndicat européen est un plus mais qui ne doit amputer aucune responsabilité de l’organisation nationale.“²⁵⁵

FO legt daher auch großen Wert darauf, dass das französische System der Arbeitsbeziehungen bestehen bleibt. Etwas überspitzt ausgedrückt soll nicht das französische Modell durch Europa verändert werden, sondern Europa soll, wenn möglich, das französische Modell übernehmen.²⁵⁶ Das französische Arbeitsrecht soll so wenig wie möglich durch das europäische verändert werden.²⁵⁷

Wie die CGT, so fordert auch die FO eine starke europäische Sozialgesetzgebung, um eine zunehmende Angleichung der Sozialstandards nach unten zu verhindern. Diese kann durch Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern ergänzt werden, an erster Stelle sollte aber auf jeden Fall das Recht stehen. Dazu äußert Anne-Marie Perret:

„Pour nous, en tant que syndicalistes français, ce n’est pas le contrat qui doit primer, mais la loi, car elle est plus contraignante et plus protectrice que le contrat. Or les accords entre partenaires sociaux au niveau européen relèvent de plus en plus du contrat (*droit mou*) que de la loi (*droit dur*).“

Den *Sozialen Dialog* auf europäischer Ebene sieht FO daher sehr kritisch. Die Gewerkschaft wendet sich insbesondere gegen jede Form der Einmischung der Kommission in die Verhandlungen, da sie darin eine Form von „corporatisme“ sieht, den sie entschieden ablehnt.²⁵⁸

Entsprechend ihrer Kritik am rein wirtschaftlich orientierten Europa hat FO gegenüber dem Vertrag von Maastricht viele Einwände. Auch wenn sie, gemäß dem mit der *Charte d’Amiens* auferlegten Neutralitätsgebot, keine Wahlempfehlung zum Referendum abgibt, so nimmt sie doch öffentlich gegen eine Reihe der Vertragsinhalte Stellung.²⁵⁹ Wie die CGT wendet sie sich insbesondere gegen die ihrer Meinung nach viel zu rigiden Konvergenzkriterien.

²⁵⁵ Pernot 1998a, S. 46.

²⁵⁶ „Avec des positions différentes, Force ouvrière a la même aspiration que la CGT à savoir d’étendre à l’Europe entière les dispositions ayant cours dans les relations du travail françaises.“ Pernot 1998a, S. 35.

²⁵⁷ Anne-Marie Perret kritisiert, durch die europäischen Richtlinien, die in nationales Recht umgesetzt werden müssen, würde der französischen *Code du travail* zwangsläufig modifiziert: „La transposition de directives européennes entraîne souvent des modifications importantes dans le droit national, y compris dans des domaines qui normalement sont exclus de la compétence de l’Union européenne. Prenons l’exemple de la directive sur les contrats à durée déterminée. Si sa transposition n’a pas posé de problèmes majeurs dans le droit du travail (secteur privé), il n’en va pas de même pour le droit de la fonction publique, où la transposition/interprétation qui a été faite de ce texte aboutit de fait à créer une fonction publique d’emploi à côté d’une fonction publique de carrière, de nature statutaire et réglementaire.“

²⁵⁸ „Elle [FO] refuse en particulier tout ce qui ressemblerait à des procédures d’arbitrage interférant dans la confrontation patronat syndicats et dont elle a perçu la trace dans certaines propositions de la commission.“ Pernot 1998a, S. 35.

²⁵⁹ „FO dénonce [bezogen auf den Vertrag von Maastricht] la dérive de l’idée européenne au profit d’un libéralisme plus mondial qu’eupéen qui porte en lui la menace de dilution du projet fondateur.“ Pernot 1998a, S. 41.

Den Entwurf zu einer europäischen Verfassung sieht FO als eine weitere Festschreibung der rein wirtschaftlichen Ausrichtung der EU. Auch wenn die Gewerkschaft zum Referendum keine Wahlempfehlung abgibt, so positioniert sich die Gewerkschaftsführung doch klar gegen die Annahme der Verfassung. Einer der Hauptkritikpunkte ist die „Einmeißelung“ des Stabilitäts- und Wachstumspakt in die Verfassung.²⁶⁰ Die Festschreibung der freien Konkurrenz im Vertrag führe dazu, dass nur noch das Gesetz des Marktes herrsche.²⁶¹ FO sieht insbesondere den öffentlichen Sektor in Gefahr.

Die Auseinandersetzung um die Verfassung bringt FO auch noch einmal gegen den EGB auf: Zum großen Ärger der FO hat der EGB zur Zustimmung zur Verfassung aufgerufen, obwohl FO – als einzige Gewerkschaft – bei der EGB-internen Abstimmung gegen die Verfassung gestimmt hatte. Jean-Claude Mailly, Vorsitzender der FO, hält in diesem Zusammenhang fest: „La CES n’est pas une holding qui donne des ordres.“²⁶²

iv *Union syndicale-G10-Solidaires (Solidaires)*

Wie in Abschnitt IV.A.1.iv dargestellt, lässt sich die Position von Solidaires nur bedingt mit der der repräsentativen Gewerkschaften vergleichen: Die Gewerkschaft betont zwar, pro-europäisch zu sein²⁶³, will sich aber explizit nicht in den Prozess der Integration eingliedern, da sie die Europäische Union in ihrer jetzigen Form als reine Wirtschaftsgemeinschaft sieht, die zum Schaden der Arbeitnehmer Konkurrenz und Wettbewerb unter den Mitgliedsländern schüre.²⁶⁴ Ziel der Solidaires ist es deshalb, die EU von außen her zu einem sozialen Europa nach ihren Vorstellungen zu verwandeln. Eine Mitgliedschaft im EGB ist für Solidaires ausgeschlossen – zum einen, weil die Gewerkschaft keinen repräsentativen Status hat, zum anderen, weil eine Mitgliedschaft mit der Grundeinstellung der Organisation nicht vereinbar wäre: Solidaires sieht den EGB als Werkzeug des liberalen Europas. Den richtigen Ort, um sich für eine Veränderung Europas einzusetzen, sieht Solidaires daher nicht im EGB, sondern in den Europäischen Sozialforen sowie in der Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen. Jean-Michel Nathanson hebt im Interview hervor: „Les liens européens qu’on a, on les trouve

²⁶⁰ Entsprechend heißt es in der „résolution générale“ des *comité confédéral national* der FO: „[L]e pacte de stabilité conduit à diminuer les dépenses publiques et sociales, à externaliser ou privatiser, à porter atteinte aux principes fondamentaux d’égalité de droit et de solidarité.“ In: *L’Europe en question(s)*, supplément à *FO Hebdo* Nr. 2707, 20.04.2005, S. 2.

²⁶¹ „[L]a condition des travailleurs [est] soumise à la seule loi du marché.“ Aus: Ohne Verfasser: *De la paix au marché? Chronologie de la construction européenne*. In: *L’Europe en question(s)*, supplément à *FO Hebdo* Nr. 2707, 20.04.2005, S. 16.

²⁶² Zitiert nach: Barroux, Rémi: *Favorables à la Constitution, les syndicats européens la jugent en retrait par rapport à leurs exigences*. In: *Le Monde*, 16.10.2004, S. 8.

²⁶³ Nathanson im Interview: „On n’est pas anti-européen. On est très européen, mais pour une Europe sociale.“

²⁶⁴ „Depuis un quart de siècle, la construction européenne est marquée par le libéralisme. Son seul objectif est la généralisation de la concurrence et l’ouverture générale des marchés.“ In: Ohne Verfasser: *Une constitution contre le peuple*. In: *Expressions Solidaires* 20 (2005), S. 1.

dans les forums sociaux.“ Solidaires schreibt sich ganz in die Linie der Antiglobalisierungsbewegungen ein.²⁶⁵ Entsprechend sieht die Gewerkschaft die Globalisierung als Gefahr und Europa in seiner jetzigen Form als Teil der Globalisierung.

Im Vertrag von Maastricht sieht Solidaires einen weiteren Schritt in die liberale Richtung, die Europa ihrer Ansicht nach seit den 1980er Jahren eingeschlagen hat, und lehnt ihn somit ab.

Die Verfassung bedeutet für die Gewerkschaftsbewegung die endgültige Festschreibung des neoliberalen Kurses: „La Constitution vise à [...] consacrer les principes du libéralisme comme valeurs fondatrices de l’Union Européenne.“²⁶⁶ Solidaires sieht die Verfassung als einen Affront gegen die Arbeitnehmer. So lautet der Titel der Ausgabe *Expression Solidaires* vom 20. April 2005: „Une constitution contre les peuples.“ Der Aufruf zum „Nein“ zur Verfassung wird als ein „Ja“ für Europa proklamiert – für ein soziales Europa.²⁶⁷

Jean-Michel Nathanson betont, es sei nicht akzeptabel, dass die freie und unbehinderte Konkurrenz als Grundziel in der Verfassung festgeschrieben sei. Wie FO, so weist auch Solidaires insbesondere auf die Bedrohung des öffentlichen Sektors hin.

Die dargestellten Positionierungen zeigen, dass die vier untersuchten Gewerkschaften die Europäische Integration sehr unterschiedlich wahrnehmen. Die Einstellungen reichen von völliger Ablehnung (Wahrnehmung eines *misfits*) über kritische Akzeptanz bis zu überzeugter Unterstützung (Wahrnehmung eines *fit*) des Integrationsprozesses. Auffällig ist, dass sich alle vier Gewerkschaften als pro-europäisch beschreiben – im Falle von FO und Solidaires bedeutet diese Aussage allerdings, dass sie zwar prinzipiell für Europa sind, aber für ein anderes als das bestehende.

Es ist zu vermuten, dass sich aufgrund der sehr unterschiedlichen Einstellungen und Wahrnehmungen auch die tatsächlichen Reaktionen auf die Europäische Integration unterscheiden.

B Auswirkungen der Europäischen Integration auf Strategien und Koalitionen der Gewerkschaften

Die tatsächlichen Auswirkungen der Europäischen Integration auf die französischen Gewerkschaften lassen sich nicht zweifelsfrei bestimmen. Es handelt sich um einen Prozess,

²⁶⁵ Nathanson im Interview: „Solidaires s’inscrit pleinement dans le mouvement altermondialiste.“

²⁶⁶ Ohne Verfasser: Une constitution contre le peuple. In: *Expressions Solidaires* 20 (2005), S. 1.

²⁶⁷ So titelt Solidaires auf einem Flugblatt: „Au nom de l’Europe sociale réjetions cette constitution.“ Dementsprechend wird die mehrheitliche Ablehnung der Verfassung im Referendum als „Sieg für Europa“ gefeiert: „Cette victoire du non est d’abord le résultat de la dynamique unitaire qui s’est créée pour un rejet progressiste, démocratique et européen [eigene Hervorhebung] de ce texte [...]“. Aus: Ohne Verfasser : Une victoire historique contre le néolibéralisme. In: *Expressions Solidaires* 21 (2005), S. 1.

der noch im Werden ist und der im begrenzten Rahmen dieser Arbeit nur in Teilen erfasst werden kann. Zudem lässt sich oft nur schwer objektiv festlegen, welche Veränderungen tatsächlich der EU zuzuschreiben sind und welche Veränderungen von anderen Einflüssen herrühren (siehe Kapitel III). Bei dem folgenden Versuch, dennoch erste Tendenzen zu skizzieren, stütze ich mich nun ganz auf die Aussagen der befragten Gewerkschaftsvertreter. Dabei werden sowohl die expliziten Antworten einbezogen als auch implizitere Beobachtungen berücksichtigt, die sich zum Beispiel aus der Gewichtung der einzelnen Gesichtspunkte ergeben. Zum einen wird untersucht, inwiefern sich die Konstellationen und Strategien auf nationaler Ebene verändert haben, zum anderen, inwiefern die europäische Ebene als neue Handlungsebene für die Gewerkschaften relevant geworden ist.

1 Veränderungen auf nationaler Ebene

Arbeitsbeziehungen

In Bezug auf die Rolle der Gewerkschaften in den nationalen Arbeitsbeziehungen scheint sich durch die Europäische Integration nichts Grundsätzliches verändert zu haben. So äußert zum Beispiel Mermet (CFDT) auf die Frage, inwiefern die europäischen Prozesse die nationalen Arbeitsbeziehungen verändert hätten: „Cela n’a pas eu beaucoup d’impacte pour l’instant.“ Die Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen werden, sofern sie benannt werden, von den Interviewpartnern nur indirekt auf Europa zurückgeführt. Die Vertreter aller vier Gewerkschaften weisen darauf hin, dass sich der Antagonismus zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern noch verstärkt habe, was nicht zuletzt auf die zunehmenden Druckmittel zurückzuführen sei, die den Arbeitgebern angesichts der Möglichkeit, ihr Unternehmen ins Ausland zu verlagern, zur Verfügung stünden. Insbesondere die Interviewpartner von CGT und Solidaires prangern die zunehmende Unternehmerfreundlichkeit der französischen Regierung an und beklagen eine abnehmende Bereitschaft der Regierung, zugunsten der Arbeitnehmer in die Arbeitsbeziehungen zu intervenieren.²⁶⁸ Sie verweisen auf die Gefahr, die das momentane Übergewicht liberal-konservativer Regierungen in den EU-Ländern für die Rechte der Arbeitnehmer bedeute, da diese Regierungen auch innerhalb der Union den Trend zu mehr Arbeitgeberfreundlichkeit und weniger Schutz der Arbeitnehmer weiter vorantreiben würden. Immer wieder wird mit Sorge erwähnt, dass sich dieser Prozess zudem

²⁶⁸ Jean-Michel Nathanson (Solidaires) hebt hervor, die linke Regierung unter Jospin habe noch mit der gesetzlichen Einführung der 35-Stunden-Woche im Sinne der Arbeitnehmer in die Arbeitsbeziehungen eingegriffen. Dies sei heute unter der konservativen Regierung nicht mehr denkbar. Die Regierung greife insgesamt immer weniger in die Arbeitsbeziehungen ein. Albert Riedinger (CGT) kritisiert, die Regierung interveniere nur noch im Sinne der Unternehmen. Insbesondere die umgebildete Regierung unter de Villepin höre nur auf das, was die *patrons* sagten.

durch die momentane britische Ratspräsidentschaft unter dem Vorsitz Blairs verschärft werde.

Nach Ansicht der Gewerkschaftsvertreter haben sich also durch die Europäische Integration Gewichte und Kräfteverhältnisse in den nationalen Arbeitsbeziehungen verschoben. Eine grundlegende Veränderung der Rolle und der Strategien der Gewerkschaften in den Arbeitsbeziehungen lässt sich aber nicht feststellen.

Verhältnis zwischen den Gewerkschaften

In anderen Bereichen dagegen scheint sich durch den Integrationsprozess tatsächlich etwas verändert zu haben, so zum Beispiel im Verhältnis zwischen den Gewerkschaften.

Die Entwicklung in diesem Bereich ist durchaus ambivalent; die Darstellungen der Gewerkschaftsvertreter sind in sich widersprüchlich. Einerseits betonen die Interviewpartner der drei repräsentativen Gewerkschaften mit erstaunlicher Einmütigkeit, die Zusammenarbeit innerhalb des EGB führe dazu, dass sich die dort vertretenen französischen Gewerkschaften darum bemühten, ihre Uneinigkeiten und Spaltungen zu überwinden. Marie-France Boutroue (CGT) erklärt, das Überwinden der sonst oft unüberbrückbaren Gegensätze ergebe sich daraus, dass immer nur eine der vertretenen Gewerkschaften den Vorsitz in den Verhandlungen übernehmen könne, die dann im Namen aller vertretenen französischen Gewerkschaften handeln müsse. Daher müsse zwangsläufig ein Konsens gefunden werden. Anne-Marie Perret (FO) berichtet allerdings auch von den großen Schwierigkeiten, die verschiedenen Standpunkte der Gewerkschaften auf einen Nenner zu bringen. Sie vergleicht den oft großen Aufwand der Konsensfindung im Verhältnis zu dem daraus resultierenden minimalen Ergebnis mit einem Berg, der eine Maus gebiert.

Emmanuel Mermet (CFDT) hebt hervor, dass man auf europäischer Ebene im Rahmen des EGB versuche, nationale Uneinigkeiten außen vor zu lassen:

„En général, quand on va à la CES et au comité exécutif de la CES, on met à côté les divergences. Il ne faut pas perturber le travail de l'Union Européenne par des querelles nationales.“

Er betont, auf europäischer Ebene sei es durchaus möglich, zu gemeinsamen Standpunkten und Strategien zu finden, insbesondere, wenn man weniger unter „politiciens“, sondern mehr unter „techniciens“ sei. Auf europäischer Ebene scheinen Verhandlungen also leichter zu sein als auf nationaler, da die politisch-ideologische Aufladung dort sehr viel weniger ausgeprägt ist.

Auch Albert Riedinger (CGT) betont, die Einbindung in den EGB könne dabei helfen, die starke ideologische Ausrichtung der französischen Gewerkschaften und damit auch deren

Spaltung zu überwinden. Die Mitgliedschaft im EGB trage dazu bei, dass sich die CGT Stück für Stück vom Einfluss („mainmise“) der Kommunistischen Partei löse. Tatsächlich haben sowohl diese Loslösung als auch die gewandelte Einstellung der CGT zu Europa eine Annäherung zwischen CGT und CFDT möglich gemacht: Emmanuel Mermet (CFDT) verweist auf die zunehmende Kooperation der beiden Gewerkschaften gerade in Hinblick auf europäische Fragen. Die Auseinandersetzungen innerhalb der CGT um die Positionierung zur Verfassung haben aber auch deutlich gemacht, dass die Prozesse auf europäischer Ebene gleichzeitig zu einer Wiederannäherung zwischen einem Teil der Gewerkschaft und der Kommunistischen Partei führen.

Auf den ersten Blick überrascht, dass auch der Interviewpartner der autonomen Gewerkschaft Solidaires, Jean-Michel Nathanson, die Frage bejaht, ob die Europäische Union dabei helfen könne, die gewerkschaftlichen Spaltungen in Frankreich zu überwinden. Hier ist aber die Überwindung der Spaltung ganz anders zu verstehen als eben beschrieben, nämlich im Sinne eines Zusammenschlusses über einstige Gegensätze hinweg gegen das Europa in seiner jetzigen Form. Genau diese Entwicklung ist es aber, die Emmanuel Mermet, der, wie aufgezeigt, gleichzeitig die einende Wirkung Europas hervorhebt, als Beispiel dafür anführt, dass die Auseinandersetzung um die Europäische Integration zu einem erneuten Aufbrechen der alten, teilweise schon überwunden geglaubten Spaltungen und ideologischen Gräben zwischen den nationalen Gewerkschaften führe. Insbesondere die Diskussion um das Verfassungsreferendum habe ein Wiederaufleben des alten Gegensatzes zwischen einem reformistischen Gewerkschaftspol (zu dem er unter anderem die CFDT zählt) und einem auf alten Strukturen beharrenden Gegenpol (zu dem er unter anderem die CGT, FO und Solidaires zählt) hervorgerufen: „Le référendum a recristallisé des différences très fortes entre ces deux pôles.“ Emmanuel Mermet verweist insbesondere auf die CGT, von der man geglaubt habe, dass die Integration in den EGB sie vorangebracht hätte in Richtung Europa, die nun aber in ihre alten anti-europäischen Bahnen zurückfalle.

Hier ist also wiederum ein zweigleisiger Prozess zu beobachten: Während es die Gewerkschaftselite auf europäischer Ebene zumindest ansatzweise schafft, jenseits von Politisierung und ideologischer Versteifung miteinander zu verhandeln und dabei über Differenzen hinwegzusehen, brechen auf nationaler Ebene aufgrund der Diskussion um die Verfassung die alten Spaltungen wieder auf und das nicht nur zwischen den verschiedenen Gewerkschaften, sondern im Falle der CGT auch innerhalb einer Gewerkschaft. Ganz deutlich sieht man das an der Krise, die dadurch ausgelöst wurde, dass ein Teil der Gewerkschaft sich weigerte, den vom Vorsitzenden Thibault gewünschten Verzicht auf eine Wahlempfehlung

mit zu tragen. Die hervorgerufene Spaltung ist so stark, dass Marie-France Boutroue (CGT) sogar von zwei Gewerkschaften in einer spricht.

„Dans la CGT, je dirais, il y a deux types de syndicats: Il y a ceux qui n’ont absolument pas de rapport à l’Europe et qui ne s’en aperçoivent pas, même si 80% de la législation vient de l’Europe. Et il y a ceux qui sont directement confrontés aux sujets européens.“

Der Spalt verläuft ihrer Meinung nach zwischen denen, die in ihrer Arbeit mit der EU konfrontiert sind, deren Mechanismen kennen und die Vor- sowie Nachteile einschätzen können, und denen, die der EU nur in all ihren negativen Auswirkungen, wie zum Beispiel in Form von unliebsamen Direktiven, begegnen. Dieses Phänomen der „Zweiteilung“ der Gewerkschaft scheint nicht allein ein Problem der CGT zu sein. Alle Interviewpartner der drei großen Gewerkschaften weisen darauf hin, dass es den Gewerkschaftsmitgliedern an Informationen über Europa fehle und sie daher nur die negativen Seiten der Integration wahrnahmen. Dazu äußert Marie-France Boutroue (CGT):

„Dans le débat sur les enjeux européens et particulièrement sur le référendum et la constitution, on a pu vérifier qu’il y a vraiment de grosses lacunes de nos syndiqués, des salariés en général sur la question européenne.“

Die gleiche Beobachtung beschreibt Anne-Marie Perret (FO):

„Les syndicats français ont du mal à prendre en compte la dimension de l’intégration européenne. Il faut dire que c’est un sujet particulièrement complexe. C’est déjà difficile pour les responsables que nous sommes et qui travaillons tant au niveau national qu’au niveau européen. C’est peut-être encore plus difficile pour les salariés et/ou agents syndiqués ou non, qui voient surtout les effets négatifs de la construction européenne.“

Die negative Wahrnehmung schreiben die Interviewpartner insbesondere dem Verhalten der französischen Politiker zu, die bei jeder unliebsamen Entscheidung und Maßnahme Brüssel als „Buhmann“ benutzten, obwohl sie alle europäischen Entscheidungen mitgetragen hätten.

Dazu äußert Anne-Marie Perret (FO):

„Dans les stages syndicaux, nous essayons d’expliquer ce que nous faisons au niveau d’une fédération comme la FSESP, en coopération avec les organisations syndicales des autres pays d’Europe, mais les enjeux ne sont pas toujours perceptibles. A la fois, Bruxelles est loin, et Bruxelles est très présent. En plus, les politiques ne prennent pas leurs responsabilités et se déchargent totalement sur l’Europe pour dire: *Ce n’est pas moi, c’est Bruxelles, c’est la Commission*. Mais on sait bien que c’est le Conseil des ministres qui prend les décisions!«

Neue Koalitionen

Es lässt sich eine weitere Tendenz in den französischen Gewerkschaften feststellen, die zumindest in Teilen auf die Entwicklung der Europäischen Union zurückzuführen ist, nämlich eine zunehmende Kooperation der Gewerkschaften mit sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen. Am deutlichsten sichtbar ist diese Tendenz bei Solidaires. Für die autonome Gewerkschaft sind die sozialen Bewegungen, insbesondere die

Antiglobalisierungsbewegungen, Hauptbezugspunkt. Solidaires betrachtet sich sogar als einen Teil von ihnen („social movement unionism“).²⁶⁹ Jean-Michel Nathanson begründet die enge Zusammenarbeit damit, dass es aufgrund der zunehmenden internationalen und europäischen Verflechtung der Märkte nicht mehr möglich sei, die Rechte der Arbeitnehmer nur im nationalen Rahmen oder gar nur im Betrieb zu vertreten. Aus den gleichen Gründen arbeitet auch die CGT mehr und mehr mit sozialen Bewegungen zusammen, insbesondere mit *attac*. FO sowie die CFDT dagegen lehnen die Zusammenarbeit mit diesen Gruppierungen ab. Marie-France Boutroue (CGT) äußert dazu: „FO und CFDT ne travaillent pas du tout avec le mouvement associatif. Ils restent sur le terrain syndical.“ FO sieht in den sozialen Bewegungen vor allem eine Konkurrenz. Anne-Marie Perret (FO) betont voll Sorge, dass diese sich genau in den Bereichen etablierten, in denen die Gewerkschaften an Terrain verlören. Die CFDT lehnt die Zusammenarbeit mit den Antiglobalisierungsbewegungen in erster Linie aus inhaltlich-programmatischen Gründen ab, weil die Ziele dieser Bewegungen denen der CFDT diametral entgegenstehen. Das heißt allerdings nicht, dass sich die CFDT generell gegen eine Zusammenarbeit über die Gewerkschaftsgrenzen hinaus wendet: Emmanuel Mermet betont, dass die CFDT in den letzten Jahren mehr und mehr mit Nichtregierungsorganisationen kooperiere, zum Beispiel mit Menschenrechtsorganisationen wie *amnesty international* oder Umweltschutzorganisationen wie *WWF*. Die Zusammenarbeit geht aber nicht über eine Kooperation hinaus und findet im gewerkschaftlichen Rahmen statt („integratives Bündnis“).²⁷⁰ Die Begründung für den Zusammenschluss mit neuen Partnern ähnelt der von Solidaires: Die CFDT kooperiere ganz bewusst mit NGOs, um Bereiche und Problemfelder erschließen zu können, die bisher nicht in ihrem Aktionsradius gelegen hätten, die für die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen aber durchaus relevant seien. Diese Antwort ist also ebenso zu verstehen als eine Reaktion auf eine unter anderem durch die Europäische Integration immer komplexer gewordene Umwelt, der allein mit den herkömmlichen und national ausgerichteten gewerkschaftlichen Strategien nicht mehr begegnet werden kann.

Als ein aktuelles Beispiel für die verstärkte Zusammenarbeit mit NGOs und Verbänden nennt Mermet das Projekt *Sauvons l'Europe*, eine Bewegung der Verfassungsbefürworter, die sich nach der Ablehnung der Verfassung weiter für Europa stark machen wollen. Dieser Zusammenschluss von Verbänden und einzelnen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens²⁷¹

²⁶⁹ Frege u.a. 2003, S. 549.

²⁷⁰ Frege u.a. 2003, S. 551.

²⁷¹ Mitglieder sind zum Beispiel Politiker, Schriftsteller und Professoren, aber auch eine Reihe von Verbänden und Organisationen wie zum Beispiel die CFDT oder Fidélio (*collectifs de diplomates de gauche*). Zu näheren Informationen vgl. die Homepage der Vereinigung: <http://www.sauvonsleuropa.org> (Stand Dezember 2005).

ist als Gegengewicht zu den Antiglobalisierungs- und Anti-Europa-Bewegungen gedacht. Er ist insbesondere eine Antwort auf den Zusammenschluss verfassungsgegnertischer linker Gruppierungen unter dem Namen *Le non de gauche*, an dem unter anderem Mitglieder der CGT sowie von Solidaires beteiligt sind.²⁷² Jean-Michel Nathanson (Solidaires) erklärt im Interview in Hinblick auf dieses Bündnis, die Zusammenarbeit seiner Gewerkschaft mit Mitgliedern der PCF, der extremen linken Parteien *La lutte communiste* und *La Ligue Communiste Révolutionnaire* sowie sogar des linken Flügels der PS sei durch die gemeinsame Positionierung gegen die Verfassung möglich geworden.

Das Auftreten dieser neuen Bündnisse macht mehrere Tendenzen sichtbar: Erstens ist insbesondere bei den autonomen Gewerkschaften ein Annäherungsprozess zwischen Gewerkschaften und (extremen) linken Parteien zu beobachten. Zweitens fällt auf, dass der Zusammenschluss mit Akteuren der Zivilgesellschaft ein nicht mehr nur auf die autonomen Gewerkschaften begrenztes Phänomen ist. Da sich die verschiedenen Gewerkschaften aber mit unterschiedlichen und miteinander konkurrierenden Richtungen zusammenschließen, trägt die Bildung dieser neuen Bündnisse zu einer weiteren Polarisierung in der französischen Gewerkschaftslandschaft bei.

2 Die europäische Ebene als neue Handlungsebene

Im Folgenden soll betrachtet werden, welche Rolle die europäische Ebene als neue Handlungsebene für die nationalen Gewerkschaften spielt. Aus dieser Betrachtung fällt Solidaires aufgrund seiner bewussten Distanz zu den europäischen Institutionen und seiner Nicht-Mitgliedschaft im EGB heraus.

In Bezug auf die Rolle der europäischen Ebene lassen sich anhand der Interviews zwei zentrale Beobachtungen festmachen. Erstens sind es wieder, nicht zuletzt aus rein organisatorischen Gründen, nur die Gewerkschaftseliten, die die Möglichkeit, auf europäischer Ebene zusammenzuarbeiten, als Chance wahrnehmen und diese darum auch nutzen und unterstützen. Marie-France Boutroue (CGT) bestätigt, dass auf Ebene der Gewerkschaftsspitzen, die direkt mit Europa befasst sind, durchaus der Wille dazu da sei, sich mit seinen europäischen Kollegen auszutauschen und zusammenzutun, insbesondere in den Europäischen Branchenverbänden. „Ils [die jeweiligen nationalen Gewerkschaftsvertreter] créent des liens avec leurs homologues par exemple dans les fédérations syndicales

²⁷² Die Bewegung vereinigt „militants politiques, associatifs, altermondialistes, syndicaux, principalement de la FSU, de la CGT et de l’Union syndicale Solidaires, mais aussi souvent de simples citoyens non encartés désireux de s’investir pour une échéance jugée décisive.“ Coupé, Annick u.a.: Les trois tâches de l’après-non : Empêcher le recul social, rompre avec la logique monétariste, faire entendre les peuples. In: *Libération*, 03.06.2005 (online-Version). Zu näheren Informationen siehe die Homepage der Vereinigung: <http://www.appeldes200.net> (Stand Dezember 2005).

européennes.“ Die Gewerkschaftsvertreter und -mitglieder dagegen, die nicht direkt mit Europa befasst seien, lehnten nicht nur die Möglichkeit des Dialoges mit den Gewerkschaften der anderen europäischen Länder ab, sondern sähen diese sogar als potentielle Gegner an:

„Pour les syndicats de terrain, c’est un peu différent parce qu’ils voient d’abord la nocivité de l’Union Européenne. Ils ont un mouvement de recul et ne regardent pas dans un premier temps les bénéfices qu’il y aurait de rassembler tous les salariés au niveau européen, mais ils ne regardent que les effets nocifs sur leur propre territoire et leur propre vie. Non seulement ils sont contre, mais ils sont aussi contre les autres. La perception est vraiment différente.“

Eine zweite Beobachtung ist, dass aber auch zwischen den Gewerkschaftsvertretern, die auf europäischer Ebene arbeiten, nationale Unterschiede und gegenseitige Vorbehalte einer Zusammenarbeit immer wieder im Wege stehen. Marie-France Boutroue (CGT) betont, man könne auf europäischer Ebene zwar viel voneinander lernen, bis jetzt aber herrschten die Angst und das Misstrauen gegenüber den anderen Gewerkschaftssystemen vor und verhinderten einen Austausch. Diese Beobachtung beschreibt auch Anne-Marie Perret (FO), die als Vizepräsidentin des *Europäischen Gewerkschaftsbundes des öffentlichen Dienstes* (EGÖD) sowohl die nationale als auch die europäische Seite und das Problem der Vermittlung zwischen den beiden Ebenen gut kennt. Jeder einzelne komme mit seiner „logique nationale“ und dem Ziel, die Interessen des eigenen Landes mit seinen Besonderheiten zu vertreten: „Chacun arrive avec sa culture syndicale.“ Auch Marie-France Boutroue (CGT) betont, dass das Aufeinandertreffen der verschiedenen Gewerkschaften auch ein Aufeinandertreffen der verschiedenen Kulturen bedeute: „C’est aussi une question de culture. Il faut être très pédagogique!“ Als Beispiel für die kulturellen Unterschiede nennt Anne-Marie Perret (FO) die Verteidigung des *service public*, die ihrer Gewerkschaft bzw. den französischen Gewerkschaften insgesamt sehr am Herzen liege. In anderen Ländern habe der *service public* aber einen ganz anderen Stellenwert und werde von den Gewerkschaften daher weniger stark verteidigt. Oft fühle sie sich hin- und hergerissen zwischen ihrer Rolle als Vertreterin der nationalen FO und ihrer Rolle als Vizepräsidenten der europäischen Gewerkschaftsföderation:

„Travailler à la fois au niveau national et au niveau européen n’est pas toujours facile car il faut jongler avec des logiques différentes sans renier les positions syndicales qui sont les nôtres au niveau national.“

Anne-Marie Perret beklagt zudem, dass oft die jeweiligen nationalen Probleme auf die europäische Ebene übertragen würden. Ihrer Meinung nach gibt es heute noch kein europäisches Gewerkschaftsmodell, sondern nur eine Ansammlung verschiedener nationaler Modelle. Gerade in einer Zeit, in der alle europäischen Länder mit großen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert seien, interessiere sich im Endeffekt doch jeder nur für die Probleme

des eigenen Landes. Zwar werde der Wille zu europäischer Zusammenarbeit proklamiert, im Endeffekt bleibe aber jeder den eigenen nationalen Interessen verhaftet:

„Dans l'ensemble, nous nous affirmons tous européens, mais du fait que nous sommes confrontés à des crises socio-économiques dures dans chacun de nos pays, nous réagissons au niveau national et chacun veut préserver son identité propre.“

Die wichtigste Ebene der gewerkschaftlichen Politik scheint also die nationale Ebene zu bleiben. Zwar wird die europäische Ebene zumindest von den Gewerkschaftseliten mehr und mehr mit einbezogen, aber selbst auf europäischer Ebene hat die Verteidigung nationaler gewerkschaftlicher Interessen Vorrang vor gemeinsamem europäischem Vorgehen.

Von der Priorität, die der nationalen Ebene und der nationalen Politik zugeschrieben wird, zeugt die Ausrichtung der großen frankreich-weiten Protestaktion am 4. Oktober 2005, zu der die Gewerkschaften gemeinsam aufgerufen hatten: Spielte kurz zuvor noch die Diskussion um die Europäische Verfassung und die Dienstleistungsrichtlinie eine essentielle Rolle im gewerkschaftlichen Tagesgeschehen, war die Demonstration vom 4. Oktober schon wieder allein auf die nationale Politik, insbesondere auf die Reformpolitik der konservativen Regierung, ausgerichtet.²⁷³

Um zu untersuchen, inwiefern die beschriebenen Wandlungstendenzen in den Einstellungen und Strategien der französischen Gewerkschaften sich anhand eines konkreten Beispiels tatsächlich wieder finden lassen, bietet sich die nähere Analyse eines sehr aktuellen Falls an: Die Reaktion der französischen Gewerkschaften auf den Entwurf der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie.

C Fallbeispiel Dienstleistungsrichtlinie

Der Entwurf der europäischen Kommission zu einer Dienstleistungsrichtlinie (nach dem zuständigen Kommissar auch „Bolkestein-Richtlinie“ genannt) zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors hat zu Beginn des Jahres europaweit zu heftigen Protesten geführt, die insbesondere von den Gewerkschaften getragen wurden. Die Reaktion der französischen Gewerkschaften auf die Richtlinie soll hier als Anschauungsbeispiel dafür dienen, inwiefern sich die im vorhergehenden Kapitel beschriebenen Tendenzen des Einstellungs- und Strategiewandels der französischen Gewerkschaften angesichts der Europäischen Integration bei diesem aktuellen Fall wieder finden lassen: Durch die Richtlinie sind die nationalen Gewerkschaften mit einem europäischen Projekt konfrontiert, das die Bedingungen der

²⁷³ „Les syndicats attendent un million de manifestants dans près de 150 villes, mardi 4 octobre. Emploi, pouvoir d'achat et défense du code du travail sont au cœur des mots d'ordre.“ Aus: Barroux, Rémi und Jakubyszyn, Christophe: Dominique de Villepin confronté à son premier coup de tabac social. In: *Le Monde*, 04.10.2005 (online-Version).

nationalen Arbeitnehmer direkt berührt und daher eine Reaktion seitens der Gewerkschaften erfordert, die über eine reine Stellungnahme hinausgeht. Um die Reaktion der Gewerkschaften einschätzen zu können, werden zunächst der Inhalt der Richtlinie sowie die allgemeine europaweite und die spezielle französische Reaktion auf die Richtlinie vorgestellt.

1 Inhalt des Richtlinienentwurfs und europaweite Reaktion

Der Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zur Beseitigung der Barrieren im Dienstleistungssektor ist Bestandteil einer längerfristig angelegten Strategie der Kommission, die zur endgültigen Umsetzung des freien Binnenmarktes auch im Dienstleistungssektor beitragen soll. Der freie Verkehr von Dienstleistungen wurde schon 1957 zusammen mit den Freiheiten von Waren, Personen und Kapital in den Verträgen von Rom als Ziel festgelegt (siehe Abschnitt III.A.1). Während die andern drei Freiheiten bis heute, wenn auch zum Teil gegen viel Widerstand, im Prinzip durchgesetzt werden konnten, hinkt die Dienstleistungsfreiheit nach wie vor weit hinterher. Da 70% der gesamten europäischen Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich erwirtschaftet werden, steht die Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit nach Ansicht der Kommission der Schaffung von dringend notwendigen Arbeitsplätzen im Wege.²⁷⁴ Die Kommission setzte es sich daher zum Ziel, „die Handelsbarrieren im Dienstleistungssektor abzubauen [...], um das Potential der europäischen Dienstleistungswirtschaft voll ausschöpfen zu können“²⁷⁵ und rief auf dem EU-Gipfel von Helsinki 1999 eine „Binnenmarktstrategie für den Dienstleistungssektor“ ins Leben. Diese wurde auf dem „Europäischen Rat zu Beschäftigung und Innovation“ in Lissabon im März 2000 als „Herzstück“ in die dort beschlossene „Lissaboner Strategie“ aufgenommen. Innerhalb der Binnenmarktstrategie stellt der Vorschlag der Dienstleistungsrichtlinie eine zentrale Maßnahme dar. Durch die Umsetzung dieser Richtlinie sollen mögliche Hindernisse für die Niederlassungsfreiheit von Dienstleistungserbringern und für den freien Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten beseitigt werden.²⁷⁶ Unter die Richtlinie fallen alle Dienstleistungen für Verbraucher und für Unternehmen, und zwar unabhängig davon, ob die Leistungen persönlich oder zum Beispiel über das Internet erbracht

²⁷⁴ Vgl. die Aussage von Charlie McCreevy, Europäischer Binnenmarktkommissar: „Services make up 70% of the Union’s GDP. Almost all new jobs created in recent years have come from this sector.“ Vgl. McCreevy, Charlie: Pro: Opening the services markets – standing still is not an option. Aus der Reihe: Debating the EU service directive. In: *CESifo Forum* 6.1 (2005), S. 29.

²⁷⁵ „Binnenmarktstrategie: Die Kommission fordert die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten auf, gemeinsam die Leistung zu steigern.“ Beitrag auf der offiziellen Homepage der Europäischen Kommission: http://www.europa.eu.int/comm/internal_market/de/update/strategy/review01.htm (Stand November 2005).

²⁷⁶ Dies und folgendes zum Inhalt des Richtlinienentwurfs (bis einschließlich Fußnote 280) vgl. den Bericht „Dienstleistungs – Richtlinie: Hin zu einem echten Binnenmarkt für Dienstleistungen“ auf der offiziellen Homepage der EU aus dem Bereich „Tätigkeitsberichte der Europäischen Union. Zusammenfassung der Gesetzgebung.“ <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/123014.htm> (Stand Oktober 2005).

werden.²⁷⁷ Die Richtlinie sieht zum einen Änderungen vor, die Hindernisse für die Niederlassung eines Dienstleistungserbringers beseitigen sollen.²⁷⁸ Zum anderen macht sie Vorschriften, wie Hindernisse für den freien Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten zu beseitigen seien. Zentral sind hierbei das „Herkunftslandprinzip“, das vorsieht, dass der Dienstleistungserbringer einzig den Rechtsvorschriften des Landes unterliegt, in dem er niedergelassen ist, und die Regel, dass die Kontrollverfahren bei der „Entsendung von Arbeitnehmern“ in großen Teilen vom entsendenden Land übernommen werden sollen.²⁷⁹ Als dritten Block führt die Richtlinie Maßnahmen für die „Stärkung des für die Beseitigung dieser Hindernisse erforderlichen gegenseitigen Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten“ ein.²⁸⁰

Der Richtlinienvorschlag löste europaweit einen Sturm der Entrüstung aus. Während die Richtlinie von Vertretern der Wirtschaft begrüßt wurde, da diese in ihrer Umsetzung die Möglichkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze sahen²⁸¹, wandten sich insbesondere die Gewerkschaften und Sozialverbände europaweit vehement gegen ihre Umsetzung. Sie befürchten, dass die Richtlinie die Tür zu einem „Wettlauf nach unten“ öffnen könnte, zu Lohndumping, Sozialabbau und einem Zustrom von billigen Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedstaaten. Besonders im Visier der Kritik ist das „Herkunftslandsprinzip“, da befürchtet wird, dass dessen Umsetzung zur zunehmenden Niederlassung von Unternehmen in den

²⁷⁷ Als Beispiele für die dadurch erfasste „breite Palette von Tätigkeiten“ werden unter anderem aufgezählt: Dienstleistungen des Handels, des Baugewerbes und der Architekten, Dienstleistungen im Freizeitbereich, Dienste der Informationsgesellschaft, Werbung, Vermietung von Kraftfahrzeugen, Sicherheitsdienste, Gesundheitsdienstleistungen. Ausgenommen von der Richtlinie dagegen sind alle Dienstleistungen, „die direkt und unentgeltlich durch den Staat in Erfüllung seiner sozialen, kulturellen, bildungspolitischen und rechtlichen Verpflichtungen erbracht werden“, sowie Finanzdienstleistungen und Dienstleistungen im Verkehr, die bereits in anderen „einschlägigen Rechtsvorschriften“ geregelt sind.

²⁷⁸ Dazu zählen unter anderem Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung, verbindliche Grundsätze für Genehmigungserfordernisse und das Verbot besonders restriktiver rechtlicher Anforderungen an die Unternehmen.

²⁷⁹ Unter anderem umfasst dieser Abschnitt das Recht der Dienstleistungsempfänger, Dienstleistungen aus anderen Mitgliedstaaten in Anspruch zu nehmen, ohne dabei durch restriktive Maßnahmen eines Mitgliedstaates behindert zu werden; sowie die Einführung einer Verwaltungszusammenarbeit zwecks Aufgabenteilung zwischen Herkunfts- und Entsendemitgliedsstaat.

²⁸⁰ Hierzu zählt zum Beispiel die Harmonisierung der Rechtsvorschriften im Dienstleistungsbereich oder die Ausarbeitung gemeinschaftsweiter Verhaltenskodizes.

²⁸¹ Stellvertretend für viele ähnliche Positionen hier Ausschnitte aus der Argumentation von Holger Wenzel, Geschäftsführer des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels: Seiner Auffassung nach stellt die Richtlinie ein „wertvolles Instrument zur Belebung des Binnenmarktes“ dar. Ihre vollständige Umsetzung sei eine wesentliche Voraussetzung für eine Verbesserung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung in der EU. Zudem bedeute ihre Umsetzung eine Vergrößerung des Dienstleistungsangebotes für Verbraucher. Auch wenn er einzelne Punkte der Richtlinie, wie zum Beispiel das Herkunftslandprinzip, kritisiert, setzt er sich dennoch für die Umsetzung einer nur leicht veränderten Richtlinie ein: „Die Richtlinie, die als Tiger gestartet ist, darf nicht als Bettvorleger landen!“ Wenzel, Holger: Beitrag zu der Frage „Sollte die EU-Dienstleistungsrichtlinie nachgebessert werden?“ in der Reihe „Zur Diskussion gestellt“ des *ifo Schnelldienstes*, 58.9 (2005), S. 3-5.

Ländern mit den niedrigsten Standards und damit zu einem Unterbietungswettbewerb führen wird.²⁸²

Der europaweite Widerstand gegen die Richtlinie erreichte seinen Höhepunkt mit der vom EGB organisierten Großdemonstration für ein sozialeres Europa am 19. März 2005 in Brüssel, an der etwa 60 000 Demonstranten aus allen europäischen Mitgliedstaaten teilnahmen. Ziel des Protestes war es, Druck auszuüben auf den vom 22. bis 23. März 2005 ebenfalls in Brüssel stattfindenden Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs, auf dem unter anderem über die Neubelebung des „Lissabon-Prozesses“ diskutiert werden sollte. Im Mittelpunkt der Demonstration stand die Forderung nach der Rücknahme bzw. der Überarbeitung der Dienstleistungsrichtlinie.²⁸³ Die massiven Proteste waren erfolgreich: Sie führten dazu, dass der Richtlinienentwurf schließlich, insbesondere auf das Drängen des Präsidenten Chirac und des damaligen Bundeskanzler Schröder, zur Überarbeitung zurückgenommen wurde. Die Teilnehmer des Gipfels einigten sich auf einen widersprüchlichen und vielfältig interpretierbaren Kompromiss, der besagt, dass der Binnenmarkt in vollem Maße funktionieren müsse, wobei aber zugleich das europäische Sozialmodell zu wahren sei.²⁸⁴ Die Richtlinie wird nun erneut im Rat und im Europäischen Parlament bearbeitet. Nach mehreren Aufschieben ist die erste Lesung im Parlament für Anfang des Jahres 2006 vorgesehen.

²⁸² Vgl. hierzu die Aussage der sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament Evelyne Gebhardt, Berichterstatterin und Parlamentskoordinatorin zum Themenfeld Dienstleistungsrichtlinie, in einem Interview im Deutschlandfunk: „Die schwarzen Schafe könnten sich in den Ländern niederlassen, in denen die Rechte am niedrigsten sind und mit diesem niedrigsten Recht ihre Dienstleistung anbieten in anderen Staaten. Das bedeutet, dass dann diese Menschen sehr viel billiger, aber mit weniger Schutz ihre Dienste anbieten. Und sie würden dann den ganzen Markt eigentlich kaputt machen für diejenigen, die ordentlich arbeiten.“ Zitiert nach: Berger, Alois: Zahllose bürokratische Hürden. Zur geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie. Gesendet am 04.03.2005 (Hintergrund Politik). Siehe <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/353285/>. (Stand März 2005).

Die Kritiker der Richtlinie monieren zudem, dass die Richtlinie mit bestehendem Gemeinschaftsrecht kollidiere. Zum Beispiel werde die Entsenderichtlinie von 1996 dadurch de facto in Frage gestellt, dass die Kontrolle der Arbeitsbedingungen bei Dienstleistungserbringungen künftig zum großen Teil nicht vom Arbeitsland, sondern vom entsendenden Land durchgeführt werden soll. Dieses verfüge aber weder über die Mittel noch über den Anreiz dazu, die Kontrollen wirklich durchzuführen. Zudem fordern die Kritiker, dass alle Dienstleistungen „von allgemeinem Interesse“, einschließlich der Gesundheitsdienstleistungen, von der Richtlinie ausgeschlossen werden und der Begriff der Dienstleistung eindeutiger definiert wird. Vgl. hierzu zum Beispiel die Beiträge von Evelyne Gebhardt (sozialdemokratische Abgeordnete im Europäischen Parlament), Hanns-Eberhard Schleyer (Geschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks) und Heide Rühle (Abgeordnete der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament) zur Frage „Sollte die EU-Dienstleistungsrichtlinie nachgebessert werden?“ in der Reihe *Zur Diskussion gestellt* des ifo Schnelldienstes 58.9 (2005), S. 6-11.

²⁸³ Vgl. dazu zum Beispiel Beuve-Méry, Alain und Rivais, Rafaëlle: Les syndicats européens unis contre la directive Bolkestein. *Le Monde*, 22.03.2005, S. 6.

²⁸⁴ Zitiert nach: Ohne Verfasser: EU setzt sich bescheidenere Ziele. Dienstleistungsrichtlinie der Kommission abgelehnt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.03.2005, S.1. Dieser Kompromiss ist widersprüchlich und sein Inhalt unbegrenzt interpretierbar. Vgl. dazu zum Beispiel den Kommentar „Biegsame Worte“ von Alexander Hagelüken in der *Süddeutschen Zeitung* vom 24./25.03.2005 (onlineVersion), in dem dieser anmerkt: „Mit biegsamen Worten in einem Satz zwei widersprüchliche Positionen unterstützen – das ist meisterhaft.“ Zudem wird mit dem Hinweis auf das „europäische Sozialmodell“ ein durchaus fragwürdiger Begriff verwendet. Vgl. dazu Fußnote 237.

Hiermit ist etwas eingetreten, was es nie zuvor gegeben hat: Eine Richtlinie, die noch nicht verabschiedet ist, wird zum gesamteuropäischen Streitfall und bekommt eine dermaßen große öffentliche Wirkung, dass sie schließlich zur Bearbeitung zurückgezogen wird. Die Breitenwirkung der Richtlinie ist nur durch den Kontext zu erklären, in den die Diskussion um die Richtlinie eher zufällig geraten ist: Sie fällt zeitlich zusammen mit den Referenden in einigen EU-Staaten zur Annahme des Verfassungsentwurfes und der damit einhergehenden hitzigen Diskussion um das Für und Wider Europas, sowie mit der Durchführung der Erweiterung der Europäischen Union nach Osten. Die Reaktion auf die Dienstleistungsrichtlinie ist daher nicht allein als Reaktion auf den Inhalt der Richtlinie zu verstehen: Sie bildet den Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung mit der heutigen Europäischen Union, wobei verschiedene Ebenen und Ereignisse vermischt werden. Dieses Phänomen ist ganz besonders deutlich in Frankreich zu beobachten. Um die Reaktion der französischen Gewerkschaften einschätzen und abgrenzen zu können, soll daher im Folgenden kurz auf die Aufnahme der Richtlinie in Frankreich eingegangen werden.

2 Reaktion in Frankreich

Wohl in keinem anderen Land fiel die Reaktion auf die Richtlinie so drastisch aus wie in Frankreich. Für sich selbst spricht die Umbenennung der „Bolkestein-Richtlinie“ in „Frankenstein-Richtlinie.“²⁸⁵ Die Richtlinie wird zum Inbegriff der „ultraliberalen Ausrichtung“ Europas, zum Kristallisationspunkt der verschiedenen europakritischen Tendenzen und der zunehmenden Angst vor einem „unsozialen“ Europa mit Sozialdumping und steigender Arbeitslosigkeit. Quer durch die politischen Gruppierungen wird die Bedrohung des französischen Sozialmodells durch die Richtlinie beschworen.²⁸⁶ Die Auseinandersetzung um die Richtlinie wird – teilweise gezielt – mit der Diskussion über die Verfassung und über die Osterweiterung vermischt. Die aufgebauschte Angst vor der Dienstleistungsrichtlinie im Zusammenhang mit der Osterweiterung findet ihren Ausdruck in der Gestalt des unterdessen schon legendären und in der europäischen Presse vielfach

²⁸⁵ Vgl. zum Beispiel Beuve-Méry, Alain und Rivais, Rafaëlle: Les syndicats européens unis contre la directive Bolkestein. *Le Monde*, 22.03.2005, S. 6.

²⁸⁶ So antwortet zum Beispiel Claudie Haigneré, *ministre déléguée aux Affaires européennes*, interviewt von Marie-Lætitia Bonavita in *Le Figaro* auf die Frage, ob die Ablehnung der Richtlinie nicht Ausdruck einer tendenziell protektionistischen Grundhaltung in Frankreich sei: „Il s’agit de défendre notre conception d’un modèle social [...]“ (*Le Figaro*, 02.02.2005, S.3). Der der extremen Rechte zuzuordnende Philippe de Villier, Präsident des *Mouvement pour la France*, argumentiert in die gleiche Richtung, wenn auch noch radikaler: „C’est toute la vie quotidienne des Français qui va être bouleversée: salaires, protection sociale, concurrence déloyale, insécurité juridique, des délocalisation.“ Zitiert nach: Tabard, Guillaume: La directive Bolkestein s’invite dans la campagne référendaire. In: *Le Figaro*, 26.01.2005, S. 7. Hiermit nimmt de Villier genau die Argumente der auf der linken Seite angesiedelten Globalisierungsgegner auf. Vgl. Castagnet, Mathieu: En France, la directive s’introduit dans la mêlée du référendum. In: *La Croix*, 15.03.2005, S. 4.

kommentierten „plombier polonais“, des polnischen Klempners, der im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit mit seinen Kollegen in Frankreich einfallen und den Franzosen ihre Arbeitsplätze wegnehmen werde.²⁸⁷ Diese Angst hält sich weiterhin, auch wenn alle Berechnungen und Vorhersagen darin übereinstimmen, dass Frankreich von der Osterweiterung weit mehr profitieren wird als Schaden nehmen.²⁸⁸

Aber nicht nur zwischen der Dienstleistungsrichtlinie und den möglichen Folgen der Osterweiterung wird ein enger Zusammenhang gesehen, sondern auch zwischen der Dienstleistungsrichtlinie und dem Verfassungsentwurf. Von den Verfassungsgegnern wird die Richtlinie ohne Rücksicht auf die genauen Inhalte genutzt, um gegen die Verfassung zu mobilisieren, die den gleichen „neoliberalen Geist“ wie die Richtlinie verkörpere:

„[L]es partisans du non le [le projet de directive] diabolisent à volonté, utilisant le levier de toutes les peurs françaises. Que n'avons-nous pas entendu? Ce projet [...] ferait voler en éclats le système de protection sociale en France, les étrangers venus de l'Est travailleraient pour dix sous durant dix-huit heures par jour... Bref, la directive Bolkestein serait l'illustration de la loi de la jungle libérale.“²⁸⁹

Von Seiten der Regierung wurde nichts getan, um diesen diffusen Ängsten und Vermischungen entgegenzuwirken, im Gegenteil. Die Reaktion Chiracs, der unter großem Druck stand, weil der zunehmende Aufruhr um die Richtlinie die von ihm erwünschte und politisch dringend benötigte Zustimmung der Franzosen zum Verfassungsreferendum gefährdete, führte eher dazu, dass die Annahme vieler Franzosen, die Richtlinie sei ein weiterer Schritt zu einem „ultraliberalen“ und unsozialem Europa, noch verstärkt wurde. Auf dem Gipfel in Brüssel erklärte Chirac, die Richtlinie sei „inacceptable“, und verlangte ihre

²⁸⁷ Aufgebracht wurde dieses sich dann sehr schnell verbreitende und verselbständige Beispiel des polnischen Klempners von Philippe de Villier (Präsident des *Mouvement pour la France*) in einer Fernseh-Talkshow. Schnell wurde auch das Ausland auf diese „Personifikation“ der angeblichen Gefahren, die durch die Osterweiterung und die Liberalisierung Europas entstünden, aufmerksam. Eine zeitlang geisterte der Klempner europaweit durch die Presse. Vgl. dazu zum Beispiel den Artikel von Martin Arnold in der *Financial Times* vom 28./29.05.2005, S. 4: „Polish plumber symbolic of all French fear about constitution.“ Darin heißt es ironisch: „If French president Jacques Chirac finds himself scratching his head on Monday morning, wondering why so many voters rejected the European Union constitution, he should know immediately who to blame: the Polish plumber.“ Auf sehr humorvolle Weise reagierte Polen. Das Land drehte den Spieß um und präsentierte auf einer Tourismus-Messe in Frankreich den „polnischen Klempner“ als attraktives Model. Spätestens durch diesen Auftritt gelangte der polnische Klempner auch in die Unterhaltungs- und Regenbogenpresse. So präsentiert das Fernsehmagazin *Télé 7 jours* in der Ausgabe der dritten Juli-Woche ein Photo des „Klempners“ mit dem Untertext: „Le fameux plombier polonais était en visite en France. Ce mannequin, qui n'a de plombier que la clé à molette, arrive de Varsovie pour vanter, à Paris, les charmes de son pays. Cette campagne de l'office du tourisme polonais répond, avec humour, aux craintes exprimées pendant le débat sur la Constitution européenne.“ Die ausländischen Journalisten des Radiosenders *France Inter* wählten den polnischen Klempner im April dieses Jahres zum „Mann des Jahres 2005“.

²⁸⁸ „The polish plumber debate has touched a nerve, in spite of economic data showing that France has far more to gain than to lose from opening its borders to trade and workers from new EU members [...]“ Arnold, Martin: Polish plumber symbolic of all French fear about constitution. *Financial Times* 28./29.05.2005, S.4. Nach Schätzungen der Europäischen Kommission verlor Frankreich seit der Osterweiterung 6500 Arbeitsplätze durch Firmen, die einzelne Produktionsschritte nach Osteuropa auslagerten, 150 000 Arbeitsplätze aber konnten in Frankreich durch den verstärkten Handel mit den osteuropäischen Ländern geschaffen werden. (Ebd.)

²⁸⁹ Deger, Marc: *La directive service*, bouc émissaire de toutes les peurs. In : *La Tribune*, 10.02.2005, S. 12.

vollständige Rücknahme („une remise à plat complète“).²⁹⁰ Er forderte eine sozialere Ausrichtung Europas, wandte sich gegen „ces théories du libéralisme“, die Europa heute beherrschten, und setzte sich für eine „mondialisation contrôlée, humanisée, maîtrisée“ ein.²⁹¹ Damit bediente er sich des Vokabulars der linken Antiglobalisierungsgegner. Das war ein taktischer Coup, der in Teilen aufging: Chiracs „Etappensieg“ gegen das neoliberale Europa wurde von vielen Gegnern der Dienstleistungsrichtlinie gefeiert. So titelte zum Beispiel die Zeitschrift *Liaisons sociales*: „Saint Chirac terrasse le dragon Bolkestein et sauve l’Europe sociale.“²⁹² Zum Sündenbock wurde also wieder „Brüssel“, das die EU in eine liberale Richtung dränge.²⁹³ Es blieb aber bei einem „Etappensieg“; Chiracs Rechnung ging im Endeffekt nicht auf: Sicherlich hat sein Angriff auf ein „neoliberales Europa“ viel zur wachsenden Ablehnung der europäischen Verfassung in der französischen Bevölkerung beigetragen.

3 Reaktion der französischen Gewerkschaften

Vor diesem Hintergrund soll unter verschiedenen Gesichtspunkten untersucht werden, wie die französischen Gewerkschaften auf die Richtlinie reagieren. Es stellt sich die Frage, inwiefern sich in den Reaktionen die beschriebenen Charakteristika der französischen Gewerkschaften, wie zum Beispiel deren Neigung zur Politisierung von Konflikthalten, niederschlagen. Die Vermutung liegt nahe, dass die französischen Gewerkschaften die beschriebene Vermischung der verschiedenen Ebenen (Richtlinie, Verfassung und Auswirkungen der Osterweiterung)

²⁹⁰ Ähnlich reagierte der damalige deutsche Bundeskanzler Schröder. Zwar forderte er nicht die komplette Rücknahme, aber eine Überarbeitung der Richtlinie. Dazu Schröder in einem *Zwischenruf* der Zeitschrift der IG BAU *Grundstein* (Mai 2005, online-Version): „Beim Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates habe ich mich gemeinsam mit Präsident Chirac für eine grundlegende Überarbeitung des Entwurfs der Dienstleistungsrichtlinie eingesetzt.“ Auch Schröder stand unter Druck: Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen standen bevor. In einem Artikel in der *Financial Times Deutschland* zählt die Verfasserin alle Vorteile der Richtlinie auf, die ihrer Ansicht nach die Nachteile bei weitem überwiegen, und zieht dann das Fazit: „All das wird jemand auch Frankreichs Präsident Jacques Chirac und Kanzler Gerhard Schröder gesagt haben. Beide haben offenbar ein anderes Prinzip stärker verinnerlicht: Es ist leichter, gegen die EU Wahlkampf zu machen, als für die EU-Pläne Überzeugungsarbeit zu leisten.“ (Tutt, Cordula: Vertraut den Verbrauchern! Auch Dienstleister sollen ihr Produkt künftig EU-weit anbieten können. Doch Frankreich und Deutschland blockieren – aus Populismus. Die Richtlinie schadet nicht. In: *Financial Times Deutschland*, 09.02.2005, S.27.)

²⁹¹ Zitiert nach: Bouilhet, Alexandrine: Chirac dénonce l’Europe libérale. In: *Le Figaro*, 24.03.2005, S. 5. Von seinen europäischen Kollegen, insbesondere von den angelsächsischen, die genau wissen, dass sein Verhalten dem Druck des Referendums zuzuschreiben ist, werden seine Ausführungen nicht ernst genommen. Ein irländischer Minister kommentiert mit ironischem Unterton: „Nous avons un nouveau socialiste parmi nous: c’est sympathique!“ (ebd.).

²⁹² *Liaisons Sociales Europe* 31.03. bis 13.04.2005 (Nr. 125), S. 1 (ohne Verfasser).

²⁹³ Vgl. dazu den Kommentar in *La Tribune*: „Bruxelles fait-elle du zèle libéral? C’est l’une des critiques les plus souvent entendues. La Commission européenne pousserait à une libéralisation que ne souhaiteraient pas les Etats membres. Or ce sont précisément les chefs d’Etat et de gouvernement qui, lors de leur sommet de Lisbonne en mars 2000, ont mandaté la Commission.“ In: Deger, Marc: *La directive service*, bouc émissaire de toutes les peurs. In: *La Tribune*, 10.02.2005, S. 12. Die gleiche Kritik wird in *Le Monde* geübt: „Depuis quelques semaines, le monde politique français se livre à son sport préféré: faire de la Commission européenne sa tête de Turc.“ Vgl. das Editorial. „Une directive choc“. In: *Le Monde*, 17.03.2005, S. 18.

mittragen bzw. sogar noch forcieren. Eine zweite zentrale Frage ist, inwiefern sich die in den vorhergehenden Kapiteln beschriebenen Positionierungen der Gewerkschaften gegenüber der Europäischen Integration sowie die angedeuteten Wandlungerscheinungen in den Strategien und Koalitionen in der Reaktion wiederentdecken lassen.

Alle französischen Gewerkschaften sind sich darin einig, dass die Richtlinie in ihrer bisherigen Ausformulierung gravierende Nachteile für die Arbeitnehmer bringen werde und daher auf keinen Fall in ihrer jetzigen Form umgesetzt werden dürfe. Allen gemeinsam ist auch, dass sie sich in erster Linie gegen das Herkunftslandprinzip aussprechen, in dem sie einen Widerspruch zur bisherigen europäischen Gesetzgebung und eine große Gefahr für die nationalen Arbeitsbedingungen sehen. Anne-Marie Perret (FO) spricht in Bezug auf die Richtlinie von einem „front uni avec quelques nuances“ der französischen Gewerkschaften. Tatsächlich stimmen die Gewerkschaften hier in den großen Linien überein. Unterschiede gibt es allerdings im Grad der Ablehnung sowie in den wichtigsten Begründungen: *Solidaires* und FO setzen sich für eine Ablehnung der Richtlinie als ganze ein. Sie sehen in ihr vor allem eine Bedrohung des *service public*. Anne-Marie Perret, Gérard Mazuir (FO) sowie Jean-Michel Nathanson (*Solidaires*) äußern, ihre Gewerkschaften verstünden sehr wohl, dass ein gemeinsamer Markt auch im Dienstleistungsbereich sinnvoll sei, die Bereiche des *service public* müssten aber auf jeden Fall ausgeschlossen werden. Dazu Anne-Marie Perret (FO):

„On peut comprendre la nécessité de faire tomber les barrières dans le cadre d'un marché intérieur. Mais ceci doit se faire dans le respect des règles destinées à éviter le dumping social, salarial et environnemental. Par ailleurs, les services publics (tels que l'eau, la santé, l'éducation, la fonction publique) doivent être exclus du champ d'application d'une telle directive.”

Alle drei Interviewpartner betonen, dass es dafür nötig sei, auf europäischer Ebene eine Definition des *service public* festzuschreiben.²⁹⁴

Auch die CGT fordert die Rücknahme der Richtlinie. Albert Riedinger äußert, die Richtlinie sei „totalement inacceptable“ für die Arbeitnehmer. Die CGT befürchtet, dass die französische Arbeitsgesetzgebung durch die Richtlinie außer Kraft gesetzt werden könnte. Dazu Riedinger: „Bolkestein, ça bouscule toute la législation française.“ Hier wird wieder der hohe Stellenwert deutlich, den die CGT der nationalen Gesetzgebung beimisst. Gleichzeitig

²⁹⁴ Dazu Gérard Mazuir (FO) im Interview: „L'Europe du marché se préoccupe des services publics sans définir ce que c'est, le service public. C'est n'importe quoi. On ne sait plus: Qu'est-ce qui est service public, qu'est-ce qui n'est pas service public.“ Es ist allerdings wenig überraschend, dass eine solche Definition bis jetzt fehlt, hat doch jedes Land eine andere Vorstellung dessen, was unter den Bereich *service public* fällt. Ein Modell des *service public* wie in Frankreich gibt es in keinem zweiten EU-Staat.

betont Riedinger aber, die CGT sei in ihrer Einstellung gegenüber der Richtlinie sehr viel moderater als die FO.

Die CFDT, die laut Emmanuel Mermet die nuancierteste und differenzierteste Einstellung zur Richtlinie innerhalb der französischen Gewerkschaften hat, wendet sich nicht gegen die Richtlinie an sich, da sie die Öffnung des Dienstleistungssektors im Rahmen des Binnenmarktkonzeptes, das nun einmal ein Grundpfeiler der Europäischen Integration sei, für begrüßenswert hält.²⁹⁵ Die Öffnung der Grenzen sei die beste Möglichkeit, um wirklich eine Harmonisierung der Lebens- und Arbeitsstandards zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten durchzusetzen. Die CFDT wendet sich aber gegen bestimmte Inhalte der Richtlinie. In der Kritik der CFDT kommen noch einmal ganz andere Gesichtspunkte als bei den anderen Gewerkschaften zum Tragen. Emmanuel Mermet hebt hervor: „La directive stigmatise les différences du développement social entre les Etats membres de l’Union.“

Etwas zugespitzt kann man sagen, dass sich in diesen Positionierungen die in Kapitel IV.A.2 dargestellten Einstellungen, die von der totalen Ablehnung der momentanen Entwicklung des wirtschaftlichen Europas (Solidaires und FO) über die kritische Zustimmung (CGT) bis zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Integration vor allem als Chance (CFDT) gehen, widerspiegeln.

Eine interessante Frage ist, inwiefern die französischen Gewerkschaften, die, wie aufgezeigt, zur ideologischen Aufladung und Politisierung von Konflikten neigen, der oben dargestellten Tendenz zur Vermischung der Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie mit anderen Themen wie Verfassung und Osterweiterung gefolgt sind. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die interviewten Gewerkschaftsvertreter im Gegensatz zu dem Bild, das in den französischen, aber auch in den ausländischen Medien von der Rolle der Gewerkschaften in der Diskussion um die Verfassung und um die Dienstleistungsrichtlinie vermittelt wurde, durchweg eine sehr differenzierte Beurteilung der Situation zeigen.

Eine Verbindung der Richtlinie mit der Osterweiterung wird größtenteils zurückgewiesen. Zwar weist insbesondere Jean-Michel Nathanson (Solidaires) darauf hin, dass die Angst in Bezug auf bestimmte Passagen der Richtlinie im Zusammenhang mit der Osterweiterung berechtigt sei, keinesfalls aber die generelle Angst vor einer Invasion billiger Dienstleistungserbringer aus den neuen Mitgliedstaaten. Alle Interviewpartner betonen, dass es bei jeder Erweiterung Europas die Angst vor einer Invasion durch billige Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedsstaaten mit niedrigeren Standards gegeben habe, diese Befürchtungen

²⁹⁵ So äußert Emmanuel Mermet: „On comprend tout à fait qu’il faille un système qui permet aux offreurs de services étrangers de venir s’implanter en France.“

sich aber nie bestätigt hätten.²⁹⁶ Allesamt distanzieren sich zudem mit Nachdruck vom Schreckbild des „polnischen Klempners“. Dieses Bild sei von der extremen Rechten aufgebracht und dann auch von der extremen Linken benutzt worden.²⁹⁷

Allerdings ist den Interviewpartnern durchaus bewusst, dass die Trennung der verschiedenen Ebenen einem Großteil der Arbeitnehmer und Gewerkschaftsmitglieder nicht gelingt, da ihnen der Abstand zur eigenen Situation und das nötige Wissen über die Zusammenhänge und Abläufe in der EU fehlt. Dies wird ganz deutlich in der Aussage von Marie-France Boutroue (CGT): „La population ressent la directive par rapport à leur situation personnelle. Elle ne recherche pas ce que pourrait être bon pour elle. Elle subit tout de suite des phobies, des peurs.“ Auch hier lässt sich also wieder eine große Kluft zwischen der Wahrnehmung der Gewerkschaftselite und der Wahrnehmung der *syndicats de terrain* feststellen.

Etwas anders sieht es aus bei der Frage, inwieweit Dienstleistungsrichtlinie und Verfassung vermischt werden. Hier sind sich schon die Interviewpartner nicht mehr einig, ob die Verfassung Ausdruck des Geistes der Richtlinie sei oder nicht. Während Emmanuel Mermet (CFDT) die Vermischung der Verfassung mit der Dienstleistungsrichtlinie als große Gefahr sieht und Jean-Michel Nathanson (Solidaires) hervorhebt, diese Verbindung sei von den Medien hergestellt und dann fälschlicherweise den Gewerkschaften zugeschoben worden, hebt Albert Riedinger (CGT) hervor:

„Il y a un lien direct. La directive est exactement parallèle à un certain nombre d'articles du traité. Elle a exactement la même philosophie économique qu'un certain nombre d'articles du traité.“

Die Meinungsverschiedenheiten über die Rolle der Dienstleistungsrichtlinie in Bezug auf die Verfassung lösen innerfranzösische Auseinandersetzungen auf der EGB-Demonstration vom 19. März 2005 aus, auf die im Folgenden noch ausführlich eingegangen wird.

Als Zwischenfazit lässt sich hier zunächst festhalten, dass sich beim Umgang mit der Dienstleistungsrichtlinie zum Teil Unterschiede zwischen den Gewerkschaften feststellen lassen, vor allem aber eine ganz ähnliche Tendenz des Auseinanderklaffens der Wahrnehmung zwischen Gewerkschaftsspitze und Gewerkschaftsmitgliedern zu beobachten ist, wie sie schon bei der generellen Einstellung zur Europäischen Integration zu sehen war.

²⁹⁶ Dazu äußert Albert Riedinger (CGT): „Ceux que crient aujourd'hui aux *dumping social* par rapport à l'élargissement criaient déjà au *dumping social* lorsqu'on a élargi à la Grèce, au Portugal, à l'Irlande, même à l'Espagne. Aujourd'hui, le salaire moyen en Espagne est supérieur à ce qu'on a en France.“ Insbesondere Albert Riedinger (CGT) und Jean-Michel Nathanson (Solidaires) weisen aber darauf hin, dass im Gegensatz zu den anderen Erweiterungen die Osterweiterung sehr schlecht vorbereitet gewesen sei und es an Mitteln zur Angleichung der Lebensstandards, wie sie damals zum Beispiel in die neuen südlichen EU-Mitgliedsstaaten geflossen seien, heute fehle.

²⁹⁷ Emmanuel Mermet (CFDT): „Ce sont les gens de l'extrême droite et de l'extrême gauche qui ont pris l'exemple du plombier polonais et de la directive pour montrer les risques de l'Union Européenne. Ça nous a semblé un très mauvais calcul parce que c'est faire le jeu du *Front National*.“

Nach erstaunlich übereinstimmenden Stellungnahmen der Interviewpartner trägt zu den diffusen Ängsten, die die Richtlinie bei der Bevölkerung auslöst, in starkem Maße das Verhalten der Politiker bei, die in Bezug auf die Dienstleistungsrichtlinie alle Schuld auf Brüssel schieben, obwohl sie die Beschlüsse zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors selbst mit getragen hätten.

Zuletzt soll nun betrachtet werden, inwiefern sich an der Reaktion der französischen Gewerkschaften auf die Dienstleistungsrichtlinie die angedeuteten möglichen Strategie- und Koalitionsveränderungen tatsächlich festmachen lassen.

Es fällt auf, dass von allen interviewten Vertretern der drei großen Gewerkschaften auf die Frage, was ihre Gewerkschaften getan habe und weiterhin tun werde, um sich gegen die Umsetzung der Richtlinie in ihrer jetzigen Form einzusetzen, zuallererst die Einflussnahme auf der europäischen Ebene und dabei in erster Linie über den EGB genannt wird. Verwiesen wird auf die große Lobby-Macht des EGB sowie den großen Einfluss, den er auf das Europäische Parlament habe.

Als zweitwichtigster Einflusskanal auf europäischer Ebene wird von den Vertretern der drei großen Gewerkschaften der Einfluss auf die europäischen Parlamentarier genannt. Insbesondere versuche man, in Kontakt mit Evelyne Gebhardt, der Berichterstatterin des Europäischen Parlamentes zur Dienstleistungsrichtlinie, zu bleiben.

Aber nicht nur über den Weg der Kommunikation und des Lobbying-Drucks versuchen die Gewerkschaften etwas zu bewegen, sondern auch durch gemeinsame Protestaktionen auf europäischer Ebene. Alle Gewerkschaftsvertreter verweisen auf den großen Einfluss, den die vom EGB organisierte Großdemonstration vom 19. März 2005 auf den EU-Gipfel und damit auf das weitere Geschick der Dienstleistungsrichtlinie gehabt habe. Weitere Protestaktionen auf europäischer Ebene sind vorgesehen für die Tage, an denen die Richtlinie im Europäischen Parlament verhandelt wird. Die CGT zum Beispiel plant laut Marie-France Boutrou (CGT) gemeinsame Aktionen mit belgischen und luxemburgischen Gewerkschaften, durch die an den Verhandlungstagen für Aufmerksamkeit gesorgt werden soll: „Nous allons agiter la foule.“

Der Dienstleistungsrichtlinie, einer europäischen Herausforderung mit Auswirkungen auf den nationalen Raum, wird also in erster Linie da begegnet, wo sie, wenn auch gelenkt durch den Einfluss der nationalen Politiker, entstanden ist: auf europäischer Ebene. Da die Richtlinie eine gemeinsame Bedrohung für alle europäischen Gewerkschaften darstellt, versuchen die

Gewerkschaften, ihr gemeinsam etwas entgegenzusetzen. Dafür ist die Großdemonstration das beste Beispiel.

Die Reaktionen bleiben aber nicht auf die europäische Ebene beschränkt. Schließlich sind es in erster Linie die nationalen Staats- und Regierungschefs, die die wesentlichen Entscheidungen auf europäischer Ebene fällen. Die französischen Gewerkschaften versuchen daher, die nationale Regierung dazu zu bewegen, auf europäischer Ebene in ihrem Sinne zu handeln. Während Solidaires dabei allein auf Druck durch Proteste und über die Medien setzt, haben die drei repräsentativen Gewerkschaften zudem Kontakt zur nationalen Regierung und zu den nationalen Parlamentariern aufgenommen. Dabei unterscheiden sie sich aber in der Zielsetzung: Während die CGT und FO sich vor allem dafür einsetzen, dass die Regierung alles tut, um die Umsetzung der Richtlinie in ihrer jetzigen Form bzw. insgesamt zu verhindern, hat sich die CFDT insbesondere im Vorfeld der Referendumsdebatte an die Regierung gewandt, um darauf zu drängen, dass die Verhandlungen um die Richtlinie verschoben werden. Die Diskussion um die Richtlinie fand nach Meinung der CFDT wegen des zeitlichen Zusammentreffens mit dem Verfassungsreferendum und der Osterweiterung in einem denkbar ungünstigen Augenblick statt. Dazu äußert Emmanuel Mermet:

„On a évoqué le problème de la directive auprès du gouvernement mais surtout dans le fait que c'était en lien avec le référendum en disant *ça tombe vraiment à un très mauvais moment*. C'est un sujet qui est énormément complexe. En pleine période de référendum, ça nous paraît un très mauvais moment de parler de la directive de façon sereine.”

Im Gegensatz zur CFDT, die die Vermischung der Diskussion über die Verfassung mit der Diskussion über die Richtlinie für gefährlich hielt und daher anprangerte, machten sich Teile der anderen Gewerkschaften genau diese Situation zunutze, um durch die Verbindung zwischen Richtlinie und Verfassung Druck auf Präsident Chirac auszuüben, der dringend auf eine Zustimmung der Franzosen zur Verfassung angewiesen war. Dieses Vorgehen blieb nicht auf die nationale Ebene beschränkt, sondern wurde mit der Demonstration vom 19. März 2005 auch auf die europäische Ebene übertragen. Der EGB hatte im Vorfeld ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Demonstration nicht zu einer Veranstaltung für oder gegen die Europäische Verfassung werden sollte.²⁹⁸ Während alle anderen teilnehmenden Gewerkschaften sich daran hielten, nutzte die CGT die Demonstration trotz dieser Vorgabe als Plattform, um gegen die Verfassung zu mobilisieren.²⁹⁹ Dies verleitete wiederum die

²⁹⁸ „[L]e secrétaire général de la CES, John Monks, a déclaré qu'il n'aillait pas *compter les «qui» et les «non»*, qu'il ne s'agissait pas de manifester sur le traité, mais *pour plus et de meilleurs emplois, contre Bolkestein et pour l'Europe sociale*.“ Ferenczi, Thomas: La libéralisation des services domine la réunion des syndicats européens samedi à Bruxelles. In : *Le Monde* 19.05.2005, S. 6.

²⁹⁹ Bezeichnenderweise verteilen die *militants* der CGT, da aufgrund der Auflage des EGB keine offiziellen Flyer gegen die Verfassung gedruckt wurden, neben selbst gefertigten Handzetteln Aufkleber mit dem Logo der

CFDT dazu, trotz des Gebotes des EGB ihrerseits Stellung zu beziehen. In der Ausgabe ihrer Gewerkschaftszeitschrift vom 17. März 2005 heißt es:

„La manifestation du 19 mars n’appelle pas à soutenir le traité constitutionnel. Aussi, la CFDT défilera sous la bannière de la CES et sur ses mots d’ordre. Mais la situation française impose aussi d’afficher un message clair en faveur du traité.“³⁰⁰

In einem Augenblick, in dem die Gewerkschaften europaweit große Mobilisationskraft zeigten und die europäische Ebene auf einmal wirklich die Möglichkeit für die Gewerkschaften bot, etwas zu bewegen, nutzten die französischen Gewerkschaften eben diese Plattform, um einerseits Druck auf ihre Regierung auszuüben, andererseits ihre innerfranzösischen Querelen auszutragen: Während die Gewerkschaften anderer Länder wie vereinbart für ein soziales Europa demonstrierten und die Verfassungsdiskussion außen vor hielten³⁰¹, zerstörten die französischen Gewerkschaften das einheitliche Auftreten. Sehr eindrücklich beschrieben wird dieses Verhalten in einer kleinen Szene, die der Journalist Thomas Lebègue von *Libération* auf der Demonstration beobachtet hat:

„Scène de la vie syndicale, samedi, avant le départ de l’euromanifestation contre la directive Bolkestein sur la dérégulation des services dans l’Union européenne. Nathalie Brandicourt, militante CFDT venue de Picardie, exhibe un autocollant distribué par son syndicat: «Constitution européenne. Pour nous, c’est oui!» Alors qu’elle est en train d’expliquer les raisons de son vote [...], un militant de la CGT lui arrache son autocollant et le brandit comme un trophée: «Comme ça, je pourrai montrer aux salariés que votre syndicat c’est des collabos!» L’attaque n’est pas très fine, mais elle en dit long sur la tension qui régnait au sein de la forte délégation française.“³⁰²

Dieses Verhalten der Gewerkschaften, bei dem alte Differenzen und Feindbilder wieder auftauchen, lässt Zweifel aufkommen an dem von Anne-Marie Perret (FO) beschriebenen „front uni syndical avec quelques nuances“ gegenüber der Richtlinie.³⁰³ Die Unterschiede scheinen gegenüber den Gemeinsamkeiten zu überwiegen. Dies macht auch das Beispiel deutlich, das Marie-France Boutroue (CGT) als Anschauung dafür bringt, wie schwierig es selbst bei einem Thema wie der Dienstleistungsrichtlinie sei, bei dem alle in etwa die gleiche Position vertreten, ein gemeinsames Vorgehen zu organisieren: Die *mouvements associatifs*

Kommunistischen Partei (PCF). Vgl. Lebègue, Thomas: Le non français à l’euromanifestation. Tension, samedi à Bruxelles, entre les syndicats CFDT et CGT au sujet du prochain référendum. In : *Libération*, 21.03.2005, S. 8.

³⁰⁰ Réau, Philippe: Euromanif. Priorité à l’emploi et au social pour l’Europe syndicale. In: *Syndicalisme Hebdo* 3020 (17.03.2005), S. 2.

³⁰¹ „[L]e gros des troupes de la CES [...] a défilé pour une Europe sociale... sans mêler le traité constitutionnel à leurs revendications.“ Lebègue, Thomas: Le non français à l’euromanifestation. Tension, samedi à Bruxelles, entre les syndicats CFDT et CGT au sujet du prochain référendum. In : *Libération*, 21.03.2005, S.8.

³⁰² Lebègue, Thomas: Le non français à l’euromanifestation. Tension, samedi à Bruxelles, entre les syndicats CFDT et CGT au sujet du prochain référendum. In: *Libération*, 21.03.2005, S.8.

³⁰³ Drei Monate später, im Dezember 2005, distanziert sich Anne-Marie Perret selbst von ihrer damaligen Aussage, allerdings nicht, da sie Differenzen in den Vorgehensweisen der Gewerkschaften sieht, sondern da sich Unterschiede in den inhaltlichen Positionierungen zur Richtlinie gezeigt hätten : „Si cela était vrai au moment où nous nous sommes rencontrées, ce ne l’est plus à l’heure actuelle. Des prises de position assez différentes sont intervenues au sein de l’exécutif de la CES.“

hätten angefragt, ob die französischen Gewerkschaften gemeinsam mit ihnen eine Aktion durchführen wollten, um während der Verhandlungen über die Richtlinie im Parlament Druck auszuüben. Da FO und die CFDT sich aber weigerten, mit den *mouvements* zusammenzuarbeiten, weil sie in ihnen Konkurrenten sähen, sei ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich. Marie-France Boutroue fasst zusammen: „Vous voyez que sur un sujet ou nous sommes tous d'accord pour faire quelque chose, on a des différences d'appréciation avec qui on veut le faire.“

Die Aussagen der Gewerkschaftsvertreter und die Beobachtungen zeigen, dass die europäische Ebene durchaus zu einem wichtigen Bestandteil der Politik der nationalen Gewerkschaften geworden ist. Dieser sich neu eröffnenden Möglichkeit wird aber gleich dadurch wieder die Zugkraft genommen, dass selbst bei einem Thema wie der Dienstleistungsrichtlinie die nationalen Uneinigheiten wichtiger genommen werden als ein gemeinsames Vorgehen auf europäischer Ebene. Es besteht die Gefahr, dass die europäische Ebene zum Austragungsort nationaler Differenzen wird.

V Vergleichende Auswertung und Ausblick

„Französische Gewerkschaften angesichts der Europäischen Integration – Kontinuität oder Wandel?“ Im Folgenden sollen die Ergebnisse in Hinblick auf den möglichen Einstellungs- und Strategiewandel der französischen Gewerkschaften angesichts der Europäischen Integration zusammengefasst und vorsichtig bewertet werden. Um einordnen zu können, inwieweit die Reaktionen der französischen Gewerkschaften von den spezifisch französischen Strukturen abhängen, also tatsächlich pfadabhängig sind, oder aber ob sich eine gewisse Konvergenz der Reaktionen innerhalb der Gewerkschaften Europas zeigt, werden als Hintergrund die Reaktionen der deutschen Gewerkschaften auf den Europäischen Integrationsprozess mit einbezogen. Die Aussagen zu den deutschen Gewerkschaften basieren im wesentlichen auf Interviews mit Thorben Albrecht, Referatssekretär, Abteilung für internationale und europäische Gewerkschaftspolitik des Bundesvorstandes des *Deutschen Gewerkschaftsbunds* (DGB), und Frank Schmidt-Hullmann, Leiter der Abteilung Internationales und Europäische Baupolitik der *Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt* (IG BAU), geführt im Oktober 2005 (zur Auswahl der Gewerkschaften und der Vertreter siehe Einleitung, I.B).

A Einstellungswandel

In Bezug auf die Einstellungen innerhalb der französischen Gewerkschaften zur Europäischen Integration lassen sich verschiedene Tendenzen feststellen. Zwar bestätigt sich insgesamt die Annahme, dass eine eher europaskeptische Sichtweise vorherrscht und sich diese in den letzten Jahren noch verstärkt hat (Wahrnehmung eines starken *misfits*). Gleichzeitig aber lässt sich insbesondere bei der CFDT, in Teilen aber auch bei der CGT in den letzten Jahrzehnten ein gegenläufiger Trend feststellen, nämlich eine zunehmende Zustimmung zu Europa in seiner heutigen Form (Wahrnehmung eines *fit*). Gerade in der jüngeren Entwicklung der Einstellungen lassen sich also Verschiebungen zwischen den Gewerkschaften feststellen: Während die CFDT sich nach einer Phase des Rückzugs auf den *socialisme autogestionnaire* seit den 1980er Jahren ganz dem europäischen Prozess verschrieben hat und sich explizit auch hinter die wirtschaftliche Integration stellt und auch bei der CGT seit Beginn der 1990er Jahre eine zunehmende Annäherung an Europa zu bemerken ist, entfernt sich FO, einst starke Unterstützerin des Integrationsprozesses, immer mehr von Europa in seiner jetzigen Form. Bei der jüngeren autonomen Gewerkschaft Solidaires lässt sich kein Wandel in der Einstellung feststellen: Sie lehnte von vornherein das bestehende Europa in seiner rein wirtschaftlichen Ausrichtung ab.

Auffällig ist, dass sich trotz der sehr unterschiedlichen Positionierungen alle vier Gewerkschaften als ausgesprochen pro-europäisch darstellen. Diese Bezeichnung wird aber unterschiedlich verstanden: Während die CFDT und ein kleiner Teil der CGT damit aussagen wollen, dass sie mit kleinen Einschränkungen hinter dem gesamten Integrationsprozess einschließlich der wirtschaftlichen Dimension stehen, beschreiben FO, Solidaires und Teile der CGT mit der gleichen Bezeichnung, dass sie zwar prinzipiell das Integrationsprojekt unterstützen, mit der heutigen Form der Europäischen Union aber in keiner Weise einverstanden sind: Sie fordern ein soziales anstelle eines liberalen Europas.

Die Verschiebung in den Einstellungen zu Europa führt dazu, dass auch Verschiebungen innerhalb der Akteurskonstellation auftreten: Während sich zum Beispiel FO und CFDT untereinander immer mehr entfremden, ist durch die Annäherung der Positionen gegenüber Europa eine Annäherung zwischen CFDT und CGT möglich geworden.

Ein Blick auf die Einstellungsentwicklung der deutschen Gewerkschaften gegenüber Europa soll dabei helfen, besser einordnen zu können, inwiefern der innerhalb der französischen Gewerkschaften abgelaufene Einstellungswandel ein spezifisch französisches Phänomen darstellt. Der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB) unterstützte die Europäische Integration von vorne herein³⁰⁴ und stellte sich auch hinter die Wegmarken der wirtschaftlichen Integration, wie zum Beispiel die Wirtschafts- und Währungsunion. Dazu äußert Thorben Albrecht (DGB):

„Der DGB war immer positiv eingestellt gegenüber der Europäischen Integration, er hat sie immer begrüßt, wenn er auch einzelne Schritte sehr kritisch sieht. Auch an die ganzen großen Wegmarken, sei es jetzt Euroeinführung oder Osterweiterung, ist der DGB grundsätzlich immer mit einem positiven Ansatz herangegangen.“

Diese insgesamt positive Einstellung gegenüber der wirtschaftlichen Integration lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass Deutschland ein sehr exportstarkes Land ist und die Gewerkschaften daher in einem größeren Markt einen Vorteil für die Arbeitnehmer sehen, während die französischen Gewerkschaften vor allem auf die zentrale Rolle des *service public* setzen und eine Öffnung der Märkte eher als Gefahr empfinden.³⁰⁵

³⁰⁴ Mit ihrer Unterstützung des Integrationsprozesses liegt der DGB ganz auf der Linie der deutschen Nachkriegspolitik: „Germany’s support for Europe is part of a linear process which began with the emergence of the post-war compromise; this pro-European stance transcends political frontiers, involving all political, economic and social players.“ „The trade union movement’s support for Europe is almost an inbuilt attitude, since it is so coloured by the specific conditions surrounding the reconstruction of Western German trade unionism after the collapse of the Nazi state and the division of Germany.“ Hege, Adelheid: *Collective Bargaining in Germany in the Age of Monetary Union*. In: Pochet, Philippe (Hrsg.): *Monetary Union and Collective Bargaining in Europe*. Brüssel 1999, S. 42 und S. 43. (Hege 1999).

³⁰⁵ Dazu Thorben Albrecht (DGB) im Interview: „Die unterschiedlichen Positionen der Gewerkschaften zu Europa, zum Beispiel in Deutschland in Frankreich, lässt sich sicher zum einen durch die verschiedenen Traditionen erklären. Sie haben aber auch damit zu tun, wo die Gewerkschaften stark: Die deutschen Gewerkschaften sind besonders stark zum Beispiel in der Automobil- und in der Stahlindustrie, also in

Dennoch entwickelt sich seit einigen Jahren auch im DGB eine kritischer Haltung gegenüber der Ausrichtung Europas. Thorben Albrecht (DGB) kritisiert, die Kommission schlage einen immer stärker neoliberalen Kurs ein und vernachlässige zunehmend die soziale Dimension.³⁰⁶ Während der DGB als Dachverband insgesamt aber trotzdem an seiner Europaunterstützung festhält, kommen in einem Teil der DGB-Mitgliedsgewerkschaften ganz grundsätzliche Zweifel an der heutigen Ausrichtung der Union auf. Die IG BAU beispielsweise, die sich schon zu Beginn der 1990er Jahre von der im DGB vorherrschenden Meinung absetzte, indem sie sich innerhalb des DGB gegen die Unterstützung der Wirtschafts- und Währungsunion stellte, beklagt heute eine zu unkritische Herangehensweise einiger Mitgliedsgewerkschaften des DGB gegenüber europäischen Themen. Dazu äußert Frank Schmidt-Hullmann (IG BAU):

„Es gibt Mitglieder innerhalb des DGB, die alles, was Europa betrifft, durch eine rosarote Brille betrachten und zunächst einmal positiv sehen. Wir dagegen sehen, dass sich durchaus nicht alles positiv auswirkt, was aus der EU kommt. Wir sind nicht automatisch mit allem einverstanden, bloß, weil Europa draufsteht. Man muss genauer hingucken.“

Auch wenn sich die deutschen Gewerkschaften mit am stärksten im EGB engagieren³⁰⁷, ist zumindest ein Teil von ihnen sehr skeptisch gegenüber dessen tatsächlichen Einflussmöglichkeiten und kritisiert sein zu kompromissbereites Vorgehen in den Verhandlungen.³⁰⁸ Ähnlich ist es mit der Einstellung gegenüber dem europäischen *Sozialen Dialog*: Entgegen der Vermutung, dass den deutschen Gewerkschaften aufgrund der Ähnlichkeit mit dem eigenen Modell der *Soziale Dialog* auf europäischer Ebene sehr viel näher liegen müsste als den französischen Gewerkschaften, sind die deutschen

Bereichen, die stark exportorientiert sind; die französischen Gewerkschaften sind vor allem im öffentlichen Bereich, das heißt vor allem im *service public* stark, also in einem Bereich, der nicht sehr exportstark ist.“ Zur Positionierung der deutschen Gewerkschaften gegenüber der wirtschaftlichen Integration vgl. Hege 1999, S. 43: „European economic integration is seen much more as a pledge to prosperity than a threat to stability.“ Vgl. dazu auch Pernot 1998b, S. 72: „Pour les Allemands [bezogen auf die Gewerkschaften], l’espace européen se présente moins comme une contrainte que comme un lieu d’accomplissement de leur stratégie.“

³⁰⁶ Thorben Albrecht (DGB) im Interview: „Wir sind uns einig innerhalb der europäischen Gewerkschaften, dass sich die politischen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren verschlechtert haben. Die EU-Kommission macht zunehmend eine Politik, die sehr stark auf Marktöffnung setzt, und hat die soziale Dimension massiv vernachlässigt. Die Hoffnung, die sich ergeben hat, zu der Zeit, als es eine sozialdemokratische Mehrheit in Europa gab nach 1997 bzw. 1998, hat sich, was die Politik der europäischen Institutionen angeht, nicht erfüllt. Dann ist das Kräfteverhältnis ja auch sehr schnell wieder umgekippt. Die Gewerkschaften sind also in einer objektiv sehr schwierigen Situation und nehmen daher natürlich auch zu mehr Politiken kritische Haltungen ein.“

³⁰⁷ „Within Community social dialogue bodies and European trade union structures at various level, German trade unionists shoulder their responsibilities and take up their place, which is closely linked to the status that they rightfully claim within the heterogeneous family of European trade unions.“ Hege 1999, S. 44.

³⁰⁸ So äußert Frank Schmidt-Hullmann (IG BAU): „Wir sehen nur geringe neue Chancen und Einflussmöglichkeiten durch den EGB. Den EGB gibt es schon lange, und die soziale Dimension ist nicht wirklich in den Vordergrund geraten. Zwar gab es zum Beispiel beim Thema Dienstleistungsrichtlinie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den europäischen Gewerkschaften, aber das war nicht das Verdienst des EGB, sondern es waren die Dachverbände auf nationaler Ebene, die die Initiative ergriffen haben. Der EGB war am Anfang sogar eher für die Richtlinie. Wir wünschen uns eine kritischere Haltung des EGB bei solchen Themen. Häufig stehen unverbindliche Absichtserklärungen harten Fakten, die in die neoliberale Richtung gehen, gegenüber. Es wird dann mit Hinblick darauf, dass da noch ein bisschen soziales Wortgeklingel drumherumdramiert ist, Maßnahmen zugestimmt, die bei genauerem Hinsehen abzulehnen wären.“

Gewerkschaften zum Teil weitaus skeptischer dieser Einrichtung gegenüber als zum Beispiel die französische CFDT, die den Dialog sogar als Vorbild für die französischen Arbeitsbeziehungen sieht. Im Gegensatz zu dieser Einstellung äußert Schmidt-Hullmann (IG BAU):

„Der *Soziale Dialog* ist eine zwiespältige Einrichtung. Einerseits schafft er neue Möglichkeiten, andererseits sind die Arbeitgeber oft nicht bereit, mit uns auf europäischer Ebene entsprechend harte Verträge abzuschließen, die dann auch wirklich in europäisches Recht umgesetzt werden können. Häufig werden nur Projekte vereinbart, die tatsächlichen Ergebnisse sind relativ mager. Der *Soziale Dialog* wird zudem von bestimmten Kräften aus der Kommission missbraucht. Die sagen dann: Wir regulieren bestimmte Bereiche nicht mehr, das können ja dann die Tarifparteien im *Sozialen Dialog* übernehmen. Aber sie wissen genau, dass diese zu dieser Regelung nicht in der Lage sind.“

Zudem ist in den deutschen Gewerkschaften die Angst verbreitet, durch die Auswirkungen der Europäischen Integration könnten die hohen deutsche Sozialstandards und das deutsche System der Mitbestimmung beeinträchtigt werden, da die auf europäischer Ebene festgelegten Standards sehr viel niedriger seien als die deutschen.³⁰⁹ Eine Sorge, die Thorben Albrecht (DGB) allerdings in großen Teilen für unbegründet hält.³¹⁰

Die zunächst nahe liegende Annahme, dass zwischen der Europäischen Integration und Zielen und Vorstellungen der deutschen Gewerkschaften ein weit größerer *fit* bestünde, als es bei den französischen Gewerkschaften der Fall ist, ist also zumindest seit einigen Jahren nur noch bedingt haltbar.

B Veränderungen in den Akteurskonstellationen

Arbeitsbeziehungen

Die französischen Arbeitsbeziehungen scheinen sich in Bezug auf die Abläufe und Mechanismen kaum verändert zu haben. Allerdings haben nicht zuletzt die Auswirkungen der Europäischen Integration tatsächlich eine *redistribution of power* zwischen den Akteuren hervorgerufen: Nach Aussagen der Gewerkschaftsvertreter lässt sich eine Machtverschiebung zugunsten der Arbeitgeber feststellen. Diese ist nach Ansicht der französischen

³⁰⁹ „The German trade unions have little to expect, in terms of internal legitimisation, from the denationalisation of social norms. [...]. We may think that the lack of enthusiasm for the social dimension of European construction derives from the power held within the national social system. The trade unions seem to believe that they have a great deal to lose if this system were to be dismantled and (probably) little to gain if it were absorbed into a much bigger whole.“ Hege 1999, S. 46f.

³¹⁰ „Die Angst ist in Deutschland sehr stark, dass durch die Prozesse der Europäischen Integration die hohen deutschen Sozialstandards und das deutsche Modell der Mitbestimmung beeinträchtigt werden könnten. Dahinter steckt aber eine doppelte Illusion: Es ist zum einen eine Illusion, dass wir in Deutschland Standards hätten, die es nirgends sonst gibt, und dass sich alles nur nach unten bewegen könnte, obwohl wir im Vergleich sicherlich ein sehr hohes Niveau haben. [...]. Zweite Illusion ist die Annahme, die Verschlechterung käme durch Europa. Das ist natürlich eine Sache, die sehr schwer einzuschätzen ist. In Deutschland kommen viele Verschlechterungen auch aufgrund der Kräfteverhältnisse innerhalb des Landes zustande. Es ist eine Illusion zu glauben, alle bliebe gut, wenn es so bliebe, wie es ist.“

Gewerkschaften auf die Möglichkeit der Unternehmen zurückzuführen, mit Abwanderung zu drohen und dadurch die Verhandlungen in ihrem Sinne zu beeinflussen, sowie auf den Umstand, dass die Unternehmen bzw. die „Kapitalseite insgesamt aufgrund der konservativ-liberalen Mehrheit innerhalb der Regierungen der Europäischen Union zunehmende Unterstützung erfahren. Durch diese Machtverschiebung wird der klassenkämpferische Charakter der französischen Arbeitsbeziehungen noch verstärkt. Eine weitere Reaktion ist der Versuch eines Großteils der französischen Gewerkschaften, das französische Modell der Arbeitsbeziehungen gegen alle Widerstände zu schützen und die Sonderrolle des *service public* zu verteidigen. Dementsprechend setzen die Gewerkschaften, mit Ausnahme der CFDT, weiterhin in erster Linie auf eine starke Rolle des Staates in den Arbeitsbeziehungen und auf die vorherrschende Rolle des Rechts. Die empfundene Bedrohung von außen führt also zu einem noch stärkeren Rückbezug der Gewerkschaften auf das französische System. Die Grundmechanismen in den Arbeitsbeziehungen haben sich nicht verändert, sondern sich eher noch verfestigt.

Bei den deutschen Gewerkschaften dagegen zeigen sich gravierende Veränderungen der Akteurskonstellation in den Arbeitsbeziehungen, die auf die Auswirkungen des europäischen und internationalen Wettbewerbsdruck zurückzuführen sind. Die Machtverschiebung zugunsten der Arbeitgeberseite führt in Deutschland dazu, dass sich der alte „Klassenkompromiss“ zwischen Kapital und Arbeit, der allerdings schon länger kränkelt, mehr und mehr auflöst. Frank Schmidt-Hullmann (IG BAU) stellt heraus, das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verschlechtere sich zunehmend. Der immer größer werdende Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmen führe dazu, dass auch bisher sozialpartnerschaftlich orientierte Arbeitgeberverbände auf längere Sicht diese Orientierung aufgeben müssten und korporatistische Bündnisse wie zum Beispiel das *Bündnis für Arbeit* in Deutschland nicht mehr gangbar seien.³¹¹ Bündnisse dieser Art können heute nur noch funktionieren, wenn von den Gewerkschaften der liberale wirtschaftspolitische Imperativ mitgetragen wird, dem die Regierungen unterworfen sind. Das einstige Grundprinzip dieser Bündnisse, das Tauschgeschäft, funktioniert nicht mehr: Die Gewerkschaften müssen zumindest kurzfristig mehr opfern, als sie Vorteile aus dem Bündnis ziehen können.³¹²

³¹¹ Vgl. dazu auch die Einschätzung von Thorben Albrecht (DGB): „Korporatistische Bündnisse wie zum Beispiel das *Bündnis für Arbeit* werden immer schwieriger durchzuführen.“

³¹² Heute können die Gewerkschaften innerhalb der korporatistischen Bündnisse nur noch längerfristige Beschäftigungs- und Einstellungszusagen als „Tauschgut“ für ihre Bereitschaft zur sofortigen Lohnzurückhaltung erwarten. Während dieser Kompromiss also erst in Zukunft bis jetzt nichtbeschäftigter Gewerkschaftsklientel zugute kommt, müssen die erwerbstätigen Mitglieder in der Gegenwart für die Einschnitte

Zudem ist ein Grundbaustein der deutschen Arbeitsbeziehungen, das Prinzip der Tarifautonomie, das von den Gewerkschaften immer vehement verteidigt wurde, angesichts des internationalen und europäischen Wettbewerbsdrucks nur noch schwer aufrecht zu erhalten. Die deutschen Gewerkschaften, die den Staat immer so weit wie möglich außen vor halten wollten, fordern nun, nicht zuletzt als Reaktion auf die Auswirkungen der Europäischen Integration, die Einführung eines Mindestlohnes. Dazu Thorben Albrecht (DGB):

„Insbesondere die Probleme im Dienstleistungssektor und die Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie haben dazu geführt, dass die Forderung nach einem Mindestlohn und nach der Erweiterung der Anwendung des Entsendegesetzes aufkam. Das ist ein Druck, der gerade auch aus Europa und aus der europäischen Lohnkonkurrenz entsteht.“

Während in Frankreich der gesetzliche Mindestlohn seit den 1950er Jahren fest etabliert ist, wäre die Forderung nach einem Mindestlohn in Deutschland noch vor kurzer Zeit undenkbar gewesen. Dementsprechend ging der Einigung auf die Forderung nach einem Mindestlohn innerhalb der deutschen Gewerkschaften ein langer Diskussionsprozess voraus. Diese Phase ist nun im Prinzip abgeschlossen; momentan wird heftig diskutiert, für welche Form des Mindestlohns die Gewerkschaften sich einsetzen wollen.³¹³ Alle Gewerkschaften betonen, dass die Einführung des Mindestlohns die Tarifautonomie nicht berühren dürfe und es keinen politischen Mindestlohn geben solle wie zum Beispiel in Frankreich. Die Beteuerungen aber, selbst bei einem gesetzlichen Mindestlohn würden die Tarifpartner gleichberechtigt an der Ausarbeitung beteiligt werden, wirken wie ein hilfloser Versuch, zu verschleiern, dass es gar keine Alternative mehr zur Einschränkung der vollständigen Tarifautonomie gibt.³¹⁴

herhalten. (Vgl. Zimmer 2002, S.120ff.) Dies erklärt, warum die korporatistischen Bündnisse, auf die sich die Gewerkschaften in Deutschland sowie in anderen europäischen Ländern in den 1990er Jahren wieder verstärkt einließen, um verlorene Handlungsmacht über die Tarifpolitik wiederzugewinnen, nicht von langer Dauer waren. Vgl. Deppe, Frank: Die neue Sozialpartnerschaft. Wettbewerbskorporatismus als *neue Friedensformel*. In: Urban, Hans Jürgen (Hrsg.): Beschäftigungsbündnis oder Sozialpakt? Das *Bündnis für Arbeit* auf dem Prüfstand. Hamburg 2000, S. 47-68 sowie Hassel, Anke: Bündnisse für Arbeit: Nationale Handlungsfähigkeit im europäischen Regimewettbewerb. In: *Politische Vierteljahresschrift* 41.3 (2000), S. 498-524.

³¹³ Dazu Thorben Albrecht (DGB): „Angesichts der globalen Konkurrenz auch auf den Arbeitsmärkten ist die Einsicht da, dass wir einen Mindestlohn brauchen. Über die Modelle – soll er sich vom Tariflohn ableiten oder gesetzlich sein – wird kräftig gestritten.“ Während zum Beispiel ver.di einen gesetzlichen Mindestlohn fordert, setzt sich die IG BAU für einen tariflichen Mindestlohn ein. Nur in Branchen, wo dieser nicht durchzusetzen sei, solle es einen staatlich festgesetzten Mindestlohn geben. Dazu Frank Schmidt-Hullmann (IG BAU): „Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Branchen die Tarifpartner der Branche einen Mindestlohn vereinbaren. Die Rolle des Staates ist es dann nur, diesen für allgemeinverbindlich zu erklären. Wir sind für den Vorrang der Tarifparteien. Nur für die Branchen, in denen es keine Tarifpartner gibt oder in denen die Tarifpartner zu keinem Ergebnis kommen, sollte es einen gesetzlichen Mindestlohn als Auffangnetz geben. Wenn es überall einen gesetzlichen Mindestlohn gäbe, selbst in den Branchen, in denen bisher noch Vereinbarungen möglich sind, dann sind dort bestimmt auch bald keine Vereinbarungen mehr möglich – der Staat würde dann in die Rolle einer Tarifpartei schlüpfen.“

³¹⁴ Vgl. Kurzer, Ulrich: Zwischen Tariffucht und Mindestlohn. Zur Krise der Gewerkschaften. Beitrag im Deutschlandfunk (Hintergrund Wirtschaft), gesendet am 01.05.2005. Schriftliche Fassung siehe <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hiwi/371822/> (Stand Mai 2005).

Die oben beschriebene Einstellung war sehr deutlich herauszuhören bei den Beiträgen der Teilnehmer zur Diskussion über das Thema „Die gewerkschaftliche Debatte um den Mindestlohn“ auf der Konferenz der

Auch die Forderung nach einer Ausweitung des Geltungsbereiches des Entsendegesetzes, das bis jetzt nur im Baubereich gilt, ist ein Anzeichen dafür, dass sich auch die deutschen Gewerkschaften immer stärker auf den Staat und auf gesetzliche Regelungen angewiesen fühlen. Hier nähern sie sich also gewissermaßen, wenn auch unfreiwillig und mit vielen Bedenken, dem französischen System an.

Verhältnis zwischen den Gewerkschaften

Bewegung kommt durch die Europäische Integration in das Verhältnis zwischen den französischen Gewerkschaften. Allerdings sind die Entwicklungen sehr widersprüchlich: Während zwischen den Gewerkschaftsspitzen auf europäischer Ebene eine Zusammenarbeit jenseits aller ideologischen Gräben möglich scheint, brechen auf nationaler Ebene zwischen den *syndicats de terrain* aufgrund der Auseinandersetzung um Europa die alten Feindseligkeiten wieder auf. Es entstehen nicht nur Gräben zwischen den Gewerkschaften, sondern auch innerhalb der Gewerkschaften. Besonders drastisch hat dies das Beispiel der CGT gezeigt. Wenn auch bei den anderen Gewerkschaften kein vergleichbar starker Bruch zu erkennen ist, so haben doch auch sie große Schwierigkeiten, die Prozesse der Europäischen Integration an ihre Mitglieder zu vermitteln. Während diejenigen, die direkt mit Europa befasst sind, differenzierter urteilen können und sowohl die Vorteile als auch die Nachteile sehen, ist für einen Großteil der Gewerkschaftsmitglieder der Begriff Europa negativ besetzt. Hier lässt sich also ein Phänomen beobachten, dass insgesamt beklagt wird: Europa werde immer mehr zu einem „Europa der Eliten“, in das die Bevölkerung immer weniger eingebunden sei. Im weitesten Sinne stellt sich hier auch die Problematik der demokratischen Legitimation und des damit verbundenen Demokratiedefizits der Europäischen Union.

Zur Spaltung zwischen Gewerkschaftsspitze und Mitgliedern – man könnte fast von einer „cleavage“ sprechen ³¹⁵ – trägt nach auffällig übereinstimmenden Aussagen der Gewerkschaftsvertreter besonders das Verhalten der französischen Politiker bei, die bei allen Problemen die Schuld auf „Brüssel“ schoben, keine Verantwortung übernehmen und keinerlei

Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichem Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema „Mindestlohn. Perspektiven einer europäischen Mindestlohnpolitik“ vom 14. bis 15.06.2005 in Berlin, an der die Verfasserin teilnehmen konnte. Es diskutierten Ronald Janssen (EGB, Senior Advisor on Economic Issues), Reinhard Dombre (DGB, Leiter der Abteilung Tarifpolitik), Gerd Pohl (NGG, Leiter der Abteilung Tarifpolitik), Gregor Asshoff (Leiter der Abteilung Politik und Grundsatzfragen) sowie Michael Guggemos (IG Metall, Leiter des Hauptstadtbüros).

³¹⁵ Zur Frage, ob man neuerdings auch von einer „Europa-Spaltungslinie“ sprechen kann, „die in klar abgrenzbaren sozialstrukturellen Gruppen mit unterschiedlichen politisch-ideologischen Überzeugungen verankert wäre und eventuell zunehmend im intermediären System [...] ihren Ausdruck finden könnte“, vgl. Schild, Joachim: Nationale und europäische Identitäten. – komplementär oder unvereinbar? Orientierungen von Deutschen und Franzosen im europäischen Mehrebenensystem In: Ders. und Meimeth, Michael (Hrsg.): Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven. Opladen 2002, S. 97f.

Anstrengungen machten, den Bürgern Europa zu vermitteln. Der im Teil *Exception française* (II.B) beschriebene Schlingerkurs der französischen Regierung in Hinblick auf Europa scheint diese Aussage zu bestätigen.

Auch wenn das Thema Europa in den deutschen Gewerkschaften bis jetzt weder zu einer bedeutenden Polarisierung zwischen den Gewerkschaften noch zu Brüchen innerhalb der Gewerkschaften wie zum Beispiel bei der CGT geführt hat, so scheint die Auseinandersetzung mit dem Thema doch zu einem gewissen Auseinanderleben der Gewerkschaften innerhalb des DGB beizutragen. Ein Beispiel dafür ist die schon angesprochene Positionierung gegenüber der Europäischen Verfassung. Während Thorben Albrecht (DGB) herausstreicht, der DGB sei in der Mehrheit für die Verfassung und hätte, wenn es ein Referendum gegebene hätte, ganz klar das *Ja* unterstützt³¹⁶, stellt Schmidt-Hullmann (IG BAU) heraus, dass es seiner Einschätzung nach in der IG BAU keine Mehrheit für die Verfassung gebe und man sich im Falle eines Referendums sicher nicht für die Verfassung eingesetzt hätte.³¹⁷ Diese sich bisher nur leise andeutende Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Gewerkschaften wäre sicher viel stärker ausgebrochen, wenn es in Deutschland wie in Frankreich ein Referendum zur Verfassung und damit eine breite öffentliche Diskussion gegeben hätte.

In Bezug auf die Konstellation zwischen den Gewerkschaften zeigt sich in Deutschland noch eine ganz andere Tendenz, die zwar nicht allein auf die Auswirkungen der Europäischen Integration zurückgeführt werden kann, aber in Teilen damit zu erklären ist: Als Reaktion auf ihren zunehmenden Mitglieder- und Einflussverlust schließen sich immer mehr Gewerkschaften verschiedener Branchen zu „Multibranchengewerkschaften“ zusammen. Die Gründung der *Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft* (ver.di) im Jahr 2001 sorgte wegen der Größe des Zusammenschlusses für besonders viel Aufmerksamkeit, ist aber lange nicht der einzige Zusammenschluss dieser Art.³¹⁸

³¹⁶ „Wenn es in Deutschland wie in Frankreich ein Referendum über die Verfassung gegeben hätte, dann hätte sich der DGB ganz klar für ein *Ja* ausgesprochen. Wir sprechen uns ganz klar für die Verfassung aus; das ist auch von Seiten unserer Mitgliedsgewerkschaften nie in Frage gestellt worden. Auch wenn es bestimmt immer auch Minderheiten gibt, die dagegen sind, hat sich dennoch keine Gewerkschaft dagegen geäußert. In den Bundesvorstandssitzungen zum Beispiel wurde die Position des DGB nie in Frage gestellt.“

³¹⁷ „Wir sind keine Gegner der EU-Verfassung, aber wir sind auch keine Anhänger. Von der Euphorie unserer Kollegen sind wir weit entfernt. Wenn es in Deutschland ein Referendum gegeben hätte, hätten wir auf keinen Fall Propaganda für die Verfassung gemacht. In der IG BAU gibt es Verfassungsbefürworter und Verfassungsgegner – ich könnte im Moment nicht sagen, wer die Mehrheit hat. Auch die Befürworter der Verfassung sehen in ihr auf gar keinen Fall wesentliche Fortschritte.“

³¹⁸ Vgl. dazu zum Beispiel Müller, Hans-Peter: Die Reform vor dem Bankrott. Multibranchengewerkschaften und DGB. In: *Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte* 6 (2001), S. 341-346.

Neue Koalitionen

In Frankreich verschiebt sich nicht nur das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften, sondern es entstehen auch neue Koalitionen zwischen Gewerkschaften und nichtgewerkschaftlichen Akteuren. So kommt es zur teilweisen (Wieder)Annäherung zwischen Gewerkschaften und Parteien. Dies gilt zum Beispiel für die CGT und die Kommunistische Partei. Allerdings geht diese Wiederannäherung nicht von der gesamten Gewerkschaft aus: Während sich die Gewerkschaftsführung mühsam vom Einfluss der Kommunistischen Partei gelöst hat, nähert sich gerade in der Auseinandersetzung um Europa ein Großteil des Mittelbaus und der Basis der Partei wieder an, was zur weiteren Spaltung innerhalb der Gewerkschaft beiträgt.

Auch zwischen der autonomen Gewerkschaft Solidaires und den Parteien des linken Spektrums kommt es zu verstärkter Zusammenarbeit, insbesondere mit Parteien der extremen Linken, aber auch mit Teilen der PC und sogar mit Teilen des linken Flügels der PS. Ein neue Entwicklung, die ebenfalls durch die Positionierung zur Europäischen Verfassung beschleunigt wurde.

Eine zweite, besonders auffällige Tendenz ist die zunehmende Zusammenarbeit einiger Gewerkschaften mit sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen. Diese Zusammenschlüsse sind eindeutig ein Ausdruck dafür, dass sich die Gewerkschaften allein nicht mehr in der Lage sehen, die Rechte der Arbeitnehmer zu verteidigen. Sie müssen immer häufiger auch in Feldern agieren, die vorher nicht zum gewerkschaftlichen Aktionsradius gehörten. Es lassen sich verschiedene Arten der Zusammenarbeit beobachten: Während Solidaires als ein gewerkschaftlicher Zusammenschluss in Form einer sozialen Bewegung gesehen werden kann („social movement unionism“), kooperieren CGT und CFDT punktuell mit sozialen Bewegungen bzw. Nichtregierungsorganisationen („integrative Bündnisse“).³¹⁹ Zum einen unterscheidet sich also die Art der Kooperation, zum anderen die Auswahl der Kooperationspartner: Während CGT und vor allem Solidaires insbesondere mit sozialen Bewegungen aus dem Bereich der Antiglobalisierungsbewegung zusammenarbeiten, lehnt die CFDT eine Zusammenarbeit mit diesen Gruppierungen ab und kooperiert ihrerseits mit Nichtregierungsorganisationen insbesondere aus dem Umweltschutz- und dem Menschenrechtsbereich. Die unterschiedlichen Ausrichtungen dieser Neugruppierungen tragen dazu bei, die Konfliktlinien zwischen den Gewerkschaften noch zu verstärken.

Bei den deutschen Gewerkschaften ist keine (Wieder)Annäherung an Parteien zu beobachten, eher im Gegenteil.³²⁰ Dafür gibt es aber auch bei den deutschen Gewerkschaften mehr und

³¹⁹ Frege u.a. 2003, S. 549f.

³²⁰ Der DGB, der, obwohl er eine Einheitsgewerkschaft ist, immer eine enge Bindung zur SPD unterhielt, entfernt sich insbesondere seit den Reformprojekten der Regierung Schröder zunehmend von ihr. Die

mehr die Tendenz, mit sozialen Bewegungen und NGOs zusammenzuarbeiten. Allerdings entstehen in Deutschland dabei keine Gewerkschaften neuen Typs wie in Frankreich (Solidaires), sondern die Zusammenarbeit findet, ähnlich wie bei der CFDT, innerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens statt. Während die CFDT es aber streng ablehnt, mit Globalisierungsgegnern wie *attac* zusammenzuarbeiten, deren Zielsetzungen den eigenen entgegenstehen, sind die deutschen Gewerkschaften in dieser Hinsicht viel pragmatischer. Zwar teilt auch der DGB die Grundansichten von *attac* nicht. Gibt es aber Übereinstimmung in einzelnen Punkten, geht der DGB die Verbindung ein, um seine eigene Durchsetzungskraft zu vergrößern. Treffend spricht Thorben Albrecht von einer „machiavellistischen“ Herangehensweise:

„Wir Gewerkschaften haben ein Interesse daran, dass es mit den sozialen Bewegungen etwas gibt, das noch einmal über unseren eigenen Bereich hinausgeht. Wir arbeiten ja auch immer wieder, wie bei der Dienstleistungsrichtlinie, zum Beispiel mit *attac* zusammen. Diese Zusammenarbeit ist aber eher punktuell. Um es etwas machiavellistisch auszudrücken: Die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen ist für uns eine Option, aber nicht die hauptstrategische Achse. Da sind wir als Gewerkschaften trotz aller Mitgliederverluste doch einfach noch stark genug.“

Ganz ähnlich beschreibt Frank Schmidt-Hullmann (IG BAU) das Vorgehen seiner Gewerkschaft.³²¹ Dadurch, dass die Zusammenarbeit nur punktuell ist und in den gewerkschaftlichen Rahmen integriert wird, führt das Zusammengehen mit den sozialen Bewegungen auch nicht zu einer (weiteren) Polarisierung wie in Frankreich.

Nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene bilden sich neue Konstellationen, insbesondere innerhalb des EGB und innerhalb der einzelnen europäischen Branchengewerkschaften. Diese Zusammenarbeit ist aber schon aus organisatorischen Gründen wiederum auf die Gewerkschaftseliten beschränkt. Sie gestaltet sich zudem aufgrund der nationalen Eigenheiten der jeweiligen Gewerkschaften oft sehr schwierig. Auch wenn der

Linkspartei.PDS bietet für die deutschen Gewerkschaften keine wirkliche Alternative. Dazu Thorben Albrecht (DGB): „Der DGB war immer Einheitsgewerkschaft. Aber es gab natürlich einen unausgesprochenen Konsens, dass die SPD bestimmte Kernpunkte der Gewerkschaftspolitik auf der politischen Ebene umsetzt. Das ist sicherlich schwieriger geworden mit der Agenda 2010. Das Verhältnis ist aber in gewisser Weise auch realistischer geworden. Die Hoffnung, dass die SPD der Sachverwalter gewerkschaftlicher Politik sein könnte, hat sich weitgehend zerschlagen.“ Und zur Linkspartei: „Gegenüber der *Linkspartei* sind die Gewerkschaftsführungen sehr skeptisch. Programmatisch sind wir in vielem auf einer Linie, aber da die Partei von vorne herein eine Regierungsbeteiligung ausgeschlossen hat, fragt sie sich, wie sie die Interessen dann durchsetzen will. Wir haben andererseits die praktische Erfahrung mit der PDS in Berlin und in Mecklenburg, wo Kürzungsprogramme auch gegen Arbeitnehmerinteressen von der PDS massiv mitgetragen werden. Und wir sind nicht einverstanden mit den fremdenfeindlichen Untertönen bei einem Teil der *Linkspartei*-Leute. Dennoch haben wir auch mit der *Linkspartei* Kontakte, aber die Partei stellt für uns nicht die Option dar.“

³²¹ „Wir kooperieren schon seit den 1990er Jahren mit sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, zum Beispiel mit Umweltverbänden oder auch mit *attac*. Aber das sind punktuelle Verbindungen, die dann zustande kommen, wenn sich die Interessen decken und die Kooperation für beide Seiten Vorteile bringt.“

Wille zu Kooperation auf europäischer Ebene da ist, ist die tatsächliche Umsetzung oft sehr dürftig. Sehr deutlich macht dies die schon zitierte Beobachtung von Anne-Marie Perret (FO): „Nous nous affirmons tous européens, mais chacun veut préserver son identité propre.“ Es sind also nicht unbedingt nur die Eigenarten des französischen Gewerkschaftssystems, die die Zusammenarbeit erschweren. Auch Thorben Albrecht (DGB) verweist auf die Probleme, die aufgrund der Unterschiedlichkeit der Gewerkschaftssysteme und der kulturellen Unterschiede entstünden. „Diese Hindernisse sind gewiss das Hauptproblem der Zusammenarbeit, weit mehr als unterschiedliche politische Positionen oder die Konkurrenz zwischen Arbeitnehmern aus verschiedenen Ländern.“ Dennoch hat das Verhalten der französischen Gewerkschaften auf der Demonstration für ein sozialeres Europa in Brüssel im März 2005 gezeigt, dass gerade die französischen Gewerkschaften dazu neigen, ihre innerfranzösischen Rivalitäten auch auf europäischer Ebene auszutragen und so die Zusammenarbeit zu stören.

C Veränderungen der Strategien

In Bezug auf die Strategien der französischen Gewerkschaften lässt sich feststellen, dass die europäische Ebene entgegen der Annahme, die französischen Gewerkschaften konzentrierten sich hauptsächlich auf den nationalen Rahmen, als neue Handlungsebene durchaus mit einbezogen wird. Dies wird an der Reaktion auf die Dienstleistungsrichtlinie sichtbar. Die Gewerkschaften betreiben Lobbying auf europäischer Ebene, stehen in Kontakt mit europäischen Parlamentariern und erzeugen im Zusammenschluss mit anderen Gewerkschaften Öffentlichkeit wie zum Beispiel bei der Großdemonstration vom 19. März 2005. Gleichzeitig benutzen die französischen Gewerkschaften aber auch die nationalen Einflusskanäle und versuchen, Einfluss zu nehmen auf die Regierung. All diese Schritte verfolgen auch die deutschen Gewerkschaften, um gegen die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in ihrer bisherigen Form vorzugehen, die sie, mit einigen Nuancen in den Details, aus den gleichen Gründen wie die französischen Gewerkschaften in ihrer bisherigen Form ablehnen.³²² Die französischen Gewerkschaften nutzten aber zusätzlich eine

³²² Thorben Albrecht (DGB) beschreibt das Vorgehen des DGB folgendermaßen: „Wir sind in intensivem Kontakt mit der Bundesregierung auf den verschiedensten Ebenen über Gerhard Schröder bis zu den Fachbeamten; wir sind in engem Kontakt mit dem europäischen Parlament, haben einen engen Draht zu Evelyne Gebhardt und wir versuchen natürlich auch, über Veranstaltungen in der Öffentlichkeit unseren Standpunkt klarzumachen und Druck zu machen.“

Ähnlich wie bei den französischen Gewerkschaften gibt es auch bei den deutschen Gewerkschaften Unterschiede im Grad der Ablehnung der Richtlinie und in der Gewichtung der Kritikpunkte. Die IG BAU, deren Mitglieder von den Auswirkungen der Richtlinie nach Aussage Schmidt-Hullmanns besonders stark betroffen wären, fordert die komplette Rücknahme der Richtlinie. Die Position des DGB ist etwas gemäßiger: Thorben Albrecht beschreibt die Position des DGB als eine relativ pragmatische: „Am Anfang war die Ablehnung gegenüber der gesamten Richtlinie im DGB sehr stark. Im Laufe des Prozesses ist uns aber noch einmal ganz deutlich geworden, dass es die Dienstleistungsfreiheit in der EU gibt, dass also die Frage nicht ist, ob es sie gibt, sondern

weitere Einflussmöglichkeit aus, die sich aus dem zeitlichen Zusammenfall der Diskussionen über die Richtlinie und über das Verfassungsreferendum nur in Frankreich ergab: Sie übten indirekt Druck auf die Regierung aus, indem sie einen Bezug zwischen Dienstleistungsrichtlinie und Verfassung herstellten und so Präsident Chirac, der auf ein *Ja* im Referendum zur Verfassung angewiesen war, zum Handeln zwangen. Hier wird ein Charakterzug der französischen Gewerkschaften ganz deutlich: Die Gewerkschaften handeln in der politischen Arena und versuchen, ihre Ziele zu erreichen, indem sie Druck auf die Regierung ausüben. Dabei nehmen sie eine Politisierung und damit auch eine Verunsachlichung der Politikinhalte in Kauf.³²³ Die CFDT ist die einzige Gewerkschaft, die sich explizit gegen die Vermischung der Diskussionen über die Richtlinie und über die Verfassung einsetzte.

Erstaunlich ist, dass das Verhalten der französischen Gewerkschaften von den deutschen Gewerkschaften nicht nur nicht kritisiert wird, sondern teilweise sogar auf Verständnis stößt: So äußert Thorben Albrecht (DGB):

„Natürlich sehe ich als Befürworter der Verfassung die Vermischung, die die französischen Gewerkschaften zwischen der Dienstleistungsrichtlinie und der Verfassung hergestellt haben, sehr kritisch. Die beiden Dinge haben ja auch eigentlich nichts miteinander zu tun. Aber die französischen Gewerkschaften haben damit den Finger in die Wunde der europäischen Integration gelegt, die im Moment sehr wirtschaftlich ausgerichtet ist. Von daher halte ich dieses Vorgehen durchaus für berechtigt.“

Thorben Albrecht sowie einige der französischen Interviewpartner betonen zudem, dass die Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie sehr wichtig gewesen sei, um sowohl in den Gewerkschaften als auch in der Bevölkerung endlich das Thema Europa in den Vordergrund zu bringen.³²⁴ Es ist erstaunlich, wie wenig die Gewerkschaftsvertreter hier die Ängste (Stichwort *plombier polonais*) berücksichtigen, zu denen die Richtlinie bzw. die Vermischung der Richtlinie mit anderen Themenbereichen geführt hat. Der Protest gegen die Richtlinie hat die ablehnende Haltung gegenüber Europa in den Gewerkschaften sowie insgesamt in der

wie sie gestaltet wird. Es müsste eigentlich gerade unser Interesse als Gewerkschaften sein, diese Märkte zu gestalten. Eigentlich müsste es unsere Position sein, eine Dienstleistungsrichtlinie oder sogar mehrere haben zu wollen. Denn wir haben die Erfahrung gemacht: Wenn ein Bereich nicht reguliert ist, dann wird dieser Bereich am Ende nicht durch eine Richtlinie, sondern durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs liberalisiert.“

³²³ Allerdings muss man berücksichtigen, dass auch die Regierung selbst nicht unschuldig war an der Vermischung der Themen. Präsident Chirac stellte nicht klar, dass Richtlinie und Verfassung zwei verschiedene Dinge sind, sondern rief zur totalen Rücknahme der Richtlinie auf, um damit zu beweisen, dass das heutige Europa sowie das Europa unter der neuen Verfassung durchaus ein soziales Europa seien.

³²⁴ Dazu Thorben Albrecht (DGB): „Die Dienstleistungsrichtlinie ist ein Thema, das sehr, sehr stark mobilisiert, bei dem den Leuten sehr klar wird, wie real Europa in der Alltagsrealität ist. Auch wenn ich also mit den Inhalten sehr viel Schwierigkeiten habe, so muss ich als Gewerkschaftler doch sagen, dass sie für die Beförderung des Europäischen in den Gewerkschaften sehr nützlich war und zeigt, dass Europa angekommen ist bei den Leuten.“ Jean-Michel Nathanson (Solidaires) weist darauf hin, dass erst durch die Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie sowohl in den Gewerkschaften als auch in der Bevölkerung die Diskussion um die Verfassung und den heutigen Zustand der EU möglich geworden sei.

Bevölkerung sicher noch verstärkt, was der Ausgang des Verfassungsreferendums in Frankreich gezeigt hat.

Vermittelt gerade die Reaktion auf die Dienstleistungsrichtlinie auf den ersten Blick also den Eindruck, dass die Gewerkschaften ihre Strategien nun tatsächlich in Ansätzen europäisch ausrichten, so zeigt die Tatsache, dass das Thema ebenso schnell auftauchte, wie es wieder in die relative Bedeutungslosigkeit versank, dass die Kooperation und das Vorgehen auf europäischer Ebene eher eine punktuelle Erscheinung sind. Vielsagend ist die Einschätzung Jean Michel Nathansons (Solidaires), dass es angesichts der vielen Probleme innerhalb Frankreichs schwer sein werde, in den nächsten Monaten, wenn die Richtlinie im europäischen Parlament behandelt wird, die Arbeitnehmer weiterhin zu Widerstand zu mobilisieren: „Il y a un tel ras-le-bol des salariés en France qu’il va être difficile de mobiliser les gens contre la directive Bolkestein. Ce n’est pas la priorité pour les salariés pour la mobilisation en France.“ Diese Einschätzung macht auch deutlich, dass die Reaktion auf die Richtlinie vermutlich nur deshalb so heftig ausgefallen ist, weil die Diskussion über die Richtlinie mit der Diskussion über die europäische Verfassung und mit der gerade vollendeten Osterweiterung zusammenfiel. Auch in Deutschland ist es wieder sehr ruhig um die Richtlinie geworden, auch wenn die Lobbyarbeit der Gewerkschaften weiter geht. Die Vermutung liegt nahe, dass das auf den ersten Blick einheitliche und starke Bild, das die gemeinsame Demonstration aller europäischen Gewerkschaften in Brüssel vermittelte, bis jetzt eine Ausnahme darstellt und Gewerkschaftsarbeit weiterhin in erster Linie im nationalen Rahmen stattfinden wird.

D Fazit und Ausblick

Wie angenommen, unterliegen sowohl die französischen als auch die deutschen Gewerkschaften angesichts der Auswirkungen der Europäischen Integration, die den institutionellen Kontext verändern, in den sie eingebettet sind, verschiedenen Wandlungsprozessen. Auch wenn sich die Auswirkungen der Europäischen Integration oft nicht eindeutig von den Auswirkungen anderer Veränderungsprozesse unterscheiden lassen, hat die Europäische Union als besonders enger wirtschaftlicher und politischer Zusammenschluss einen ganz besonders starken Einfluss auf die nationalen Gewerkschaften. Dies hat das Fallbeispiel „Dienstleistungsrichtlinie“ deutlich gezeigt.

Wie sich die Strategien und Koalitionen der Gewerkschaften dabei verändern, scheint tatsächlich von den langfristig gewachsenen Gewerkschaftsstrukturen und dem politisch-gesellschaftlichen Kontext des jeweiligen Landes abhängig zu sein (*Pfadabhängigkeit*). Auffälligste Veränderung innerhalb der französischen Gewerkschaftslandschaft ist eine (erneute) Spaltung sowohl zwischen als auch innerhalb der Gewerkschaften. Bei den deutschen Gewerkschaften fällt vor allem die Hinwendung zum Staat auf, der bis vor kurzem noch um jeden Preis aus den Arbeitsbeziehungen herausgehalten werden sollte. Hier ist eine gewisse Annäherung an französische Strukturen zu bemerken. Von einer Angleichung im Sinne von Konvergenz kann aber keinesfalls die Rede sein. Zwar fordern die deutschen Gewerkschaften einen Mindestlohn, sie setzen aber alles daran, den Einfluss des Staates dennoch so gering wie möglich zu halten.

Auffällig ist, dass sowohl die französischen als auch die deutschen Gewerkschaften darunter leiden, dass der Nationalstaat seine nationalen Steuerungsmechanismen verliert, sich aber gleichzeitig angesichts eben dieser Lage verstärkt an den Staat wenden.

Auch wenn die europäische Ebene zunehmend mit einbezogen wird, so bleibt doch in beiden Ländern die nationale Ebene die hauptsächliche Handlungsebene. Daran wird sich wohl in absehbarer Zeit nichts ändern, das jedenfalls lassen die tiefgreifenden Unterschiede zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen EU-Länder und sogar innerhalb der einzelnen Länder, wie zum Beispiel in Frankreich, vermuten. Es ist aber zu hoffen, dass insbesondere die französischen Gewerkschaften es auf Dauer schaffen werden, ihre zwischengewerkschaftlichen Querelen hintan zu stellen und an erster Stelle die Interessen der Arbeitnehmer zu sehen. Letztere können nur von einer geschlossenen französischen Gewerkschaftsbewegung und auf lange Sicht nur im europäischen Rahmen effektiv vertreten werden.

Die ersten Ergebnisse dieser „single-country-study“ zu den französischen Gewerkschaften können als Grundlage für einen ausgebauten Vergleich mit den deutschen Gewerkschaften oder aber auch zu einem Vergleich mit anderen europäischen Gewerkschaften dienen, durch die die Annahme der Pfadabhängigkeit weitergehend überprüft werden könnten.

Zudem zeigt sich Forschungsbedarf in einer weiteren Richtung: Aus allen Interviews mit den französischen Gewerkschaftsvertretern geht hervor, dass sich die europaskeptische Einstellung der Gewerkschaftsbasis zu großen Teilen durch den Umgang der französischen Regierung mit dem Thema Europa erklären lässt. Zum Einfluss des politischen Diskurses auf die Einstellungen gegenüber der Europäischen Integration gibt es erste Forschungsansätze.³²⁵ Es wäre sicher sehr lohnend, diese auf die französischen Gewerkschaften anzuwenden.

³²⁵ Zu nennen sind hier insbesondere die Arbeiten von Vivien A. Schmidt und Claudio Radaelli: Radaelli, Claudio und Schmidt, Vivien A.: Mapping the Scope of Discourse, Learning, and Europeanisation in Policy Change. In: *West European Politics* 27.4 (2004), S. 364-379 sowie Diess. (Hrsg.): *Policy Change and Discourse in Europe*. London (in Kürze erscheinend).

Anhang 1

Interviewpartner

Frankreich

CGT

Marie-France Boutroue

Conseillère confédérale, Espace Europe / International

Siège de la CGT

263 rue de Paris, Case 7-3

93516 Montreuil Cedex

Interview am 08.09.05

Albert Riedinger

Verantwortlicher der CGT Alsace für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit /

EURES-Berater

Siège du Comité Régional de la CGT

16 boulevard de la Victoire, Strasbourg

Interview am 31.08.2005

CFDT

Emanuel Mermet

Secrétaire confédéral, Service Économie et Société

Siège de la CFDT

4, boulevard de la Villette

75955 Paris cedex 19

Interview am 21.09.2005

CGT-FO

Gérard Mazuir

Secrétaire confédéral, Secteur Presse Information

Siège de la CGT-FO

41, avenue du Maine

75680 Paris Cedex 14

Interview am 14.09.2005

Anne-Marie Perret

Secrétaire fédérale, Vize-Präsidentin des FSESP

Siège de la Fédération générale des fonctionnaires Force Ouvrière

46, rue des petites écuries

75010 Paris

Interview am 15.09.2005

Solidaires**Jean Michel Nathanson**

Secrétaire national

Siège de l'Union syndicale G10 / Solidaires

93 bis, rue de Montreuil

75011 Paris

Interview am 12.09.2005

DeutschlandDGB**Thorben Albrecht**

Referatsleiter, Abteilung für internationale und europäische Gewerkschaftspolitik

Bundsvorstand

Sitz des DGB

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Interview am 11.10.2005

IG BAU**Frank Schmidt-Hullmann**

Leiter der Abteilung Internationales und Europäische Baupolitik

Bundsvorstand

Olaf-Palme-Straße 19

60439 Frankfurt

Telefonisches Interview am 24.10.2005

Anhang 2

Interviewleitfaden französische Gewerkschaften

(Dieser Leitfaden diene lediglich als Grundlage. Die Gespräche entwickelten jeweils ihre eigene Dynamik und gingen oft über diese Fragen hinaus).

Les syndicats vis-à-vis de l'Intégration Européenne

- Comment est-ce que votre syndicat voit l'Intégration Européenne? Est-ce plutôt une chance ou un danger?
- Est-ce votre attitude vis-à-vis de l'Union Européenne a changé au cours des dernières années?
- Dans quelle mesure est-ce votre syndicat s'engage au niveau européen / dans la Confédération européenne des syndicats (CES)?
- Que pensez-vous du «dialogue social» entre les partenaires sociaux européens? Qu'est-ce que ce dialogue peut apporter aux syndicats?
- Pourquoi votre syndicat s'est exprimé en faveur de / contre la constitution européenne?
- Les médias ont reproché aux syndicats de s'être servi du referendum pour discuter la directive de service au lieu de parler de la constitution européenne. Que pensez-vous de ce reproche?

La directive de service («Bolkestein»)

- Pourquoi est-ce votre syndicat critique cette directive?
- Pensez-vous que la loi sur le détachement et le SMIC peuvent faire diminuer les effets critiqués de la directive?
- Est-ce que vous voyez une relation directe entre la directive et la constitution européenne?
- Quelles sont les mesures que votre syndicat a prises et compte prendre pour empêcher que la directive entre en vigueur?

Les effets de l'élargissement de l'Union Européenne sur le secteur tertiaire

- Avez-vous l'impression que, depuis l'élargissement, il y a eu un nombre important de travailleurs provenant des pays de l'est qui sont venus en France?

Si oui:

- Est-ce que, selon vous, ce nombre est plus élevé/pareil/moins important en France que dans les pays qui ont une frontière directe avec un ou plusieurs pays de l'est?

- A votre avis, quel est le secteur le plus concerné par ce phénomène et que pensez-vous du fameux «plombier polonais»?
- Pensez-vous que ce phénomène a des effets sur les conditions de travail en France et qu'il peut aggraver le taux de chômage?

Les effets de l'Intégration Européenne sur les stratégies et l'organisation des syndicats

- Est-ce que les défis qui résultent de l'Intégration Européenne ont changé les stratégies de votre syndicat?
- Est-ce que vous constatez des changements dans les relations de votre syndicat vis-à-vis
 - o Des autres syndicats?
 - o Des fédérations patronales?
 - o Des mouvements associatifs?
 - o Des partis politiques?
 - o De l'Etat / du gouvernement?
- Pensez-vous que désormais, l'Etat interviendra davantage dans les relations professionnelles?

Interviewleitfaden deutsche Gewerkschaften

Gewerkschaften und Europäische Integration

- Welche Chancen und/oder Gefahren sieht Ihre Gewerkschaft in der Europäischen Integration?
- Hat sich die Einstellung Ihrer Gewerkschaft zur Europäischen Union in den letzten Jahren verändert?
- In welchem Maß engagiert sich Ihre Gewerkschaft auf europäischer Ebene / im EGB?
- Welche Bedeutung messen Sie dem *Sozialen Dialog* bei?
- Wie steht Ihre Gewerkschaft zur Europäischen Verfassung?

Die Dienstleistungsrichtlinie

- Aus welchen Gründen kritisiert Ihre Gewerkschaft diese Richtlinie?
- Glauben Sie, dass eine Ausweitung des Entsendegesetz und die Einführung eines Mindestlohnes die kritisierten Auswirkungen der Richtlinie mildern könnten?
- Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der Europäischen Verfassung und der Dienstleistungsrichtlinie (dieser wurde zum Beispiel von einem Teil der französischen Gewerkschaften im Rahmen ihrer „Nein-Kampagne“ zum Verfassungsreferendum hergestellt).

- Welche Maßnahmen hat Ihre Gewerkschaft ergriffen bzw. plant sie zu ergreifen, um zu verhindern, dass die Richtlinie tatsächlich umgesetzt wird?

Die Auswirkungen der Osterweiterung auf den Dienstleistungssektor

- Haben Sie den Eindruck, dass seit der Osterweiterung eine bedeutende Anzahl von Arbeitern und Dienstleistungsanbietern aus den neuen Mitgliedsländern nach Deutschland gekommen ist?

Wenn ja:

- Ist dies vor allem ein Grenzphänomen oder sind alle alten Mitgliedstaaten betroffen?
- Hat dies direkte Auswirkungen auf das Niveau der Arbeitsbedingungen in Deutschland und sehen Sie Arbeitsplätze in Gefahr?
- Welcher Sektor ist Ihrer Meinung nach besonders betroffen?

Auswirkungen der Europäischen Integration auf die Handlungsweisen und die Strukturen der Gewerkschaften

- Haben die Herausforderungen, die sich durch die Europäische Integration ergeben (wie zum Beispiel die Liberalisierung des Dienstleistungssektors), Ihrer Meinung nach die Handlungsweisen und Strategien Ihrer Gewerkschaft verändert?
- Können Sie Veränderungen feststellen im Verhältnis Ihrer Gewerkschaft
 - o Zu anderen Gewerkschaften?
 - o Zu den Arbeitgebervertretungen?
 - o Zu sozialen Bewegungen?
 - o Zu Parteien?
 - o Zum Staat / Zur Regierung?
- Glauben Sie, dass der Staat in Zukunft stärker in die Arbeitsbeziehungen eingreifen wird?
- Wenn ja: Sehen Sie dadurch die Tarifautonomie in Gefahr?
- Glauben Sie, dass sich die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften immer mehr auf die betriebliche Ebene verlagern werden?

Literaturverzeichnis

- Alemann, Ulrich und Weßels, Bernhard:** Verbände in vergleichender Perspektive – Königs- oder Dornenweg? In: Diess. (Hrsg.): Verbände in vergleichender Perspektive: Beiträge zu einem vernachlässigten Feld. Berlin 1997, S. 7-28.
- Altwater, Elmar und Mahnkopf, Birgit:** Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht. Münster 1993.
- Amadieu, Jean-Francois:** Les syndicats en miettes. Paris 1999.
- Amossé, Thomas (DARES):** Premières Synthèses Informations. Mythes et réalités de la syndicalisation en France. 44.2 (2004).
- Andalfatto, Dominique:** Les syndicats et l'Europe. In: *Regards sur l'actualité*. 205 (1994), S. 45-56.
- Andalfatto, Dominique und Sabot, Jean-Yves:** Les héritiers du mouvement ouvrier: CGT et CGT-FO. In: Andalfatto, Dominique (Hrsg.): Les syndicats en France. Paris 2004, S. 15-42.
- Andalfatto, Dominique:** Conclusion. In: Ders. (Hrsg.): Les syndicats en France. Paris 2004, S. 165-168.
- Armingeon, Klaus:** Der Staat in den Arbeitsbeziehungen. Entwicklungstendenzen und ökonomische Effekte im internationalen Vergleich. In: *Politische Vierteljahresschrift* 39.2 (1998), S. 235-260.
- Armingeon, Klaus:** Gewerkschaften. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. München 2001, S. 173- 177.
- Arnaud, Jean-Louis:** Zusammenfassender Bericht des Seminars „Auf dem Weg zu einem Sozialvertrag in Europa. Frankreich – Deutschland: Soziale Modelle und wirtschaftliche Veränderungen.“ Veranstaltet vom Bundeskanzleramt und der Studien- und Forschungseinrichtung *Notre Europe* am 11. und 12. April 2001 in Berlin.
- Auel, Katrin:** Europäisierung nationaler Politik. In: Bieling, Hans-Jürgen und Lerch, Monika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden 2005, S. 293-318.
- Aust, Andreas:** *Dritter Weg oder Eurokeynesianismus?* Zur Entwicklung der Europäischen Beschäftigungspolitik seit dem Amsterdamer Vertrag. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3.29 (2000), S. 269-283.
- Aust, Andreas u.a.:** Konjunktur und Krise des Europäischen Sozialmodells. Ein Beitrag zur politischen Präexplantationsdiagnostik. In: *Politische Jahresschrift* 43.2 (2002), S. 272-301.
- Aust, Andreas:** Von *Skeptikern* zu *Musterschülern*? Die Europäisierung der Sozialdemokratie. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32.3 (2003), S. 250-270.

Baethge, Martin und **Wolf**, Harald: Continuity and Change in the *German Model* of Industrial Relation. In: Locke, Richard u.a. (Hrsg.): *Employment relations in a changing world economy*. Cambridge 1995, S. 231-261.

Basson, Jean-Charles: L'horizon européen du syndicalisme français. In: Andalfatto, Dominique (Hrsg.): *Les syndicats en France*. Paris 2004, S. 139-163.

Benz, Arthur: Multilevel Governance – Governance im Mehrebenensystem. In: Ders. (Hrsg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*. Wiesbaden 2004, S. 125-146.

Bergounioux, Alain: Socialisme français et social-démocratie européenne. In: *Vingtième siècle* 65 (2000), S. 97-108.

Beyme, Klaus von und **Helms**, Ludger (Hrsg.): Interessengruppen. In: Helms, Ludger und Jun, Uwe (Hrsg.): *Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung*. Frankfurt a.M. / New York 2004, S. 194-218.

Bibes, Geneviève und **Mouriaux**, René: *Les syndicats européens à l'épreuve*. Paris 1990.

Bieling, Hans-Jürgen und **Lerch**, Monika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration: Ein Systematisierungsprozess. In: Diess. (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*. Wiesbaden 2005, S. 29-37.

Birsl, Ursula u.a. (Hrsg.): Gewerkschaften in Europa zwischen Tradition und Wandel. In: Borchert, Jens u.a. (Hrsg.): *Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel*. Opladen 1996, S. 107-133.

Bispinck, Reinhard und **Schulten**, Thorsten: Globalisierung und das deutsche Kollektivvertragssystem. *WSI Mitteilungen* 4 (1998), S. 241-248.

Börzel, Tanja A. und **Risse**, Thomas: When Europe Hits Home: Europeanization and Domestic Change. *European Integration online Papers* (EioP) 4.15 (2000). [<http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-015a.htm>].

Borchert, Jens u.a.: Einleitung: Das sozialdemokratische Modell – Krise und Perspektiven. In: Diess. (Hrsg.): *Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel*. Opladen 1996, S. 7-22.

Borchert, Jens: Alte Träume und neue Realitäten: Das Ende der Sozialdemokratie. In: Ders. u.a. (Hrsg.): *Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel*. Opladen 1996, S. 39-80.

Boyer, Robert: Le capitalisme étatique à la française à la croisée des chemins. In: Crouch, Colin und Streeck, Wolfgang (Hrsg.): *Les capitalismes en Europe*. Paris 1996, S. 97-137.

Cattero, Bruno: Jenseits von Konvergenz und Pfadabhängigkeit – Über die Europäisierung der industriellen Beziehungen in Zeiten der Globalisierung. In: Schmidt, Gert und Trinczek, Rainer (Hrsg.): *Globalisierung. Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts*. Baden-Baden 1999, S. 95-114.

Chasard, Yves: Les syndicats français face à la mondialisation. In : Ders. u.a. (Hrsg.): Les syndicats à l'épreuve de la mondialisation. *Les notes de l'ifri* 47 (2002), S. 23-47.

Choffat, Thierry: Le regain de l'action catégorielle: CGC, G-10-Solidaires, FSU, UNSA. In: Andalfatto, Dominique: Les syndicats en France. Paris 2004, S. 69-90.

Cohen, Elie: L'Etat régulateur. In: *Alternatives économiques* 61.3 (2004), S. 58-60.

Cowles, Maria u.a. (Hrsg.): Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change. Ithaca und London 2001.

Crouch, Colin und **Traxler**, Franz: Organized Industrial Relations in Europe: What Future? Avebury 1995.

Däubler, Wolfgang; Die Europäische Union als Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bonn 2004, S. 273-288.

Deppe, Frank: Die neue Sozialpartnerschaft. Wettbewerbskorporatismus als *neue Friedensformel*. In: Urban, Hans Jürgen (Hrsg.): Beschäftigungsbündnis oder Sozialpakt? Das *Bündnis für Arbeit* auf dem Prüfstand. Hamburg 2000, S. 47-68.

Dicke, Hugo: Der Europäische Binnenmarkt. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bonn 2004, S. 223- 241.

Dufour, Christian: Industrielle Beziehungen – wie modellhaft ist das deutsche Modell? In: Cattero, Bruno (Hrsg.): Modell Deutschland, Modell Europa. Opladen 1998, S. 247-262.

Ebbinghaus, Bernhard und **Visser**, Jelle: Barrieren und Wege *grenzenloser Solidarität*: Gewerkschaften und Europäische Integration. In: Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Staat und Verbände. PVS Sonderheft 25 (1994), S. 223-255.

Ebbinghaus, Bernhard und **Visser**, Jelle: Wandel der Arbeitsbeziehungen im westeuropäischen Vergleich. In: Hradil, Stefan und Immerfall, Stefan: (Hrsg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen 1997, S. 333-376.

Eberwein, Wilhelm u.a. (Hrsg.): Die Europäisierung der Arbeitsbeziehungen als politisch-sozialer Prozeß. Zum Zusammenhang von nationaler und europäischer Ebene am Beispiel von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. München 2000.

Fallend, Franz u.a.: Editorial. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32.3 (2003), S. 235-236.

Featherstone, Kevin: Introduction: In the Name of *Europe*. In: Ders und Radaelli, Claudio M. (Hrsg.): The Politics of Europeanization. Oxford 2003, S. 3-26.

Ferner, Anthony und **Hymann**, Richard (Hrsg.): Industrial Relations in the new Europe. Oxford 1992.

Ferner, Anthony und **Hymann**, Richard (Hrsg.): Changing Industrial Relations in Europe. Oxford 1998.

Fischer, Alex: Die Schweizer Gewerkschaften und die Europäisierung helvetischer Politik. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32.3 (2003), S. 303-320

Frege, Carola M. u.a.: Bündnisse mit sozialen Bewegungen als Strategie zu gewerkschaftlicher Neubelebung. In: *WSI Mitteilungen* 9 (2003), S. 549-553.

Funk, Lothar: Der neue Strukturwandel: Herausforderung und Chance für die Gewerkschaften. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 47.48 (2003), S. 14-21.

Gebhard, Evelyne: Beitrag zu der Frage „Sollte die EU-Dienstleistungsrichtlinie nachgebessert werden?“ in der Reihe *Zur Diskussion gestellt des ifo Schnelldienstes*, 58.9 (2005), S. 8-10.

Giddens, Anthony: *The third way: the renewal of social democracy*. Cambridge 1999.

Goetz, Klaus H.: European integration and national executives: A cause in search of an effect. In: Ders. und Hix, Simon (Hrsg.): *Europeanised Politics. European Integration and National Political Systems*. London 2000, S. 211-231.

Goetschy, Janine und **Rozenblatt**, Patrick: France: The Industrial Relations System at a Turning Point? In: Ferner, Anthony und Hymann, Richard (Hrsg.): *Industrial Relations in the new Europe*. Oxford 1992, S. 404-444.

Hassel, Anke: *Gewerkschaften und sozialer Wandel. Mitgliederrekrutierung und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Großbritannien*. Baden-Baden 1999.

Hassel, Anke: Bündnisse für Arbeit: Nationale Handlungsfähigkeit im europäischen Regimewettbewerb. In: *Politische Vierteljahresschrift* 41.3 (2000), S. 498-524.

Hege, Adelheid: Collective Bargaining in Germany in the Age of Monetary Union. In: Pochet, Philippe (Hrsg.): *Monetary Union and Collective Bargaining in Europe*. Brüssel 1999, S. 41-84.

Helmberger, Thomas: *Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen in Österreich und Frankreich*. Linz 2002.

Helms, Ludger: Einleitung: Politikwissenschaftliche Institutionenforschung am Schnittpunkt von Politischer Theorie und Regierungslehre. In: Ders. und Jun, Uwe (Hrsg.): *Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung*. Frankfurt a.M. / New York 2004, S. 13-44.

Héritier, Adrienne u.a. (Hrsg.): *Differential Europe. The European Union Impact on National Policymaking*. Lanham 2001.

Hillenbrand, Olaf: Die Wirtschafts- und Währungsunion. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche*. Bonn 2004, S. 242-272.

Hürtgen, Stefanie: *Gestaltung des Anpassungsdruck, Rückkehr zu bewährter Gewerkschaftspolitik oder Kampf um soziale Transformation? Gewerkschaftliche Positionen zur Globalisierung in Deutschland und Frankreich*. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 130.33 (2003), S. 7-29.

Jachtenfuchs, Markus und **Kohler-Koch**, Beate (Hrsg.): Vorwort. In: Diess. (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen 1996, S. 9-14.

Jachtenfuchs, Markus und **Kohler-Koch**, Beate: Regieren im dynamischen Mehrebenensystem. In: Dies. (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen 1996, S. 15-46.

Jacobi, Otto u.a. (Hrsg.): Germany: Codetermining the Future. In: Ferner, Anthony und Hymann, Richard (Hrsg.): Industrial Relation in the new Europe. Oxford 1992, S. 218-269.

Jansen, Peter und **Kiersch**, Gerhard: Länderstudien für Gewerkschaftsbewegungen. Frankreich. In: Mielke, Siegfried (Hrsg.): Internationales Gewerkschaftshandbuch. Opladen 1983, S.437-466.

Jansen, Peter u.a. (Hrsg.): Gewerkschaften in Frankreich: Geschichte, Organisation, Programmatik. Frankfurt a.M. 1986.

Jansen, Peter: Die gescheiterte Sozialpartnerschaft. Die französische Gewerkschaftsbewegung zwischen Tarifautonomie und Staatsinterventionismus. Frankfurt a.M. / New York 1987.

Josselin, Daphne: Trade Unions for EMU: Sectoral Preferences and Political Opportunities. In: *West European Politics*, 24.1 (2001), S. 55-74.

Kißler, Leo und **Lasserre**, René: Tarifpolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich. Frankfurt a.M. / New York 1987.

Klammer, Ute und **Hoffmann**, Reiner: Unvermindert wichtig: Gewerkschaften vor alten und neuen Aufgaben. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 47.48 (2003), S. 23-29.

Knill, Christoph und **Lehmkuhl**, Dirk: How Europe Matters. Different Mechanism of Europeanization. European Integration online Papers (EioP) 3.7 (1999). [<http://eiop.or.at/eiop/texte/1999-007a.htm>].

Knill, Christoph und **Lenschow**, Andrea (Hrsg.): Implementing EU Environmental Policy: New Directions und Old Problems. Manchester 2000.

Labbé, Dominique und **Croisat**, Maurice: La fin des syndicats? Paris 1992.

Labbé, Dominique und **Nezosi**, Gilles: Négociation collective, paritarisme et démocratie sociale. In: Andalfatto, Dominique (Hrsg.): Les syndicats en France. Paris 2004, S. 111-138.

Läufer, Thomas (Hrsg.): Verfassung der Europäischen Union. Verfassungsvertrag vom 29. Oktober 2004. Protokolle und Erklärungen zum Vertragswerk. Bonn 2005.

Ladrech, Robert: Europeanization of Domestic Politics and Institutions: The Case of France. In: *Journal of Common Market Studies* 32.1 (1994), S. 69-88.

Ladrech, Robert: Social democracy and the challenge of European Union. London 2000.

Landier, Hubert und **Labbé**, Daniel: Les organisations syndicales en France. Des origines aux évolutions actuelles. 2. Auflage, Paris 2004.

Landman, Todd: *Issues and Methods in Comparative Politics*. London / New York 2000.

Lasserre, René und **Uterwedde**, Henrik: *Gesellschaft*. In: Lasserre, René u.a. (Hrsg.): *Frankreich. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Opladen 1997, S. 189-250.

Lehmkuhl, Dirk: *Under Stress: Europeanisation and Trade Associations in the Member States*. *European Integration online Papers (EioP)* 4.14 (2000).
[<http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-014a.htm>]

Letschert, Matthias J.: *La paix sociale, peut-elle exister en France? Etude comparative franco-allemande sur les tendances syndicales et les relations du travail* Erlangen/Nürnberg 1999.

Lüger, Heinz-Helmut: *Sozialer Wandel – soziale Konflikte*. In: Ders und Große, Ernst Ulrich (Hrsg.): *Frankreich verstehen*. 5. Auflage, Darmstadt 2000, S. 146-198.

Mair, Peter: *The Limited Impact of Europe on National Party Systems*. In: Goetz, Klaus H. und Hix, Simon (Hrsg.): *Europeanised Politics? European Integration and National Political Systems*. *West European Politics*, Special Issue 23.4 (2000), S. 27-51.

March, James G. und **Olsen**, Johan P.: *The new institutionalism: Organizational factors in political life*. In: *American Political Science Review* 78 (1984), S. 734-749.

Marks, Gary u.a. (Hrsg.): *Governance in the European Union*. London 1996.

Massing, Peter: *Interessengruppen*. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Kleines Lexikon der Politik*. München 2001, S. 210-211.

Maurer, Andreas und **Weßels**, Wolfgang (Hrsg.): *National Parliaments on their Ways to Europe: Losers or Latecomers?* Baden-Baden 2001.

Mayntz, Renate und **Scharpf**, Fritz W.: *Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus*. In: Diess. (Hrsg.): *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*. Frankfurt a.M. / New York 1995, S. 39-72.

Mc Creevy, Charlie: *Pro: Opening the services markets-standing still is not an option*. In der Reihe: *Debating the EU service directive*. In: *CESifo Forum* 6.1 (2005), S. 29-30.

Mc Leod, Alex: *La politique étrangère de la France à la lumière de l'analyse constructive*. In: Charillon, Frédéric (Hrsg.): *Politique étrangère. Nouveau regard*. Paris 2002, S. 79-86.

Merkel, Wolfgang: *Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im west-europäischen Vergleich*. Frankfurt / New York 1993.

Merkel, Wolfgang: *Der Dritte Weg und der Revisionismusstreit der Sozialdemokratie am Ende des 20. Jahrhunderts*. In: Hinrichs, Karl u.a. (Hrsg.): *Kontingenz und Krise. Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften*. Frankfurt a.M./New York 2000, S. 263-290.

Mesch, Michael: *Arbeitsbeziehungen in Westeuropa: ein Resümee*. In: Ders. (Hrsg.): *Sozialpartnerschaft und Arbeitsbeziehungen in Europa*. Wien 1995, S. 11-52.

Mielke, Gerd: Kommentar: Wahl und Alternative. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1 (2005), S. 11-15.

Morisse - Schilbach, Melanie: Historischer Institutionalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen und Lerch, Monika (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*. Wiesbaden 2005, S. 271-292.

Mouriaux, René: Le désarroi des syndicats en crise. In: Kergoat, Jacques und Linhart, Danièle (Hrsg.): *Les transformations du syndicalisme en France. Problèmes politiques et sociaux*. Paris 1998, S. 72-75.

Mouton, Gwenaëlle: *La C.G.T. face à l'Europe. Le changement de positionnement idéologique et stratégique (1989-2000)*. Paris 2000.

Müller, Hans-Peter: Die Reform vor dem Bankrott. Multibranchengewerkschaften und DGB. In: *Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte* 6 (2001), S. 341-346.

Müller-Jentsch, Walther: *Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung*. 2. Auflage, Frankfurt a.M. 1997.

Münch, Richard: Grundzüge und Grundkategorien der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs. In: Kimmel, Adolf und Uterwedde, Henrik (Hrsg.): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Bonn 2005, S. 19-44.

Neumann, Wolfgang und **Uterwedde**, Henrik: *Industriepolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich*. Opladen 1986.

Noblecourt, Michel: *Les syndicats en question*. Paris 1990.

Nohlen, Dieter: Globalisierung. In: Ders. (Hrsg.): *Kleines Lexikon der Politik*. München 2001, S. 181-183.

Obrecht, Markus: Die Parti communiste français (PCF). In: Ruß, Sabine u.a. (Hrsg.): *Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik*. Opladen 2000, S. 221-242.

Ohne Verfasser: Arbeitskämpfe. Den Rückzug angetreten. *iwd – Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln* 34 (2001).

Pernot, Jean-Marie: Les syndicats et l'Europe. *Un divorce à la française*. In: *recherche socialiste* 3 (1998(a)), S.23-47.

Pernot, Jean-Marie: Une université européenne du syndicalisme? L'Europe des syndicats. In: *L'Europe en formation. Politix. Revue des sciences sociales du politique* 43.3 (1998(b)), S. 53-78.

Pernot, Jean Marie: *Dedans, dehors, la dimension internationale dans le syndicalisme français*. Paris 2001(a).

Pernot, Jean-Marie: Les syndicats français et l'Europe. In: Labbé, Dominique und Courtois, Stéphane (Hrsg.): *Regards sur la crise du syndicalisme*. Paris 2001(b), S. 154-166.

Prigge, Wolfgang: Staatliche Steuerung und gewerkschaftlicher Pluralismus. Kollektive Arbeitsbeziehungen in Belgien und Frankreich. Wiesbaden 2000.

PS France: Das *Jospin-Papier*. Beitrag der Sozialistischen Partei Frankreichs zum 21. Kongreß der Sozialistischen Internationale. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 44.11 (1999), S. 1391-1402.

Radaelli, Claudio M.: Whither Europeanization? Concept stretching and substantive change. Europeanization and Domestic Change. *European Integration online Papers* (EioP) 4.8 (2000). [<http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-008a.htm>].

Radaelli, Claudio und Schmidt, Vivien A.: Mapping the Scope of Discourse, Learning, and Europeanisation in Policy Change. In: *West European Politics* 27.4 (2004), S. 364-379.

Radaelli, Claudio und Schmidt, Vivien A.: (Hrsg.): Policy Change and Discourse in Europe. London (in Kürze erscheinend).

Rehfeld, Udo: Die französischen Gewerkschaften und der Wandel der Arbeitsbeziehungen. In: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur. Opladen 1997, S. 77-94.

Reutter, Werner und Rütters, Peter: Internationale und europäische Gewerkschaftsorganisationen: Geschichte, Struktur, Einfluss. In: Schroeder, Wolfgang und Weßels, Bernhard (Hrsg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Wiesbaden 2003, S. 512-542.

Risse, Thomas: A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities. In: Cowles, Maria u.a.(Hrsg.): Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change. Ithaca und London 2001, S. 198-216.

Rühle, Heide: Beitrag zu der Frage „Sollte die EU-Dienstleistungsrichtlinie nachgebessert werden?“ in der Reihe *Zur Diskussion gestellt des ifo Schnelldienstes*, 58.9 (2005), S. 10-11.

Ruyseveldt, Joris van und Visser, Jelle: (Hrsg.): Industrial Relations in Europe. Traditions and Transitions. London / New Delhi 1996(a).

Ruyseveldt, Joris van und Visser, Jelle: Contestation and state intervention forever? Industrial relations in France. In: Diess. (Hrsg.): Industrial Relations in Europe. Traditions and Transitions. London 1996(b), S. 82-123.

Saglio, Jean: Industrial Relations and Human Resources in France. In: Locke, Richard u.a. (Hrsg.): Employment relations in a changing world economy. Cambridge 1995, S. 197-230.

Scharpf, Fritz W.: Balancing positive and negative integration: The regulatory options for Europe. *MPIfG working paper* 97.8 (1997).

Scharpf, Fritz W.: Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen 2000.

Schild, Joachim: Nationale und europäische Identitäten – komplementär oder unvereinbar? Orientierungen von Deutschen und Franzosen im europäischen Mehrebenensystem. In: Ders.

und Meimeth, Michael (Hrsg.): Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven. Opladen 2002, S. 81-108.

Schild, Joachim: Politische Parteien und Parteiensystem im Wandel. In: Kimmel, Adolf und Uterwedde, Henrik (Hrsg.): Länderbericht Frankreich. Bonn 2005, S. 268-285.

Schleyer, Hanns-Eberhard: Beitrag zu der Frage „Sollte die EU-Dienstleistungsrichtlinie nachgebessert werden?“ in der Reihe *Zur Diskussion gestellt des ifo Schnelldienstes*, 58.9 (2005), S. 6-8.

Schmidt, Bernard: Der französische Mindestlohn SMIC (Manuskript). In: ver.di (Hrsg.): Reader Mindestlohn. Gegen Arbeit in Armut. Berlin 2005, S. 166-186.

Schmidt, Vivien A.: French capitalism transformed, yet still a third variety of capitalism. In: *Economy and Society* 32.4 (2003), S. 526-554.

Schmitter, Phillippe: Still the Century of Corporatism? In: *Review of Politics* 36 (1974), S. 85-131.

Schönhoven, Klaus: Geschichte der deutschen Gewerkschaften: Phasen und Probleme. In: Schroeder, Wolfgang und Weßels, Bernhard (Hrsg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Wiesbaden 2003, S. 40-64.

Schröder, Gerhard und **Blair**, Tony: Der Weg nach vorn für Europas Sozialdemokraten. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 44.7 (1999), S. 887-896.

Schroeder, Wolfgang: Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand. Zur Entwicklung der industriellen Beziehungen in Ostdeutschland. Wiesbaden 2000.

Schroeder, Wolfgang: Flucht nach vorn? Gewerkschaften unter dem Druck des sozialen Wandels. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 47.1 (2002), S. 611-620.

Schroeder, Wolfgang: Der neue Arbeitsmarkt und der Wandel der Gewerkschaften. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 47.48 (2003), S. 6-13.

Schroeder, Wolfgang und **Weßels**, Bernhard (Hrsg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Wiesbaden 2003.

Schroeder, Wolfgang und **Weinert**, Rainer: Europäische Integration und deutsche Gewerkschaften. In: *Gesellschaft-Wirtschaft-Politik* 4 (2003), S.441-452.

Schulten, Thorsten: Perspektiven nationaler Kollektivvertragsbeziehungen im integrierten Europa. In: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Regieren im entgrenzten Raum. PVS Sonderheft 29 (1998), S. 145-168.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2005 für das Ausland. Wiesbaden 2005.

Stephan, Ina: Die Parti socialiste. In: Ruß, Sabine u.a. (Hrsg.): Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik. Opladen 2000, S. 147-171.

- Streeck**, Wolfgang: Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich verändernden Umwelten. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39 (1987), S. 472-493.
- Streeck**, Wolfgang: Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und europäischer Union. *MPIfG Köln Working Paper* 1 (1996).
- Streeck**, Wolfgang: Europäisierung als Liberalisierung: Perspektiven gewerkschaftlicher Politik im integrierten Europa. In: Ders.: *Korporatismus in Deutschland. Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union*. Frankfurt a.M. 1999(a), S. 41-65.
- Streeck**, Wolfgang: Vielfalt und Interdependenz: Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich verändernden Umwelten. In: Ders.: *Korporatismus in Deutschland. Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union*. Frankfurt a.M. / New York 1999(b), S. 191-222.
- Sturm**, Roland: Die *europäische Konstellation* – Zur Europäisierung des politischen Entscheidens. In: Chardon, Matthias u.a. (Hrsg.): *Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert*. Festschrift für Rudolf Hrbek zum 65. Geburtstag. Baden-Baden 2003, S. 47-58.
- Taylor**, Graham und **Mathers**, Andrew: Social Partner or Social Movement? European Integration and Trade Union Renewal in Europe. In: *Labor Studies Journal* 27.1 (2002), S. 93-108.
- Thelen**, Kathleen: Historical institutionalism in comparative politics. *Annual Review of Political Science* 2 (1999), S. 369-404.
- Touraine**, Alain: L'ombre d'un mouvement. In: Ders. u.a. (Hrsg.): *Le grand refus: réflexions sur la grève de décembre 1995*. Paris 1996, S. 11-102.
- Uterwedde**, Henrik: Wirtschaft. In: Lasserre, René u.a. (Hrsg.): *Frankreich. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Opladen 1997, S. 115-188.
- Uterwedde**, Henrik: Abschied vom französischen Modell? Staat und Wirtschaft im Wandel. In: Ders. und Christadler, Marieluise (Hrsg.): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Bonn 1999, S. 201-227.
- Uterwedde**, Henrik: Kapitalismus à la française. Die mühsame Erneuerung eines Modells. In: Ders. und Kimmel, Adolf (Hrsg.): *Länderbericht Frankreich*. Bonn 2005(a), S. 173-191.
- Uterwedde**, Henrik: Europa und die *soziale Malaise* der Franzosen. In: *Dokumente* 3 (2005(b)), S.19-25.
- Wasner**, Barbara: *Eliten in Europa. Einführung in Theorien, Konzepte und Befunde*. Wiesbaden 2004.
- Weber**, Henri: Crise et renouveau de la social-démocratie européenne. In: *La Revue Socialiste* 17 (2004), S. 6-10.

Wenzel, Holger: Beitrag zu der Frage „Sollte die EU-Dienstleistungsrichtlinie nachgebessert werden?“ in der Reihe *Zur Diskussion gestellt* des ifo Schnelldienstes, 58.9 (2005), S. 3-5.

Wetzel, Anne: Das Konzept der Pfadabhängigkeit und seine Anwendungsmöglichkeiten in der Transformationsforschung. *Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin* 52 (2005).

Weßels, Bernhard: Die Entwicklung des deutschen Korporatismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 26.27 (2000), S. 16-21.

Zimmer, Stefan: Jenseits von Arbeit und Kapital? Unternehmerverbände und Gewerkschaften im Zeitalter der Globalisierung. Opladen 2002.

Zeitungsartikel

Albert, Laurence: Interview avec François Chérèque (Secrétaire général de la CFDT). In: *Les Echos*, 12.05.2005, S. 2.

Arnold, Martin: Polish plumber symbolic of all French fear about constitution. In: *Financial Times*, 28./29.05.2005, S. 4.

Bacia, Horst: Offene Aussprache hinter freundlicher Fassade. Der EU-Gipfel in Hampton Court. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.10.2005, S. 3.

Barroux, Rémi: Favorables à la Constitution, les syndicats européens la jugent *en retrait* par rapport à leurs exigences. In: *Le Monde*, 16.10.2004, S. 8.

Barroux, Rémi: CGT: Bernard Thibault cherche à sortir de la crise, après le désaveu qu'il vient de subir sur l'Europe. *Le Monde*, 05.02.2005, S. 9.

Barroux, Rémi und **Jakubyszyn**, Christophe: Dominique de Villepin confronté à son premier coup de tabac social. In: *Le Monde*, 04.10.2005 (online-Version).

Berger, Alois: Zahllose bürokratische Hürden. Zur geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie. Beitrag im Deutschlandfunk (Hintergrund Politik), gesendet am 04.03.2005. Schriftliche Fassung siehe <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/353285/> (Stand März 2005).

Beuve-Méry, Alain und **Rivais**, Rafaëlle: Les syndicats européens unis contre la directive Bolkestein. In: *Le Monde*, 22.03.2005, S. 6.

Bonavita, Marie-Lætitia: Un entretien avec Claudie Haigneré, ministre déléguée aux Affaires européenne. Haignère: *Cette directive sur les services est inacceptable*. In: *Le Figaro*, 02.02.2005, S. 3.

Bostnavaron, François: SNCF: une grève sur fond de rivalités syndicales. In: *Le Monde*, 21.11.2005 (online-Version).

Bouilhet, Alexandrine: Chirac dénonce l'Europe libérale. In: *Le Figaro*, 24.03.2005, S. 5.

- Carasco**, Aude: Les syndicats jouent la carte européenne. In: *La Croix*, 23.05.2005, S. II.
- Castagnet**, Mathieu: En France, la directive s'introduit dans la mêlée du référendum. In: *La Croix*, 15.03.2005, S. 4.
- Chérèque**, François: Le point de vue de François Chérèque: Pourquoi la CFDT dit *oui*. In: *Les Echos*, 27.11.2004, S. 15.
- Cohen**, Roger: La France. Conservative, dynamic, contradictory. In: *International Herald Tribune*, 8./9.01.2005, S. 2.
- Coupé**, Annick u.a.: Les trois tâches de l'après-non: Empêcher le recul social, rompre avec la logique monétariste, faire entendre les peuples. In: *Libération*, 03.06.2005 (online-Version).
- De Comarmond**, Leïla: La CDFT marque à nouveau sa différence en faisant campagne pour le *oui* au référendum. In: *Les Echos*, 8./9.04.2005, S. 5.
- Deger**, Marc: La *directive service*, bouc émissaire de toutes les peurs. In: *La Tribune*, 10.02.2005, S. 12.
- Delhommais**, Pierre-Antoine: Le non et l'exception économique française. In: *Le Monde*, 02.06.2005 (online-Version).
- Douste-Blazy**, Philippe: Europe: l'heure de vérité. In: *Le Monde*, 22.06.2005, S. 15.
- Ferenczi**, Thomas: La libéralisation des services domine la réunion des syndicats européens samedi à Bruxelles. In: *Le Monde* 19.05.2005, S. 6.
- Ferenczi**, Thomas: Désenchantement. In: *Le Monde*, 30.05.05 (online-Version).
- Fritz-Vannahme**, Joachim: Klassenkampf in Europa. Die EU-Länder wollen das Europäische Sozialmodell verteidigen. Doch sie sind sich nicht einig darüber, was das eigentlich ist. In: *Die Zeit* 14 (2005) (online-Version).
- Guélaud**, Claire: Le modèle français est à bout de souffle. In: *Le Monde*, 02.06.2005 (online-Version).
- Hagelüken**, Alexander: Biegsame Worte [Kommentar]. In: *Süddeutsche Zeitung*, 24./25.03.2005 (online-Version).
- Heims**, Hans-Jörg und **Fahrenholz**, Peter: DGB versagt linkem Bündnis die Unterstützung. In: *Süddeutsche Zeitung* 20.06.2005, S. 1.
- Kurzer**, Ulrich: Zwischen Tariffucht und Mindestlohn. Zur Krise der Gewerkschaften. Beitrag im Deutschlandfunk (Hintergrund Wirtschaft), gesendet am 01.05.2005. Schriftliche Fassung siehe <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hiwi/371822/> (Stand Mai 2005).
- Lebègue**, Thomas: Le non français à l'euromanifestation. Tension, samedi à Bruxelles, entre les syndicats CFDT et CGT au sujet du prochain référendum. In: *Libération*, 21.03.2005, S. 8.

Le Boucher, Eric und **Orange**, Martine: Un pompidolisme chiraquisé. In: *Le Monde*, 14.05.2004, S. 17.

Le Gendre, Bertrand: Commentaire. La France dans son jardin. *Le Monde*, 30.05.2005 (online-Version).

Noblecourt, Michel: Les torpeurs du syndicalisme. In: *Le Monde* 23.07.2005 (online-Version).

Ohne Verfasser: Französische Gewerkschaft gegen EU-Verfassung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.02.2005, S. 1.

Ohne Verfasser: Auftrieb für Frankreichs EU-Verfassungs-Gegner. Nein-Parole des Gewerkschaftsdachverbandes CGT. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 5./6.02.2005, S. 2.

Ohne Verfasser: Une directive choc [Editorial]. In: *Le Monde*, 17.03.2005, S. 18.

Ohne Verfasser: EU setzt sich bescheidenere Ziele. Dienstleistungsrichtlinie der Kommission abgelehnt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.03.2005, S. 1.

Ohne Verfasser: Saint Chirac terrasse le dragon Bolkestein et sauve l'Europe sociale. In: *Liaisons Sociales Europe*, 31.03. bis 13.04.2005 (Nr. 125), S. 1.

Ohne Verfasser: Reportage. La crainte pour l'emploi est la raison principale du rejet de la Constitution par les Français. In: *Le Monde*, 30.05.2005 (online-Version).

Ohne Verfasser: Le trafic ferroviaire fortement perturbé par la grève à la SNCF. *Le Monde*, 22.11.2005 (online-Version).

Schröder, Wolfgang: *Zwischenruf*. Keine Nivellierung nach unten. In: IG BAU *Grundstein* 05/2005 (online-Version).

Tabard, Guillaume: La directive Bolkestein s'invite dans la campagne référendaire. In: *Le Figaro*, 26.01.2005, S. 7.

Tutt, Cordula: Vertraut den Verbrauchern! Auch Dienstleister sollen ihr Produkt künftig EU-weit anbieten können. Doch Frankreich und Deutschland blockieren – aus Populismus. Die Richtlinie schadet nicht. In: *Financial Times Deutschland*, 09.02.2005, S. 27.

Gewerkschaftszeitschriften / Positionspapiere der Gewerkschaften

CFDT

Réau, Philippe: Euromanif. Priorité à l'emploi et au social pour l'Europe syndicale. In: *Syndicalisme Hebdo* 3020 (17.03.2005), S. 2-3.

CGT-FO

Extrait de la résolution générale du comité confédéral national de la CGT-Force Ouvrière sur le traité constitutionnel. In: L'Europe en question(s), supplément à *FO Hebdo* 2707 (20.04.2005), S. 2-3.

Ohne Verfasser: De la paix au marché? Chronologie de la construction européenne. In: L'Europe en question(s), supplément à *FO Hebdo* 2707 (20.04.2005), S. 16-19.

Solidaires

Ohne Verfasser: Une constitution contre le peuple. In: *Expressions Solidaires* 20 (04.2005), S. 1.

Ohne Verfasser: Une victoire historique contre le néolibéralisme. In: *Expressions Solidaires* 21 (06.2005), S. 1.

Ohne Verfasser: Pour une autre Europa au service des citoyens et des peuples. Informationsblatt zum *Forum Social Européen*. Oktober 2003.

InternetquellenHomepage der Europäischen Union

<http://www.europa.int>

Zum *European Employment Services* (EURES):

<http://europa.eu.int/eures/home.jsp?lang=de>

(Stand Dezember 2005).

Zur Binnenmarktstrategie:

http://www.europa.eu.int/comm./internal_market/de/update/strategy/review01.htm

(Stand November 2005)

Zum *Sozialen Dialog*:

http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/social_dialogue/interprof_de.htm

(Stand: Oktober 2005)

Zur Dienstleistungsrichtlinie:

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/123014.htm>

(Stand Oktober 2005)

Homepage der Hans-Böckler-Stiftung

Angaben zum Organisationsgrad der Gewerkschaften in Deutschland:

http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/SID-3D0AB75D-6A79F27E/hbs/hs.xsl/567_16140.html

(Stand Dezember 2005).

Homepage der *Federation of European Employers*

Bericht „Trade unions across Europe – Trends.“

<http://www.fedee.com/tradeunions.html>.

(Stand Dezember 2005)